Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitages 1898

HX
256
S6
1898

Adler
63
Wien

Verhandlungen

des

Parteitages

der

deutschen Sozialdemokratie

Oesterreichs

abgehalten zu

Linz

vom 29. Mai bis einschließlich 1. Juni 1898.

(Nach dem stenographischen Protokolle.)

REDAKTION
„ARBEITER-ZEITUNG"
IX. Schwarzspanierstrasse 10

Preis 25 Kreuzer.

Wien 1898.
Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)
VI. Gumpendorferstraße 8.

Auf socialdemokratischem Standpunkte

stehen folgende in Oesterreich in deutscher Sprache erscheinende politische Blätter:

„**Arbeiterinnen-Zeitung.**“ Wien. Redaction: XVII., Dornerplatz 13. Administration: IX., Ferstelgasse 6. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats. Vierteljährig 26 kr.

„**Arbeiterpresse.**“ Karlsbad.

„**Arbeiterschutz.**“ Wien. Redaction: VI., Gumpendorferstraße 64.

„**Arbeiterwille.**“ Graz. Redaction, Administration: Keplerstraße 12. Erscheint einmal wöchentlich. Vierteljährig 75 kr.

„**Arbeiter-Zeitung.**“ Wien. Redaction: IX., Schwarzspanierstraße 10, Administration: IX., Ferstelgasse 6. Erscheint täglich um 6 Uhr Morgens. Montags um 2 Uhr Nachmittags. — Telephon Nr. 8334. — Postsparcassen-Check-Conto 819.210, Telegramm Adresse: Arbeiter-Zeitung Wien. Einzelne Exemplare 5 kr.

„**Freigeist.**“ Reichenberg. Redaction und Administration: Lagegasse 23. Erscheint jeden Donnerstag. Vierteljährig 75 kr.

„**Die Freiheit.**“ Teplitz. Redaction und Administration: Schulgasse 7. Vierteljährig 45 kr. Erscheint am 1., 2. und 4. Donnerstag eines jeden Monats.

„**Gebirgsbote.**“ Gablonz a. d. N.

„**Gleichheit.**“ Neunkirchen. Redaction und Administration: Hauptstraße 7. Erscheint jeden 1., 2. und 4. Samstag des Monats. Vierteljährig 94 kr.

„**Glühlichter**“, **Neue.** (Humoristisch-satirisch.) Wien. Redaction und Administration: VI., Gumpendorferstraße 8. Erscheint alle 14 Tage. Vierteljährig 40 kr.

„**Nordböhmischer Volksbote.**“ Steinschönau. Redaction und Administration: Nr. 560. Erscheint jeden Freitag. Vierteljährig 75 kr.

„**Nordböhmische Volksstimme.**“ Warnsdorf.

„**Volksbote.**“ Floridsdorf. Redaction: Brünnerstraße 270. Administration: Augererstraße 20. Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat. Vierteljährig 36 kr.

„**Volksfreund.**“ Brünn. Redaction und Administration: Josefstadt 26. Erscheint jeden Donnerstag. Vierteljährig 75 kr.

„**Volkspresse.**“ Czernowitz.

„**Volksrecht.**“ Aussig a. d. E.

„**Volksstimme.**“ Teplitz. Redaction und Administration: Eichwaldstraße 21. Erscheint am vierten Donnerstag jeden Monats. Ganzjährig 80 kr.

„**Volkstribüne.**“ Wien. Redaction und Administration: VII., Burggasse 101.

„**Volkstribüne**“, **Neue.** Wien. Redaction: VII., Bandgasse 28. Administration: VII., Burggasse 101. Erscheint jeden 3. eventuell 5. Donnerstag im Monate. Vierteljährig 20 kr.

„**Volkswille.**“ Falkenau. Redaction und Administration: Rathhausgasse 10. Erscheint 14tägig jeden zweiten Donnerstag. Vierteljährig 50 kr.

„**Volks-Zeitung.**“ Innsbruck. Redaction und Administration: Wilten bei Innsbruck, Innstraße 75. Ganzjährig 1 fl. 20 kr.

„**Wähler.**“ Falkenau a. d. E.

„**Wahrheit.**“ Linz a. d. D.

Verhandlungen

des

Parteitages

der

deutschen Sozialdemokratie

Oesterreichs

abgehalten zu

Linz

vom 29. Mai bis einschließlich 1. Juni 1898.

(Nach dem stenographischen Protokolle.)

Preis 25 Kreuzer.

Wien 1898.
Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)
VI. Gumpendorferstraße 8.

übernommen vom wissenschaftl.
Antiquariat H. Geyer, Wien VI.

HX
356
56
1898

Druck von L. Bergmann & Comp. in Wien.

Beschlüsse des Parteitages

der

sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs

am

Parteitag zu Hainfeld

(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889), ergänzt am Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche

und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zumletzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen dessen Beschickung in folgender Weise geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomités der deutschen, czechischen, polnischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammensetzt. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomités bilden zusammen die ständige Gesammtexekutive. Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Abgeändert am Parteitage zu Linz.)

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationskomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der socialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direct an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Geschäftsordnung.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.
In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Discussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Tagesordnung.

1. Bericht der Parteivertretung. Referenten: Gen. Schuhmeier, Dr. Ellenbogen.
2. a) Parteitaktik und
   b) Parlamentarische Thätigkeit. } Referenten: Gen. Dr. Adler. Gen. Rieger.
3. Wahl der Parteivertretung.
4. Parteipresse. Referent: Gen. Popp.
5. Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich. Referent: Gen. Pernerstorfer.
6. Arbeiterschutz und Heimarbeit. Referent: Gen. Dr. Verkauf.
7. Parteiorganisation. Referent: Gen. Schuhmeier.
8. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. Viktor Adler, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Julius Popp, Eduard Rieger, Anton Schäfer, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Ludwig Wutschel aus Wien, Mathias Eldersch (Brünn), August Müller (Graz), Jakob Prähauser (Salzburg), Karl Schiller (Reichenberg), Hugo Schmidt (Jägerndorf), Josef Seliger (Teplitz), Anton Weigny (Linz), Johann Neander (Linz).

Bureau des Parteitages.

Präsidenten:

Julius Popp (Wien), Johann Neander (Linz), Anton Weigny (Linz).

Schriftführer:

Leopold Winarsky (Wien), Rudolf Bichl (Graz), Karl Schiller (Reichenberg).

Anträge zum Parteitage.

Zur Bestimmung der Tagesordnung.

1. Antrag der Kreiskonferenz Salzburg:

Auf die Tagesordnung des Linzer Parteitages soll als eigener Punkt gesetzt werden: „Die Organisation und die Verhältnisse des ländlichen Proletariats."

2. Antrag der Bezirksorganisation Knittelfeld:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Linz wolle den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dem Steiermärkischen Bauernbund klar und deutlich aussprechen und auch zur Bauernagitation eine präzise Stellung einnehmen."

3. Antrag der Bezirksorganisation Graslitz:

Punkt 5 der Tagesordnung soll lauten: „Die christlich-soziale und die deutschnationale Bewegung in Oesterreich."

4. Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad:

Punkt 5 der provisorischen Tagesordnung des Parteitages in Linz hat abgeändert zu werden in: „Die christlich-soziale und die deutschnationalradikale Bewegung in Oesterreich."

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Taktik und parlamentarische Thätigkeit.

5. Antrag der Bezirksorganisation Voitsberg:

Der Parteitag wolle beschließen: „Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, dahin wirken zu wollen, daß die ungerechtfertigten Ausweisungen jener Bergarbeiter, die anläßlich des Strikes im Jahre 1892 aus dem Gebiete Köflach und Voitsberg für immer ausgewiesen wurden, aufgehoben werden, eventuell die Sache vor das Reichsgericht zu bringen.

6. Anträge der Bezirksorganisation Karlsbad:

„A. Der Parteitag hat die neue Parteileitung zu beauftragen, die Abwehr der deutschnationalen Aspirationen der Gruppe Schönerer-Wolf mit derselben Energie zu betreiben, wie die der Christlich-Sozialen."

„B. Die Parteileitung hat in kürzester Frist eine Broschüre über „die deutschnationalradikale Bewegung in Böhmen", die ebenso wie jene Teisen's über die „Christlich-Sozialen und ihr Programm" ihren Stoff behandelt, herauszugeben und massenhaft in Deutschböhmen zu verbreiten."

„C. Das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung", hat die den Schönerianern gegenüber bisher beobachtete Haltung dahin zu ändern, daß sofort in ausgiebiger Weise der Kampf gegen diese Bewegung, die für die deutschböhmische Sozialdemokratie dieselbe Bedeutung hat wie die christlich-soziale Bewegung für die niederösterreichischen Genossen, und zwar mit derselben Energie aufgenommen und fortgeführt wird, die auf die Bekämpfung der Lueger-Wirthschaft verwendet wird, da sonst die sogenannte nationalradikale Strömung der deutschböhmischen Sozialdemokratie ebenso über den Kopf zu wachsen droht, wie dies seitens der christlich-sozialen den niederösterreichischen Genossen gegenüber leider bereits zur Thatsache geworden ist."

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Parteipresse.

7. Antrag der Wiener Preßkommission:

Zur Kontrole der principiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen von Wien eine Preßkommission, welche aus nur einem Mitgliede jeder Wiener Bezirksorganisation bestehen darf. Streitfälle zwischen der Administration und Redaktion einerseits, sowie der Preßkommission andererseits werden in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit der deutschen Parteivertretung erledigt. Anstellungen, Entlassungen und Gehaltsregulirungen im Personal der Administration, Expedition und Redaktion sind von der deutschen Parteivertretung im Einvernehmen mit der Preßkommission vorzunehmen.

8. Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs:

Die Parteivertretung wird beauftragt, in Zukunft außer den beiden bisherigen Kalendern noch einen dritten einfachen Kalender zu billigem Preise herauszugeben.

9. Antrag des IV. Wiener Wahlkreises:

Zum Schluß des Antrages der Wiener Preßkommission soll es heißen: „Sollte aber eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet darüber die Parteikontrole."

10. Antrag der Bezirksorganisation Karlsbad:

Die „Arbeiter-Zeitung" hat den eingesendeten Korrespondenzen aus der Provinz größere Berücksichtigung als bisher angedeihen zu lassen, um ihrer Stellung als Zentralorgan zu genügen. Der lokale Theil hat zu diesem Zwecke bei Bedarf gekürzt zu werden.

10a. Antrag der Bezirkskonferenz Amstetten:

Der Parteitag wolle beschließen: Politische Parteiblätter dürfen ohne Anerkennung der Parteivertretung nicht mehr gegründet werden. Eine nachherige Anerkennung ist zu verweigern.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich.

11. Antrag der Bezirksorganisation Haindorf:

Es sei mit allen Mitteln der Organisation und Agitation gegen die christlich-soziale Demagogie Stellung zu nehmen und dahin zu wirken, daß deren volksschädliche Thätigkeit dem Volk vor Augen geführt werde.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Arbeiterschutz und Heimarbeit.

12. Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs.

1. Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, bei nächster Gelegenheit einen Antrag auf Abschaffung des Arbeitsbuches einzubringen. Die Ausstellung des Arbeitszeugnisses soll in Zukunft nicht mehr dem Unternehmer, sondern dem betreffenden Gemeindeamt obliegen, in dessen Sprengel der Arbeiter beschäftigt war. Die Regierung hat zu diesem Zwecke amtliche Formulare an die einzelnen Gemeinden gelangen zu lassen, die zum Selbstkostenpreis und stempelfrei an die Arbeiter verabfolgt werden. Die amtlichen Zeugnisse haben nur die Rubriken über Name, Alter, Geburts- und Zuständigkeitsort, Beruf, Tag des Ein- und Austrittes zu enthalten. Die Rubrik „Konfession" hat in den amtlichen Zeugnissen wegzubleiben.

2. Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, dahin zu wirken, daß Unternehmer bei Uebertretung der Gewerbeordnung nicht mit Geldstrafe, sondern mit Arrest belegt werden.

3. Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, mit aller Entschiedenheit auf die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung hinzuwirken.

13. Antrag der Bezirksorganisation Haindorf:

Die Abgeordneten des Sozialdemokratischen Verbandes mögen mit allen Mitteln für eine Besserung der Lage der Arbeiter des Kleingewerbes und der Hausindustrie,

sowie der Sitzgesellen eintreten, und zwar zunächst durch eine gründliche Regelung der Arbeitszeit der Kranken- und Unfallversicherung; ferner mögen sie dahin wirken, daß eine bessere und praktischere Gewerbe-Inspektion stattfindet und daß die Gewerbe-Inspektoren auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählt werden.

14. Antrag der organisirten Bauarbeiter in Voitsberg.

Der Parteitag wolle beschließen: Es sei eine Aktion einzuleiten, die fordert, daß die Arbeitszeit bei den Bauarbeitern gesetzlich durchgeführt wird. Es kommt noch vor, daß die italienischen Arbeiter von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends arbeiten; dadurch werden die einheimischen Bauarbeiter beeinträchtigt. Es sei auch Sorge zu tragen, daß eine Altersversorgung der Bauarbeiter eingeführt werde.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Parteiorganisation.

15. Antrag der Bezirksorganisation Voitsberg:

Der Parteitag wolle beschließen: Das Blocksystem sei aufzuheben, und an dessen Stelle soll die Parteisteuer von Reinerträgnissen der Feste und durch Herausgabe von Sammellisten von Zeit zu Zeit hereingebracht werden.

16. Antrag der Vertretung des V. Wiener Wahlkreises:

Mit Rücksicht darauf, daß das Turnen geeignet ist, auf die körperliche und geistige Ausbildung des Menschen wohlthätigen Einfluß zu üben, und in Anbetracht des Umstandes, daß in Oesterreich das Turnen von der Arbeiterschaft viel zu wenig gepflegt wird, wolle der Parteitag beschließen, den Parteigenossen allerorts zu empfehlen, wo es irgend möglich, Arbeiterturnvereine zu gründen oder in den bestehenden Organisationen Sektionen zur Pflege des Turnens zu errichten.

17. Antrag mehrerer Genossen des XVIII. Bezirkes Wien:

In Erwägung, daß die Parteitage bisher die Jugenderziehung des Proletariats arg vernachlässigt haben, während sie doch als ein Hauptfaktor zur Hebung der Arbeiterklasse vollste Aufmerksamkeit verdient und die gegnerischen Parteien sie zur Hebung ihrer Macht verwerthen, wolle der Parteitag beschließen, mit allen zweckdienlichen Mitteln im Rahmen des Parteiprogramms die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge in der Weise zur Durchführung zu bringen, daß allen bestehenden Organisationen zur Pflicht gemacht wird, entweder selbstständige Lehrlingsheime in's Leben zu rufen oder Lehrlingen den Beitritt zu Gewerkschaften ꝛc. mehr zugänglich zu machen, um auf diesem Wege die Erweckung des Klassenbewußtseins zu ermöglichen, als sicheren Schutz vor frühzeitiger Demoralisation.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Allgemeine Parteiangelegenheiten.

18. Antrag der Lokalorganisation Komotau (V. böhmischer Wahlkreis):

Nachdem in Oesterreich der Bauernstand einen großen Perzentsatz der Bevölkerung bildet und in Bezug auf die Agrarfrage bisher keinerlei Direktive vorliegt, die Heranziehung des Bauernstandes zur Partei jedoch wünschenswerth ist, stellt die Lokalorganisation Komotau den Antrag: Der Linzer Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dem Studium der Agrarfrage befaßt, ihre Untersuchungen veröffentlicht und dem nächsten Gesammtparteitage Vorschläge für das Parteiprogramm unterbreitet.

19. Antrag der Lokalorganisation Johannesthal bei Reichenberg:

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, dafür sorgen zu wollen, daß im ganzen Reiche Volksversammlungen einberufen werden, die sich mit der Theuerung der Lebensmittel zu befassen haben.

20. Antrag der Organisation Ischl:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, seine ganze Kraft aufzuwenden, der zweijährigen Militärdienstzeit zum Durchbruch zu verhelfen und eine Entschädigung für die zur Waffenübung Eingerückten zu erreichen.

21. Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs:

Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Miethzinssteuer für Arbeiterwohnungen einzubringen. Der ausfallende Ertrag könnte durch Erhöhung der Steuer auf Saisonwohnungen ersetzt werden.

22. Antrag der Bezirksorganisation Ischl.

Zur leichten und schnellen Verständigung der einzelnen Organisationen sei ein einheitliches Stenographiesystem von parteiwegen anzuerkennen und sind die Organisationen aufzufordern, eifrigst für die Erlernung desselben zu agitiren.

23. Antrag eines Meraner Genossen:

Die Parteileitung wird vom Parteitag beauftragt, einen Sachverständigen, Genossen, mit der Herausgabe eines für Arbeiter in leichtverständlicher Form abgefaßten „Volksadvokaten" zu betrauen, enthaltend sämmtliche für die Arbeiterschaft in Betracht kommende Gesetze nebst Formularen betreffs Eingaben an die Behörden.

24. Antrag der Bezirksorganisation Saaz:

Der Parteitag wolle behufs Revision des Parteiprogramms eine Kommission wählen, die dem nächsten Gesammtparteitage Bericht zu erstatten hat.

25. Antrag der Bezirksorganisation Graz:

Der Parteitag wolle beschließen: Bei Ernennung für Stellen in Partei-Unternehmungen und in Organisationen oder bei Unternehmungen und Institutionen, auf deren Verwaltung die Parteigenossen Einfluß haben, soll darauf gesehen werden, daß die zu Ernennenden die entsprechende fachliche und moralische Qualifikation haben und sich als thätige und erprobte Anhänger der Partei erwiesen haben.

Bericht der Parteivertretung

der deutschen Socialdemokratie in Oesterreich und der zu ihr gehörigen Organisationen an den in Linz zusammentretenden Parteitag.

Auf dem sechsten socialdemokratischen Parteitage zu Wien 1897 wurde die Organisation unserer Partei nach nationalen Gruppen beschlossen. Fanden bis dahin nur Parteitage statt, auf denen die Verhandlungen in mehreren Sprachen geführt werden mußten, so wird dies auf dem Linzer Parteitage nicht mehr nöthig sein. Gesammtparteitage finden nur mehr alle zwei Jahre statt.

Sowie die sozialdemokratische Partei jeder anderen Zunge in Oesterreich ihre selbstständige Leitung hat, so auch die deutsche. Die Parteivertretung der deutschen Socialdemokratie in Oesterreich ist es, die hier Bericht erstattet. Anschließend daran berichten die zu ihr gehörenden Kreis- und Wahlkreisorganisationen.

Im abgelaufenen Jahre gab es in der socialdemokratischen Partei zumeist gemeinsame Angelegenheiten zu fördern und zu vertreten. Und wir können jetzt schon von uns sagen, daß die Parteigenossen deutscher Zunge im Verein mit ihrer Parteivertretung ihre Pflicht und Schuldigkeit der Gesammtpartei gegenüber, deren Interessen wir uns stets vor Augen hielten, gethan haben. In das Berichtsjahr fällt die Krise in der Regierung Badeni's und ihr Ende, sowie der Beginn der Experimente des Grafen Thun, dessen politischer Charakter vorläufig sorgfältig verhüllt wird. Die Hauptaufgabe fiel in dieser Zeit naturgemäß der parlamentarischen Vertretung der Socialdemokratie zu, und wie mannhaft und erfolgreich sie sie gelöst hat, ist in frischer Erinnerung. Die Thätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten war aber nur der Ausdruck des politischen Willens von Hunderttausenden von classenbewußten Proletariern. Die Socialdemokratie hat auch außerhalb des Parlaments energisch in die politische Geschichte Oesterreichs eingegriffen.

Die Aufgabe der Socialdemokratie ist aber eine umfassendere; sie besteht auch darin, das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu erhalten und es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen. Außerdem hat unsere Partei dafür zu sorgen, daß das arbeitende Volk zu allen wirthschaftlichen und politischen Fragen Stellung nimmt. Wenn von unserer Partei aus das Volk nicht aufgerufen werden würde, wahrlich, alle anderen Parteien, und wenn sie sich noch so volksfreundlich geberden, rühren sich gerade in solchen Momenten, wo die wichtigsten Interessen der von ihrer Hände Arbeit lebenden Volksmassen auf dem Spiele stehen, durchaus nicht. Auch in Oesterreich gibt es eben nur eine einzige wahre Volkspartei, und das ist die Socialdemokratie.

Zunächst mußten wir hinaustreten, um dem Volke Oesterreichs zu verkünden, daß jene politische Misère, in die ein als Ministerpräsident absolut unbrauchbarer Mensch wie Graf Badeni das Reich brachte, rasch behoben werden müsse. Allüberall im Lande mußten wir zum Haß und zur Verachtung wider ein solch schmachvolles Regiment, das nur den Schleichweg der Verordnungen zu wandeln wagte, aufreizen, um die Massen in Fluß zu bringen.

Der Sprachenstreit in Oesterreich hat unsere Partei nicht nur am Platz, sondern auch auf der Höhe ihrer Aufgaben gefunden. Wir waren es, die dem Volke klarlegten, daß gewissenlose Streber den Nationalitätenstreit auf dem Rücken der Arbeiter auszufechten beabsichtigen. Viele Volksversammlungen fanden zu diesem Zwecke statt. Und wenn die organisirten Arbeiter sich der Nationalitätenhetze fernhielten, ist dies nur der Rührigkeit und aufklärenden Thätigkeit unserer Partei zu danken.

Ein große Anzahl Versammlungen fand auch statt mit der Tagesordnung: Die Thätigkeit der Regierung des Badeni. In sehr vielen Fällen wurde die Polizei und Gendarmerie, einmal, in Graz, sogar Militär zum Schutze des Badeni'schen Systems aufgeboten; es floß Arbeiterblut. Doch Alles war zu schwach. Langsam, aber sicher arbeiteten wir dem Sturz des Badeni vor.

Als am 25. September 1897 das Parlament wieder eröffnet wurde, zu jener Session, in welcher Abrahamowicz und Kramarsch, die schmutzigen Geschäfte der damaligen Regierung zu besorgen, in das Präsidium des Hauses gewählt wurden, stand unsere Partei, die Hand zum Schlage erhoben, schon bereit. In einer Serie von Volksversammlungen wurde der Regierung des Badeni nachgewiesen, daß es für sie hoch an der Zeit sei, abzutreten. Aber des Volkes Stimme außerhalb des Parlaments wurde mit Absicht überhört. Nun wurde es lebendiger innerhalb des Parlaments, in das das zum Classenbewußtsein erwachte Volk wohl nur vierzehn, aber beherzte Männer zur Vertretung seiner Interessen

entsendet hatte. Es kam jener denkwürdige 26. November 1897, jener Tag, an dem den Gewaltstreichen der Badeni'schen Creaturen ein jähes, gänzlich unerwartetes Ende bereitet wurde. Als die Kunde unter die Volksmassen drang: die Socialdemokraten haben das Präsidium des Parlaments erstürmt und gezeigt, daß es kein Parlament mehr gibt, daß sein Rechtsboden von den Falkenhayn-Männern zertrümmert wurde, pochten viele Tausende Proletarierherzen wohl stürmischer als zuvor, in freudiger Erregung über die muthige, befreiende That der socialdemokratischen Vertreter. Was unsere Abgeordneten an jenem Tage gethan, wird in der Geschichte Oesterreichs wohl verzeichnet bleiben. Für die Angehörigen der socialdemokratischen Partei war dieser siegreiche Angriff auf die Rechtsschänder im Abgeordnetenhause das Signal zum Aufmarsch vor dem Parlament. Der 28. November fand uns wieder am Platze. Vor dem Abgeordnetenhaus am Franzensring, in der nächsten Nähe der Hofburg, ritten Polizisten und Husaren, den Säbel in der Faust, in die gegen das Cabinet Badeni demonstrirenden Massen. Doch der Sturz des Badeni war durch das Eingreifen der Arbeiter in Wien und im ganzen Reich unvermeidlich geworden. Die Socialdemokraten hatten eine große und schwere Arbeit vollendet. Aus ihren Reihen wehte in jenen Tagen der Athem der Geschichte.

Ein großes Feld zur ernsten und anstrengenden Arbeit eröffnete sich uns in dem Bestreben, den Arbeitern das Wahlrecht in die Landtage und in die Gemeinde zu erobern. Leider reichten unsere bisher zur Anwendung gebrachten Mittel, in die Festung der Privilegien Bresche zu legen, nicht aus. Es hat den Anschein, als ob die Landtage erst dann hören werden, bis das rechtlose Volk sich wieder einmal erhebt und wenn es selbst die Säbel der Polizisten zu fühlen bekommen sollte.

Wie ein rother Faden zieht sich durch das Berichtsjahr unsere Fehde wider die Pfaffen und deren volksverdummende Bestrebungen. Kaum war einen Moment Ruhe eingetreten im Kampfe gegen die Regierung, mußten wir auf den Plan treten, um das kostbarste Gut des Volkes, um die Schule und die etwas moderner denkenden Lehrer zu vertheidigen.

Der Bevollmächtigte Roms, der in Oesterreich neben Lueger, Geßmann und vielen Anderen dafür zu arbeiten hat, daß die Schule verpfafft werde und daß die Lehrer unter die Kutte kommen, ist der Dr. Ebenhoch. Die Volksfeindlichkeit seines Schulantrages den breiten Schichten der Bevölkerung darzulegen, war unsere Aufgabe. Unsere Pflicht wird es sein, über die Schule nach wie vor streng Wache zu halten.

Den Pfaffen zur Seite kämpft treu die sogenannte christlich-sociale Partei, die Hasserin aller Vernunft, die Feindin jedweden Fortschritts. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß speciell in Nordböhmen die Versuche dieser Partei, als Bollwerk der Unternehmer gegen die Socialdemokratie zu dienen, dank der Einsicht der dortigen Arbeiterschaft keine nennenswerthen Erfolge aufweisen und als gescheitert zu betrachten sind. Nur Eine Partei kam in Böhmen durch die Sprachenverordnungen nach oben: die deutschnationale. Die Arbeiter vor der Umgarnung der nationalen Gaukler zu warnen, haben unsere Genossen in Böhmen nicht unterlassen. Die Volklichen haben übrigens das Ihrige dazu gethan, um als jene volksfeindliche Partei und als die echten Nachkommen der liberalen Fabrikantenvertreter erkannt zu werden. Die deutschnationale Phrase wird die Arbeiter nicht verführen, und die Schildknappen der Ausbeuter bemühen sich umsonst um die Liebe der Ausgebeuteten. Die sich im Parlament als deutsche Volksmänner aufspielen, vertreten in Wahrheit die deutsche Bourgeoisie, die die deutschen Arbeiter knebelt und die czechischen ausbeutet und ihrer Sprache wegen brutalisirt. Wirkliche Erfolge auch in der Zeit, in welcher zu befürchten war, daß in Böhmen und Mähren durch die Sprachenhetze jedes ernste Denken unmöglich gemacht wird, hat nur unsere Partei aufzuweisen. Während rings im Lande der Sprachenstreit hoch aufloderte, eroberten die Socialdemokraten in einer Anzahl von Gemeinden den dritten Wahlkörper. Und dies zu einer Zeit, wo die Arbeiter vom Wahlrecht in die Gemeinde noch ausgeschlossen sind.

Einen Markstein im abgelaufenen Jahre bildet die große Friedensdemonstration in Prag am 5. September 1897, der eine große Flugblattvertheilung vorausging. Das Friedensmanifest der Socialdemokraten Böhmens, das in 500.000 Exemplaren verbreitet wurde, bewies deutlich, daß auch inmitten des Nationalitätenstreites die Socialdemokraten sich ihren Blick nicht trüben ließen.

Für die Aufhebung des Zeitungsstempels und die Erweiterung der Preßfreiheit einzutreten, boten sich uns wiederholt Gelegenheiten, die wir nicht unausgenützt vorüberziehen ließen. Daß Oesterreichs Regierungen trotz aller Betheuerungen selbst auf diese die Zeitungslektüre vertheuernde Einnahme nicht verzichten wollen, zeigt, daß man bei uns zu Lande auch die schmutzigsten Einnahmen nicht verschmäht. Auch an die Aufhebung des schon längst bloßgestellten § 23 des Preßgesetzes denken unsere Regierungsmänner nicht.

Zum Ausgleich mit Ungarn hat unsere Partei gleichfalls Stellung genommen Wir sind später noch weiter gegangen und haben der Bevölkerung Oesterreichs gezeigt mit welcher Regierung sie sich ausgleichen soll. Die Gräuel der ungarischen Regierung

und ihrer Organe, die an den Socialdemokraten verübt werden, sind unseren Genossen nicht fremd. Von der österreichischen Regierungspresse werden diese Schandthaten wohlweislich nicht publik gemacht, und auch die bürgerliche Presse breitet über das räuberische Gebahren der ungarischen Behörden den Mantel des Schweigens und der Nächstenliebe. Wer sich nicht scheute, die ungarischen Gräuelthaten in alle Welt zu rufen, war die gesammte österreichische Socialdemokratie, die ihren Brüdern in Ungarn nicht mit Worten allein zu Hilfe kam.

Die Parteivertretung hat aber im Verein mit den zu ihr gehörenden Organisationen nicht nur zu allen politischen Fragen Stellung genommen, sie hat auch wirthschaftlichen Fragen gegenüber nichts versäumt. Wirthschaftliche Fragen sind bei uns zumeist politische Fragen, und umgekehrt. Zur politischen Noth gesellt sich in Oesterreich stets auch die wirthschaftliche Noth. Zur Preissteigerung der für die Arbeiter unentbehrlichen Lebensmittel Stellung zu nehmen, war ein Gebot der Partei. Die Action ist überdies lange noch nicht abgeschlossen.

Der Ausdehnung des Arbeiterschutzes, dem unsere größte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß, waren wir stets eingedenk. Als in Zürich im August 1897 der internationale Congreß für Arbeiterschutz zusammentrat, waren auch unsere Vertreter dort. Der Widerspruch der christlich-socialen Vertreter aus Oesterreich zwischen ihren Worten und Werken wurde nicht nur gleich auf dem Congreß, sondern auch später in der Heimat gründlich dargethan. Im socialpolitischen Theil unseres Centralorgans, der „Arbeiter-Zeitung", wird die Ausdehnung des Arbeiterschutzes ununterbrochen gefordert.

Da die Parteivertretung auch der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter ihre Aufmerksamkeit zuwendet, blieben ihr die vielen Strikes nicht unbekannt, mit denen sich die Gewerkschaftscommission sowohl als die einzelnen Industrieverbände im Laufe des Jahres zu befassen hatten. Wir kamen wiederholt in die Lage, auch hier helfend einzugreifen. Es wird uns wohl an dieser Stelle gestattet sein, zu bemerken, daß Strikes, insbesondere Angriffsstrikes, wohl überlegt und erwogen werden sollen. Wir wissen freilich nur zu gut, daß zumeist die Verzweiflung und der Hunger die Arbeiter dazu bringen, nach dieser in der That zweischneidigen Waffe zu greifen. Doch sollte in allen diesen Fällen wie auch bei Abwehrstrikes stets vorerst der Rath der von den Arbeitern auf ihren Branchencongressen eingesetzten Körperschaften eingeholt werden, die ja stets nach dem Ausbruch des Strikes um Unterstützungen angerufen werden.

Die Parteivertretung hat jedoch nicht nur Strikes im Inland unterstützt, sie gab auch dort, soweit es die schwachen Mittel erlaubten, wo das Ausland zur Bethätigung das Solidaritätsgefühls sie aufforderte.

Daß in einzelnen Ländern Branchenorganisationen bedeutend an Ausdehnung gewinnen, beweisen uns die verschiedenen Congresse, auf denen das Ziffernmaterial vorgeführt wird, und die wir, so oft es möglich war, besuchten, um unsere Erfahrung auch auf diesem Gebiete zu erweitern.

Einen besonders schweren Stand hatten im abgelaufenen Jahre die socialdemokratisch gesinnten Eisenbahner. Vorerst löste ihnen die Regierung unter dem Beifall ihrer aufdringlichen christlich-socialen „Freunde" ihre Organisation auf, und als die „Aufgelösten" ihre Abneigung zeigten, in das Garn ihrer Feinde zu fliegen, verfolgte sie deren Verleumdungs- und Denunciationssucht. Doch die Eisenbahner hielten aus, und wie es sich zeigt, haben sie den Feldzug, der gegen sie eröffnet wurde, gewonnen.

Bei den Wahlen in die Körperschaften der verschiedenen Branchen zeigte sich stets, daß die Socialdemokraten ihre Positionen wacker vertheidigen. Wir erwähnen die Wahlen der Schneider und Schuhmacher, der Tischler und Metallarbeiter, welch letztere überdies nach einem kecken Anschlag ihrer Ausbeuter auf das Schiedsgericht diese gebührend zurückwiesen. Die socialdemokratischen Handlungsgehilfen hatten nach hartem Kampfe zuwege gebracht, daß sie eine feste Burg der Christlich-Socialen, den Gehilfenausschuß, durch einen glänzenden Sieg eroberten.

Die Parteivertretung der deutschen Socialdemokratie steht mit den Parteivertretungen der tschechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Socialdemokratie, sowie den Mitgliedern des Socialdemokratischen Verbandes des Reichsrathes in steter und engster Fühlung. Eine innige Freundschaft verbindet uns mit den Genossen überall im Ausland, und in ständigem Verkehr sind wir mit unseren Genossen in Deutschland und mit den österreichischen Genossen in der Schweiz, die dort einen eigenen Verein in's Leben treten ließen.

An dem deutschen Parteitag zu Hamburg 1897 nahmen als Vertreter der österreichischen Socialdemokratie Genosse Skaret und als Vertreter des Socialdemokratischen Verbandes Reichsrathsabgeordneter Genosse Zeller theil.

Unsere Genossinnen nahmen auch heuer wieder, von der Parteivertretung und der Gewerkschaftscommission unterstützt, einen Anlauf, um die Frauenbewegung lebhafter zu gestalten. Hoffen wir, daß die Frauenconferenz die erwarteten Erfolge bringe.

Die Maifeier gestaltete sich in diesem Jahre großartiger, da der Arbeiter-

feiertag auf einen Sonntag fiel. An der Arbeitsruhe am 1. Mai wird nach wie vor festgehalten werden.

Zu Beginn des Jahres 1898 trat an uns auch noch eine andere große Aufgabe heran. Fünfzig Jahre seit der Achtundvierziger-Revolution liegen hinter uns: der Freiheitskämpfer ehrend zu gedenken und ihnen ein Denkmal zu setzen, erschien uns als heilige Pflicht. Allüberall im Reiche gab es am 13. März ernste Zusammenkünfte, bei welchen der Opfer des Jahres 1848 gedacht wurde. Unter Anderem ließen wir eine Medaille schlagen. Sie wurde zunächst confiscirt als ein Preßerzeugniß. Nach manchen Fährlichkeiten gelang es schließlich doch, die Medaille den Freunden der Freiheit zugänglich zu machen. Sie soll gewissermaßen ein kleines ehernes Denkmal für die im Jahre 1848 um die Freiheit in Oesterreich Gefallenen sein. Die Parteivertretung hat die Absicht, mit einem bleibenden Denkmal das Grab der am 13. März 1848 in Wien Gefallenen zu schmücken. Doch steht zur Errichtung dieses Denkmals zur Zeit noch die Bewilligung des Wiener Magistrats aus.

Von dem stets wachsenden Umfang der Geschäfte des Parteisecretariats läßt sich schwer ein Bild geben. Ein äußerer Anhaltspunkt ist damit gegeben, daß der Einlauf während des Berichtsjahres 1229 Schriftstücke betrug und daß 1317 Schriftstücke hinausgingen. In Folge Aufforderung der einzelnen Wahlkreis-, respective Bezirksorganisationen wurden vom Parteisecretariat innerhalb des Zeitraumes vom 1. Mai 1897 bis inclusive 1. Mai 1898 zu 159 Volksversammlungen Referenten besorgt. Die meisten Agitationstouren entfielen auf Böhmen. Ueber die Zahl der Versammlungen, die überhaupt abgehalten wurden, mögen folgende Ziffern Auskunft geben, die aber lange nicht vollständig sind. Es wurden im Berichtsjahre abgehalten: Volksversammlungen 1556, Vereinsversammlungen 1498, § 2-Versammlungen 1317, Bezirksconferenzen 104, Kreisconferenzen 7.

Das Centralorgan unserer Partei steht sich seit dem Jänner 1898, das ist seit der Preiserhöhung, günstiger. Für die weiteste Verbreitung des Blattes muß jedoch von jedem Parteiangehörigen Alles unternommen werden. Welch eine mächtige Waffe die „Arbeiter-Zeitung" für die Partei ist, braucht wohl hier nicht erst gesagt zu werden. Einen Anhaltspunkt für die Verbreitung der socialdemokratischen politischen Presse deutscher Zunge (21 Zeitungen) gibt die Ziffer ihrer Gesammtauflage, die mehr als 125.000 Exemplare pro Nummer beträgt. Unsere sonstige Parteiliteratur hat sich gleichfalls bedeutend vermehrt. Am meisten trug dazu die Erste Wiener Volksbuchhandlung bei, die die Unterstützung aller Genossen verdient.

Zum Schluß unseres Berichtes soll es ausgesprochen werden, daß Alles, was wir in diesem Jahre zu Gunsten unserer Partei gethan, mit dem Opfermuthe der Parteiangehörigen zu danken ist. Im Interesse des arbeitenden Volkes wünschen wir, daß dieser Opfermuth sich auch fernerhin bewähre.

Franz Schuhmeier, Parteisecretär.

Bericht des Parteicassiers.

Das abgelaufene Berichtsjahr ergab naturgemäß eine minder lebhafte Bewegung als die des Vorjahres mit seiner Wahlcampagne. Selbstverständlich waren in Folge dessen auch die Partei-Einnahmen geringer als im Vorjahre. Es muß jedoch auch hervorgehoben werden, daß das Beitragswesen in der Provinz auch in diesem Jahr sehr im Argen lag. Die gebieterische Nothwendigkeit einer systematischen Regelung dieser Frage tritt immer mehr an die Partei heran.

Uebersicht.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Deficit
		Gulden		
Agitationsfonds	6.706·31	6.326·19	380·12	—
Inhaftirtenfonds	734·07	1.238·16	—	504·09
Wahlfonds	432·80½	333·40	99·40½	—
Maifonds	2.573·57	1.911·—	662·57	—
Broschürenconto	1.320·93	297·06	1.023·87	—
Summe	11.767·68½	10.105·81	2.165·96½	504·09
Ueberschuß	1.661·87½	=	1.661·87½	
Saldo vom 1. Mai 1897	2.059·81			
Saldo vom 1. Mai 1898	3.721·68½			

Der Parteicassier: Dr. Ellenbogen.

Revidirt und richtig befunden:

Die Controle:

Elbersch. August Müller. J. Seliger. J. Prähauser. Ludwig Wutschel.

Berichte.

Niederösterreich. Die neun niederösterreichischen Wahlkreise bilden eine Landesorganisation. Gemäß dem neuen Organisationsstatut, das am vorjährigen Parteitag beschlossen wurde, bilden die Wahlkreise die Grundlage der Organisation. Um jedoch die ländlichen Wahlkreise in ausgiebiger und systematischer Weise bearbeiten und organisiren zu können, mußte die politische Einheit unseres Landes aufrechterhalten bleiben und nur die Bezirksorganisationen vereinigten sich entsprechend dem Wahlkreisterritorium. Auf dem letzten Landesparteitage wurde außerdem auch beschlossen und in einem speciellen Organisationsstatut für Niederösterreich niedergelegt, daß zur Leitung der Geschäfte der Wiener Wahlkreise aus der Mitte der dem Wahlkreise angehörigen Bezirksorganisationen mindestens zwei Vertreter zu bestimmen sind, die den Wahlkreisausschuß bilden. Zur Leitung der Geschäfte der ländlichen Wahlkreise treten vierteljährlich Delegirte der dem Wahlkreise angehörenden ländlichen Bezirksorganisationen zu einer Wahlkreisconferenz zusammen und wird erst von dieser der aus mindestens fünf Personen bestehende Wahlkreisausschuß gewählt, der alle administrativen Arbeiten zu erledigen und mit der Landesparteivertretung in steter Verbindung zu bleiben hat. Für ein einheitliches Vorgehen der neuen Wahlkreise hinsichtlich der Agitation und Organisation sorgt hingegen die Landesparteivertretung, die über Vorschlag eines einzusetzenden Wahlcomités am Landesparteitag alljährlich gewählt wird. Bei der Zusammensetzung derselben ist — wie das Organisationsstatut bestimmt — darauf Rücksicht zu nehmen, daß aus jedem Wahlkreise je zwei Vertreter in dieselbe gewählt werden und bilden die den Wiener Wahlkreisen angehörenden Mitglieder der Landesparteivertretung den geschäftsführenden Landes- und Wiener Localausschuß, während die Mitglieder der Provinz die Controle ausüben.

Diese organisatorische Einrichtung bewährt sich gut und gestattet es, daß die Agitation in allen und auch in den noch zurückgebliebensten Bezirken oder Wahlkreisen gepflegt und gefördert und dadurch die Zahl der Anhänger unserer Partei wesentlich vermehrt w rd. Nicht unerwähnt darf es im Berichte bleiben, welche große und gewaltige Aufgabe sich speciell die Wiener Organisationen gestellt haben und an deren Durchführung wohl über 2000 Genossen unausgesetzt arbeiten. Diese besteht nämlich darin, daß Wien mit seinen 19 Bezirken nach Straßen und Häusern organisirt werde. Diese organisatorische Kleinarbeit erfordert seitens der Genossen viel Geduld und Ausdauer und wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, bis sie entsprechend functionirt. Diese Arbeit muß jedoch gemacht werden, weil sie eine Nothwendigkeit in einer Großstadt ist und sie wird bei künftigen Actionen unserer Partei noch von unschätzbarem Werthe sein.

Im Berichtjahre, das man mit Recht das Jahr der Organisation nennen könnte, ist noch eine Neuerung zu verzeichnen, und zwar die Institution der Wahlkreis-Vertrauensmänner für die ländlichen Wahlkreise. Nur allzu sehr machte sich in letzterem der Mangel an agitatorischen und organisatorischen Kräften bemerkbar und auch in den Berichten der Wahlkreisausschüsse wird unaufhörlich der Ruf um Abhilfe dieses Uebels erhoben. Damit nun die Agitation und Organisation am flachen Lande systematisch und von einer bestimmten Stelle aus betrieben werden könne, faßte die Landesparteivertretung schon Ende des verflossenen Jahres den Beschluß, eigene Wahlkreis-Vertrauensmänner, die aus dem Landesparteifonds entschädigt werden, jeden dieser Wahlkreise zur Seite zu stellen, die sich — als unabhängige Kraft — unausgesetzt der Agitations- und Organisationsarbeit widmen sollen. Im Februar laufenden Jahres wurde zunächst dem VI. (St. Pöltener) Wahlkreis ein solcher Wahlkreis-Vertrauensmann beigestellt. Es ist zu wünschen, daß auch die übrigen Wahlkreise möglichst bald eine derartige agitatorische Unterstützung erhalten.

Die Zahl der Volks- und Vereinsversammlungen, in denen wichtige politische und actuelle Tagesfragen besprochen wurden und zur Aufklärung der Bevölkerung beitrugen, hat sich ungewöhnlich vermehrt. Während seitens der Landesparteivertretung im letzten Jahre zu 349 Versammlungen Referenten entsendet wurden, die theils über Veranlassung desselben, theils seitens der Organisationen veranstaltet wurden, weisen die Berichte des VIII. (Floridsdorfer) Wahlkreises beispielsweise die Abhaltung von 100 § 2 und 34

sonstigen Versammlungen, der Bericht des IX. (Wiener-Neustädter) Wahlkreises 140 stattgefundene Volksversammlungen (darunter circa 30, die wegen der Erringung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes abgehalten wurden), aus. Auch in Wien und der Provinz fanden außerdem viele Versammlungen, die sich speciell mit der Forderung des Wahlrechtes für den Landtag und die Gemeinde befaßten, und über deren Anzahl leider die Organisationen nicht ordnungsgemäß berichteten, statt.

Die czechische Kreisorganisation, die mit der Landesparteivertretung in steter Verbindung steht, arbeitet ebenso tüchtig an dem Organisationswerke mit und vereinigt die czechischen Genossen in gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu gleichem Vorwärtsschreiten. Die Zahl der czechischen Volks- und Vereinsversammlungen, über deren Höhe augenblicklich keine Daten vorhanden sind, hat sich im gleichen Verhältniß zu denen der deutschen Landesorganisation vergrößert. Seit 1. Jänner l. J. wird in Folge Uebereinkommens zwischen beiden Organisationsleitungen an die czechische Kreisorganisation ein Theil der Parteisteuer-Einnahmen, wie dies aus nachstehendem Cassebericht zu entnehmen ist, abgeführt, der dem Agitationsfonds der czechischen Kreisorganisation zufließt.

Die Organisation der Frauen und Mädchen, die in letzterer Zeit nicht im selben Maße gleichen Schritt hielt, wie dies von anderen Organisationen berichtet werden konnte, hat durch die Abhaltung des zu Ostern in Wien stattgefundenen Frauencongresses einen neuen Impuls erhalten und es ist zu erwarten, daß das neue eingesetzte ständige Actionscomité der Frauen auch im Lande Niederösterreich wieder neubelebend auf die Genossinnen einwirken und sie zu einem einigen und systematischen Vorgehen auf dem Gebiete der Arbeiterinnen-Organisation anspornen wird. Nichtsdestoweniger fanden im letzten Jahre in Wien und den Provinzorten viele sehr gut, oft sogar stark besuchte Arbeiterinnen-Versammlungen statt, die sich meistentheils mit auf die Arbeiterinnenschutzgesetzgebung bezugnehmende Fragen beschäftigten.

Auch eines Erfolges muß gedacht werden, den unsere Partei anläßlich der im März l. J. abgehaltenen Wahlen in die Einschätzungscommission für die neue Personaleinkommensteuer errungen hat. Im V., X. und XI. Wiener Bezirk und in Wiener-Neustadt drangen die Candidaten unserer Partei durch. Daß die Anwesenheit von Arbeitervertretern in diesen Schätzungscommissionen für die steuerzahlende Arbeiterschaft von nicht unerheblichem Werthe sein wird, wird uns die nächste Zeit schon lehren.

Um das Andenken an die Märzkämpfe des Jahres 1848 sowie das der Gefallenen des 13. März 1848 in würdiger Weise zu feiern, fanden in Wien und Niederösterreich eine Reihe von Festversammlungen statt, die einen überaus starken Besuch aufwiesen. Von überwältigender Wirkung auf die Genossen sowie auf die gesammte Bevölkerung Wiens war jedoch der Aufmarsch der Wiener Arbeiterschaft am 13. März l. J. beim Grabe der Märzgefallenen am Wiener Centralfriedhofe, der, vom herrlichsten Wetter begleitet, sich zu einer selbst in Wien noch nie gesehenen Demonstration gestaltete. Die Zahl der Demonstrationstheilnehmer belief sich nach genauer Schätzung auf circa 150.000 Personen. Würdig und ruhig verlief diese gewaltige Kundgebung, an der sich auch deputativ die Organisationen in Atzgersdorf, Krems, Liesing, Waidhofen a. Y., Wiener-Neustadt und St. Pölten betheiligten. Das Gleiche läßt sich auch von der heurigen Maifeier constatiren, die, nachdem sie auf einen Sonntag fiel und daher Tausenden von Proletariern, die sich an früheren Maifeiern entweder aus Furcht vor Entlassung oder aus sonstigen Dienstesrücksichten nicht an derselben betheiligten, die Möglichkeit verschaffte, den 1. Mai mitzufeiern, in Wien und auch in den entlegensten Orten Niederösterreichs imposant verlief. Die Landes-Parteivertretung mußte allein an diesem Tage 20 Referenten zu den Maiversammlungen in die Provinz entsenden, was bisher noch niemals in solchem Maße von den Genossen verlangt wurde.

Die politischen Verfolgungen beschränkten sich im Berichtsjahre zumeist auf die Ahndung von Uebertretungen des § 23 P.-G., was wohl nur dazu beitragen kann, die Genossen, so lange dieser ominöse Paragraph noch sein trauriges Dasein fristet, zur größeren Vorsicht bei Verbreitung von Drucksorten anzuleiten.

Unser Landesorgan „Volkstribüne", das eine Auflage von über 22.000 Exemplaren aufweist, genügte den Anforderungen der Genossen nicht mehr, wie dies früher noch der Fall war, und es mußte daher noch ein Blatt geschaffen werden, das den Bedürfnissen der Genossen, sowie der Organisationen nach Möglichkeit Rechnung trägt. Es erschien daher im October v. J. die „Neue Volkstribüne", die sich bei den Genossen schnell Eingang verschaffte, was zu der Hoffnung berechtigt, daß auch dieses Organ in kürzester Zeit sich die gleiche Auflage erobern wird wie die „Volkstribüne". Die Genossen des VIII. Wahlkreises besitzen ein Organ, den „Volksboten", das eine Auflage von 3000 Exemplaren hat, die des IX. Wahlkreises die „Gleichheit", welche in 2000 Exemplaren, und zwar wöchentlich erscheint. Beide letztgenannten Organe sind activ und dienen vorzugsweise zur Agitation im Wahlkreise

Zum Schlusse sei noch der Cassebericht angeführt, der über die finanzielle Gebahrung unserer Landesorganisationen Aufschluß gibt und in puncto Einnahmen eine erfreuliche Erhöhung der Ziffer aufweist. Wohl wird der Kreis jener Organisationen, welche sich einer gewissenhaften Einhebung und Verwaltung der Parteisteuer befleißigen, ein stets größerer, aber noch lange nicht hat sich in den Reihen der Genossen in Wien selbst, sowie in den Provinzorten jenes Pflichtgefühl Eingang verschafft, das wir an unseren Genossen im Deutschen Reiche so oft bewundern und das jeden einzelnen Angehörigen der Partei zur regelmäßigen Abgabe einer Parteisteuer für verpflichtet hält. Viele Aufgaben und Kämpfe stehen unserer Partei noch bevor und müssen bewältigt werden, und der Kampf benöthigt Mittel, wenn er mit Erfolg geführt werden soll. Hoffen wir, daß auch dieser Mangel durch die fortschreitende Organisation und Erziehung der Massen mit der Zeit behoben werde.

Cassabericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt	An die czechische Kreisorganisation in Niederösterr. abgeführt
	Gulden	Gulden	Gulden	Gulden
Vom 1. 5. bis 31. 5. 1897	533·47	548·92	44·55	—
„ 1. 6. „ 30. 6. „	946·15	751·33	194·82	—
„ 1. 7. „ 31. 7. „	853·82	759·48	94·34	—
„ 1. 8. „ 31. 8. „	837·46	702·40	135·06	—
„ 1. 9. „ 30. 9. „	560·09	429·06	131·03	—
„ 1. 10. „ 31. 10. „	1.301·91	1.184·94	116·97	—
„ 1./11. „ 30. 11. „	1.250·63	1.127·40	123·23	—
„ 1. 12. „ 31. 12. „	652·72	536·63	116·09	—
„ 1. 1. „ 31. 1. 1898	1.254·36	933·14	264·14	57·08
„ 1. 2. „ 28. 2. „	1.208.44	1.077·72	99·07	31·65
„ 1. 3. „ 31. 3. „	1.111·22	*) 488·15	**) 593·98	29·09
Vom 1. 5. 1897—31. 3. 1898	10.570·27	8.539·17	1.913·28	117·82

Oberösterreich. Die oberösterreichische Kreisorganisation ist in zehn Bezirksorganisationen eingetheilt. Es fanden im abgelaufenen Jahre 1 Kreis- und 14 Bezirksconferenzen statt. Ferner wurden durch die Kreisvertretung 33, durch die örtlichen Organisationen 63 Volksversammlungen abgehalten. Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen theilt sich auf 30 Orte. In Oberösterreich bestehen an Organisation: 1 Arbeiterinnenverein, 14 Arbeiterbildungs- und Rechtsschutzvereine mit 13 Ortsgruppen, 33 gewerkschaftliche Vereinigungen, 3 Bezirksverbände, 2 politische und 3 Gesangsvereine. Die Arbeitervereine haben seit dem letzten Berichte um 8, die Gewerkschaften um 12 Vereinigungen zugenommen. Diese 69 Vereine vertheilen sich auf 28 Orte. Die Organisation geht zwar nicht flott, aber stetig vorwärts. Die meisten Bezirks- und örtlichen Organisationen decken ihre Agitationskosten selbst. Leider unterlassen einzelne Organisationen es noch immer, regelmäßig mit der Kreisvertretung abzurechnen und an dieselbe Berichte zu erstatten. Mit einigem guten Willen und mit der Schulung wird auch dies noch zu Stande kommen, um den Ansprüchen einer guten Organisation vollauf gerecht werden zu können. Die heurige Maifeier wurde in allen Bezirken würdig gefeiert und nahm dieselbe in einzelnen Bezirken einen großartigen Verlauf.

An politischen Verfolgungen hatten wir, außer solche nach § 23 Preßgesetz, wenige zu erdulden. Das oberösterreichische Parteiorgan, die „Wahrheit", erscheint seit 1. Jänner

*) Darunter fl. 50 zur Unterstützung des zu Ostern l. J. in Wien stattgefundenen Frauencongresses.

**) Davon fl. 500, welche speciell zur Bestreitung der Kosten des Linzer Parteitages gewidmet wurden.

1898 dreimal im Monat und dürfte in kurzer Zeit als Wochenblatt nutzbar werden. Das Blatt hat eine Auflage von 4000 Exemplare und arbeitet ohne Deficit. Die Verbreitung beschränkt sich auf Oberösterreich und ist es dem Unternehmen gelungen, festen Fuß zu fassen. Bei einigem Eifer seitens der Parteigenossen wird selbst bei dem kleinen Wirkungskreise ein noch größerer Absatz zu erzielen sein. Der von den oberösterreichischen Parteigenossen aufgebrachte Preßfond von fl. 500 ist für die spätere Ausgestaltung des Unternehmens zinsbringend angelegt. Wir können also ruhig sagen: Im Großen und Ganzen wurde in unserem Kreise rüstig und mit Freude im Dienste der Socialdemokratie, an dem Werke der Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Capitals gearbeitet.

Steiermark (mit Ausnahme der Bezirksorganisation Judenburg und Selzthal, welche trotz wiederholter Aufforderung keine Berichte sandten). Organisation und Agitation. War die Berichtsperiode bis 1. April 1897 beinahe ausschließlich von der Wahlbewegung beherrscht, so kann von der jetzigen Berichtsperiode (1. April 1897 bis 31. Mai 1898) mit Fug und Recht behauptet werden, daß eine intensive Arbeit in Bezug auf Organisation und Agatition geleistet wurde. Die Neugründung einer Bezirksorganisation (Deutsch-Landsberg), sowie von fünf Localorganisationen (St. Stefan am Gratkorn, Deutsch-Feistritz, Eibiswald, Wies und Afleuz), ferner die Gewinnung und Aufstellung von Vertrauensmännern in selbst ganz exponirten Orten, brachte die politische Organisation ein gutes Stück vorwärts, wenn auch noch sehr viel gethan werden muß, um behaupten zu können, der Kreis Steiermark ist vollständig und systematisch politisch organisirt. Der Kreis Steiermark besteht dermalen aus 14 Organisationsbezirken, und zwar 1. Graz mit den Bezirken: Umgebung Graz (mit Ausnahme der Gemeinden Eggenberg, Gösting, Straßgang und Thal), ferner die Bezirke Arnfels, Leibnitz, Wildon, Frohnleiten, Hartberg, Friedberg, Voran, Pöllau, Weiz, Birkfeld, Fehring, Fürstenfeld, Feldbach, Gleisdorf und Kirchbach. 2. Eggenberg bei Graz mit den obigen, von der Bezirksorganisation Graz ausgeschiedenen Gemeinden. 3. Marburg mit den Bezirken Mureck, Radkersburg und Mahrenberg. 4. Bruck mit dem Bezirke Afleuz. 5. Kindberg mit dem Bezirke Kindberg. 6. Mürzzuschlag mit dem Bezirke Maria-Zell. 7. Leoben mit den Bezirken Mautern und Eisenerz. 8. Selzthal mit den Bezirken Rottenmann, Liezen und St. Gallen; Gröbming mit den Bezirken Irdning und Schladming. 9. Aussee mit dem Bezirke Aussee. 10. Knittelfeld mit der Gemeinde Zeltweg. 11. Judenburg mit den Bezirken Obdach, Oberzeiring, Murau, Oberwölz und Neumarkt. 12. Köflach. 13. Voitsberg. 14. Deutsch-Landsberg mit den Bezirken Stainz und Eibiswald.

Die gewerkschaftliche Organisation hält Schritt mit der politischen. Nach beiden Richtungen hin wurden ganz neue Orte gewonnen und die Zahl der Mitkämpfer erhöht. Mit circa 15.000 dürfte die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter in Steiermark nicht zu hoch gegriffen sein. Was die Agitation betrifft, so wurden in Graz und in der Provinz zusammen 262 Volks- und 352 Vereinsversammlungen abgehalten, nebstbei noch hunderte von § 2-Versammlungen. Von letzteren wurden beim Kreisausschusse aber nur 347 angemeldet. Von den Volksversammlungen wurden im Ganzen 12 verboten. Die Verbote erfolgten ihrer Mehrzahl nach wegen Formfehler, doch auch das Interesse für die „öffentliche Ruhe und Ordnung" erheischte mehrere Verbote, 3 in den stürmischen Novembertagen in Graz, 1 in Stainz. Letztere wurde aber im Recurswege freigegeben. Besonders wurde getrachtet, Volksversammlungen in Orten abzuhalten, wo noch keine stattfanden, zumeist in rein ländlichen Bezirken, und der Erfolg war stets ein durchschlagender. Es rührt sich eben auch schon in der ländlichen Bevölkerung, obwohl dies ein Boden ist, wo sehr vorsichtig gearbeitet werden muß. — Bezirksconferenzen wurden 13 abgehalten. Die Thätigkeit der politischen Vereine, deren im Kreis Steiermark fünf bestehen, war für die Agitation eine sehr vortheilhafte. Jedoch muß endlich energisch darangegangen werden, das Interesse für die politischen Vereine unter den Parteiangehörigen zu heben.

Eine besonders intensive Agitation wurde zur Zeit des Tagens des Landtages betrieben zum Zwecke der Ausdehnung des Wahlrechtes in Stadt und Land. Daß es bei dieser Gelegenheit nicht an en gros-Uebertretungen des § 23 Preßgesetz fehlte, ist selbstverständlich. Eine Broschüre: „Die Augen auf — die Taschen zu", welche die schulfeindlichen Anträge im steierischen Landtage geißelte und ebenso auch die bürgerlichen Parteien in ihrem wahren Lichte zeigte, wurde in 20.000 Exemplaren, besonders in den ländlichen Bezirken vertrieben.

Die Maifeier war im Jahre 1897, trotzdem der 1. Mai an einem Samstag fiel, ebenso imposant wie in früheren Jahren, ja, es kann die erfreuliche Thatsache berichtet werden, daß trotz des ungünstigen Tages mehrere Orte, zum Beispiel Unzmarkt überhaupt und Donawitz seit dem Jahre 1890 wieder zum ersten Male sich Arbeitsruhe erzwangen. In letzterem Orte forderte leider der 1. Mai Opfer, da es wegen der Maifeier mit dem Director zu einem Streit kam und das Resultat war, daß 30 Genossen

wegen § 81 Strafgesetz insgesammt zu 735 Tagen schweren Kerkers und 65 Tagen Arrest verurtheilt wurden.

Politische Verfolgungen. Für die gegenwärtige Berichtsperiode sind seitens der Arbeiterschaft schwere Opfer zu verzeichnen. Opfer an Leben, Freiheit, Gut und Blut. Am 20. November kam es in Graz anläßlich einer christlich-socialen Versammlung, bei der der berüchtigte Armann aus Wien sprach, zu einer politischen Demonstration, bei der ein Arbeiter Namens Mlinaritsch von Bosniaken erstochen wurde. Die ganze darauffolgende Woche waren wegen der bekannten Vorgänge im Parlamente gegen das System Badeni Demonstrationen, die ihren Höhepunkt am 27. November erreichten, an welchem Tage zwei Arbeiter (Haas und Retter) wieder von bosnischen Soldaten, denen Feuer zu geben commandirt wurde, erschossen, zahlreiche Personen verwundet und circa 30 verhaftet wurden. Insgesammt ist zu verzeichnen, daß in dieser Berichtsperiode im Kreis Steiermark wegen politischer Delicte 75 Anklagen erhoben wurden, aus denen 60 Abstrafungen resultirten. Die Betroffenen hatten insgesammt 253 Tage Untersuchungshaft zu erdulden, während an Strafen zusammen 1201 Tage zudictirt wurden. An Geldstrafen (hauptsächlich für Uebertretungen des § 23) mußten fl. 57·62 bezahlt werden. Die Ernte für den Staatsanwalt war also gewiß eine sehr gute. An die Familien der Verwundeten und Inhaftirten wurden pro November und December an Unterstützungen fl. 633·51 ausgezahlt.

Presse. Während der Wahlbewegung in der Zeit vom November 1896 bis März 1897 stieg die Auflage des „Arbeiterwille" von Nummer zu Nummer sprunghaft von 2800 auf 10.000 Exemplare. Es war vorauszusehen, daß nach der Wahlbewegung wieder ein Rückgang eintreten würde, und thatsächlich reducirte sich die Auflage (im Monat Juli) auf 5400; von diesem Zeitpunkte aber war durch die intensive Agitation in Stadt und Land wieder ein Steigen zu verzeichnen, und betrug die Auflage im Monat März ständig 6700 Exemplare. Bei der fünften Landesconferenz in Graz (18., 19. und 20. Juli 1897) wurde der Beschluß gefaßt, eine Gratisbeilage, hauptsächlich für die ländliche Bevölkerung geschrieben, dem „Arbeiterwille" zu geben, welche einmal monatlich zu erscheinen habe. Die Beilage wurde unter dem Titel „Die neue Botschaft" in's Leben gerufen. Mit 1. Jänner wurde diese Gratisbeilage als solche aufgehoben und erscheint seit diesem Tage ein selbstständiges Blatt (vorläufig monatlich einmal) unter dem gleichen Titel. Die Auflage dieses Blattes beträgt dermalen 2500 Exemplare. Die Verbreitung desselben erstreckt sich immer mehr auf die ländlichen Bezirke.

Der Agitationsfonds wurde im abgelaufenen Berichtsjahre bedeutend besser dotirt. Im Kreis Steiermark wurden zu Agitationszwecken eingenommen fl. 6650·16, denen Ausgaben in der Höhe von fl. 6019·72 gegenüberstehen. Von den Einnahmen entfallen auf die Bezirksorganisation Graz fl. 2226·95, von den Ausgaben fl. 1850·53. Wie aus diesen Ziffern ersichtlich, wurden auch gewiß anerkennenswerthe Opfer in materieller Beziehung gebracht. Mit dem Ausbau der politischen Organisation, welcher systematisch weiter ausgeführt werden wird, werden sich auch voraussichtlich die regelmäßigen Einnahmen an Parteisteuer erhöhen.

Aus unserem Berichte geht also hervor, daß viel geleistet wurde, aber auch daß noch viel mehr der Inangriffnahme harrt, und wenn auch mit Befriedigung auf diesen Zeitabschnitt zurückgeblickt werden kann, so gibt es doch kein anderes Losungswort als: „Rastlos vorwärts!" Mit dieser Losung schließen wir.

Kärnten. Der Wahlkreis Kärnten ist in neun Bezirksorganisationen eingetheilt, und zwar: Villach, Spital an der Drau, Feldkirchen, St. Veit, Klagenfurt, Hüttenberg, Völkermarkt, Prävali und Wolfsberg. In mehreren Bezirksorganisationen wurden bedeutende Fortschritte für die Bewegung gemacht. Die Bezirksorganisation Villach als Kreisvertretung hat die Bergarbeiter von Raibl, Bleiberg und Kreuth durch die Agitation, die sie dort entfaltet hatte, für die Bewegung gewonnen. In Kreuth und Bleiberg wurden im Laufe des Jahres Ortsgruppen des Bergarbeitervereines der österreichischen Alpenländer gegründet, welche gute Fortschritte zu verzeichnen haben. Insbesondere wurde auch die gewerkschaftliche Organisationsarbeit mit guten Erfolgen geführt. In mehreren Bezirken hatte auch die Landagitation schöne Erfolge aufzuweisen und wird die Agitation in immer weitere Orte der Landbevölkerung entfaltet werden.

Der Organisationsbezirk Spital, wo im Vorjahre durch das deutschnationale Unternehmerthum unsere Organisation zertrümmert und die socialdemokratisch gesinnten Arbeiter unterdrückt wurden, ist wieder für unsere Bewegung flott gemacht und wurde dort eine Ortsgruppe des Allgemeinen Gewerkschaftsvereines errichtet.

Organisationen haben wir im Kreis Kärnten 34 zu verzeichnen. Der Mitgliederstand der im Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaftsverein für Kärnten Organisirten beträgt 906, die in den übrigen Gewerkschaften beträgt 1330 Mitglieder. In Villach besteht der politische Verein „Vorwärts" für Kärnten, welcher die politische Agitation im Lande nach Kräften fördert.

Im Berichtsjahre wurden eine Landesconferenz, 4 Bezirksorganisations-Conferenzen,

54 Versammlungen nach § 2 des Versammlungsgesetzes und 69 Volksversammlungen im Wahlkreis abgehalten. In der Mehrzahl dieser Volksversammlungen hatte die Kreisvertretung Referenten entsendet.

Die Maifeier 1897 wurde in Villach zum größten Theile durch Arbeitsruhe begangen. Früh fand ein Umzug statt, Vormittags tagte eine Volksversammlung unter freiem Himmel, Nachmittags arrangirten wir ein Volksfest. In den Orten Klagenfurt, Brükl, St. Veit, Feldkirchen, Völkermarkt, Spital an der Drau, Althofen wurde die Maifeier nur theilweise durch Arbeitsruhe mit Umzügen und Volksversammlungen veranstaltet.

Am 27. November 1897 wurde eine große Demonstration in Villach veranstaltet, wo sich gegen 3000 Personen betheiligten.

Eine Märzenfeier mit Versammlung und Gedenkfeier fand statt: in Villach, Klagenfurt, Brükl, St. Veit, Feldkirchen, Völkermarkt und Spital. In Klagenfurt wurden bei dem demonstrativen Umzug fünf Verhaftungen vorgenommen.

Politische Verfolgungen haben wir zu verzeichnen: Wegen Uebertretung der §§ 23 und 24 Preßgesetz fl. 82 Geld- und 24 Stunden Arreststrafe.

Parteipresse. In Partien wird bezogen: „Arbeiter-Zeitung", „Arbeiterwille", „Glühlichter" und „Volkstribüne", welch letztere besonders unter der ländlichen Bevölkerung eine sehr starke Verbreitung findet. Die Gewerkschaften der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Gerber, Hutmacher haben ihre Fachpresse obligatorisch eingeführt. Bei der letzten Landesconferenz wurde allseitig das Bedürfniß eines eigenen Landesparteiorgans besprochen und vielseitig der Wunsch ausgesprochen, ein diesbezügliches Landesparteiblatt zu gründen, welches für die Agitation im Lande von großem Werthe wäre. Es wurde die Bezirksorganisation Klagenfurt als Preßcommission gewählt, welche diese Frage zu prüfen und in der nächsten Landesconferenz Bericht zu erstatten hat.

Zum Schlusse des Berichtes bemerken wir noch, daß an die Parteivertretung nur ein kleiner Betrag abgeführt werden konnte, da wir noch von der Wahlbewegung her Zahlungen haben. Wir hoffen jedoch in der nächsten Zeit mehr thun zu können. Trotz des fühlbaren Mangels an Agitationskräften werden wir in der Arbeit für die Partei unsere Pflicht voll und ganz thun.

Salzburg. Der Bericht für den letzten Parteitag wurde unter dem Eindruck der letzten Reichsrathswahlen erstattet. Die bei den letzten Reichsrathswahlen gemachten Erfahrungen gaben uns die Ueberzeugung, daß in erster Linie der weitere Ausbau der Gewerkschaftsorganisation nothwendig sei, wollen wir bei kommenden Wahlen auf einen Erfolg rechnen. Die politischen Verhältnisse erlaubten uns auch in dieser Richtung hin den ganzen Sommer durch zu arbeiten und nicht ohne erfreulichen Erfolg. Die im vorjährigen Berichte erwähnten „sistirten" und „aufgelösten" Eisenbahner besitzen heute wieder ihre Organisation. Neu hinzugekommen sind zur Organisation die Arbeiter der keramischen Branche, Mühlenarbeiter, Brauereiarbeiter, Sattler, Riemer und Taschner. Der Metallarbeiterverein hat sich in eine Ortsgruppe des Verbandes umgeändert und macht erfreuliche Fortschritte. Ebenso hat sich auch der Allgemeine Arbeiterbildungsverein für Salzburg in einen Allgemeinen Arbeiter- und Gewerkschaftsverein für das Kronland Salzburg umgestaltet und besitzt derselbe derzeit neben der Centrale drei Ortsgruppen. Zwei weitere sind in Gründung begriffen. So weit unsere gewerkschaftliche Thätigkeit. Aber auch in Bezug auf die politische Agitation wurde nach Maßgabe der finanziellen und geistigen Kräfte das möglichste gethan.

Anläßlich der denkwürdigen November-Ereignisse des Jahres 1897 im Parlament haben auch hier Demonstrationen in noch nie gesehener Größe stattgefunden.

Auch für die Erweiterung des Wahlrechtes im Landtag und in der Gemeinde wurden in der Landeshauptstadt Salzburg zwei Versammlungen mit darauffolgenden Umzügen durch die Stadt vor das Regierungsgebäude abgehalten, an welchen sich das Volk in nie gesehener Zahl betheiligte. Auch in allen größeren Provinzorten setzten die Genossen tüchtig ein. In der Schlußsitzung des Landtages wurde den Geldsackvertretern für ihre Volksfeindlichkeit und Charakterlosigkeit der Dank in fühlbarer Weise dargebracht.

Auch unter der Landbevölkerung, insbesondere im Gebirge, wo die Verarmung in erschreckender Weise um sich greift, haben wir im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Freilich muß betont werden, daß in diesen Kreisen die Agitation die größten Opfer an Geld und Zeit von uns fordert. Aber das Volk ruft uns auch dorthin und wir betrachten es als unsere Pflicht, dem Rufe Folge zu leisten. Die Versammlungen in den Gebirgsthälern finden in der Regel bei einem kleinen Besitzer unter freiem Himmel statt, weil Großbauern und Pfaffen uns alle Gasthauslocale abtreiben. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß das Salzburger Pfaffenthum an niedriger Gesinnung und an Erbärmlichkeit seinesgleichen nur in den Wiener Christlich-Socialen findet.

Die politischen Verfolgungen beschränken sich auf einige Geldstrafen im Betrage von je fl. 2 wegen Uebertretung des § 23 P.-G.

Um die Maifeier in diesem Jahre besonders würdig zu feiern, sind gegenwärtig die Genossen vollauf beschäftigt. Die Stadtgemeinde-Vorstehung hat uns den neugeschaffenen Park für Volksbelustigungen mit allen Objecten und Decorationsgegenständen zur Verfügung gestellt. Aus vielen Orten der Provinz haben die Genossen ihre Theilnahme angemeldet und verspricht besonders der Festzug imposant zu werden.

Die Zahl der Versammlungen wird nicht besonders verzeichnet, doch vergeht kein Sonn- oder Feiertag, an welchem nicht eine, auch zwei Versammlungen abgehalten werden, abgesehen von den regelmäßigen Versammlungen der Gewerkschaften.

Die Presse findet immer mehr Verbreitung, insbesondere die „Arbeiter-Zeitung". Landesorgan ist die Innsbrucker „Volkszeitung".

In finanzieller Beziehung stehen wir leider nicht auf dem erfreulichen Standpunkt wie in agitatorischer. Die kleingewerblichen und landwirthschaftlichen Arbeiter stehen sich wirthschaftlich zu schlecht, um regelmäßige Beiträge leisten zu können. Wohl haben zwei Bezirksorganisationen allmälig im Laufe des letzten Jahres angefangen, einen Beitrag für Parteisteuern zu leisten, jedoch müssen die Genossen der Stadt Salzburg immer noch den größten Theil zu den Lasten beisteuern. Es ist uns wohl gelungen, die Wahlschulden zu bezahlen, aber immer noch leben wir sozusagen von der Hand in den Mund; auch war es uns nicht möglich, an die Parteivertretung unseren Beitrag abzuführen. Wir schließen den Bericht mit der Hoffnung, nächstes Jahr einen besseren bringen zu können.

Tirol und Vorarlberg. Das abgelaufene Jahr wird, wenn man die später folgenden Ziffern mit denen des Vorjahres vergleicht, in unseren Kreisen gewissermaßen als ein Jahr der Ruhe bezeichnet werden. Aber diese Ruhe ist nur eine scheinbare. Die Stürme des ersten Wahlkampfes in Oesterreich, an welchem zum ersten Male das Volk theilzunehmen Gelegenheit hatte, haben den Gegnern erst gezeigt, welch enormen Fortschritt der socialdemokratische Gedanke auch in diesem Lande gemacht hat. Ganz besonders in unserem Kreis ist seit dieser Zeit, von der pfäffischen Gegnerschaft ganz besonders, eine wahre Hatz gegen die organisirte Arbeiterschaft eingeleitet und bis heute mit unvermindertem Eifer fortgeführt worden. Bei der ganz enormen geistigen Zurückgebliebenheit und größtentheils auch materiellen Abhängigkeit der hiesigen Bevölkerung von den geistlichen Hirten ist es schon erfreulich, daß wenigstens kein Rückschritt in unserer Organisation zu verzeichnen ist. Die am 31. October 1897 in Innsbruck abgehaltene Landesconferenz vereinigte eine stattliche Zahl von Delegirten aus allen Theilen des Landes, worunter besonders ländliche Abgesandte in größerer Zahl als je bemerkbar waren. Es bestehen hier drei Kreisorganisationen mit zehn Localorganisationen. Zum Zwecke der Agitation haben 75 Volksversammlungen stattgefunden. An der Maifeier betheiligten sich circa 4500 Personen. An politischen Verfolgungen sind 16 Fälle zu unserer Kenntniß gelangt, welche Strafen im Ausmaß von neun Tagen Arrest und fl. 43 Geldstrafe zur Folge hatten. Einige Anzeigen, mit großem Pomp inscenirt, fielen zum Verdruß der Arrangeure in's Wasser. Die dreimal im Monat erscheinende „Volkszeitung" hat constant eine Auflage von 1400 Exemplaren. An Parteisteuer wurden fl. 274·67 eingenommen und hievon fl. 34 an die Parteileitung abgeliefert. Für die Agitation wurden fl. 160·71 ausgegeben. Wenn auch, wie aus diesem Bericht ersichtlich, eine Kräftigung der Organisation nicht zu verzeichnen ist, so weisen doch alle Anzeichen darauf hin, daß der Gedanke der Socialdemokratie in fortwährender Ausbreitung begriffen ist, daß diese Idee dem Gegner Schritt für Schritt das Terrain abgewinnt und daß es nur eines besonderen Anlasses bedarf, um wieder neue Schaaren unseren Bataillonen zuzuführen.

Reichenberg. Vom 1. Mai 1897 bis 30. April 1898 wurden in unserem Agitationskreise eine Maifeier und 96 Volksversammlungen veranstaltet, von denen neun verboten und fünf aufgelöst wurden. Vier dieser aufgelösten Volksversammlungen entfallen auf das Conto der Deutschnationalen, die durch ihr wüstes Geschrei und unbändiges Gebahren es zur Auflösung brachten. In derselben Periode fanden 38 Bezirks- und vier Kreisconferenzen statt, von denen zwei auf den VIII. und zwei auf den IX. Wahlkreis entfallen. Im Reichenberger Bezirk wurden nebstdem 64 Gewerkschafts- und ebeso viele Arbeiterbildungsvereins-Versammlungen abgehalten. Organisations- und § 2-Versammlungen wurden 320 abgehalten und eine Anzahl neuer Vereine und Organisationen gegründet. Redner wurden von Reichenberg zu 362 Versammlungen entsendet. Vom politischen Verein „Vorwärts" für den Handelskammerbezirk Reichenberg wurden 18 Volks- und Wanderversammlungen und eine Generalversammlung abgehalten. Wegen Uebertretung der §§ 23 und 24 des P.-G. wurden 13 Personen zu Geldstrafen von fl. 1 bis 10 verurtheilt, für welche zusammen fl. 48 aus dem Inhaftirtenfonds ausbezahlt wurden. Zu Arreststrafen wegen politischer Delicte wurden in Reichenberg fünf Personen zusammen zu 20 einen halben Tag verurtheilt. Für Agitation und Organisation wurden in dieser Zeit fl. 1038.44½ eingenommen und fl. 891.75½ ausgegeben. Der Agitationsfonds hat ein Saldo von fl. 146·69. Der „Freigeist" erscheint in einer wöchentlichen Auflage von 5200 Exemplaren. Die Ursache, daß der „Freigeist" während der Zeit an Abonnenten nicht gestiegen ist, ist darin zu suchen, daß in dem VIII. Wahl-

kreis drei Parteiblätter existiren, und zwar der „Nordböhmische Volksbote“ in Steinschönau und die „Nordböhmische Volksstimme“ nebst einem Kopfblatte in Warnsdorf. Auch im IX. Wahlkreis, in Gablonz, in der nächsten Nähe von Reichenberg, wird der „Gebirgsbote“ mit einem Kopfblatte herausgegeben.

Wenn auch der „Freigeist“ während dieser Zeit in der Auflage nicht gestiegen ist, so hat die Bewegung im Großen und Ganzen an Ausbreitung und Tiefe bedeutend zugenommen. Die „Nordböhmische Volksstimme“ mit einem Kopfblatte in Warnsdorf, der „Gebirgsbote“ mit einem Kopfblatt in Gablonz und das Wochenblatt der „Nordböhmische Volksbote“ in Steinschönau erscheinen in je 2800 Exemplaren.

Im Agitationsbezirk Kratzau haben vom 1. Mai 1897 bis 30. April 1898 eine Maifeier, 18 Volksversammlungen, 7 Wählerversammlungen, 64 § 2-Versammlungen, 88 Vereinsversammlungen, 6 Bezirks-Conferenzen und 1 Conferenz in Sachen der Gewerbegerichte stattgefunden. Ueber die Aufbringung und Verausgabung der Mittel enthält der Bericht keine Daten.

Der Agitationsbezirk Grottau weist eine Maifeier 1897 aus. Volksversammlungen wurden im Ganzen 6 abgehalten. Bezirksconferenzen wurden 11 abgehalten, § 2-Versammlungen haben 34 und Vereinsversammlungen 54 stattgefunden. Für die Agitation und Organisation wurden im Bezirk fl. 362·84 aufgebracht und fl. 333·14 ausgegeben. An die Kreisvertretung wurden fl. 52·32 theils in Baarem, theils in Quittungen abgeführt. Für den Wahlfonds wurden im Bezirk fl. 103·46 aufgebracht und an die Kreisvertretung zur Deckung der Wahlausgaben im Bezirk Grottau abgeführt.

Im Agitationsbezirk Haindorf-Friedland bestehen 9 Localorganisationen 1 Ortsgruppe der keramischen Branche, 5 Ortsgruppen der Textilarbeiter, 7 Arbeiterbildungs- und Lesevereine. Volksversammlungen haben 20 stattgefunden, von denen eine aufgelöst wurde. Nebst einer entsprechenden Anzahl Vereinsversammlungen wurden 60 § 2-Versammlungen und eine Maifeier abgehalten. Politische Maßregelungen haben keine stattgefunden. Wegen § 24 P.-G. wurde eine Person zu fl. 5 Geldstrafe verurtheilt. Die Agitationsgelder wurden durch freiwillige Beiträge aufgebracht und betragen fl. 110, welche zur Tilgung der Versammlungskosten und zur Deckung der Wahlschulden verwendet wurden. Die Bewegung ist im Wachsen begriffen und hat die Partei bei den Gemeindewahlen im dritten Wahlkörper in drei Gemeinden gesiegt.

Im Agitationsbezirke Neustadtl wurden 12 Volks-, 78 Vereins-, 44 § 2-Versammlungen, 7 Bezirksconferenzen und 1 Vereinsconferenz abgehalten. Ueber die Geldgebahrung dieses Agitationsbezirkes sind keine Daten eingelangt.

Aus dem Agitationskreise Steinschönau wird berichtet, daß dort vom 1. September 1897 bis 30. April 1898 2 Volksversammlungen, 1 Märzfeier und 4 § 2-Versammlungen abgehalten wurden. In diesen sieben Monaten sind für Agitation und Organisation fl. 84·57 eingenommen und fl. 94·57 ausgegeben worden, somit ein Deficit von fl. 10 vorhanden ist. Außer diesem Deficit hat der Agitationskreis noch etwa fl. 50 Wahlschulden zu bezahlen.

Im Agitationsbezirke Warnsdorf wurden 35 Volks-, 32 § 2- und 60 Vereinsversammlungen abgehalten. Für Agitation und Organisation wurden fl. 533·41 eingenommen und fl. 516·68 ausgegeben. Wegen des § 23 des Preßgesetzes wurden sechs Personen zu Geldstrafen von fl. 3 bis 5 und wegen Uebertretung des § 11 des Versammlungsgesetzes zwei Personen zu je fl. 5, eventuell zu 24stündigen Arreststrafen verurtheilt. Die „Nordböhmische Volksstimme“ hat eine Auflage von 3000 Exemplaren und erscheint dreimal monatlich. Das „Volksblatt“ erscheint monatlich einmal in fast derselben Auflage, und werden von beiden Blättern 1200 bis 1300 in Warnsdorf abgesetzt. Bei der im December stattgefundenen Landtagsersatzwahl in Warnsdorf erhielt der von der Partei als Candidat aufgestellte Gen. Franz Roscher 354 Stimmen. Die Bewegung macht in diesem Bezirke erfreuliche Fortschritte und dürfte in Zukunft noch besser werden.

Aus dem Agitationskreise Rumburg, Schluckenau, Hainspach hat es die Leitung dieses Agitationskreises nicht für nöthig erachtet, einen Bericht an die Wahlkreiscentrale einzusenden. Auch aus den Bezirken Gabel, Zwickau und Böhmisch-Kamnitz ist kein Bericht eingelangt.

Bei der vorgenommenen Stimmensammlung für das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht sind im VIII. Wahlkreis nach den Gerichtsbezirken Stimmen gesammelt worden, und zwar: im Gerichtsbezirk Reichenberg 14.707, Kratzau 5741, Friedland 6393, Gabel 2748, Böhmisch-Zwickau 3546, Haida 4796, Böhmisch-Kamnitz 2206, Stadt Schönlinde 1911 Stimmen. Aus den Gerichtsbezirken Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau und Hainspach wurden keine Resultate eingesendet.

Aus dem IX. Wahlkreis wird berichtet, daß in dem Agitationsbezirke Gablonz 27 Volks-, 95 § 2- und 97 Vereinsversammlungen, sowie 8 Conferenzen abgehalten wurden. Die Mittel zur Agitation und Organisation wurden zum größeren Theile durch freiwillige Beiträge und Vereinserträgnisse aufgebracht. Eine directe Parteisteuer wurde

nur in vereinzelten Fällen gegeben. Die Einnahmen betrugen fl. 207·35, die Ausgaben fl. 245·65, somit ist ein Schuldenstand von fl. 38·30 vorhanden.

Im Agitationsbezirke Tannwald wurden 32 Volks-, 61 Vereins-, 82 § 2-Versammlungen und 14 Conferenzen abgehalten. Die Einnahmen für Organisation und Agitation betragen fl. 181·52, die Ausgaben fl. 186·91, mithin ist ein Schuldenstand von fl. 4·34 zu verzeichnen.

Im Agitationsbezirke Rochlitz wurde eine Maifeier veranstaltet, und wurden wegen derselben 76 Personen wegen freiwilligen und unerlaubten Verlassens der Arbeit nach § 85 der Gewerbeordnung von der Bezirkshauptmannschaft Starkenbach theils zu fl. 5, theils zu fl. 10 Geldstrafe, eventuell zu 24-, beziehungsweise 48stündiger Arreststrafe, zusammen zu 108 Tagen, verurtheilt. Die gegen diese Urtheile eingebrachten Recurse blieben erfolglos. Die Bewegung in diesem Bezirke ist nicht besonders stark und vermöge der Entfernung und der ungünstigen geographischen Lage schwer zu bearbeiten. Die Textilindustrie ist in diesem Bezirke die fast ausschlaggebende. Die Löhne sind sehr niedrig und die Bevölkerung noch sehr rückständig. Die Clerisei im Bunde mit den Unternehmern übt einen mächtigen Einfluß auf die ganze Bevölkerung aus.

Im Agitationsbezirke Hohenelbe liegt die Organisation noch sehr im Argen. Als Organisationen bestehen dort nur zwei Vereine, und zwar der politische Verein „Fortschritt" für den politischen Bezirk Hohenelbe und der Arbeiterbildungsverein in Arnau. Volksversammlungen wurden 20 veranstaltet, von denen 4 verboten und 3 aufgelöst wurden. Die Mittel für die Agitation werden aus freiwilligen Beiträgen bestritten. Wegen Uebertretung des § 3 des Versammlungsgesetzes wurden vier Personen zu je fl. 5 Geldstrafe, eventuell zu je 24stündigem Arreste verurtheilt.

Im Agitationsbezirke Trautenau und Schatzlar wurden 16 Volks-, 44 Vereins-, 38 § 2-Versammlungen und 2 Bezirksconferenzen abgehalten. Durch die Maifeier 1897 entstand eine Arbeitseinstellung, wegen welcher die dortigen Fabrikanten eine große Anzahl Arbeiter gemaßregelt haben. Trotzdem ist es den Herren nicht gelungen, die Bewegung zu ersticken, und macht dieselbe ganz erfreuliche Fortschritte. Der Bezirk hat jetzt eine geordnete Organisation, und ist zu erwarten, daß sich dieselbe in nächster Zeit festigt und so zum Vortheile der dortigen Arbeiterschaft gereicht. Ueber die Geldmittel ist im Berichte nichts enthalten. Erwähnt muß werden, daß der frühere Bezirksvertrauensmann Ottokar Medig die freiwilligen Beiträge für sich verwendet hat.

Im Agitationsbezirke Braunau ist nur eine ältere Organisation vorhanden. Im Laufe dieses Jahres sind in diesem Bezirke eine Anzahl Arbeiter-Bildungsvereine gegründet worden. Auch in diesem Bezirke ist die Bewegung in Fluß gekommen und dürfte im nächsten Berichte ein günstigeres Resultat zu verzeichnen sein. Volksversammlungen wurden zwei abgehalten.

Aus dem Agitationsbezirke Landskron ist zu berichten, daß dort 1 Volks-, 7 Wähler-, 18 § 2- und 12 Vereinsversammlungen stattgefunden haben. Die Maifeier ist im Vorjahre ungünstig ausgefallen. In diesem Bezirke ist sehr wenig Industrie, und ist die Arbeiterschaft auf die dort befindliche Tabakfabrik angewiesen. Diese beschäftigt zum größten Theil nur Frauen, während die Männer zu Hause kochen und Kinderwarten müssen. Die Thätigkeit beschränkt sich demzufolge nur auf einige wenige Personen, die sich aus dem Kleingewerbe recrutiren. Die Organisation erstreckt sich in diesem Bezirke auf die Ortschaften Landskron, Worlitschka, Johnsdorf, Olbersdorf, Sichelsdorf, Thonigsdorf, Rudelsdorf und Riebnig. Die Mittel für die Agitation und Organisation wurden theils durch freiwillige Beiträge, Spenden, Sammlungen und Unterhaltungen aufgebracht. Die Einnahmen betragen fl. 171·16, die Ausgaben fl. 160·56, so daß ein Ueberschuß von fl. 10·60 zu verzeichnen ist. Politische Verfolgungen. Wegen § 23 des Preßgesetzes sind in diesem Bezirke drei Personen zu Geldstrafen im Betrage von fl. 4 verurtheilt worden.

Geldgebahrung. Für Strikende und Gemaßregelte sind vom 1. Mai 1897 bis 30. April 1898 in Reichenberg fl. 1050·30 eingegangen und fl. 1131·86 ausgegeben worden. Es ist demnach ein Deficit von fl. 81·56 vorhanden. Für den Inhaftirtenfonds gingen ein fl. 49·18. Der Inhaftirten- und der Agitationsfonds weisen ein kleines Saldo auf. Ausdrücklich muß bemerkt und hervorgehoben werden, daß die weitgrößten Beträge in den Bezirken Reichenberg, Kratzau und Grottau aufgebracht wurden. Nur sehr geringe Beiträge haben der Friedländer, der Tannwalder und der Trautenauer Bezirk beigetragen. Die übrigen Bezirke des VIII. und IX. Wahlkreises haben keinerlei Beiträge geleistet.

Im IX. Wahlkreis sind von der Stimmensammlung zu Gunsten des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes folgende Resultate zu verzeichnen: Gerichtsbezirk Gablonz a. d. Neiße 4464, Tannwald 4998, Rochlitz 811, Trautenau mit Schatzlar 3202, Braunau 2021, Landskron 1539, Grulich 954, Hohenelbe 663 und dem Orte Neurettendorf (Bezirk Königinhof) 225 Stimmen. Demnach sind in diesen beiden Wahlkreisen für die

Einführung des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes 60.925 Stimmen gesammelt worden. Sie sind ein Protest gegen das bestehende Wahlunrecht.

Außer der politischen Organisation wird die Gewerkschaftsorganisation auf das eifrigste gepflegt und steht an deren Spitze der Centralverein der Textilarbeiter für Böhmen. Im abgelaufenen Berichtsjahre sind eine ganze Anzahl neuer Organisationen errichtet worden und ist zu erwarten, daß die Organisation in der nächsten Zeit noch weitere Fortschritte zu verzeichnen haben wird.

Aussig-Tetschen (Organisation). Die Bewegung hat hier sehr gute Fortschritte gemacht. Wir sind in rein ländliche Bezirke eingedrungen und können constatiren, daß unser Programm auch von den kleinen Bauern sehr günstig aufgenommen wurde. Der Kreis gliedert sich in 12 Bezirksorganisationen und 136 Localorganisationen. Diese hielten 2 Kreisconferenzen, 21 Bezirksconferenzen und eine größere Anzahl locale Conferenzen ab. Hervorzuheben wären auch vier Bauerntage (Auscha, Tetschen, Aussig und Niemes), die sehr stark besucht waren und durchwegs einen erhebenden Verlauf nahmen.

Politische Vereine bestehen: In Aussig 1. der socialdemokratische Wahlverein mit 4643 Mitgliedern. Derselbe gewinnt fortwährend neue Mitglieder. Die Mitglieder zahlen pro Monat 5 Kreuzer. 2. Der socialdemokratische Wahlverein „Friedrich Engels" zählt 900 Mitglieder und arbeitet analog dem Aussiger. 3. In Leipa besteht ein politischer Verein mit 60 Mitgliedern. 4. In Leitmeritz besteht der politische Verein „Wahrheit".

Versammlungen wurden sehr viele abgehalten, zumeist Vereinsversammlungen der Wahlvereine. Eine genaue Zahl ließ sich nicht ermitteln, aber es dürfte die Zahl 500 eher zu niedrig als zu hoch sein.

Die gewerkschaftliche Bewegung ist im Berichtsjahre bedeutend stärker geworden und dementsprechend ist die Anzahl der gewerkschaftlich Organisirten, sowie die Anzahl der Organisationen gestiegen. Gewerkschaftsvereine (Ortsgruppen und Fachvereine) bestehen 31 mit 4100 Mitgliedern und 33 andere Vereine (Bildungs-, Lese- und allgemeine Gewerkschaftsvereine mit 2500 Mitgliedern). Zusammen sind in 64 Vereinen 6600 Mitglieder organisirt. Neue Organisationen für Branchen, die erst im letzten Jahre geschaffen wurden, sind die chemische mit 621 Mitgliedern und die auf das Elbethal vertheilten Schiffbauarbeiter, wo von 400 Beschäftigten 330 der Organisation angehören.

Einen erfreulichen Aufschwung hat auch die turnerische Bewegung genommen, wodurch es möglich ist, in den Arbeiter-Turnvereinen, die Jugend mehr an die Arbeiterorganisationen heranzuziehen. Es bestehen neun Turnvereine mit 623 Mitgliedern. Die Frauenbewegung hat erst in letzter Zeit begonnen. Die Maifeier verlief großartig, wozu allerdings der Umstand viel beigetragen hat, daß heuer der 1. Mai auf einen Sonntag fiel.

Wahlen. Bei den heuer stattgefundenen Gemeindewahlen hat unsere Partei mit Erfolg eingegriffen und in 32 Orten eine socialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung erzielt.

Presse. Als Kreisorgane erscheinen das „Volksrecht" 36mal und das „Neue Volksrecht" 10mal im Jahre. Dieselben haben auch nach den Wahlen noch einen bedeutenden Aufschwung genommen und ist die Auflage im Berichtsjahre von 4500 auf 6200 gestiegen. Der finanzielle Stand ist ein günstiger. Von der Presse wird auch eine Kraft für die gewerkschaftliche Bewegung erhalten und besoldet.

Politische Verfolgungen. Im Berichtsjahre sind unsere Genossen ziemlich glimpflich weggekommen. Im Ganzen wurden 42 Tage Arrest und gegen fl. 30 Geldstrafe verhängt. Auf die vielen tausende von Uebertretungen des § 23 Preßgesetz, deren wir uns schuldig machen mußten, sind die Gesammtstrafen noch annehmbar.

Cassenbericht. Für den Wahlfonds sind fl. 538·— eingegangen, welche in der Sparcasse zinsbringend angelegt sind und erst bei der nächsten Wahl verwendet werden dürfen. Die Kreisvertretung hatte fl. 1034·40 Einnahmen und fl. 774·79 Ausgaben. An die Parteileitung wurden fl. 297·80 abgesendet.

Kreis Westböhmen. Durch das plötzliche unerwartete Ableben unseres Kreisvertrauensmannes Johann Anton Jobst ist es nicht möglich, einen vollständigen Bericht über die Parteithätigkeit Westböhmens zu bringen. Was die Verbreitung der socialistischen Ideen anbelangt, ist zu constatiren, daß zu deren Verbreitung auch im Vorjahre nichts unterlassen wurde.

Die politische Demonstration am 13. März d. J. für die im Jahre 1848 gefallenen Freiheitshelden war eine imposante, welche der Maifeier gleichkam. Die Maifeier wurde in folgenden Orten besonders gefeiert: In Falkenau, Eger, Asch, Graslitz, Karlsbad, Bärringen, Tachau, Schlaggenwerth, Lichtenstadt, Obertrossau, Schönfeld, Altkinberg, Nürschan, Königsberg, Chodau, Neudek, Joachimsthal, Bleistadt, Elbogen, Schlaggenwald, Großloh, Schönbach, Friederichsreuth, Roßbach, Littmitz, Buchau, Rechlawa, Dobschau, Podersam.

Außerdem fanden noch in Westböhmen in größeren und kleineren Orten an 80 Versammlungen statt, so daß die Zahl der an der Maifeier betheiligt gewesenen Personen auf 80.000 geschätzt werden kann. Hiebei ist zu bemerken, daß die Maifeier, wenn sie auch auf einen Sonntag gefallen ist, eine rein proletarische Feier war.

So erfreulich nun das Wachsthum der Socialdemokratie auch in Westböhmen ist, so unangenehm ist es, constatiren zu müssen, daß die innere Organisation der Partei, der Ausbau der politischen Organisation und die Herbeischaffung von Mitteln (Parteisteuer) nur langsam fortschreitet. Daß zu der gewaltigen Agitation, welche die Kreisvertretung über den ganzen IV. Wahlkreis entwickelt, auch Geldmittel gebraucht werden, scheint den Bezirks- und Localorganisations l e i t u n g e n nicht einzufallen. Die Leitungen widmen auch den rein geschäftlichen Angelegenheiten zu wenig Aufmerksamkeit. Sie stellen auf den Conferenzen ihre Anträge, stimmen denselben zu, führen jedoch ihre Zustimmungen nicht aus. Hoffentlich wird sich dieser Zustand im Interesse der Partei zum Besseren wenden.

Unsere Gegner — hier kommen die Schönerianer in Betracht — arbeiten mit den niederträchtigsten und gemeinsten Mitteln gegen unsere Vertrauensmänner. Die Deutschnationalen sind den Christlich-Socialen vollkommen ebenbürtig geworden. Es bestehen im Kreise auch einige sogenannte völkliche Arbeitervereine, deren Mitglieder aber zumeist dem Bürgerthum angehören. Trotz der verleumderischen Thätigkeit der Ehrenwortpartei zieht die Socialdemokratie auch in die von den Iroisten besetzten Gebiete ein. So wurde zum Beispiel in Sangerberg ein socialdemokratischer Verein gegründet. Auch in Einsiedl wurde der Socialdemokratie eine Heimstätte geschaffen.

Die Eroberung der bisher von unseren Gegnern verwalteten Bezirkskrankencassen beweist wohl auch, daß wir vorwärtskommen.

Die gewerkschaftliche Organisation ist bei den Bergarbeitern mächtig im Aufblühen. Der Districtsverband der Berg- und Hüttenarbeiter Westböhmens, mit dem Sitze in Falkenau, zählt 3160 Mitglieder und umfaßt 33 Vereine.

Die Organisation der Textilarbeiter in Westböhmen läßt viel zu wünschen übrig. In Zwodau wurde eine neue Ortsgruppe der Textilarbeiter gegründet, die jedoch durch die Maßregelungen an den Vereinsfunctionären einen schweren Kampf zu bestehen hatte. Die Ortsgruppe besteht aber doch zur Zeit besser als je.

Die Heimarbeiter bedürfen in Westböhmen sehr dringend einer eigenen Agitation und Organisation. Der Bau einer Eisenbahn von Eger nach Schönbach und die Abschaffung der Zölle auf das Rohmaterial zu der Geigen- und Musikwaarenindustrie würde die Industrie und die Lage der Heimarbeiter heben. Die Porzellanarbeiter-Organisation stand in der schönsten Blüthe. Die unglückseligen Strikes in Dallwitz und Aich haben ihr aber einen argen Stoß versetzt.

Außer diesen Strikes ergaben sich noch in folgenden Orten Arbeitseinstellungen: In Roßnitz, Putschirn, Altsattl, Königswerth, Neusattl, Haberspirk, Komotau, Neusattl, Davidsthal, Königsberg, Chodau und Eger.

In die Gemeindevertretung zog die Socialdemokratie in folgende Gemeinden ein: Schönlind, Buckwa, Haberspirk, Neudorf, Pechgrün, Neusattl, Boden u. a. m.

P r e s s e. Politische Parteiblätter erscheinen in unserer Kreisorganisation vier. Der „Volkswille" mit einer Auflage von 3800 Exemplaren erscheint monatlich dreimal; der „Neue Volkswille" erscheint monatlich einmal mit einer Auflage von 3800 Exemplaren; die „Arbeiterpresse", Kopfblatt vom „Volkswille", erscheint monatlich dreimal in einer Auflage von 1500 Exemplaren; die „Neue Arbeiterpresse" erscheint monatlich einmal mit einer Auflage von 1500 Exemplaren. Die Auflage des „Volkswille" ist seit dem Jahre 1897 um 600 Exemplare gestiegen. Der „Volkswille" als Kreisorgan könnte eine Auflage von 8000 haben, wenn unsere Agitatoren auch für die Presse agitiren würden.

C a s s e b e r i c h t. Die großen Industriebezirke Asch und Karlsbad haben nichts, Graslitz hat wenig geleistet. Außerdem haben noch eine Reihe hervorragender Orte dem Parteifonds nichts beigesteuert.

Der A g i t a t i o n s f o n d s weist für die Monate Jänner, Februar, März und April eine Einnahme von fl. 74·67 aus; an Ausgaben sind fl. 63·70 zu verzeichnen.

P o l i t i s c h e V e r f o l g u n g e n haben wir zu verzeichnen zumeist wegen Uebertretung nach § 23 Preßgesetz. Auch kamen Verurtheilungen wegen Uebertretung des Coalitionsgesetzes vor. Wir mußten an Geldstrafen fl. 29·50 erlegen und erhielten an Arreststrafen zudictirt 28 Tage und 12 Stunden. Beim Bergarbeiterstrike kam es zu einer Demonstration, welche zu einer Anklage führte. Strafausmaß: 4 Monate Kerker. Die Dauer der Untersuchungshaften betrug 118 Tage. 16 Anklagen wurden erhoben. In 12 Fällen endete die Schlußverhandlung mit der Verurtheilung.

Da eine Anzahl Genossen inhaftirt wurden, war die Schaffung eines I n h a f t i r t e n f o n d s eine dringende Nothwendigkeit. Die Einnahme des Inhaftirtenfonds betrug mit Abschluß April 1898 fl. 156·68. Dieser Summe steht eine Ausgabe von fl. 69·61 gegenüber.

Südböhmen (XVI. Wahlkreis). Im Allgemeinen ist zu constatiren, daß die Bewegung an Umfang bedeutend zugenommen hat. Organisationen bestehen: In Budweis 1 politischer Verein „Vorwärts" mit 90 in Krumau 1 politischer Verein „Zukunft" mit 120, 1 allgemeine Gewerkschaft „Selbsthilfe" mit 120, 1 Arbeiter-Consumverein mit 130 und in Wallern 1 Bildungsverein mit 116 Mitgliedern. Im Entstehen begriffen sind je 1 Ortsgruppe in Christianberg und Hüblern. Außerdem besteht in Ernstbrunn eine Ortsgruppe der Union der Glas- und keramischen Branche und ist eine solche in Josefsthal bei Klöklberg in Bildung begriffen. Versammlungen wurden im Berichtsjahre abgehalten: In Budweis 2 Volks-, 6 Vereins- und 15 § 2-Versammlungen; in Diebling bei Neuhaus 1 Volks-, in Krumau-Oberplan 12 Volks-, 13 Vereins- und 4 § 2-Versammlungen; in Wallern 3 Volks- und 1 Vereinsversammlung. An Strafen verzeichnen wir: fl. 35 Geld- und 48 Stunden Arreststrafe, und zwar theils wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes, theils des Versammlungsgesetzes. An Parteigeldern wurden in Krumau-Oberplan fl. 144·40 eingenommen, davon wurden ausgegeben fl. 113·81.

In Budweis wurde das Geld für die Parteiblocks der dortigen czechischen Organisation zugewiesen, und Wallern ist mit der Ausbildung ihrer Organisation vollauf in Anspruch genommen. Der Parteivertretung konnte bisher deshalb nichts eingeschickt werden, weil die spärlich einlaufenden Gelder kaum für die eigenen Spesen ausreichen. Aus dem westlichen Gebiete Hartmanitz, Neuern, Winterberg, wo ein genauer Bericht nicht vorliegt, ist zu constatiren, daß auch dort ein sehr günstiges Arbeitsfeld vorhanden ist. Hartmanitz besitzt eine Organisation, welche eine rege Thätigkeit entwickelt und wo es bei der letzten Gemeindewahl gelang, einige Genossen in die Gemeindevertretung zu bringen. Die Bewegung würde sich bedeutend entfalten, wenn wir in der Lage wären, überall dort, wo die Abhaltung von Versammlungen seitens der einzelnen Genossen im Interesse der Organisation und Aufklärung gefordert wird, den Wünschen Rechnung tragen könnten.

1. schlesischer Wahlkreis. Seit dem letzten Parteitag hat die Organisation und Agitation wieder erfreuliche Fortschritte gemacht. Es haben in allen Städten, mit Ausnahme von Würbenthal, und auch in vielen Dörfern Volksversammlungen stattgefunden und wurde bei diesen Versammlungen hauptsächlich für die Erweiterung des Reichs-, Landtags- und Gemeindewahlrechtes, für Abschaffung des Zeitungsstempels, des Colportageverbotes und des objectiven Verfahrens, sowie für Errichtung von Gewerbegerichten eingetreten. Auch fand eine Anzahl Versammlungen statt, wo unser Parteiprogramm, die wirthschaftliche und politische Lage Oesterreichs erörtert wurde. Die Gegner waren bei den meisten dieser Versammlungen stark vertreten, haben aber trotz der uneingeschränktesten Redefreiheit sehr wenig davon Gebrauch gemacht. Keine der gegnerischen Parteien ist eine Volkspartei und sie wagen es nicht, öffentlich vor das Volk zu treten. Es hätten noch viel mehr Versammlungen abgehalten werden können, wenn die nöthigen agitatorischen Kräfte vorhanden gewesen wären.

Die Zahl der in den Gewerkschaften organisirten Genossen ist im Verhältniß der Arbeiterzahl noch immer gering, aber immerhin größer als früher. Es werden circa 2000 Arbeiter in der Organisation stehen. Von den verschiedenen Parteiblättern (ohne die Fachblätter) werden insgesammt über 1600 Exemplare von jeder Ausgabe bezogen. An politischen Verfolgungen hat es nicht gefehlt. Es wurden jedoch von den Angeklagten viele freigesprochen und nur einige Genossen wurden wegen Colportage zu Geldstrafen verurtheilt.

Vom Juli 1897 bis 13. April 1898 sind an die Parteivertretung für Blocks fl. 49·14 abgesandt worden. Diese Beträge vertheilen sich auf die Bezirksorganisationen: Jägerndorf fl. 18·56, Wigstadtl fl. 28·98 und Freudenthal fl. 1·60. Freiwaldau hat nichts eingeschickt. Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß einzelne Organisationen zwar Blocks beziehen und auch absetzen, aber die Gelder für ihre Agitation verwenden, was selbstverständlich in unseren armen Bezirken nicht auffallend sein kann, da die Mittel, welche zur Agitation erforderlich sind, nicht aufgebracht werden können. Außerdem sind in unserem Kreise noch immer die Vertrauensmänner, soweit sie nicht unabhängig sind, den Maßregelungen ausgesetzt, daher auch ein fortwährender Wechsel in den Personen, was wieder für die Organisation und die Berichterstattung von Nachtheil ist. Deswegen kommt es auch, daß wir nicht allen Bestimmungen unseres Organisationsstatuts gerecht werden können. Trotz all dieser Schwierigkeiten geht es aber vorwärts, und hoffentlich werden die classenbewußten Arbeiter in ihrer Agitations- und Organisationsarbeit nicht erlahmen zum Gedeihen unserer Partei.

2. schlesischer Wahlkreis. Seit dem einen Jahre ist in unserem Wahlkreise sehr viel gearbeitet worden und doch noch zu wenig. Versammlungen wurden einige Hundert abgehalten und haben vier Referenten jeden Sonntag und fast jeden Samstag und Montag des Jahres hindurch in Versammlungen in der Stadt und am Lande referirt. An Wochentagen fanden unzählige Sitzungen und § 2-Versammlungen statt.

Wir drangen seit dem letzten Jahre durch die energische Agitation in viele Orte ein gründeten Localorganisationen, Ortsgruppen und Zahlstellen, und zwar in Ortschaften, wo man uns früher kaum dem Namen nach kannte und wo heute bereits größere Organisationen bestehen, wie in Weichsel, Skotschau &c. Insbesondere nennenswerth ist die Gründung des Allgemeinen Gewerkschaftsvereines in Weichsel (Bielitzer Bezirk), im Gebirge bei den sogenannten Goralen (polnischen Gebirgsleuten), der 100 Mitglieder zählt und sich ausschließlich aus den Arbeitern der erzherzoglichen (Friedrich) Teschner Cameraldirection zusammensetzt. Wir haben in dem verflossener Jahre zumindest zehn Gemeinden für uns gewonnen, wo die Bevölkerung vor den Wahlen noch gegen uns war. Der politische Verein „Wahrheit" für Bielitz-Biala, mit dem Sitz in Alexanderfeld, hat eine rege Thätigkeit entfaltet und im ersten Vereinsjahr die Mitgliederzahl von 456 erreicht.

Die Organisationen im Allgemeinen verzeichnen einen Aufschwung; die Agitation im Allgemeinen ist eine sehr beschwerliche und mangels genügender Bahnverbindung eine kostspielige.

Das polnischen Blatt „Równocz", welches seit 1. Juni 1897 zweimal monatlich erschien und seit 1. Jänner 1898 dreimal monatlich erscheint, hat eine Auflage von 1700, und betrugen die Einnahmen im ersten Halbjahre fl. 734·84½, die Ausgaben fl. 700·18. Seit dem dreimal monatlichen Erscheinen hat das Blatt einen schwereren Stand, doch im großen Ganzen hat das Blatt uns gute Dienste im Wahlkreise geleistet, insbesondere gegen die Stojalowski'sche Agitation. Damit die Agitation im Teschner Bezirke platzgreift, der sehr vernachlässigt ist und wo heute noch im Kohlenrevier ganz corrupte Verhältnisse herrschen, wurde als Erscheinungsort des „Równosz" Teschen bestimmt, welches auch als Sitz der Wahlkreisorganisation gewählt wurde, da es im Mittelpunkte des Wahlkreises liegt. In Teschen selbst wurde der politische Verein „Freiheit" mit über 100 Mitgliedern für die Bezirke Teschen und Freistadt gegründet. Es entstanden bisnun auch Anfänge zu mehreren Branchenorganisationen. Desgleichen fanden eine Wahlkreis- und drei Bezirksconferenzen statt und wurde in der Wahlkreisconferenz vom 25. März 1898 der Beschluß gefaßt, ein deutsches politisches Blatt um den Preis von 2 Kreuzer herauszugeben. Den Mangel eines deutschen Blattes in unserem Wahlkreise zeigte deutlich der einstimmige Beschluß der Conferenz.

Einen Bericht über den Freistädter Bezirk zu bringen sind wir nicht in der Lage, da jede Berichterstattung mangelt und die Organisation erst in den Anfangsstadien ist. Doch hoffen wir bis zu dem nächsten Parteitage über diesen Bezirk Erfreuliches bringen zu können.

Cassebericht der Bielitzer Bezirksorganisation vom letzten Parteitag bis 14. April 1898.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Saldovortrag	fl. 33·63	Literatur	fl. 175·66
Literatur	„ 260·41	Versammlungskosten	„ 22·60
Beiträge der Organisation	„ 220·10	Placeate und Placatiren	„ 35·10
Sammlungen bei Versammlungen und Listen	„ 108·05	Porto und Correspondenz	„ 73.02
Percent vom Widerstandsfonds	„ 4·75	Gehalte, Miethe und Verwaltung	„ 248·50
Blocks	„ 16·—	Proceßkosten	„ 15 50
Reinerträgniß von Festen	„ 34·06	Referentenkosten	„ 24·30
Diverse	„ 28·45	Saalmiethe	„ 35·—
		Delegirtenspesen	„ 29·60
		Diverse	„ 28·82
Summe	fl. 705·45	Summe	fl. 688·10
Ausgaben	„ 688·10		
Saldo am 14. April 1898	fl. 17·35		

Außer obigem Bericht hat die Bielitzer Bezirksorganisation eine Schuld per fl. 150 von den Wahlen her, welche noch unbeglichen ist.

Cassebericht der Teschner Bezirksorganisation vom 1. Juni 1897 bis 1. Jänner 1898.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Saldo	fl. 22·71	Juni	fl. 23·70
Juni	„ 40·65	Juli	„ 57·45
Juli	„ 30·85	August	„ 35·91
August	„ 35·79	September	„ 69·74
September	„ 54·27	Deficit vom dritten Quartal	„ 2·50
October	„ 19·26	October	„ 38·39
November	„ 19·05	November	„ 12·44½
December	„ 25·76	December	„ 35·66
Summe	fl. 248·34	Ausgaben	fl. 275·76½

Außer vorstehendem Kassebericht hat die Teschner Bezirksorganisation eine Schuld von fl. 50 von den Wahlen her unbeglichen.

Mähren. In Mähren hat unsere Bewegung im verflossenen Jahre in erheblicher Weise an Umfang gewonnen, und lassen die errungenen Erfolge mit Rücksicht auf die unzulänglichen finanziellen Mittel der mährischen Organisation, welche ihre Thätigkeit fast nur in wahren Hungerdistrikten zu entfalten hat, nichts zu wünschen übrig. Der Sozialismus findet hier in Folge der elenden wirthschaftlichen Verhältnisse, in denen sich das Gros der Bevölkerung befindet, einen guten Boden. Die industriellen Arbeiter, sowie die der Hausindustrie sind begeisterte Anhänger unserer Partei und auch der Bauer, zum weitaus größten Theile proletarisirt, ist uns nicht unzugänglich. Nach den Wahlen im Vorjahre war es vor Allem Aufgabe unserer Organisation, die Erfolge der Wahlagitation festzuhalten und in jenen Orten, wo wir Eingang gefunden, festen Fuß zu fassen. Das ist mit wenigen Ausnahmen gelungen. In Mähren bestehen gegenwärtig 10 Bezirksorganisationen mit 119 Lokalorganisationen. Der Wahlgeometrie der V. Kurie mußte Rechnung getragen und die einzelnen Organisationen eines Wahlkreises zu einer Wahlkreisorganisation zusammengefaßt werden. So bestehen deutsche Wahlkreisorganisationen im I., III., VI. und VII. mährischen Wahlkreis, welche im Berichtsjahre 7 Wahlkreiskonferenzen abgehalten haben. Bezirkskonferenzen haben 38 stattgefunden. Die Zahl der politischen Versammlungen beträgt 306, darunter 8 Meetings unter freiem Himmel und mehrere Demonstrationen ohne polizeiliche Genehmigung; 16 dieser Versammlungen wurden verboten, jedoch in der Mehrzahl derselben in Form von § 2-Versammlungen trotzdem abgehalten. Die Gewerkschaftsvereine haben 97 Versammlungen abgehalten, Bildungs- und andere Vereine zählen deren 76.

Daß bei der angeführten agitatorischen Thätigkeit die Zahl der politischen Verfolgungen keine geringe ist, wird jedem Kenner der österreichischen Rechtsverhältnisse selbstverständlich erscheinen. Die meisten Opfer forderte der § 23 Pr.-G. Wegen dieses „Deliktes" wurden 43 Genossen verurtheilt, wegen § 24 Pr.-G. 4 Genossen, wegen § 2 V.-G. 35 Genossen, wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes 2 Genossen, 2 wegen Vergehens des § 491, Art. V, 1 wegen Vergehens nach § 303 St.-G., 1 wegen Uebertretung nach § 487 St.-G., 3 wegen Vergehens nach § 283 St.-G. und 2 wegen Verbrechens nach § 122 St.-G. Gesammtstrafausmaß fl. 110 und 82 Tage, 12 Stunden Arrest. 41 Genossen wurden freigesprochen, ein Beweis für die Berechtigung der Anklagen.

Am 4. und 5. Juli tagte in Brünn trotz der behördlichen Auflösung eine Landeskonferenz der Gewerkschaftsorganisationen, zu Weihnachten eine mährisch-schlesische Handlungsgehilfen-Konferenz. Die am 1. und 2. August in Jägerndorf stattgehabte mährisch-schlesische Kreiskonferenz entschloß sich für die Beibehaltung der Landeskonferenz, da namentlich in drei Wahlkreisen Mährens, wo sich die bäuerliche und tschechische Bevölkerung in der Mehrheit befindet, an die Schaffung deutscher selbstständiger Wahlkreisorganisationen im gegenwärtigen Zeitpunkte noch nicht geschritten werden kann. Auch an wirthschaftlichen Kämpfen mit den Ausbeutern hat es im Vorjahre nicht gefehlt. Es strikten Textilarbeiter in Brünn 2, Brüsau, Sternberg, Iglau und Oels, die Eisenarbeiter in Brünn, Mähr.-Weißkirchen, Prerau und Witkowitz, die Bergarbeiter in Ellgott und Gaya, die Schneider in Brünn und die Gerber in Trebitsch. 8 dieser Strikes waren Abwehrstrikes, 5 sind ungünstig verlaufen. Diese Lohnkämpfe erforderten einen Unterstützungsaufwand von fl. 8555·61. War auch das Berichtsjahr nicht reich an großen Aktionen unserer Partei, so wurde desto emsiger am Ausbau der Organisation und an der Aufklärung der indifferenten Bevölkerung gearbeitet. Trotzdem wurde nicht verabsäumt, zu allen wichtigen politischen Ereignissen Stellung zu nehmen und vor Allem bei jeder Gelegenheit der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrechte für das Reich, das Land und die Gemeinde Ausdruck gegeben. Auch die Lebensmittelvertheuerung und das Vorgehen unserer Gegner war Gegenstand der Tagesordnung vieler Versammlungen. Die Maifeier des Vorjahres war zufriedenstellend. Anläßlich der Jubelfeier des Jahres 1848 haben in Mähren 39 Versammlungen stattgefunden.

Eine rege Betheiligung der Genossen ist bei den Gemeinderathswahlen in den kleineren Orten Mährens zu verzeichnen, und haben diese Bestrebungen in Wiesenberg, Reutenhau, Bergstadt, Deutsch-Liebau, Goldenstein, Friedland, Gr.-Mohren, Wermsdorf, Neu-Ullersdorf, Winkelsdorf und Bautsch erfreuliche Wahlsiege zur Folge gehabt. Weniger Interesse wird der Eroberung der Leitung der Krankenkassen zugewendet. Die Gründung von Konsumvereinen wird, oft nicht mit Erfolg, leider sehr schwunghaft betrieben.

Einen sehr erfreulichen Fortschritt hat die Frauenbewegung aufzuweisen. Wenn es auch nur in Brünn gelungen ist, eine selbstständige Frauenorganisation zu schaffen, so ist überall bei den Actionen und Organisationen unserer Partei eine starke Theilnahme der Genossinnen zu verzeichnen. Bei zielbewußter Leitung und thatkräftiger Unterstützung seitens der Genossen wird der Erfolg nicht ausbleiben. Politische Wahlvereine bestehen im I., III., VI. und VII. mährischen Wahlkreise. Der politische Verein „Volksfreund" wurde aufgelöst. Die Anzahl der übrigen Vereine hier anzuführen, halten wir für überflüssig.

Unter den gegnerischen Parteien finden wir vornehmlich Nationale, Christlich-Soziale und Liberale. Mit den schmutzigsten Mitteln arbeiten die Nationalen und die Christlich-Sozialen. Namentlich die Letzteren unterhalten in Mähren eine Anzahl Pfaffenblätter, deren Hauptzweck die Verleumdung der Parteigenossen zu sein scheint. Eines derselben ist bereits an Abonnentenschwund gestorben. In Arbeiterkreisen haben nur die Christlich-Sozialen einen spärlichen Anhang. Die „nationalen" Arbeiter sind Humbug.

Landes-Parteiorgan ist der „Volksfreund". Derselbe erscheint in einer Auflage von 4200 Exemplaren. Konfiszationen wurden 13 verbrochen, und zwar sollen 5 Vergehen, 10 Verbrechen und 4 Uebertretungen begangen worden sein. Die Genossen des VI. mährischen Wahlkreises beabsichtigen die Gründung eines neuen Parteiorganes, dessen Nothwendigkeit auf das Entschiedenste bestritten werden muß.

Entschieden zu rügen ist die Lässigkeit der Genossen in Bezug auf die Berichterstattung. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die in diesem Berichte enthaltenen Ziffern noch immer unvollständig sind. Um Irrthümern vorzubeugen, wird bemerkt, daß dieselben nur auf die Thätigkeit der deutschen Parteiorganisation Bezug haben. Eine Ausnahme bildet Brünn, wo in den meisten Versammlungen deutsch und tschechisch referirt wird. Sehr unzulänglich fließen auch die Parteibeträge. Wohl ist das Elend der mährischen Arbeiter sprichwörtlich, und es fällt schwer, ihnen finanzielle Opfer für die Partei aufzuerlegen, wohl erscheint es in Anbetracht der emsigen Arbeit begreiflich, daß die eingelangten Gelder zum größten Theile im Wahlkreise selbst aufgebraucht werden. Sicher ist jedoch, daß die Parteigenossen bei einigem guten Willen für das Land und die Reichsorganisation viel mehr leisten könnten. Wir schließen unseren Bericht mit der Hoffnung, dem nächsten Parteitage wieder über einen erfreulichen Fortschritt unserer Bewegung berichten zu können. Die mährische Kreisvertretung.

Bukowina. Organisation. Die an die Gründung des allgemeinen Gewerkschaftsvereines geknüpfte Hoffnungen haben sich nicht ganz erfüllt. Die durch die sprachlichen Verhältnisse und das geringe Bildungsniveau der hiesigen Bevölkerung der Verbreitung der sozialdemokratischen Bewegung in der Bukowina entgegenstehenden Hindernisse erwiesen sich zu mächtig. Die überwiegende Anzahl des Proletariats bilden ruthenische, polnische und rumänische Feldarbeiter und Taglöhner, von denen ein großer Theil sich von den Pfaffen und den reichen Grundbesitzern bevormunden läßt. Erwägt man noch dazu, daß die politischen Behörden die Versammlungen der Arbeiter nach Möglichkeit zu vereiteln streben, daß die geringen Löhne es den Arbeitern unmöglich machen, die Reisekosten der Referenten zu bestreiten, so wird man die Schwierigkeiten ermessen, mit denen die Organisation in der Bukowina zu kämpfen hat. Trotz alledem hat die Bewegung zwar nicht an Ausdehnung, jedoch an Intensität zugenommen. Die Agitation war eine ziemlich rege. Im Jahre 1897 fanden folgende Versammlungen statt: Anfangs Jänner Versammlung der Bauarbeiter und Versammlung bezüglich der Wahlen in der Bezirkskrankenkasse; Ende Jänner in Czernowitz fünf Wählerversammlungen (Wähler der V. Kurie), in Sereth, Radautz, Suczawa, Storozynetz, Sadagora und Kotzmann je eine. Im Februar fanden in Czernowitz acht Wählerversammlungen statt. Im April acht Volksversammlungen wegen der Feier des 1. Mai, eine Versammlung der Bauarbeiter; im Mai drei Volksversammlungen in Czernowitz, je eine in Suczawa, Bojan und Sereth, endlich zwei Versammlungen der Bauarbeiter über den Strike; im Juni Gewerkschaftsversammlungen aller Ortsgruppen; im Juli in Czernowitz, Wama Gura-Humora, Sereth, Nuß-Moldawitza je eine Volksversammlung und in Czernowitz eine Bauarbeiterversammlung; im August Versammlungen des Gewerkschaftvereines und eine Volksversammlung in Czernowitz, bezüglich des Gemeindewahlrechtes und eine in Eisenau; im September drei, im Oktober, November und Dezember je zwei Volksversammlungen. Im Jänner, Februar und März 1898 je drei, im April vier Volksversammlungen. Außerdem fanden mehr als 100 § 2-Versammlungen statt. Verboten wurden in Suczawa drei Versammlungen. Die Maifeier wurde sowohl 1897 als 1898 in würdiger Weise begangen. Im Jahre 1897 feierten alle Bau- und Ziegelarbeiter und von den anderen Arbeitern ein großer Theil. Die Betheiligung an der Maifeier war in beiden Jahren eine sehr starke.

Politische Verfolgungen. Zunächst sind die Opfer des Strikes der Bauarbeiter zu verzeichnen. Verurtheilt wurden je vier Arbeiter wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit zusammen zu 15 Monaten Kerker, wegen Auflaufes an 30 Personen zusammen zu sechs Monaten und drei Tagen Arrest, wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes zu drei Wochen. Wegen Preßvergehen Geldstrafen. Die am sozialdemokratischen Parteitage Juni 1897 als Parteiorgan bezeichnete Volkspresse gewinnt immer mehr an Anhang; die Auflage beträgt 800 bis 1000 Exemplare.

Kassagebahrung. Die Einnahmen für Organisationszwecke, welche durch Blocks und Sammlungen aufgebracht wurden, betrugen fl. 714·30, denen Ausgaben in der Höhe von fl. 680·50 gegenüberstehen. Wir schließen unseren Bericht mit der Versicherung, auch fürderhin für die gute Sache nach besten Kräften zu wirken.

Erster Verhandlungstag.

Zusammentritt des Parteitages halb 10 Uhr Vormittags.

Gen. Weigunn Linz begrüßt die erschienenen Delegirten im Namen der Linzer Genossen und fährt fort: Der diesjährige Parteitag wird sich etwas eingehender mit der christlich-sozialen und mit der deutschnationalen Partei zu befassen haben. Sie befinden sich in einem Lande, wo man nicht so sehr von diesen Parteien, wie von der Mutter derselben, der klerikalen Partei, spricht. Diese ist in Oberösterreich die mächtigste, ja die ausschlaggebende. Sie werden aber trotz alledem von Linz den Eindruck mit sich nehmen, daß auch die sozialdemokratische Organisation in Oberösterreich eine beachtenswerthe geworden ist, die mit den übrigen Organisationen gleichen Schritt hält. Ich erlaube mir, Sie nochmals willkommen zu heißen und wünsche namens der Linzer Genossen dem Parteitag den besten Erfolg.

Gen. Popp Wien: Es freut uns, daß die Linzer Genossen uns einen so freundlichen Empfang bereitet haben. Linz ist seit jeher als der Sitz jener Partei bekannt, die jeden Fortschritt und jede Entwicklung zu hemmen sucht. Zu der Zeit, als der Kampf gegen das Konkordat wüthete, war Linz der Sitz jener Partei, die energisch dem Bürgerthum entgegentrat. Damals hat sich gerade die klerikale Partei, die sonst immer den Mund voll nimmt, um die Autorität des Staates zu verfechten, gegen die Autorität des Staates aufgelehnt, und ich erinnere Sie daran, daß der Bischof Rudigier mit Gewalt dem Gerichte gestellt werden mußte. Hätte damals das Bürgerthum seine Prinzipien aufrecht erhalten, so hätte es das Volk auf seiner Seite gehabt. Allein das Bürgerthum schreckte vor der That, die es begonnen hatte, zurück, es hat auch damals, wie schon so oft, seine Principien verrathen und das Einzige, was es geschaffen hat, das Reichsvolksschulgesetz, ebenfalls schon preisgegeben. Der Antrag Ebenhoch, der es versucht, die Schule der Kirche gänzlich unterthänig zu machen, ist allen bekannt. Nichtsdestoweniger ist das arbeitende Volk von Linz nicht klerikal, es hat im März 1897 in der fünften Kurie sozialdemokratisch gewählt. Wir freuen uns daher, heute den Linzer Genossen unseren Gruß entbieten und ihnen für die Arbeit danken zu können, die sie geleistet haben (Bravo!), vor Allem aber dafür, daß sie es ermöglicht haben, daß die internationale Sozialdemokratie in der Hauptstadt des klerikalen Landes Oberösterreich ihren Parteitag abhalten kann. (Beifall.) Indem ich die Genossen und Genossinnen und insbesondere die die czechische Parteiorganisation vertretenden Genossen Kravka und Nemec auf das Freundlichste begrüße, eröffne ich den Parteitag.

Wahl des Präsidiums.

Ueber Vorschlag des Gen. Schuhmeier werden in das Präsidium gewählt: Julius Popp Wien als erster, Weigunn Linz als zweiter und Neander Linz als dritter Vorsitzender, zu Schriftführern die Genossen Winarsky Wien, Schiller Reichenberg und Bichl Graz.

Feststellung der Tagesordnung.

Gen. Popp Wien übernimmt den Vorsitz und theilt mit, daß die bekanntgegebene Tagesordnung nur eine provisorische sei. Hiezu ergreift das Wort

Gen. Schuhmeier: Der Parteitag hat das Recht, die vorgeschlagene Tagesordnung abzuändern. Was nun die zur Tagesordnung vorliegenden Anträge betrifft, so bitte ich Sie, den Antrag 1 der Salzburger Genossen und jenen der

Bezirksorganisation Knittelfeld, Antrag 2, abzulehnen. Ich erkläre Ihnen namens der Parteivertretung, daß wir der Frage des ländlichen Proletariats durchaus nicht ausweichen wollen, daß es aber angezeigt erscheint, nicht eher in die Diskussion einzutreten, bevor die Frage nicht spruchreif geworden ist. Uebriges wird der Referent zu Punkt 7, so weit dies möglich ist, auf diese Frage eingehen. In Bezug auf den Antrag 2 haben wir übrigens mit den steierischen Genossen vereinbart, daß diese Angelegenheit am häuslichen Herde, das heißt auf der steiermärkischen Landes-Konferenz besprochen werden soll. Gegen die Annahme der Anträge 3 und 4 hätten wir nichts zu bemerken und wäre vielleicht der Punkt 5 zu theilen: „5a die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich, 5b die deutschnationale Bewegung in Oesterreich".

Gen. Prähauser (Salzburg): Ebenso wichtig wie die Besprechung der christlich-sozialen und der deutschnationalen Bewegung ist auch die Besprechung der Agrarfrage. (Zustimmung.) Gerade die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Ansicht, daß wir uns da vielleicht eine Blamage holen und die Vorgänge am Breslauer Parteitage haben uns bestimmt, die Sache zur Sprache zu bringen, um dem vorzubeugen, was in Breslau geschehen ist.

Vorsitzender Gen. Popp: Gen. Schuhmeier hat ja schon erklärt, daß der Frage, betreffend die Organisation und die Verhältnisse des ländlichen Proletariats nicht ausgewichen werden soll, nur soll die Frage nicht als ein eigener Punkt der Tagesordnung behandelt werden. Es ist zur Tagesordnung ein weiterer Antrag noch eingelangt:

„Der Parteitag möge gegenüber den Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften eine vollständig objektive Stellung einnehmen, damit dieselben sich in unserem Sinne entwickeln können. Der Punkt soll gleichfalls als ein selbstständiger in die Verhandlungen aufgenommen werden."

Gen. Schuhmeier: Die Parteivertretung widmet auch dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit. Ich möchte Sie aber warnen, in die Erörterung dieser Frage auf einem deutschen Parteitage einzugehen, da wir bei dieser Frage doch auch die Ansicht jener Genossen hören wollen, welche auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, in Folge der Organisation nach nationalen Gruppen, nicht vertreten sind. Ich kann Ihnen überdies erklären, daß der nächste gemeinsame Parteitag sich mit dieser Frage beschäftigen wird, da dies eine gemeinsame Angelegenheit der österreichischen Sozialdemokratie ist.

Gen. Wrecinski (Stockerau) als Antragsteller bemerkt, daß er sich mit zer Erklärung des Gen. Schuhmeier zufrieden gibt und zieht seinen Antrag durück.

Bei der Abstimmung wird die vorgeschlagene Tagesordnung mit dem vom Gen. Schuhmeier zu Punkt 5 empfohlenen Zusatze einstimmig angenommen. Es wird hierauf die vorgeschlagene Geschäftsordnung verlesen und en bloc einstimmig angenommen.

Vorsitzender Gen. Popp: Es obliegt mir noch, bevor wir in die Berathung der Tagesordnung eingehen, jener Parteigenossen zu gedenken, die jahrelang in unseren Reihen gekämpft haben, und die uns der unerbittliche Tod im letzten Jahre entrissen hat. Es sind darunter auch die Genossen Dundela aus Brünn, Jobst aus Falkenau, Johann Schatzmayr aus Villach und Josef Schiller aus Reichenberg, welch' Letzterer vor seinem Tode nach Amerika ausgewandert ist. Parteigenossen! Jedem von Ihnen werden diese Namen bekannt sein. Die verstorbenen Genossen haben seit einer Reihe von Jahren, einzelne von ihnen nahezu ein ganzes Menschenalter, in der Partei gestanden; sie haben keine Beschwerde, keine Mühe und keine Zeit gescheut, um im Dienste der Partei als Organisatoren und Agitatoren thätig zu sein. Ich glaube, daß wir das Andenken dieser Männer dadurch ehren sollen, daß wir uns von den Sitzen erheben. (Die Versammlung erhebt sich.) Gen. Hugo Schmidt (Jägerndorf) theilt in einem Schreiben mit, daß er in Folge eines erlittenen Schlaganfalles am Parteitage nicht erscheinen kann. Ich bitte Sie, dies zur Kenntniß zu nehmen.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Genossen! Jeder von Ihnen, der unseren alten wackeren Hugo Schmidt kennt, wird sich eines gewissen Gefühles der Ergriffenheit nicht erwehren können. Ich glaube, daß wir einmal von der unlöblichen

Gewohnheit Umgang nehmen sollen, unseren Parteigenossen, wenn sie auch jahrzehntelang — wie zum Beispiel Hugo Schmidt, der seit 30 Jahren in der Partei arbeitet — in der Bewegung stehen, niemals ein Wort der Anerkennung zu zollen. Ich glaube, daß Sie Alle mit mir einverstanden sein werden, wenn ich den Antrag stelle, es sei das Präsidium zu beauftragen, Gen. Hugo Schmidt namens des Parteitages der herzlichen Theilnahme zu versichern, unserem Bedauern Ausdruck zu geben, ihn nicht in unserer Mitte zu sehen und wünschen, daß er baldigst vollkommen hergestellt werde. (Beifall.) Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Dr. Czech (Brünn) stellt folgenden Antrag:

„Ich stelle den Antrag, dem in Reichenberg tagenden Kongreß der Textilarbeiter Oesterreichs auf telegraphischem Wege die Grüße des Parteitages zu entbieten."

Wird einstimmig angenommen.

Namens der tschechischen Genossen begrüßt den Parteitag

Gen. Krapka (Wien): Er beginnt in tschechischer Sprache und fährt dann deutsch fort: Werthe Parteigenossen: Im Namen der tschechoslavischen sozialdemokratischen Parteivertretung habe ich die Ehre, Ihnen heute ihren herzlichsten Gruß zu überbringen. (Beifall.) Wenn ich, verehrte Parteigenossen, mir das Wort in tschechischer Sprache genommen habe, so habe ich es deswegen gethan, weil vor einem Monate in den „Narodni Listy" stand, daß, wenn ein tschechischer Genosse auf dem Linzer Parteitage tschechisch reden wollte, er einfach hinausgeschmissen würde. (Widerspruch.) Sie haben durch Ihr jetziges Verhalten bewiesen, daß dies nicht nur selbstverständlich eine infame Lüge von diesem Journal war, sondern ein solches Vorgehen in unserer Partei überhaupt unmöglich ist. Ich bitte Sie, die Versicherung der tschechischen Genossen entgegenzunehmen, daß sie in der Kräftigung der deutschen Partei eine Kräftigung der tschechischen Partei gerade so sehen, wie die deutschen Parteigenossen in der Kräftigung der tschechischen Organisation eine Kräftigung der deutschen Organisation sehen. (Zustimmung.) Ich bitte Sie ferner, verehrte Genossen des Parteitages, die aufrichtige Versicherung entgegenzunehmen, daß wir diesem Parteitage mit dem regsten Interesse entgegensehen, und daß wir Ihnen zu Ihren Beschlüssen, wie zu Ihrer ganzen Tagung das Allerbeste wünschen. Ich schließe mit den Worten: Es lebe hoch die internationale Sozialdemokratie. (Die Versammlung bringt ein begeistertes Hoch aus.)

Gen. Hueber (Wien): In Innsbruck stehen seit Montag über 2000 Bauarbeiter im Strike. Deutsche, Italiener und Slovenen sind in der Organisation vereinigt und führen gegen das freche, protzige Unternehmerthum in Innsbruck einen gemeinsamen harten Kampf. Es liegt daher in unseren Intentionen, daß der Parteitag eine Solidaritätskundgebung beschließe, und zwar stelle ich den Antrag:

„Das Präsidium wird beauftragt, eine telegraphische Solidaritätskundgebung nach Innsbruck an die Strikenden zu senden. Zum Beweise unserer Solidarität leitet der Parteitag sofort eine Sammlung für die Strikenden ein."

Einstimmig angenommen.

Gen. Smitka (Wien): Wir haben zuvor einen Antrag angenommen, dem Textilarbeiterkongreß eine Begrüßung zuzusenden. Ich möchte als Ergänzung beantragen, den heute in Prag tagenden Hutarbeitern ebenfalls die Grüße des Parteitages zu übermitteln. (Beifall.) Angenommen.

Ueber Vorschlag des Vorsitzenden genehmigt der Parteitag als tägliche Arbeitszeit die Zeit von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr.

Vorsitzender: Ich bitte Sie, Genossen, unnöthige Wiederholungen zu vermeiden, damit wir die Verhandlungen in der anberaumten Zeit von vier Tagen erledigen können. Sollte es nöthig werden, so müßten wir auch eine Nachtsitzung abhalten.

Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Beer, Bretschneider, Schönwälder, Ulbrich und Schatzmayr.

Es wird nunmehr zur Tagesordnung geschritten.

Bericht der Parteivertretung.

Referent Gen. Schuhmeier: Der Bericht der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und der ihr zugehörigen Wahlkreis-, respektive Landesorganisationen liegt gedruckt vor. Ich habe es daher gewiß nicht nothwendig, Ihnen darüber ein ausführliches Referat zu bringen und glaube mich in der Sache ganz kurz fassen zu können. Zunächst muß etwas, was im Berichte nicht ausgesprochen ist, hier öffentlich zum Ausdruck gebracht werden und zwar, daß der von uns auf dem letzten Parteitage gefaßte Beschluß, durch den wir eine nationale Gliederung der Partei vorgenommen haben, der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs nur zum Nutzen gereicht hat. Wenn unsere unvernünftigen Gegner nun schon seit Jahr und Tag verkünden, daß die Partei „gespalten" ist, so können wir ihnen diese „Freude" wohl lassen. Kaum war unser neues Organisationsstatut am Parteitage zu Wien 1897 beschlossen, jäuselte es durch den Blätterwald unserer Feinde: „Seht nur, wie in Folge der sprachlichen Unterschiede der Chauvinismus in der Sozialdemokratie um sich greift." Wir sind uns aber klar darüber, daß, was wir am vorjährigen gemeinsamen Parteitage beschlossen haben, nur im Interesse unserer Partei geschehen ist. Das Eine mögen unsere Gegner, welcher Parteischattirung immer sie angehören, zur Kenntniß nehmen: Die Sozialdemokratie marschirt wohl sprachlich getrennt, nach wie vor wird sie aber ihre Schlachten gemeinsam schlagen. (Beifall.) Die Deutschen werden den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung in deutscher Sprache predigen, die Tschechen in tschechischer und die anderen Nationen wieder in der ihr eigenen Sprache. Der gemeinsame Kampf ist nach wie vor unsere Parole. Ich kann Ihnen auch mittheilen, daß die deutsche Sozialdemokratie durch die nationale Gliederung der Partei materiell nichts profitirt hat, weil wir nach wie vor sehr gerne bereit sind, denjenigen Nationalitäten, die uns gegenüber finanziell und organisatorisch zurück sind, mit Rath und That an die Hand zu gehen. Ich will damit sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie niemals die Absicht hatte, alle Gelder, die für die Agitation u. s. w. aufgebracht wurden, für sich allein zu verwenden.

Ueber das Einvernehmen der deutschen Parteivertretung zur Gesammtexekutive kann ich Ihnen versichern, daß die deutsche Sozialdemokratie mit der Gesammtexekutive in bester Eintracht und Harmonie lebt, daß die Genossen anderer Sprachen nach wie vor zu uns Vertrauen haben und daß sie sich in vielen Angelegenheiten mit der deutschen Parteivertretung in's Einvernehmen setzten. Wohl hat die deutsche Sozialdemokratie den Löwenantheil dessen aufzubringen, was die Gesammtparteivertretung zur Organisation braucht. Wir bringen dies Opfer gerne der gemeinsamen Sache, wir wünschen nur, daß die anderen nationalen Gruppen der Sozialdemokratie, die Czechen, Polen, Slovenen und Italiener, sich ebenso entwickeln mögen, wie sich die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich entwickelt hat.

Was nun die deutsche Sozialdemokratie selbst anbelangt, bin ich in der Lage, Ihnen mitzutheilen, daß wir im letzten Jahre im Ausbau der inneren Organisation ganz gewaltig nach vorwärts gekommen sind. Richtig ist allerdings, daß es noch Viel zu thun gibt. Die Parteigenossen der Provinz klagen immer über den Mangel an agitatorischen Kräften. Es ist ja bekannt, daß die Genossen in den großen Städten unbehelligter agitiren können, während sie in der Provinz, draußen auf dem Lande, von einer Anzahl brutaler Gegner umringt, nur langsam vordringen können. Der Mangel an unabhängigen agitatorischen Kräften macht sich nun schon seit Jahren fühlbar. Je mehr aber die Partei an Umfang gewinnt — und daß dies der Fall ist, daran zweifeln auch unsere Gegner nicht — umsomehr tritt die Nothwendigkeit an uns heran, daß unabhängige Parteigenossen draußen im Dienste der Partei wirken können. Nur eine kleine Anzahl unabhängiger Genossen ist bisher für die Partei thätig. Die Parteivertretung leistet zu ihren Bezügen einen kleinen Zuschuß. Wenn ich nicht irre, beträgt diese Summe — und zwar für das ganze Reich — etwas über fl. 170 pro Monat. Das ist für uns ein Kapital. Es ist dies gewiß nur ein Anfang, und es wird auf diesem Wege weitergeschritten werden müssen.

Ich möchte nun kurz auf die Agitation im letzten Jahre eingehen. Die

Agitation hat sich im Vorjahre hauptsächlich gegen die Regierung des Grafen Badeni einerseits und andererseits gegen die bürgerlichen Parteien gerichtet, die sich damals als besonders volksfreundlich aufgespielt haben. Wir haben in diesem Jahre des Kampfes, wo der Kampf innerhalb des Parlaments ja hauptsächlich von der sozialdemokratischen Fraktion geführt wurde, hinreichend Gelegenheit gefunden, uns agitatorisch bethätigen zu können. Sie erinnern sich gewiß Alle an die Tage, in welchen wir den Sturz des Ministeriums Badeni vorbereiteten. Unsere Parteigenossen im ganzen Reiche haben erwartet, daß, wenn die Regierung Badeni's nicht willig geht, man gegen dieses Regiment Gewalt anwenden müsse. Unsere Abgeordneten im Parlament haben diesem Zuge der Zeit so recht Rechnung getragen, indem sie am 26. November die Werkzeuge des Badeni, das Präsidium Abrahamowicz-Kramarsch, für eine weitere Arbeit gegen Recht und Gesetz unbrauchbar machten. Der Sturm auf das Präsidium hat die Massen auf die Straßen gelockt und bewirkt, daß Badeni gegangen wurde. Jene ereignißreichen und stürmischen Tage sind unser Stolz. Geschichtsschreiber, welche die Geschichte Oesterreichs von Taaffe an weiter schreiben werden, werden an den Thaten unserer Fraktion gewiß nicht mit Stillschweigen vorübergehen können, sie werden sagen müssen, daswar eine männliche, muthige That gewesen. (Beifall.) Daß auch Badeni erst dann gegangen wurde, als Proletarierblut seinetwegen geflossen war, muß zur Schande Oesterreichs konstatirt werden. Nach oben hin scheint nur die Stimme der politischen Drahtzieher zu gelten. Diesen Einflüssen ist es zuzuschreiben, daß selbst die unbrauchbarsten Regierungen mit Polizei und Militär geschützt werden, wenn das Volk an ihnen rüttelt. Ich verweise Sie darauf, daß dem Sturze Badeni's der Menschenmord vorausgegangen ist. Graz war es, wo am 20. November v. J. der Arbeiter Mlinaritsch von Soldaten erstochen wurde, und Graz war es wieder, wo am 27. November Haus und Retter von Bosniaken erschossen wurden. Am 28. war Badeni nicht mehr Ministerpräsident. Die blutigen Opfer, die in Graz gefallen sind, gehen auf das Konto der damaligen Regierung. Mit diesen Ausführungen will ich zugleich der Opfer am Parteitage in ehrender Weise gedacht haben.

Die Agitation wurde geleistet in vielen Volks-, Vereins- und § 2-Versammlungen. Eine genaue Ziffer derselben läßt sich nicht angeben. 1556 Volksversammlungen wurden in diesem Jahre bei uns angemeldet, ich bin aber überzeugt, daß diese Summe weit überschritten wurde und daß 3000 Volksversammlungen als nicht zu hoch angesehen werden können. Vereinsversammlungen erscheinen ausgewiesen 1498. Daß diese Ziffer gar nicht stimmt, geht schon daraus hervor, daß wir in Oesterreich eine riesige Anzahl von Vereinen haben, die jeden Samstag ihren Vereinsabend abhalten, so daß die angegebene Summe der Vereinsversammlungen, ohne daß man zu hoch greifen würde, zum mindesten verfünffacht werden kann.

Daß der § 2 des Versammlungsgesetzes von uns gründlich ausgenützt wird, versteht sich und ärgert unsere Gegner gewaltig. Solcher § 2-Versammlungen haben im letzten Jahre, soweit uns Meldungen zukamen, 1317 stattgefunden. Ich bin also der Ansicht, daß wir mit voller Ruhe sagen können, wir sind in diesem Jahre nicht auf der Bärenhaut gelegen. Wir haben die Agitation auch durch die Presse betrieben, und ist zu konstatiren, daß die sozialdemokratische Presse im vergangenen Jahre einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat. Ich verhehle nicht, daß dieser Aufschwung noch aus der Zeit der Wahlbewegung herrührt, und daß seit dieser Zeit die Auflagen wieder zurückgegangen sind. Immerhin aber ist heute die Auflage der Blätter eine größere als vor den Wahlen. Die Agitation in Oesterreich wird besorgt von 21 politischen Blättern, die nach der Angabe unserer Parteigenossen eine Gesammtauflage, das heißt wenn alle 21 an einem Tage erscheinen würden, von 125.000 Exemplaren aufweisen.

Auch auf dem Gebiete der Agitationsflugschriften wurde im verflossenen Jahre viel geleistet. Die Partei selbst hat wenig Broschüren herausgegeben, aber umsomehr hat die Erste Wiener Volksbuchhandlung in dieser Richtung gethan. Ich kann nicht umhin, die Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß es gut wäre, wenn sie ihren Bedarf bei dieser Ersten Wiener Volksbuchhandlung decken

würden, weil diese andererseits wieder dafür sorgt, daß wir mit Agitationsschriften versehen werden.

Jeder Kampf erfordert naturgemäß auch Opfer, und so hat es denn auch im verflossenen Jahre außer den Opfern, die in Graz ihren Tod gefunden haben, zahlreiche Kerker-, Arrest- und Geldstrafen gegeben. Uns wurden angemeldet 21 Monate Kerker und 1438 Tage Arrest wegen politischer Delikte. Der Paragraph 23 hat in diesem Jahre fl. 391 Geldstrafen und 106 Tage Arrest eingebracht. Wann die Regierung diesen ominösen § 23 aufheben wird, wissen wir nicht, aber das Eine können wir sagen: auf die Dauer wird er nicht aufrecht zu erhalten sein. Für diese fl. 391 hätten wir doch eine schöne Anzahl von Versammlungen abhalten können, und auch die 121 Tage Arrest fallen ja in's Gewicht, denn sie haben auch immer ziemlichen materiellen Schaden zur Folge.

Der letzte Parteitag hat die Parteileitung beauftragt, eine Aktion wegen Erweiterung des Preßgesetzes und Aufhebung des Zeitungsstempels einzuleiten. Wir sind diesem Auftrage nachgekommen, indem wir für das ganze Reich eine einheitliche Demonstration veranstalteten.

Noch ein Punkt ist es, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit besonders lenken möchte. Das letzte Jahr hatte, zwar nicht als eine Folge unserer Agitation, eine bedeutende Strikebewegung aufzuweisen. Wir wissen, daß, wenn je ein Strike verloren wird, wird das stets auf das Konto der sozialdemokratischen Partei gesetzt. Da heißt es, dies Opfer haben die sozialdemokratischen Hetzer am Gewissen. Wenn ein Strike aber gewonnen wird, schweigen die Gegner. Das sagen die Leute, die nie zu einem Strike etwas beigetragen haben. Sie maßen sich das Recht der Kritik an, ohne zu erwägen, ob der Strike nicht etwa vielleicht ein Ausbruch der Verzweiflung gewesen ist. Wir wissen, daß Arbeiter nie aus Uebermuth gestrikt haben, und es ist bedauerlich genug, daß es Strikes gibt, wo die Arbeiter den Unternehmern unterliegen.

Die Parteivertretung hat auch der Strikebewegung ihre Aufmerksamkeit zugewendet. Es muß nun an die Genossen appellirt werden, daß sie bei allen Strikes, mögen sie nun Angriffs- oder Abwehrstrikes sein, doch nicht so ganz selbstständig vorgehen sollten. Die einzelnen Verbände der Industriegruppen werden fast immer vor die vollendete Thatsache gestellt. Ich kann sagen, daß auch die Parteivertretung in dieser Richtung nie um ihre Meinung gefragt wird. Wir wollen das zwar auch nicht, wir wollen aber, daß Diejenigen, die in einen Strike treten wollen, sich doch vorher an jene Korporation wenden, zu der sie dann, wenn der Strike proklamirt ist, um Unterstützung kommen. Strikes zu verhindern sind wir ebensowenig in der Lage, als sie anzuzetteln. Wenn wir aber geben sollen, so wollen wir, daß uns auch das Recht zuerkannt werde, zu prüfen, ob der Zeitpunkt zum Losschlagen geeignet ist und ob es überhaupt gerechtfertigt ist, so vorzugehen.

Erlauben Sie mir nun, mit wenigen Worten von dem Parteisekretariat zu sprechen. Wenn Jemand eine Beschwerde über das Parteisekretariat vorzubringen hat, bitte ich, das mit mir persönlich auszumachen. Bisher ist mir allerdings keine Beschwerde zugekommen, außer vielleicht, daß sich Jemand darüber beschwerte, daß er die Briefe des Parteisekretärs nicht lesen könne. (Heiterkeit.) Es kommt manchmal wohl auch vor, daß der Parteisekretär einen Brief nicht postwendend, sondern erst nach einigen Tagen beantwortet. Das ist besonders dann der Fall, wenn er auf Agitation ist. Ich bitte daher, einige Nachsicht zu haben, umsomehr als wir bisher kein ganzes Parteisekretariat hatten. Die deutschen Parteigenossen haben sich in puncto Ordnung und enger Fühlungnahme mit der Partei nicht allzusehr angestrengt. Das wird hoffentlich in Zukunft anders werden, wenn zum Parteisekretär ein Genosse gewählt wird, der weiter nichts zu thun hat, als die Geschäfte des Parteisekretariats zu besorgen. Ich bin zu zwei Dritteln Redakteur der „Volkstribüne" und nur ein Drittel Parteisekretär. Ich möchte mit dem Wunsche schließen, daß wir im künftigen Jahre unsere Organisation weiter ausbauen im Interesse der Partei und der Allgemeinheit. (Beifall.)

Referent Gen. Dr. Ellenbogen: Ich bin nicht in der Lage, über interessante Dinge zu berichten, ich werde mich aber bemühen, Ihren Beifall durch die Kürze meines Referates zu erwerben. Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß im heurigen Berichte nicht eine detaillirte Darstellung der Einkünfte der Partei-

vertretung aus den verschiedenen Orten abgedruckt ist. Es ist dies darum geschehen, weil diese Ziffern ein ganz falsches Bild über die Einkünfte bieten. Ich habe die Ziffern hier und stelle sie Jedem zur Verfügung. Es wird Sie wundern, zu hören, daß zum Beispiel eine so kleine Organisation wie Aussee in diesem Jahre fl. 45, Ebensee sogar fl. 57 und daß eine so große Organisation wie Klagenfurt in dem ganzen Jahre nur fl. 10 abgeliefert hat. Es geben diese Ziffern aber darum ein ganz falsches Bild, weil sie nicht die Einkünfte aus den Sammlungen mit Blocks darstellen. Wie schon aus den Bemerkungen, die ich im allgemeinen Berichte gemacht habe, zu entnehmen ist, ist das Blockwesen vollständig in der Deroute. Auf diese Weise sind nur sehr geringe Beträge eingeflossen. Von den ganzen fl. 7873, welche bei der Parteivertretung eingelaufen sind, dürften kaum fl. 1800 auf dem Wege der Blocksammlungen eingegangen sein. Daraus geht hervor, daß die Frage der Parteisteuer dringend einer Regelung bedarf Ich habe Ihnen noch mitzutheilen, daß von diesen fl. 7800 fl. 179 aus dem Auslande eingeflossen sind, und daß etwa fl. 160 auf dem Wege außerordentlicher Einnahmen eingegangen sind, alles übrige entweder durch Blocks oder auf dem Wege von Privatsammlungen in den Werkstätten u. s. w.

Indem ich Ihnen nochmals die Frage der Regelung der Parteisteuer an's Herz lege, und der Ansicht Ausdruck gebe, daß schon der heurige Parteitag diese Regelung wird herbeiführen müssen, betrachte ich es als meine Pflicht, Sie noch in letzter Stunde aufzufordern, in Zukunft etwas eifriger bei den Sammlungen für die Parteikasse zu sein. (Beifall.)

Gen. Jndra (Gmunden): Wenn man unsere klerikalen Blätter in Oberösterreich zur Hand nimmt, so kann man darin lesen, daß unsere Agitatoren ja Alle sehr gut bezahlt sind, denn hinter uns stehen die reichen Millionäre und alle reichen Juden. (Heiterkeit.) Hier hören wir aber, daß monatlich nur fl. 170 zur Unterstützung der Agitatoren auf dem flachen Lande ausgegeben werden. (Rufe: Im ganzen Reiche!) Es mag sein, daß der Agitation damit gedient wird, wenn die Leute unterstützt werden, aber die Hauptsache bleibt immer die Agitation am Biertisch. Wir müssen nur das Wachsthum abwarten, wir werden bald in jedem Dorfe einen bäuerlichen Agitator haben. Geld wird uns nicht viel helfen, das haben die Anderen weit mehr als wir. Wir werden mit geringen Mitteln, ja ohne Mittel weit mehr leisten, als die Anderen mit Millionen.

Gen. Dr. Czech (Brünn): Bekanntlich wurde über Beschluß des letzten Parteitages die Parteivertretung aufgefordert, in diesem Jahre über ihre Thätigkeit auf dem Gebiete der Frauenorganisation und der Frauenbewegung Bericht zu erstatten. (Rufe: Steht im Bericht.) Das genügt nicht. Es heißt darin nur, daß die Frauenkonferenz beschickt wurde, und daß man hoffe, dieselbe werde die erwarteten Erfolge bringen. (Ruf: Das ist genug.) Ich bin anderer Anschauung. Die Frauenkonferenz wurde von den Genossinnen veranstaltet, die Parteivertretung soll aber berichten, was sie zur Unterstützung der Genossinnen gethan hat. (Ruf: Das ist eine Frage des Gesammtparteitages.) Ich stehe nicht auf diesem Standpunkt, sondern glaube, daß die Organisation der deutschen Frauen eine Frage des deutschen Parteitages ist.

Gen. Köhler (Haindorf): Ich habe im Trautenauer Bezirk die Erfahrung gemacht, daß es dort sehr nothwendig ist, unabhängige Agitatoren aufzustellen. Wenn ein Unternehmer erfährt, daß Einer agitirt, wird er sofort hinausgeworfen und in vielen Fällen wird er sogar ausgewiesen. Gerade in jenen Gegenden aber, wo die nationale oder die christlich-soziale Bewegung ungeheuere Wogen schlägt, ist die Agitation von besonderem Werth. Mit den Ausführungen des Gen. Jndra, die Agitation am Biertische zu betreiben, ist der Redner nicht einverstanden.

Genossin Beutelmaier (Linz): Auch ich erlaube mir an die Parteivertretung die Anfrage, in welcher Weise sie die sozialistische Frauenbewegung unterstützt hat und insbesondere, welche Unterstützung sie dem sozialistischen Frauenkongreß angedeihen ließ. Ein Beschluß des letzten Parteitages ging ja dahin, daß die Frauenorganisation so viel als möglich unterstützt werden solle.

Gen. Schuhmeier: Was zuletzt angezogen wurde, ist gewiß ernster, als Sie denken, und die Parteivertretung hat die Frauenorganisation sehr ernst aufgefaßt. Auf mich macht es aber immer einen eigenthümlichen Eindruck — verzeihen

Sie, wenn ich frei von der Leber spreche — wenn irgend ein lediger Genosse zur Parteivertretung kommt und fragt: Was habt Ihr für die Frauenorganisation gethan? (Heiterkeit.) Ich hebe dies deshalb hervor, weil hier eben zwei verschiedene Ansichten über die Frauenorganisation bestehen. (Widerspruch.) Genosse Czech war schon am vorigen Parteitage so liebenswürdig, die Frage aufzurollen und er thut es heuer wieder. Heuer bin ich aber in der angenehmen Lage, mittheilen zu können, daß die Parteivertretung in der That in der Frage der Frauenorganisation etwas gemacht hat. (Beifall.) Wir haben agitirt für die Organisation der Sozialdemokraten, also auch für die der sozialdemokratischen Frauen. Weiters wurde heuer zu Ostern eine sozialdemokratische Frauenkonferenz abgehalten, an deren Zustandekommen die Parteivertretung auch nicht ganz unschuldig ist. Die Parteivertretung hat — ich war nicht dabei — an den Berathungen theilgenommen. Mehr, glaube ich, konnte nicht geschehen. Wenn Gen. Dr. Czech der Meinung ist, daß mehr hätte geschehen, können dann möge er so freundlich sein, uns diesbezügliche Vorschläge zu machen, wir werden sie prüfen und sehen, ob sich die Organisation der Frauen weiterbringen läßt.

Die Genossin Beutelmaier wollte wissen, wie wir die Frauenorganisation unterstützt haben. Die Frauen sind an uns nur einmal herangetreten, und zwar vor dem Stattfinden der Frauenkonferenz. Die Parteivertretung hat in mehreren Sitzungen über die Anträge der Frauenorganisation berathen — mehr hat sie allerdings nicht gethan. Aber ich konstatire ruhig, daß von uns auch nicht mehr verlangt wurde.

Nun wird man gewiß einzelnen Genossen den Vorwurf machen, daß sie der Frage zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Ich sagte schon vorhin, daß es über die Frauenorganisation zwei Ansichten gibt: Die ledigen Sozialdemokraten urtheilen anders, und die verheirateten urtheilen wieder anders. (Heiterkeit und Widerspruch.) Dr. Adler und andere Genossen, sagen Sie nicht Oho. Ein lediger Mensch, der keine Familie hat, der vom Familienleben keinen blassen Begriff hat, kann leicht für die Organisation der Frauen schwärmen; ein Verheirateter beurtheilt das doch von einem ganz anderen Gesichtspunkte aus. (Neuerlicher Widerspruch.) Damit ist nicht gesagt, daß die Verheirateten nicht wünschen, daß die Frauen organisirt werden, sondern daß ein Theil der Genossen kühler in der Frage denkt, während ein anderer Theil himmelstürmend vorgehen will. Die Organisation der Frauen ist gewiß eine schwere Arbeit für die Partei, und wird nur in der Weise vor sich gehen können, daß Männer und Frauen einer gemeinsamen Organisation angehören. Ich weiß, daß ich hiemit eine große Gelegenheit zum Angriff gegeben habe, doch ich scheue ihn nicht. Sie werden gewiß auch nicht behaupten können, daß jene, welche dieser Ansicht sind, schlechtere Sozialdemokraten seien als die anderen.

Gen. Muhitsch (Graz): Die Parteivertretung hat die Agitation zur Aufhebung des Zeitungsstempels nicht im geeigneten Momente in's Auge gefaßt. In dem Momente, wo die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Parlamente geschleppt wurden, in einem Augenblicke, wo jede gesetzgeberische Arbeit unmöglich war, tritt die Parteivertretung an uns heran, um im ganzen Reiche für die Aufhebung des Zeitungsstempels zu agitiren. Ebenso hat die Parteivertretung auch in der Frage der Lebensmittelheuerung gewartet, bis sie von den Genossen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß dagegen Stellung genommen werden sollte. Der steiermärkische Kreisausschuß hätte in dieser Angelegenheit verschiedene Beschwerden vorzubringen. Die Parteivertretung möge in Zukunft eine Action im geeigneten Momente einleiten.

Gen. Petersilka (Wien) beantragt, die berührte Frage der Frauenorganisation bei Punkt „Organisation" zu behandeln. Wird angenommen.

Gen. Dr. Adler vertheidigt die Parteivertretung gegen Gen. Muhitsch, daß die Aktion bezüglich des Zeitungsstempels nicht zur geeigneten Zeit in Angriff genommen worden sei. Es ist für die Parteivertretung wie für jede exekutive Körperschaft schwer, ihre Aktionen für längere Zeit im vorhinein zu bestimmen. Eine solche Aktion muß aber vorbereitet werden. Wir sind bei einer Sitzung der Gesammtexekutive im October zusammengekommen und haben gesagt, in vier Wochen möge diese Aktion stattfinden. Niemand von uns hat eine Ahnung davon gehabt,

daß sich gerade zu der Zeit diese Ereignisse im Parlamente abspielen werden. Wenn die Vertreter der steiermärkischen Genossen bei uns gesessen wären, hätten sie uns auch nicht sagen können, was sich Ende November ereignen wird. Um diese Aktion etwas eindringlicher zu gestalten, wurde vom Sekretariat auch eine Menge Material in die Provinz verschickt, damit die Referenten auch Ziffern und Thatsachen vorbringen können. Das war auch nicht von heute auf morgen zu machen. Daß wir aber die Aktion im letzten Moment hätten absagen sollen, werden wohl auch die Grazer Genossen nicht wünschen. Daß also unsere Aktion gegen den Zeitungsstempel durch die politischen Ereignisse, die sich damals zufällig zugetragen haben, ersäuft wurde, ist ein Unglück, das jeder Aktion passiren kann, für das aber wir nichts können.

Ich halte mir vollkommen vor Augen, daß wir jetzt über die Frauenfrage nicht zu sprechen haben, halte es aber für kein Unglück, wenn die Haltung der Parteivertretung und des Parteitages in dieser Angelegenheit auch bei diesem Punkte recht scharf zum Ausdruck kommt, und wenn diese so wichtige Frage, welche ungefähr die Hälfte aller unserer Genossen, jedenfalls die Hälfte der Arbeitenden überhaupt betrifft, bei einem anderen Punkte schließlich noch einmal zur Besprechung gelangen sollte. Ich möchte nicht — ich sage es offen — daß die Anschauungen, welche Gen. Schuhmeier hier ausgesprochen hat, als Anschauung der Parteivertretung überhaupt angesehen werden. (Beifall.) Es ist wahr, die Parteivertretung hat der Organisation der Frauen lange Jahre bisher und auch in diesem Jahre nicht jene Aufmerksamkeit schenken können, welche die Sache verdient hätte. Dieses Bekenntniß ist keine Schande für uns, denn wir waren nicht faul und haben die Frage auch durchaus nicht unterschätzt. Wir hatten aber so viel mit den Männern zu thun, und es ist so schwer, gerade die Angelegenheit der Frauen anzufassen, daß wir vollständig entschuldigt sind, wenn wir nicht mehr gethan haben als wirklich geschehen ist. Aber die Meinung darf nicht entstehen, als ob die Parteivertretung glauben würde, man könne oder solle die Agitation unter den Frauen nicht mehr befördern, als es bisher geschehen ist.

Wenn Schuhmeier hier gesagt hat, es bestehe ein Unterschied der Anschauungen zwischen ledigen und verheirateten Genossen, so sind das — Genosse Schuhmeier möge entschuldigen — Flausen. — Wenn es wirklich einmal dazu kommen sollte, daß wir die Anschauungen, die wir über die Taktik der Partei haben, abhängig machen sollen von dem Zivilstande der betreffenden Parteigenossen, dann brauchen wir kein Programm, dann überlassen wir jeden Einzelnen den persönlichen Eindrücken, welchen er im Privatleben ausgesetzt ist. Ich bin überzeugt, daß Gen. Schuhmeier die Sache auch nicht so scharf ausdrücken wollte, wie es herausgekommen ist. Er wollte wahrscheinlich sagen, daß die verheirateten Frauen schwerer in die Organisation einzubeziehen sind als die ledigen, und daß die verheirateten Männer nicht geneigt sind, auf die Arbeiterfrau in dem Maße im Hause zu verzichten, um es ihr zu ermöglichen, in der Organisation thätig sein zu können. Aber von diesem Hindernisse, das thatsächlich besteht, dürfen wir uns nicht so befangen lassen, daß wir in den philiströsen, durchaus kleinbürgerlichen, durchaus reaktionären Gedanken verfallen (Beifall), daß die Proletarierin auch weiter zurückbleiben soll, nicht einmal in ihrem Ideenkreise aus dem Sklavenverhältnisse nicht nur dem Unternehmerthum gegenüber, sondern auch aus dem häuslichen Sklavenverhältnisse herauskommen zu können. (Zustimmung.) Wenn die Frau nicht ihre Pflicht in der Parteiorganisation thut, so ist der Mann daran schuld; und gerade wir verheiratete Männer haben in allererster Linie die Pflicht, die Frau, die uns am nächsten steht, aufzuklären und der Organisation zuzuführen. Das wollte ich sagen und das meint auch die Parteivertretung in ihrer Gesammtheit. (Beifall.)

Gen. Müller (Graz): Wir in Steiermark haben eine etwas größere Frauenorganisation; die Frage ist daher für uns wichtig. Uns kann es sich nur darum handeln, zu wissen, was in Zukunft zu geschehen hat, und nicht so sehr darum, was die Parteivertretung in der Sache bis heute gethan hat.

Die Debatte über den Bericht der Parteivertretung wird geschlossen.

Gen. Elderisch (für die Kontrole): Wir haben die uns nach dem Parteistatut zustehenden Funktionen als Kontrolore erfüllt. Wir haben gegen die

Thätigkeit der Parteivertretung und gegen die Funktion des Kassiers keine Beschwerde vorzubringen. Bemerken muß ich jedoch, daß die Mittel, welche der Parteivertretung zur Verfügung stehen, im Verhältnisse zu der Arbeit, die zu leisten nothwendig wäre, zu klein sind. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Gen. Indra, daß man auch ohne Mittel etwas leisten kann. Der Agitator, der auf das Land hinausfährt, kann nicht von der Luft leben, er kann auch ohne Geld keine Eisenbahnfahrt machen. Da genügt die bloße Begeisterung nicht. Es ist nothwendig, daß für die Aufbringung der Geldmittel mehr gethan wird, dann kann von der Parteivertretung auch mehr verlangt werden. Heute müssen aus den Mitteln der deutschen Parteikasse auch die polnische, die italienische und andere kleinere Organisationen unterstützt werden. Ich beantrage namens der Kontrole, der Parteitag möge der Parteivertretung und dem Parteikassier das Absolutorium ertheilen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird hierauf zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen.

a) Parteitaktik.

Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen und Genossinnen! Die Parteitaktik ist eine Angelegenheit der Gesammtpartei. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich nicht eine besondere Parteitaktik hat, es versteht sich von selbst, daß die einzelnen nationalen Gruppen, die sich auf dem letzten Parteitage eine eigene selbstständige Organisation gegeben haben, so wie sie von demselben Programme ausgehen, so auch über die Richtung, die sie einhalten, vollständig einig sind. Es versteht sich daher, daß ich nicht in der Lage bin und sein kann, die Parteitaktik unserer speziellen Organisation von der Parteitaktik der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich überhaupt irgendwie loszulösen und gesondert zu behandeln. Andererseits ist es aber doch nothwendig, daß jede nationale Gruppe die Parteitaktik auch auf ihrem eigenen Parteitage einer Erörterung unterziehe und daß eine Kritik und Beurtheilung möglich sei, ob die Taktik, die von der Partei im verflossenen Jahre eingeschlagen wurde, dem Gesammtinteresse und den Prinzipien der Partei entspricht.

Wir haben in Oesterreich ein Jahr hinter uns, das uns eine Fülle von politischen Ereignissen bot, wie nicht leicht ein gleicher Zeitraum der österreichischen Geschichte. Ich erinnere daran, daß genau zu der Zeit, wo wir im vorigen Jahre am Parteitage in Wien beisammen waren, jener Geheimerlaß des Badeni, welcher die Behörden informirte, in welcher Weise sie Versammlungen zu behandeln haben, in der „Arbeiterzeitung" und in einigen bürgerlichen Blättern erschienen ist. Es ist also genau ein Jahr seit dem Höhepunkt des Regiments Badeni verflossen. Die Partei hat sich während dieser Zeit in ganz eigenthümlichen Verhältnissen befunden. Seitdem es im Parlamente sozialdemokratische Abgeordnete gibt, ist es selbstverständlich, daß alle Aktionen der Partei nicht allein von den Massen außerhalb des Parlaments und ihren Vertrauensmännern, sondern in weit ausdrucks- und nachdrucksvollerer Weise im Parlamente zur Geltung kommen.

Ich möchte hier vor allem Eines konstatiren: Was unsere Abgeordneten im Parlamente gemacht haben, ist nicht nur entsprechend ihrer eigenen Ueberzeugung als Abgeordnete, sondern ist durchaus das Produkt der mit der Parteivertretung vereinbarten Taktik, ist durchaus das Produkt der Ueberzeugung der Gesammtvertretung der Partei selbst. Wir stehen zu unseren Abgeordneten in einem wesentlich anderen Verhältnisse als alle oder die meisten bürgerlichen Parteien. Wenn ich das von vornherein so fest ausspreche und unterstreiche, so geschieht dies darum, weil ich möchte, daß die Genossen wissen und sich einprägen, daß sie und jeder Einzelne von ihnen auf die Haltung unserer Fraktion den Einfluß haben, den jeder Genosse überhaupt auf die Haltung der Partei zu üben hat. Es war in diesem Jahre nicht sehr leicht, in jedem Momente die Haltung der Partei zu bestimmen und insbesondere war es schwer, weil die Bilder, denen wir gegenübergestanden sind, so rasch und unvermittelt gewechselt haben. Als wir das letzte Mal beisammen waren, war ungefähr die erste Periode der Obstruktion zu Ende. Unsere Partei hat von vorneherein gegen das Regime Badeni den heftigsten Kampf geführt und zwar schon zu einer Zeit, wo die bürgerlichen

Parteien, und zwar dieselben bürgerlichen Parteien, die seither eine so heftige Opposition betreiben, sich gegenüber demselben noch in einer sehr liebenswürdigen Haltung befunden haben. Wir haben uns über den wahren Charakter des Regimentes Badeni nicht einen Augenblick lang täuschen lassen. Die Sozialdemokraten haben den Badeni von Anfang an als einen wirklich feudalen mit allen Salben geschmie ten polnischen Kavalier betrachtet und haben gewußt, daß sie von ihm alles zu erwarten haben, nur nicht etwas, was dem Volke förderlich ist. Dieses Erkenntniß ist den bürgerlichen Parteien erst erwachsen, als die Sprachenverordnungen herausgegeben wurden. Von diesem Momente an sehen wir das Bürgerthum in einer Bewegung, die allerdings erfreulich sein könnte, wenn wir blos die Energie dieser Bewegung in's Auge fassen, wenn wir nicht zugleich auch das Ziel dieser Bewegung betrachten.

In einem Lande, wie Oesterreich, wo das Proletariat am meisten darunter zu leiden hat, daß das Bürgerthum gelähmt ist, daß es sich niemals zu einer entschlossenen Handlung hat aufraffen können, in einem Lande, wo das Bürgerthum das Werk, das vor 50 Jahren begonnen wurde, niemals zu Ende geführt hat und wo es nicht einmal jene Stufe der Entwicklung erklommen hat, die eine europäische ist, in einem solchen Lande müßte man es eigentlich mit Freude begrüßen, daß sich im Bürgerthum endlich einmal etwas regt, was wie Muth, was wie Entschlossenheit und wie Unbeugsamkeit aussieht. Wir haben gar kein Interesse daran, daß unsere Gegner niedrige Menschen sind, daß die Leute, mit denen wir zu kämpfen haben, schwächliche, unbrauchbare, culturwidrige Organismen sind, wir haben gar kein Interesse daran, daß das Bürgerthum von seinen Vertretern selbst preisgegeben wird der rücksichtslosen Herrschaft des Feudaladels. Wir haben vielmehr ein sehr großes Interesse daran, daß dieses Oesterreich ein modernes Land werde und darum könnte man die Hoffnung haben, konnte sie haben, möchte ich sagen, daß aus der deutschnationalen Bewegung, aus der Erregung, die wir vor uns gesehen haben, sich etwas Vernünftiges — nicht vernünftig für uns, sondern vernünftig für das Bürgerthum — entwickeln werde.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt müßte für uns maßgebend sein. Es ist selbstverständlich, daß die prinzipielle Haltung der Sozialdemokraten gegenüber einer jeden Regierung, mag sie heißen, wie sie wolle, und mag sie welcher Partei immer angehören, nur diktirt werden kann von dem Interesse des arbeitenden Volkes, also den energischesten Widerstand gegen die Herrschaft der besitzenden Klassen, deren Geschäftsträger, deren Bediente, derer ausführendes Organ eine Regierung sein muß, in sich begreift. Die Haltung der Partei muß von diesem Gesichtspunkte aus immer dieselbe bleiben. Ich kann mir heute nicht eine Regierung vorstellen, mit der die Sozialdemokraten irgend wie zufrieden sein könnten, und ich sage es offen, ich mache den bürgerlichen Regierungen gar keinen Vorwurf, daß sie nicht sozialdemokratisch sind. Das ist gar nicht möglich, und wir begreifen ja das Wesen aller geschichtlichen Entwicklung als Kampf zwischen den Klassen und wir begreifen sehr gut, daß die bürgerlichen Parteien nicht unsere Geschäfte besorgen können, auch nicht, wenn sie an der Regierung sind. Wir müssen aber trotzdem einen sehr scharfen Unterschied in unserer Haltung gegenüber den verschiedenen Regierungen machen. Es ist zwar in Oesterreich unwahrscheinlich, aber es wäre doch eine Phantasie, die realisirbar wäre, daß es auch in Oesterreich eine Regierung geben könnte, die, wenn auch nicht die speziellen Interessen der Arbeiterklasse, so doch das Gesammtinteresse aller Klassen in Oesterreich im Auge hat, die nämlich nach einem vernünftigen Fortschritt in der Kultur, nach einer vernünftigen Entwicklung Oesterreichs zu einem modernen europäischen Zustande strebt. Wenn aber eine Regierung das nicht nur nicht ist, sondern wenn sie auch noch in dem Sinne reaktionär ist, daß sie das Land auf Entwicklungsstufen zurückwirft, die bereits überwunden sind, wenn eine Regierung wegen augenblicklicher Interessen jenen alten nationalen Streit zu der Höhe entfacht, wie wir es gesehen haben und wie dies die Regierung des Badeni gethan hat, wenn sie dazu nicht nur ungeschickte, sondern auch Mittel anwendet, die verwerflich sind, nicht nur vom politischen, sondern selbst vom moralischen Standpunkte, wenn wir sehen, daß eine Regierung das Volk und seine Vertretung direct korrumpirt, und wie diese Regierung das Land in einen Zustand voll-

ständiger Ohnmacht hineinführt, dann ist es gerechtfertigt, daß die Partei mehr thut, als sie gegenüber jeder anderen Regierung thut, daß sie sagt, hier liegt nicht nur die Gesammtschuld der besitzenden und herrschenden Klassen vor, sondern hier liegt das spezielle Verbrechen einer Bande vor, welche in speziellen Handlungen volksfeindlich auftritt. Es war also nothwendig — und ich brauche ja die Ereignisse nicht aufzuzählen — daß die Sozialdemokratie dem Regimente des Badeni mit weit größerer Energie sich entgegenstellte, als bisher jeder anderen bürgerlichen Regierung.

Die Sache war durchaus nicht leicht. Wenn es sich bloß um Opposition handelt, wenn es sich bloß darum handelt, außerhalb des Parlaments, in den Provinzen und überall in der Oeffentlichkeit unsere Abneigung gegen eine Regierung zum Ausdruck zu bringen, wenn es sich bloß darum handelt, das Urtheil der Arbeiterschaft klar zu machen, kurzum wenn es sich nur um Dinge handelt, wozu Muth und Opferwilligkeit gehört, so war die Sozialdemokratie zu allen Zeiten in der Lage, diesen Kampf sehr energisch und mit Erfolg zu führen. Diesmal hat es sich um etwas anderes und um Eines mehr gehandelt. Dadurch, daß die nationale Frage den Ausgangspunkt der Kämpfe im Parlament gebildet hat, dadurch weiter, daß unser Verband im Parlamente ein internationaler Verband ist, mußte die Schwierigkeit entstehen, daß nicht die große Masse der Genossen, daß nicht die Welt meine, daß die Sozialdemokratie die Geschäfte einer nationalen Partei in Oesterreich besorge. Es war naturgemäß, daß die Opposition, welche sich von Wolf und Schönerer über unsere lieben alten Liberalen hinweg bis zu den Christlich-Sozialen erstreckte, die Mithilfe der Sozialdemokraten im Parlamente sehr gerne in Anspruch genommen hat, ja daß sie wiederholt das Ansinnen gestellt hat, die Sozialdemokraten mögen, und haben die Verpflichtung dazu, ihren speziellen nationalen Parteizwecken dienen. Es möge Ihnen ein Beweis dafür, daß diese Wünsche niemals in Erfüllung gegangen sind, sein, daß wir im Parlament und außerhalb desselben internationale sozialdemokratische Politik getrieben haben, daß der internationale Verband im Parlamente und die Exekutivkomités aller sozialdemokratischen Parteien außerhalb des Parlaments, sowie die große Masse unserer Genossen von Eger bis Lemberg und von Aussig bis Triest in allen diesen Kämpfen vollständig geschlossen aufgetreten sind, daß es sich also nicht um eine nationale Frage gehandelt hat. Es hat sich uns wirklich um weit mehr gehandelt. Wenn wir Sozialdemokraten Ursache haben, uns etwas einzubilden, uns als die einzige Partei in Oesterreich zu bezeichnen, die wirklich eine Zukunft hat, so ist dies auf Grund der Thatsache, daß wir in diesen schweren nationalen Kämpfen, die auch für die Arbeiter sehr viel Verlockendes hatten, eine brüderlich geeinigte, in jedem einzelnen Schritt zusammengehörige und zusammenmarschirende Partei geblieben sind. (Zustimmung.)

Ich muß hier auch über den Wendepunkt in dem Vorgehen der Partei einige Worte sprechen. Die Sozialdemokraten haben im Parlament und außerhalb desselben, so lange es sich um eine Obstruktion wegen der Sprachenverordnungen handelte, eine abwartende Haltung eingenommen. Wir können die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die nationale Frage zu ordnen, nur als ein Unglück für unser Land und auch für die Arbeiterschaft ansehen, aber wir sind nicht in der Lage, hier zu vermitteln, wir sind nicht in der Lage, ihnen ihren Streit ausfechten zu helfen. Als es sich aber zeigte, daß man im Parlament über diese nationale Frage hinausgegangen ist, als Badeni den ungarischen Ausgleich, an dem die Arbeiterschaft in Oesterreich ein gewaltiges Interesse hat, im Parlament durchdrücken wollte, als man die Geschäftsordnung und die Verfassung mit Füßen getreten hat, da war die Rolle der Sozialdemokraten nicht mehr die eines Zuschauers, sondern da war es geboten, daß auch sie aktiv eintraten, und daß sie es mit Erfolg gethan haben, darüber brauche ich wohl nicht viele Worte zu verlieren. Es hat sich im Herbst noch eine weitere Wendung begeben. Gen. Schuhmeier sagte, als im Parlament die Geschäftsordnung durch die Kramarsch und Abrahamowicz zerrissen war, als die Revolution von oben zur Thatsache geworden war, da erwartete die Partei und die Massen überall, daß der parlamentarische Verband der Sozialdemokraten die Aktionen unterstützen werde. Ich glaube nun, es ist nothwendig, daß wir hier einmal erklären, wie wir außerhalb des Parlaments

jenen Sturm auf die Tribüne des Reichsrathes aufgefaßt haben. Es ist nothwendig, daß wir sagen, ja, die Sozialdemokraten haben in dieser Sache mehr geleistet, als alle bürgerlichen Parteien zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich kann es Ihnen als Augenzeuge berichten, daß die ganze Opposition, sämmtliche bürgerlichen Parteien dem Antrage Falkenhayn gegenüber zu einem mannhaften Auftreten entschlossen waren, nämlich — zur Erlassung von Protesterklärungen (Lebhafte Heiterkeit) und zum Verlassen des Hauses unter Protest. Das hätte uns nicht genügt, das hätte die Arbeiterschaft in Oesterreich nicht begriffen. Sie erwartete von ihren Vertretern, daß sie dem Lande und ganz Europa zeigen: Hier ist ein Verbrechen begangen worden (Lebhafte Zustimmung), hier gibt es kein Parlament mehr. Die Sozialdemokraten mußten zeigen, daß die Gesetzlichkeit dieses Parlaments nicht mehr existirt, daß der Rechtsboden dieses Parlaments durchbrochen ist und daß man es mit einer Horde von Uebelthätern zu thun hat, nicht aber mit einer gesetzlichen und zur Gesetzgebung berufenen Vertretung. Und um dies aller Welt zu zeigen und darüber nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, daß sich das Land in der offenen Revolution befinde, daß diese Revolution von Jenen gemacht worden ist, welche die Hüter der Gesetze sein sollen, darum wurden Diejenigen, welche das Parlament nach Außen zu vertreten haben, das Präsidium des Parlaments, von den Sozialdemokraten zur Thüre hinausgeworfen.

Unsere Gegner sind sehr geneigt und waren es immer, diese Politik als eine Radaupolitik anzusehen. Die Sozialdemokraten sind nichts weniger als Radaupolitiker; im Gegentheil, es gibt keine Partei, welche in ihren eigenen Reihen, wie auch nach außen hin so strenge auf die Erfüllung der Gesetze hält, wie die sozialdemokratische, und wir haben auch heute dazu alle Ursache. Wir haben alle Ursache dazu, wenn wir uns daran erinnern, daß die Verfolgungen und Bedrückungen der Arbeiterschaft nicht nur Gesetzen entspringen, die aus der Klassengesetzgebung hervorgegangen sind, sondern daß sie auch der Uebertretung und Verletzung dieser Gesetze im Interesse der Besitzenden entspringen. Wir haben das Verdienst, sehr viel zur Herbeiführung eines gesetzlichen Zustandes in Oesterreich beigetragen zu haben. So sehr wir wissen, wie viel Macht wir haben, so kennen wir doch die Grenzen unserer Macht sehr genau, und es fällt uns durchaus nicht ein, an einen rohen Kampf zu appelliren. Wenn die Sozialdemokraten einen Schritt gethan haben, der in der Geschichte gerade unserer Partei vollständig unerhört ist, so war das nicht Radaupolitik, sondern war gerade umgekehrt, eine Politik zur Wahrung des Gesetzes, zur Wahrung jener Verfassung, die heute einmal besteht, die wir wohl nicht gemacht haben, die wir nicht aufrecht zu erhalten wünschen, von der wir vielmehr wünschen, daß sie so bald wie möglich verschwinde und einer volksthümlichen, demokratischen Verfassung Platz mache, von der wir aber, so lange sie besteht, wünschen müssen, daß sie nicht zu Gunsten der Junker und Pfaffen verletzt und mit Füßen getreten werde. (Lebhafter Beifall.)

Mit dem Vorgehen der Sozialdemokraten im Parlament war aber noch nicht Alles geschehen. Unsere Abgeordneten wurden da zusammen mit den Schönerianern mit Polizeiwache aus dem Parlamente geführt. Wer diese Dinge miterlebt hat, dem werden sie unvergeßlich bleiben, der wird nicht mehr dulden, daß uns unsere konservativen und reaktionären Gegner mit dem Angriffe kommen, wir seien die Partei des Umsturzes, während sie die Stützen der Ordnung und des Gesetzes sind. (Gelächter.) Diese Leute sind die Allerersten, welche jedes Gesetz, jede Ordnung, jedes Recht zu durchbrechen entschlossen sind, die bereit sind, wenn es ihr Vortheil ist, an die Stelle des Rechtes die Gewalt und die Faust zu setzen. Wir haben neben dem amtlichen Arbeitermorde, welcher sich in die Formen des Gesetzes kleidet, der bei jedem ernsthaften Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmerthum verübt wird, wie er auch in Graz bei den Badeni'schen Unruhen ausgeführt wurde, auch die Entschlossenheit unserer konservativen Gegner, die Stützen der Krone, die Stützen des Staates am Werke gesehen. Wenn die Sozialdemokraten nach dem, was sich am 26. und 27. November 1897 abgespielt hat, am 28. November nicht nur in Wien, sondern in ganz Oesterreich auf die Straße gestiegen sind, so haben sie einfach die Thatsache ausgesprochen, daß, wenn nicht die Gewalt von oben eingedämmt wird, die Gewalt von unten, nicht weil sie will,

sondern weil sie muß, zur Geltung kommen wird. (Stürmischer Beifall.) Wir sind — darüber ist kein Zweifel — am 28. November mitten in einer revolutionären Bewegung gestanden. Nun — Badeni ist verschwunden. (Ruf: Leider! — Heiterkeit.) Dem Genossen, der da sagt „Leider", dem kann ich ja nachfühlen. Er meint offenbar, daß wir ein Interesse daran haben, daß unsere Feinde möglichst schlechte und möglichst blöde seien. Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige Regierung allen Wünschen unseres Genossen in dieser Beziehung im vollen Umfang wird entsprechen können. (Heiterkeit.) Er scheint ziemlich weitgehende Anforderungen zu stellen, aber er kann darüber beruhigt sein. (Heiterkeit.) Ein besonders hohes Maß von Einsicht und von Empfindung dafür, was Oesterreich allein in einen vernünftigen Zustand bringen könnte, finden wir bisher auch bei dieser Regierung nicht. Dies auf den Zwischenruf.

Mit dem Sturze des Grafen Badeni wurden neue Verhältnisse geschaffen und unsere Haltung mußte wieder geändert werden. An Stelle der Badeni'schen Verordnungen sind die Gautsch'schen getreten und die Radikal-Nationalen haben erklärt, diese seien ebenso schlecht wie die früheren; auch deshalb müsse die Regierung angeklagt werden, auch deshalb müsse die Obstruktion fortgesetzt werden. Wir konnten uns auf diesen Standpunkt nicht stellen, wir konnten unmöglich verkennen, daß, weil eine Partei mit der derzeitigen Regelung der Sprachenfrage unzufrieden ist, insbesondere wenn diese Regelung als eine blos provisorische hingestellt wird, wenn diese Regierung wenigstens ausspricht, daß sie eine gesetzliche Regelung will, wir konnten, sage ich, in diesem Momente gegenüber der neuen Regierung nicht mit derselben Wucht, mit derselben Verachtung vorgehen, wie sie der Badeni'schen Regierung gegenüber gebührt hatte.

Die Regierung des Grafen Thun ist wirklich in einer recht schweren Lage. Wenn dem Manne etwas einfiele, wie er Ordnung machen könnte, möchte er es recht gerne thun, er möchte recht gerne Frieden stiften, obwohl die Rolle des Feudaladels, welchem Graf Thun entstammt, in der Geschichte Oesterreichs nicht die des Friedensstifters war, und obwohl gerade jene Schichten, die heute so eifrig für den nationalen Frieden eintreten, politisch vom nationalen Hader gelebt haben. Was Thun heute will, ist, sein Unglück mit Anstand tragen. Er sucht sich hinüber zu fretten über das Jubiläumsjahr, denn es ist ja höchst unangenehm, wenn man gerade zum fünfzigsten Jahre des Jubiläums des heutigen Regierungssystems und der Regierung des Kaisers zeigen muß, daß Oesterreich heute noch nicht die Aufgaben beendet hat, die ihm im Jahre 1848 gestellt wurden, daß in Oesterreich heute noch die Verwirrung und der Kampf und die Aktionsunfähigkeit genau dieselben sind, wie vor 50 Jahren. Es ist sehr traurig, zu zeigen, daß die ganze Staatskunst der herrschenden Klasse in Oesterreich, vereinigt mit der Macht des Bürgerthums, nicht im Stande war, aus Oesterreich ein vernünftiges Staatengebilde zu machen, und es ist sehr traurig, daß gerade zu diesem Jubiläum der vollständige Bankerott der bisherigen österreichischen Politik eingetreten ist. Man möchte das gerne verhüllen, und Graf Thun bemüht sich zu zeigen, daß nicht er das Alles angerichtet hat. Die Regierung möchte, was bisher wenige Regierungen gethan haben, zeigen, daß, wenn nur die Gesetzgebung in Gang kommen könnte, und wenn man nur eine geordnete Verwaltung in Oesterreich wieder herbeizuführen in der Lage wäre, die Regierung den besten Willen hätte, anständig zu regieren. Man sieht das an einer ganzen Reihe von kleinen Dingen, welche die Arbeiterschaft betreffen. Sie wissen, daß uns von den Regierungsblättern die Aufhebung des Zeitungsstempels in Aussicht gestellt wird, daß auf die Auszahlung erhöhter Beamtengehalte verwiesen wird, wenn nur halbwegs ein bischen Ordnung eintreten würde. Die Regierung möchte die Arbeiter förmlich lüstern machen nach einem geordneten Gange der Gesetzgebung, aber bei der Arbeiterschaft können diese Verheißungen und Verlockungen nicht verfangen. Wir bedauern ganz gewiß das Gelähmtsein der Gesetzgebung, wir haben gewiß das Bedürfniß eine ganze Reihe sehr wichtiger und für uns geradezu Lebensfragen betreffender Gesetze zur Berathung zu bringen, aber wir wissen auch genau, daß, wenn die parlamentarische Mühle wieder in Gang gekommen sein wird, ihre Produkte zunächst nicht nährendes Mehl für die arbeitenden Klassen des Volkes, sondern, daß ihre Frucht vielmehr sein wird eine ganze Reihe von Gesetzen, welche eine schärfere Aus-

deutung des Volkes, insbesondere durch die indirekten Steuern, zum Zwecke haben. Graf Thun und seine Regierung wünscht Ordnung im Parlamente, weil sie die Schraube an den Volkskörper ansetzen möchten, damit mit um so größerer Ergiebigkeit die Quellen fließen, aus denen der Militarismus gespeist werden soll. (Zustimmung.)

Wir haben vor ganz kurzer Zeit in den letzten Wochen ein Bild von den Delegationen gesehen und haben demselben entnehmen können, wie absolut ohnmächtig das gesammte österreichische Volk in allen seinen Schichten in Bezug auf die äußere Politik des Staates ist, in allen seinen Schichten, mit Ausnahme einer Handvoll von Kavalieren, welche das Privilegium haben, die äußere Politik Oesterreichs in ihrem Interesse zu machen und daran das Privilegium knüpfen, die Schlachten zu verlieren, die sich in Folge dieser Politik ergeben.

Wir haben weiters in Pest gesehen, daß die Vertretung des Volkes, soweit sie sich mit dem Militarismus zu beschäftigen hat, nicht nur absolut ohnmächtig, sondern auch absolut feig ist. Wenn an Stelle der alten Weiber, die da in Budapest in der Delegation waren, Männer gewesen wären, so hätte man dort ganz anders auftreten können, als es geschehen ist. In keinem Lande ist es bisher vorgekommen, daß man 30 Millionen Nachtragskredit, der einen Verfassungsbruch bedeutet, so gefressen — das heißt zur Kenntniß genommen — hat, wie es dort geschehen ist. Mögen die Wähler zu Hause sich imponiren lassen durch diese Reden, welche die Pergelts, Axmanns u. s. w. gehalten haben — dem Kriegsminister und dem Reichs-Finanzminister haben diese Reden durchaus nicht imponirt. Dem Zweck, die Mittel für den Militarismus in ausreichendem Maße herbeizuschaffen, dem gilt der Wunsch der Regierung, das Parlament wieder in Ordnung zu bringen. Wir Sozialdemokraten haben nicht die Aufgabe, in Oesterreich als die Retter der gegenwärtigen Ordnung aufzutreten.

Vor kurzer Zeit haben uns die Deutschnationalen, die gerne möchten, daß wir ihnen ihre separaten Kriege führen helfen, als die staatserhaltende k. k. österreichische Partei verhöhnt. Dieses Kompliment erlaube ich mir den Deutschnationalen, und zwar vom Wolf bis zum Schönerer, zurückzugeben. Wir sind die Partei eines Landes, welche für alle Völker, die hier leben, Formen finden will und auch den Weg angeben kann zu einem Oesterreich, in dem die Völker einträchtig und friedlich demselben Ziele zustrebend arbeiten können. Der k. k. österreichische Staatsgedanke ist gerade jener Gedanke der alten Bureaukratie von Metternich angefangen bis zurück auf Josef II., jener Gedanke der Beherrschung Oesterreichs durch die deutsche Bureaukratie, jener Gedanke, der sich heute darin ausspricht, daß die Deutschnationalen sogar die deutsche Staatssprache übernommen haben. Das ist das spezifisch Oesterreichische; wir aber vertreten ein neues Oesterreich, ein neues Prinzip. Welche staatliche Formen auch immer die Völker dieses Landes verbinden mögen, nebeneinander werden diese Völker leben müssen, sie werden sich nicht trennen können, sie werden nicht auseinander können; sie sind darauf angewiesen, auf diesem Boden zu leben. Wir Sozialdemokraten vertreten die Politik und den Gedanken, daß diese Völker leben müssen als freie Völker, oder daß sie überhaupt lebensunfähig sind und nicht einen Schritt in der Kulturentwicklung vorwärts machen können, sondern versumpfen müssen, wie das gegenwärtige Oesterreich eben versumpft ist. Wenn unsere Politik in Oesterreich wirklich eine österreichische wäre, dann könnten wir Alle froh sein, aber leider ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß sich die österreichischen Staatsmänner diese sozialdemokratische Auffassung zu eigen machen werden.

Ich komme nun zu den Anträgen.

Der 5. Antrag der Bezirksorganisation Voitsberg verlangt:

„Der Parteitag wolle beschließen: Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, dahin wirken zu wollen, daß die ungerechtfertigten Ausweisungen jener Bergarbeiter, die anläßlich des Strikes im Jahre 1892 aus dem Gebiete Köflach und Voitsberg für immer ausgewiesen wurden, aufgehoben werden, eventuell die Sache vor das Reichsgericht zu bringen."

Ich bin der Ansicht, Genossen, es werden unsere Abgeordneten gezwungen sein, sich nicht nur mit jenen Genossen zu befassen, die aus Voitsberg ausgewiesen wurden, sondern es wird nothwendig sein, daß unsere Juristen einmal die Frage untersuchen, wie jene Hunderte und Aberhunderte von Ausweisungen aus Wien,

Prag u. s. w., über die zum großen Theile das Reichsgericht geurtheilt hat, und welche die Verfassung direkt verletzen, rückgängig gemacht werden können. Ein Majestätsgesuch ist etwas, was sich nicht jeder leisten kann. Ich glaube, daß dieser Antrag der parlamentarischen Fraktion zuzuweisen sei.

Wir haben uns weiter mit den Anträgen der Bezirksorganisation Karlsbad zu beschäftigen, welche direkt ein Tadelsvotum für die Parteivertretung sowohl, als für die Haltung des Zentralorganes, der „Arbeiter-Zeitung", enthalten. Es heißt hier:

6. Anträge der Bezirksorganisation Karlsbad:

„A. Der Parteitag hat die neue Parteileitung zu beauftragen, die Abwehr der deutschnationalen Aspirationen der Gruppe Schönerer-Wolf mit derselben Energie zu betreiben, wie die der Christlich-Sozialen."

„B. Die Parteileitung hat in kürzester Frist eine Broschüre über „die deutschnationalradikale Bewegung in Böhmen", die ebenso wie jene Teifen's über die „Christlich-Sozialen und ihr Programm" ihren Stoff behandelt, herauszugeben und massenhaft in Deutschböhmen zu verbreiten."

„C. Das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung" hat die den Schönerianern gegenüber bisher beobachtete Haltung dahin zu ändern, daß sofort in ausgiebiger Weise der Kampf gegen diese Bewegung, die für die deutschböhmische Sozialdemokratie dieselbe Bedeutung hat, wie die christlich-soziale Bewegung für die niederösterreichischen Genossen, und zwar mit derselben Energie aufgenommen und fortgeführt wird, die auf die Bekämpfung der Lueger-Wirthschaft verwendet wird, da sonst die sogenannte nationalradikale Strömung der deutschböhmischen Sozialdemokratie ebenso über den Kopf zu wachsen droht, wie dies seitens der christlich-sozialen den niederösterreichischen Genossen gegenüber leider bereits zur Thatsache geworden ist."

Wir haben hier eine vollständig formulirte Anklage gegen die Parteivertretung. Es wird der Parteivertretung zum Vorwurf gemacht, daß ihr Organ und sie selbst — denn sie ist für dieses Organ verantwortlich — daran schuld ist, daß die christlich-soziale Bewegung, die Luegerei, in Niederösterreich den Sozialdemokraten über den Kopf gewachsen ist. Es wird zweitens gesagt, daß die Parteivertretung ihre Pflicht gegenüber den nordböhmischen Genossen vernachlässigt, und sie wird bei Zeiten darauf aufmerksam gemacht, sie möge nicht wieder dasselbe Verbrechen begehen, das sie schon einmal begangen hat und möge bei Zeiten das Ueberwuchern der deutschnationalen Bewegung in Nordböhmen verhindern. Es wird sogar gesagt, die Parteivertretung habe die Pflicht, die Deutschradikalen mit derselben Energie zu bekämpfen, mit der sie die Christlich-Sozialen bekämpft. Genossen! Ich behaupte, daß alle diese Behauptungen, mit Ausnahme des Antrages B, gegen den ich natürlich nichts einzuwenden habe, die in diesem Antrage niedergelegt sind, von Anfang bis zum Ende falsch und irrthümlich sind. (Zustimmung.) Es ist unwahr, daß die christlich-soziale Bewegung in Niederösterreich den Sozialdemokraten über den Kopf gewachsen ist. Die Sozialdemokratie steht als eine junge Partei, welche in die Massen eindringt, einer alten Partei gegenüber. Denn Sie werden sich doch nicht einbilden — das könnte man höchstens in Karlsbad thun — daß die Partei der Christlich-Sozialen eine jüngere Partei ist. Das sind doch die alten Klerikalen, welche in den Alpenländern überall festsitzen und hier nur neue Formen der Agitation angenommen haben. (Zustimmung.) Nicht die Christlich-Sozialen sind uns über den Kopf gewachsen, sondern die Sozialdemokraten fangen an, diesen vereinigten Christlich-Sozialen und Klerikalen über den Kopf zu wachsen. (Rufe: So ist es!) Die Bewegung ist nicht die, daß die Klerikalen Terrain gewonnen haben, sondern vielmehr, daß die Sozialdemokraten den Klerikalen Schritt für Schritt Terrain entreißen. Wer die Dinge nur so ansieht, wie sie von außen aussehen, daß die Christlich-Sozialen Antisemiten sind, und daß, wo nicht vom Judenerschlagen die Rede ist, auch eine christlich-soziale und klerikale Partei nicht vorhanden ist, für wen sich Alles nur in diese Schlagworte auflöst, der kann freilich meinen, daß das, womit wir es im ganzen Süden des Reiches zu thun haben, etwas Neues ist. Das war aber schon, ist wieder gekommen und ist auf dem Wege, wieder zu verschwinden.

Der letzte Antisemit wird erst mit dem letzten Juden sterben. (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist sicher. Aber, Genossen, von Zeit zu Zeit braucht man ein so

populäres und in die Ohren klingendes Schlagwort. Es wird ab und zu wieder auftauchen und wieder in den Sack gesteckt werden. Sie wissen ja, daß Lueger selbst heute im besten Begriffe ist, von seinen Leuten als Judenknecht behandelt zu werden. Wir legen also auf diese Begleiterscheinungen der Bewegung verdammt wenig Gewicht. Nun wird aber hier ausgedrückt, daß wir die deutschnationale Bewegung ebenso zu behandeln hätten, wie die christlich-soziale, und es wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß uns gegenüber alle bürgerlichen Parteien als gegnerische Parteien mit denselben taktischen Mitteln, mit derselben Energie und mit derselben Feindseligkeit bekämpft werden müßten. Da erkläre ich Ihnen für meine Person, und ich hoffe mir Ihre Zustimmung zu gewinnen, daß ich dieser Ansicht nicht sein kann. Ich habe dafür einen ganz festen Maßstab. Gewiß ist es, daß, wo wirthschaftliche Interessen in Frage kommen, alle bürgerlichen Parteien uns solidarisch als eine reaktionäre Masse gegenüberstehen. Wir dürfen uns aber nicht die Augen verbinden und uns darüber selbst täuschen, daß innerhalb dieser reactionären Masse sehr große Unterschiede bestehen, daß man zu unterscheiden hat — und darauf kommt es an — welche Bedeutung eine jede Partei für die politische Entwicklung Oesterreichs hat. Die politische Entwicklung Oesterreichs ist nicht blos eine Sache der Arbeiterschaft, im Gegentheil, die Arbeiterschaft hängt vielfach von der gesammten politischen Entwicklung Oesterreichs ab. Es ist nicht wahr, daß die Feudalen unter der Führung des Schwarzenberg und die radikalen Tschechen — die es einmal waren und wieder werden können — (Gen. Krapka: Die nimmer!) — so werden Andere kommen, aber es wird mir Jeder zugeben, daß die Existenz einer radikalen bürgerlichen Partei unter den Tschechen für uns nicht gleichgiltig ist, daß sie für uns nicht dieselbe Bedeutung hat, wie die feudale Klique. Ich habe absichtlich ein Beispiel gewählt, welches wir vollkommen objektiv betrachten können, denn auf unserem deutschen Parteitag geht uns das nichts an. Wenn wir nun einer Partei gegenüberstehen, welche die alten Klerikalen, die eigentlichen Volksfeinde, wieder in's Leben gerufen und ihnen zu einer politischen Aktionsfähigkeit verholfen hat, einer Partei, welche die Klerikalen mit einer neuen politischen Taktik bereichert hat, welche eine solche Heuchelei und Demagogie an den Tag legt, um unter radikaler Flagge die Volksmassen direkt zum Werkzeuge der Reaktionäre zu machen, so müssen wir eine andere Taktik anwenden, als wenn wir einer Partei gegenüberstehen, welche allerdings — und da ist kein Ausdruck zu scharf — nichts Anderes sind als die politischen Vertreter der Ausbeuter und ihrer Werkzeuge, welche nichts Anderes sind, als die Nachfolger der alten Liberalen, nur mit neuen Phrasen aufgeputzt, die aber doch wenigstens in Bezug auf die politische Entwicklung des Landes und in dem Kampfe gegen die Klerikalen eine ganz andere Rolle spielen als die Christlich-Sozialen. Es nützt nichts, wir müssen solche Unterschiede machen, weil das Leben sie macht, wir können nicht Dinge, die verschieden sind, so behandeln als wenn sie gleich wären. Wenn wir aber diese Parteien und ihre Bedeutung verschieden einschätzen, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß wir gegen die Deutschradikalen nicht etwa einen Kampf zu führen hätten, aber man wird sich den Zeitpunkt und die Art dieses Kampfes gehörig aussuchen. (Zustimmung.) Wer die Verantwortung auf sich zu nehmen und wer die Taktik der Partei nach außen zu beeinflussen hat, der wird es sich wohl überlegen, einer Partei, die gegenüber einer verhaßten und gefährlichen Regierung im Kampfe steht, mag es aus welchen Gründen immer sein, in den Rücken zu fallen. Das werden Sie wohl zugeben. Wir werden es uns sehr überlegen, die Rolle zu spielen, die Lueger im Parlament gespielt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir werden mit den Deutschradikalen schon fertig werden, und es ist einfach nicht wahr, was da im Karlsbader Antrag gesagt wird, daß die Sozialdemokratie befürchten muß, daß sie von denen dort oben verdrängt wird. Es ist auch nicht wahr, daß es die Partei oder die „Arbeiter-Zeitung" jemals hat daran fehlen lassen, eine sehr scharfe Grenze zu ziehen, auch in jener Zeit nicht, wo wir gezwungen waren, Seite an Seite mit jenen Leuten zu kämpfen. Auch in der Zeit, wo unsere Abgeordneten und die deutschnationalen Abgeordneten zugleich aus dem Parlamente entfernt worden sind, ist es nicht verabsäumt worden, eine sehr deutlich sichtbare Grenze zu ziehen. Und noch mehr. Wir verfolgen den

Kampf dort oben, soweit dies von Wien aus möglich ist, mit der größten Aufmerksamkeit und ich möchte behaupten, daß es nicht leicht sein wird, uns ein Versehen in dieser Beziehung nachzuweisen. Aber das ist nicht möglich, und das können Sie von der „Arbeiter-Zeitung" und von der Parteivertretung nicht verlangen, daß sie den lokalen Kampf für Euch führen. Die „Arbeiter-Zeitung" ist naturgemäß neben dem, daß sie ein Zentralblatt ist, ein Lokalblatt für Wien. Es ist jedoch eine ganz falsche Auffassung, wenn uns zugemuthet wird, daß wir den Deutschradikalen gegenüber, wie dies zwischen den Zeilen zu lesen ist, konnivent und liebenswürdig waren. Das Gegentheil ist wahr. Ich möchte Sie auffordern, doch gefälligst die deutschradikale Presse zu lesen. Sie werden dort finden, daß diese Presse zwar vielfach journalistisch von der „Arbeiter-Zeitung" lebt, daß sie aber mit der größten Heftigkeit auf uns losgeht, und die Leute wissen sehr gut, w.rum. In dieser Beziehung haben wir die Möglichkeit, an einen Richter zu appelliren, der gewiß nicht nur das Verständniß, sondern auch das Feingefühl dafür besitzt. Ich appellire an unsere tschechischen Genossen und frage sie, ob sie finden, daß die „Arbeiter-Zeitung" — ich spreche hier nicht vom Blatt, sondern von der Haltung der Partei — es an der Bekämpfung der deutschradikalen Richtung hat fehlen lassen, soweit dies taktisch geboten und taktisch möglich war. Ich möchte aber den Genossen aus Karlsbad und Westböhmen Eines sagen: Haben Sie doch ein bischen Geduld. Gewiß, die radikale Phrase bildet einen starken Anziehungspunkt, und der Badeni hat es verstanden, durch raffinirte Mittel die politische Bedeutung des Abgeordneten Wolf ungemein hinaufzuschrauben und um ihn einen gewissen Märtyrerschein zu verbreiten, ja unsere Regierungen haben es verstanden — und nicht diese allein, sondern es gehört auch die Waschlappigkeit der anderen Deutschen dazu — den Herrn Wolf in diesem Momente wirklich als den Führer des deutschen Bürgerthums erscheinen zu lassen. Diese Thatsache können wir nicht leugnen und die radikale Vergangenheit des Herrn Wolf wie auch die Möglichkeit, heute eine stramme Opposition zu machen, bringen es mit sich, daß er Reden halten kann, die in der Negation einen sehr revolutionären Ton anschlagen, die es möglich machen, daß er das deutsche Volk zum Widerstande führt, als ob dieses deutsche Volk eine einheitliche Masse wäre. Ich begreife vollständig, daß ein so berühmter Mann, wie der Herr Wolf, auch in Westböhmen und auch bei den indifferenten Arbeitern gewisse Eroberungen zu machen in der Lage ist. Aber haben Sie Geduld, es kommt die Zeit, wo nicht vom deutschen Volk die Rede ist, sondern wo von *den deutschen Unternehmern und den deutschen Arbeitern* die Rede sein wird, es kommt die Zeit, wo die *Klassengegensätze* wieder schärfer zur Sprache kommen werden, als es heute der Fall ist. Dann werden wir sehen, wohin der Herr Wolf mit seinen Versuchen, deutschnationale Arbeitervereine zu organisiren, gekommen sein wird. Es läßt sich derzeit dieser wirthschaftliche Kampf zwischen dem deutschnationalen Unternehmer und den Arbeitern durch die Regimentsmusik des nationalen Kampfes übertönen, aber heute schon behaupte ich, daß es mit den deutschnationalen Phrasen und mit dem allgemeinen radikalen Programm der Herren Wolf und Schönerer nicht möglich ist, solche Gruppen von Arbeitern, die zum Klassenbewußtsein erwacht sind, an sich zu ziehen. Wir haben keine Ursache, unsere Taktik zu ändern, wir müßten diese Anträge als einen direkten Tadel gegenüber unserer bisherigen Haltung ansehen und wir müßten die Annahme dieser Anträge als einen Auftrag betrachten, in der Zukunft anders vorzugehen, als wir bisher vorgegangen sind. Wir meinen aber, daß wir allen bürgerlichen Parteien gegenüber zu jeder Zeit in derselben Weise vorgehen müssen, wie wir bisher vorgegangen sind, d. h., ihnen gegenübertreten, wo sie das Interesse der Arbeiterschaft direkt berühren, sie aber gewähren lassen, wo sie gegen den Feind der Arbeiterschaft in Folge der augenblicklichen Konstellation der Politik losgehen. Wir können nicht eine Richtschnur für Jahre hinaus finden.

Ich bin überzeugt, der Masse der Proletarier in Oesterreich hätte es nicht entsprochen, wenn wir in dem Moment, wo die Badeni'sche Hetze gegen die Deutschnationalen losgegangen ist, angefangen hätten, Auseinandersetzungen über die Klassengegensätze zu machen und sie so zu behandeln, wie wir den Lueger behandeln mussen, der der eigentliche Verräther ist, der das Kleinbürgerthum

ausnützt und mißbraucht, der es den Klerikalen zu Füßen legt, die wieder nur das Werkzeug des feudalen Adels sind, jener Leute, die Oesterreich zu seinem Unglück heute noch beherrschen. (Zustimmung.) Ich bin also überzeugt, daß die Parteigenossen der Meinung sind, daß die Hauptrichtung unserer Politik und Taktik richtig war, daß sie dem Parteiinteresse entsprochen hat. Dieses Zeugniß werden Sie mir geben, und ich beantrage somit, daß der Parteitag über die Anträge 6a und 6c zur Tagesordnung übergehe und erklärt, daß die bisherige Taktik des parlamentarischen Verbandes und der Parteivertretung und ihres Organes die richtige gewesen ist.

Ich bin am Schlusse und danke Ihnen dafür, daß Sie mich länger reden ließen, als die Geschäftsordnung zu reden erlaubt. Ich bin aber überzeugt, daß ich noch eine Menge Punkte nicht berührt habe, von denen Sie erwartet und ich mir vorgenommen habe, sie zu besprechen.

Ich möchte nur noch Folgendes bemerken. Gewiß hat das heiße Kampfgewühl, das wir unter Badeni hatten, aufgehört. Wir stehen Verhältnissen gegenüber, wo wir nicht unmittelbar dreinschlagen können. Aber, Genossen, trauen Sie dem Landfrieden nicht! Ich möchte Sie weit weniger vor dem warnen, was Graf Thun will, denn ich glaube, er weiß nicht, was er will. Ich möchte sie aber darauf aufmerksam machen, daß dieser Graf Thun, weil er nicht weiß, was er will, in Lagen kommen kann, die gerade so zur Verwirrung führen, wie das bei Badeni der Fall gewesen ist, der sich auch nicht vorgenommen hatte, die Opposition mit Polizisten aus dem Parlamente führen zu lassen. Wenn ich dieses Mißtrauen ausspreche, so thue ich es, weil ich heute gelesen habe, daß man damit angefangen hat, in Graz den Gemeinderath aufzulösen. Das ist eine Sache, die möglicherweise glatt verläuft, möglicherweise aber zu politischen Konsequenzen führt, die ebenso einschneidend sind, wie die des Geheimerlasses und des Verbotes des Volkstages von Eger. Wir sind auf alles gefaßt. Wir bleiben ruhig, wir bauen unsere Organisation aus, damit haben wir genug zu thun. Von uns gilt das Bibelwort, welches sagt: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher." Wird es wieder heiß, dann werden wir wieder unseren Mann stellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Genosse Popp: Genosse Dr. Adler hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Parteitag billigt die politische Haltung und die Taktik, die der Verband, die Parteivertretung und das Zentralorgan in der Berichtsperiode gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien eingehalten hat und geht über die Anträge 6a und 6c zur Tagesordnung über.

Der Antrag 5 wird der Fraktion, der Antrag 6b der Parteivertretung zur Erledigung zugewiesen."

Nach der Verlesung des Referentenantrages gibt der Vorsitzende bekannt, daß an den Ausgängen die Ordner Spenden für die Strikenden in Innsbruck in Empfang nehmen werden. Hierauf wird die Verhandlung um 1 Uhr 5 Min. abgebrochen.

Nachmittagssitzung. (Beginn der Sitzung 3 Uhr.)

Vorsitzender Gen. Popp: Es ist folgender Antrag eingelangt:

„Der heute tagende Parteitag spricht dem jeder Kultur und Zivilisation hohnsprechenden Vorgehen der ungarischen Regierung gegen die Sozialdemokratie seine Entrüstung und Verachtung aus. Gleichzeitig spricht der Parteitag den ungarischen Genossen in ihrem schweren Kampfe seine volle Sympathie aus und verspricht, dieselben nach Kräften zu unterstützen." Müller, Schatzmayr, Muhitsch, Grablowitsch.

Dieser Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Zur Tagesordnung Punkt b

Parlamentarische Thätigkeit

erhält das Wort als Referent des sozialdemokratischen Verbandes

Reichsraths-Abgeordneter Gen. Rieger: Da Gen. Dr. Adler die politische Haltung des Verbandes bereits zur Genüge beleuchtet hat, erübrigt mir nur, mich auf die trockenen geschäftsmäßigen Daten zu beschränken. Am Beginne

der XIII. Session des Reichsrathes fanden wir dieselbe Situation vor, wie am Ende der XII. Session, denselben nationalen Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen, der von Badeni durch Herausgabe des Geheimerlasses, durch das Verbot des Volkstages von Eger u. s. w. nur noch verschärft wurde. Als am 23. September v. J. das Parlament wieder zusammentrat, da standen die nationalen Gegensätze des Bürgerthums einander schärfer als je gegenüber. Die Tendenz dieses nationalen Kampfes ist nicht die, wirkliche kulturelle Interessen, Interessen der Zivilisation zu verfechten, sondern die Frage, ob die tschechische oder die deutsche Bourgeoisie die Vorherrschaft in Oesterreich innehaben soll. Es ist bekannt, welche Stellung wir gegenüber jeder Vorherrschaft, mag sie in nationaler, mag sie in politischer Beziehung verlangt werden, einnehmen. Es ist bekannt, daß wir prinzipielle Gegner jeder Herrschaft sind, mit Ausnahme der Herrschaft des Volkes, und aus dieser prinzipiellen Stellung ergibt sich auch die Stellung, welche der Verband in dem nationalen Kampfe zwischen dem deutschen und tschechischen Bürgerthum einnehmen mußte. Wir hatten leider nicht Gelegenheit, uns an der Debatte über die Sprachenverordnungen im Herbste des vorigen Jahres mit einer längeren Rede zu betheiligen, da uns das Wort abgeschnitten wurde. Wir mußten uns daher auf eine kurze Erklärung beschränken, aus welcher Sie ersehen können, daß der sozialdemokratische Verband seinen Verpflichtungen dieser Streitfrage gegenüber, soweit dies durch Abgabe einer Erklärung möglich war, vollkommen nachgekommen ist. In dieser Erklärung, welche am 12. November v. J. von Genossen Hybes abgegeben wurde, heißt es (liest): „Meine Herren! Ich habe einige thatsächliche Berichtigungen vorzubringen, deren erste sich dagegen wendet, daß in dieser Debatte Redner von beiden Seiten des Hauses im Namen des deutschen und tschechischen Volkes gesprochen haben, während uns Sozialdemokraten, die eine größere Zahl von Wählern vertreten als jede andere Partei hier im Hause, das Wort regelmäßig abgeschnitten wird. Ich berichtige deshalb thatsächlich, daß die Mehrheit des arbeitenden Volkes, sowohl des tschechischen wie des deutschen, in deren Namen hier gesprochen wurde, keineswegs auf dem chauvinistischen Standpunkte dieser deutschen und tschechischen Abgeordneten steht, sondern im Gegentheile nichts sehnlicher wünscht, als daß der nationale Hader, in den die besitzenden Klassen gerne die Arbeiter hetzen möchten, dem nationalen Frieden platzmache, einem Frieden, der auf Grundlage der vollen Gleichberechtigung Aller beruhen soll.“ Dieser Wortlaut der Erklärung war schon deshalb nothwendig, weil die Deutschfortschrittlichen und Deutschnationalen genau so wie die bürgerlichen Vertreter der tschechischen Nation regelmäßig im Namen des gesammten deutschen und des gesammten tschechischen Volkes sprechen. Gegenüber der Thatsache, daß die Wahlen in der fünften Kurie in Böhmen nicht im Sinne Schönerer's, sondern gerade im Sinne unserer Partei ausgefallen sind, ist es blutiger Hohn, wenn Wolf und Schönerer im Namen des gesammten deutschen Volkes von Böhmen sprechen. Gen. Hybes sagte weiter (liest): „Ich berichtige weiter: Es ist auch von Rednern der linken Seite des Hauses von der Vorherrschaft des deutschen Volkes in Oesterreich gesprochen worden. Wir, ob Deutsche, Tschechen, Polen oder Ruthenen protestiren, wie gegen jedes wirthschaftliche, so auch gegen jedes nationale Privilegium. Für uns gibt es nur gleichberechtigte Nationen, wir kennen keine herrschenden und keine beherrschten Völker in Oesterreich. (Beifall.) Die arbeitende Bevölkerung aller Nationen verlangt und hat das Recht zu verlangen, daß behördliche Organe zu ihrer Verfügung stehen, die ihre Sprache verstehen, weil nur so ihre Interessen in Amt, Gericht und Schule gewahrt werden können. Gerade deshalb aber erklären wir uns gegen diese Sprachenverordnungen, die den praktischen Bedürfnissen nicht entsprechen, wenn auch ein Theil ihrer Bestimmungen ungerechte Benachtheiligungen des tschechischen Volkes aufhebt. Die nationale Gleichberechtigung darf kein Geschenk der wechselnden Gnade irgend einer Regierung zu ihren eigennützigen Zwecken sein, sondern muß auf dem Rechte der Völker beruhen, wenn der wahre Frieden erreicht werden soll. Ich berichtige weiter thatsächlich, daß die Sprachenverordnungen auch dem Interesse des tschechischen Volkes, von einem höheren Standpunkte betrachtet, nicht entsprechen, und der sozialdemokratische Verband erklärt, daß er gegen Uebergang zur Tagesordnung stimmen wird, weil die Sprachenverordnungen sowohl gesetzwidrig sind, als auch mit dazu beigetragen

haben, jene traurige Lage zu schaffen, unter der alle Völker Oesterreichs heute leiden."

Nachdem aber die Sprachenfrage in Oesterreich einmal aufgerollt war, jene Frage, die durch einige Jahre geschlafen hat, nachdem diese Frage durch das tölpelhafte Eingreifen Badeni's wieder aktuell wurde, konnte der sozialdemokratische Verband keine Vogelstraußpolitik spielen, sondern mußte auch hier durch einen weiteren Antrag in die Debatte eingreifen. Es wurde in der ersten Sitzung der XIII. Session jener Antrag, der bereits in der XII. Session gestellt wurde und der dahin geht, es sei ein Sprachenausschuß zu wählen, der ein Sprachengesetz auszuarbeiten habe, das auf der vollen Gleichberechtigung aller Völker beruhe, wieder erneuert. Aber, werthe Genossen, ich gestehe Ihnen aufrichtig, daß, obwohl dieser Antrag bereits zur Diskussion stand und seitens des Gen. Zeller begründet wurde, obwohl es vielleicht möglich ist, daß ein solcher Sprachenausschuß, der auch von anderer, und zwar von radikaler Seite beantragt wurde, zu Stande kommt, ich nicht genug Optimist bin, um an die Arbeiten dieses Sprachenausschusses irgendwelche Hoffnungen zu knüpfen. Es steht heute vielmehr fest, daß die Arbeiten dieses Ausschusses, wenn sie überhaupt beginnen, mit einem eklatanten Mißerfolge enden werden, und zwar deshalb, weil es weder der deutschen, noch der tschechischen Bourgeoisie ernst damit ist, die nationalen Wirren zu beenden. Sowohl das deutsche, wie das tschechische Bürgerthum lebt ja von der nationalen Hetze. Wenn der Sprachenausschuß mit einem Mißerfolg endet und das Parlament auch in der Zukunft arbeitsunfähig bleibt, so ist das nur die Folge davon, daß in diesem Parlamente Schichten und Parteien einen Einfluß besitzen, der mit ihrer Bedeutung außerhalb des Parlaments im allerstärksten Widerspruche steht. Wenn wir auch als Sozialdemokraten und freisinnige Politiker Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes wären — die Wirren, die sich in Oesterreich entwickelten, unter denen wir leiden und die das Parlament lahmlegen, mußten uns zu der Erkenntniß bringen, daß das allgemeine Wahlrecht zu einer dringenden und zwingenden politischen Nothwendigkeit geworden ist. In der XIII. Session wurde der Antrag, den wir selbstverständlich immer stellen müssen und immer stellen werden, so lange diese Forderung nicht erfüllt ist, der Antrag auf Wahl eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wieder erneuert.

Eine Folge des nationalen Konfliktes ist die Obstruktion des deutschen Bürgerthums. Wir haben nicht wegen der Sprachenverordnungen obstruktionirt, sondern wegen der zahlreichen anderen Verbrechen, die seitens des Ministeriums Badeni systematisch verübt wurden. Das nächste Ziel dieser Obstruktion des deutschen Bürgerthums war der Sturz des Grafen Badeni. Das deutsche Bürgerthum glaubte — und da hat es sich allerdings gründlich geirrt — daß durch den Sturz des Ministeriums Badeni auch die Sprachenverordnungen werden begraben werden. Badeni wurde gegangen. Die Sprachenverordnungen aber sind — allerdings in modifizirter Form — geblieben. Auch wir hatten alle Ursache, zum Sturze dieses gefährlichsten galizischen Verbrechers, den wir bisher an der Spitze österreichischer Regierungen gesehen haben, kräftigst beizutragen. Wochenlang haben wir als stumme Zuschauer der deutschbürgerlichen Obstruktion zugesehen. Die Situation änderte sich aber sofort, als das Ministerium Badeni gemeinsam mit der Majorität das Ausgleichsprovisorium mit Ungarn mit Gewalt durchpeitschen und die Opposition und Obstruktion mit den ärgsten Verbrechen und Gewaltthaten knebeln wollte. In diesem Augenblicke war von der Sprachenfrage im Parlament nicht mehr die Rede. In dem Momente, als es sich darum handelte, die ärgsten Vergewaltigungen, die dem Parlamente bevorstanden, zurückzuweisen, trat der Verband aus jener, wie viele Genossen meinen — reservirten Haltung heraus, und es kam zu jenen Szenen, die sich am 25., 26. und 27. November im Parlament abgespielt haben. Wenn der Verband am 26. November das Präsidium nicht gestürmt und durch diesen Sturm auf das Präsidium nicht eine Entscheidung herbeigeführt hätte, so hätte Graf Badeni die Schlacht — ich will nicht gerade sagen für immer — gewonnen, aber ganz bestimmt wäre er am 28. November noch nicht gestürzt gewesen. Die bürgerlichen Parteien haben sich in der That hinter feierliche Proteste verschanzt, und es ist charakteristisch für

die Konrage und den Muth dieser parlamentarischen Gruppen, wenn ich Ihnen anführe, was ein bürgerlicher Abgeordneter — allerdings im Privatgespräche — zu mir und einigen Genossen des Verbandes geäußert hat. Er meinte: „Ja, wir hätten auch stürmen wollen, aber Sie bedenken nicht, was wir zu verlieren haben.“ Er wollte damit sagen: Ihr seid Arbeiter, seid arme Teufel; Ihr könnt, wenn Ihr eingesperrt werdet, durchaus nicht viel verlieren; aber bei uns — der Betreffende war ein Professor — stehen ganz andere Stellungen in Frage. Die bürgerlichen Parteien wollten also, obwohl sie monatelang einen zähen Kampf gegen Badeni geführt hatten, weil sie Angst hatten, daß sie sehr viel verlieren könnten, im entscheidenden Augenblick den Rückzug antreten.

Der Verband trat nun in Aktion. Das Präsidium wurde verjagt, und nicht blos das Präsidium, sondern auch das Ministerium Badeni fiel. Dieser Sturm der Sozialdemokraten auf das Präsidium des Abgeordnetenhauses war wohl einer der denkwürdigsten Momente. Ich kann Ihnen das Gefühl nicht beschreiben, welches mich und uns Alle erfaßt hat, welche damals dieses Schauspiel mit ansehen mußten, als auf der rechten Seite des Saales sich die Thüren öffneten und die Sicherheitswache in den Saal der Volksvertretung einmarschirte. Ich war mir sofort klar darüber, daß der Polizeikommissär der Teufel sei, der das Ministerium Badeni holen wird. (Lebhafte Heiterkeit!) Und in der That, die Polizei hat nicht nur uns hinausgeworfen, sondern indirekt auch das Ministerium Badeni; und wenn es in der nachfolgenden Situation einen Unterschied gibt, so ist es der, daß wir in das Parlament zurückkehrten, das Ministerium Badeni aber nicht mehr. Alle diese Dinge beweisen, daß Badeni's Sturz fast ein ausschließlicher Erfolg der Sozialdemokraten war. Unsere bürgerlichen Politiker und Zeitungsschreiber haben freilich auch in diesem Punkte versucht, grobe Geschichtsfälschung zu treiben, und den kolossalen Erfolg, den die Sozialdemokraten in den Novembertagen vorigen Jahres innerhalb und außerhalb des Parlaments errungen haben, in einen Erfolg der bürgerlichen Politiker umzulügen. Die Deutschnationalen und Deutschfortschrittlichen haben in ihren Kundgebungen so gesprochen, als ob es im Parlamente eigentlich gar keine Sozialdemokraten gegeben hätte, als ob nicht die Sozialdemokraten den Abrahamowicz und Kramarich von der Tribüne vertrieben und den Badeni gestürzt hätten.

Noch ein charakteristisches Symptom der XIII. Session muß ich berichten, dahingehend, daß der Verband den Antrag stellen mußte, daß der berüchtigte „§ 14“ aufgehoben werde. Er stand damals noch nicht in jener Blüthe der Bethätigung wie heute — er wurde blos angekündigt, und zwar in der offiziösen „Reichswehr“, wie auch im Budgetausschusse. Als Antwort stellte der Verband in der 25. Sitzung der XIII Session den Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung dieses § 14. Auch dieser Antrag ist in der XIII. Session nicht mehr zur Verhandlung gelangt; denn wenige Tage später kamen jene furchtbaren Stürme, welche die Vertagung und schließlich den Schluß der Session gebracht haben.

Wir haben in der XIII. Session aber noch einige andere Anträge gestellt, Anträge politischer und sozialpolitischer Natur und — nachdem es auch Hochwasser gegeben hat, der liebe Herrgott ist dem Herrn Grafen Badeni während des Sommers zu Hilfe gekommen, hatten wir eine 14tägige Nothstandsdebatte — auch einige Dringlichkeitsanträge in Nothstandsangelegenheiten.

Von den Dringlichkeitsanträgen politischer Natur in der XIII. Session führe ich Ihnen folgende an: Es wurde am 6. Oktober ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, welcher die Durchführung einer Preßreform forderte. Ihnen den Inhalt dieses Antrages mitzutheilen, halte ich für überflüssig, da ich voraussetze, daß Sie diesen Antrag Alle kennen werden. Er verlangt die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels und geht nicht einmal so weit — das mag vielleicht als Schwäche ausgelegt werden — die Aufhebung des Kolportageverbotes zu fordern, er will blos einige wesentliche Erleichterungen. Wir wollten dem Parlamente nicht gar zu kräftige Kost vorsetzen und wollten ihm, respektive der Regierung, nicht die Ausrede geben, daß die geforderte Reform gar zu radikal sei. Wir haben in der zweiten Sitzung vom 24. September auch einen Dringlichkeitsantrag gestellt, worin die Regierung aufgefordert wird, ihre Entlassung einzureichen. Dieser Antrag ist so originell, daß er wohl noch in keinem Parlamente der Welt gestellt wurde,

und wurde mit den Verbrechen begründet, die das Ministerium Badeni bereits im Herbst, also vor den Novembertagen, begangen hatte. Alle diese Anträge sind in der Herbstsession nicht zur Verhandlung gekommen. Am 24. März stellten wir einen Dringlichkeitsantrag, welcher die Regierung auffordert, an eine Reform der Bruderladen zu schreiten. Damit sind wir einem von den Bergarbeitern lebhaft empfundenen Wunsche nachgekommen. In diesem Antrage wird auch angegeben, wie wir uns die Sanirung der verrotteten Bruderladenverhältnisse vorstellen.

Im Sommer vorigen Jahres war es bekanntlich sehr gefährlich, mit der Eisenbahn zu fahren. Es ereigneten sich eine Menge von Eisenbahnunglücksfällen, die wieder nur auf die Ausbeutung des Eisenbahnerproletariats zurückzuführen sind. Es wurde daher von uns am 24. September ein Antrag eingebracht, dahin gehend, es sei ein Ausschuß zur Ermittlung der Ursachen der Eisenbahnunfälle zu wählen. Von unseren Dringlichkeitsanträgen, den Nothstand betreffend, gelangte einer, und zwar der am 30. September eingebrachte, zur Verhandlung, und wurde derselbe von den Genossen Hannich, Kiesewetter und Schrammel begründet. Er betrifft die Gewährung einer Staatshilfe für die durch das Hochwasser Beschädigten. Am 6. Oktober v. J. stellten wir einen Antrag, welcher dahin geht, daß die Vertheilung der staatlichen Unterstützungsgelder geregelt werden sollte. Dadurch sollte der Mißbrauch, der in diesen Dingen regelmäßig getrieben wird, den ich selbst häufig zu beobachten Gelegenheit hatte, und über den sich die armen Kleingewerbetreibenden und Bauern, die vom Hochwasser geschädigt wurden, bitter beschwerten, abgeschafft werden. Diese Anträge wurden in den Ausschüssen begraben. In der Herbstsession haben wir aber noch eine ganze Reihe sehr wichtiger sozialpolitischer Anträge eingebracht. Dies beweist, daß, obwohl im Hause wegen der nothwendigen Obstruktion nichts gearbeitet werden konnte, im Verbande doch sehr rege berathen und gearbeitet worden ist. Ich erinnere Sie daran, daß wir am 24. September einen Gesetzentwurf eingebracht haben, welcher den Schutz für die Handlungsgehilfen betrifft, einen umfangreichen Gesetzentwurf, in welchem die Regelung der Kündigung, der Arbeitszeit u. s. w. beantragt wird. Wir haben weiter in derselben Sitzung einen Gesetzentwurf zum Schutze der Bergarbeiter eingebracht. Darin wird gefordert, daß für die Bergarbeiter der Achtstundentag eingeführt werde. In der Sitzung vom 24. September brachten wir weiters einen Antrag, betreffend die Einführung der Berginspektion, ein. Sie wissen aber, daß die Anträge, deren Titel ich hier aufzähle, nicht Anträge in dem Sinne sind, wie sie zu Dutzenden von den Christlich-Sozialen und anderen Parteien gestellt werden, die die Regierung einfach auffordern, sie möge Dieses und Jenes thun, obwohl diese Parteien wissen, daß die Regierung sich hüten wird, das zu machen, sondern daß diese Anträge wohlausgearbeitete Gesetzentwürfe vorstellen. Wir sind mit den Vertrauensmännern der verschiedenen interessirten Fachgruppen in Verbindung getreten und haben mit deren Hilfe diese Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Am 14. Oktober wurde ein Gesetzentwurf, betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Tramwayunternehmungen eingebracht.

Aus dem Angeführten werden Sie ersehen, daß der Verband in der kurzen Zeit seines Bestandes sehr fleißig gewesen ist. Wenn Sie die Zahl der Gesetzentwürfe, die der sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause eingebracht hat, mit der Zahl jener Gesetzentwürfe vergleichen, welche die sozialistischen Gruppen in anderen Parlamenten, z. B. im deutschen Reichstage, eingebracht haben, so werden Sie ersehen, daß wir in dieser Richtung einen Vergleich nicht zu scheuen haben.

Ich komme nun zu den Aktionen, die wir in der XIV. Session, die vor wenigen Wochen ihren Anfang genommen hat, unternommen haben. Die ersten Aktionen des sozialdemokratischen Verbandes in dieser Session gingen dahin, für die ungeheuerlichen Vergewaltigungen und Verbrechen, die das Ministerium Badeni sich in den Novembertagen hat zuschulden kommen lassen, Genugthuung zu fordern. Ich führe hier an, daß wir gleich in der ersten Sitzung einen Antrag einbrachten, den Grafen Badeni in den Anklagezustand zu versetzen. Der Antrag kam auch zur Verhandlung und die Opposition hatte bekanntlich einen überraschenden

Erfolg. Es wurde ein Anklageausschuß gewählt; allerdings darf noch lange nicht befürchtet werden, daß auf Grund des Zustandekommens dieses Anklageausschusses Graf Badeni aufgehängt werden wird. Wir haben einen weiteren Dringlichkeitsantrag in Sachen der Novemberereignisse gestellt, dahin gehend, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die nicht blos die Schuld der auf der Ministerbank befindlichen Personen eruiren soll, sondern auch die aller ihrer Werkzeuge, denn nicht allein Graf Badeni hat die Verfassung vergewaltigt, nicht er allein hat ein schweres Verbrechen begangen, sondern jeder Polizeimann, der in die Volksvertretung eindrang, hat an diesem Verbrechen theilgenommen. Dieser Antrag ist allerdings noch nicht zur Verhandlung gelangt. Den Antrag, betreffend die Einsetzung eines Sprachenausschusses, gestalteten wir zu einem Dringlichkeitsantrage um. Er gelangte auch bereits zur Verhandlung und wurde durch den Genossen Zeller am 3. Mai begründet. Unsere weiteren Dringlichkeitsanträge charakterisiren so recht, wie frech unsere österreichischen Staatsanwälte mit der Zeit werden. Es ist dies der Dringlichkeitsantrag vom 29. März, betreffend die Konfiskation einer Interpellation im Brünner „Volksfreund", und weiter der Dringlichkeitsantrag vom 1. April, ebenfalls wegen der Konfiskation dieser Interpellation und wegen der Verurtheilung eines Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung". Diese Anträge sind am 1. April zur Verhandlung gelangt und wurden durch den Genossen Dr. Verkauf begründet. Der zweite Antrag wurde allerdings zu Gunsten eines von deutschnationaler Seite gestellten Antrages in derselben Sache zurückgezogen. Wir haben damals auch einen Erfolg erzielt. Die dringliche Behandlung wurde angenommen und bei der Abstimmung über den Antrag selbst war es blos ein Abgeordneter, der den Muth hatte, dagegen zu stimmen und zwar der Abgeordnete Falkenhayn. Am 21. März haben wir den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Preßreform, erneuert und ebenso den Dringlichkeitsantrag, betreffend die Aufhebung des § 14. Daß wir die Dringlichkeitsanträge sozialpolitischer Natur, die wir in der XIII. Session gestellt hatten, in der XIV. Session wieder einbrachten, versteht sich von selbst. Es kam aber noch ein Dringlichkeitsantrag dazu, der, eingebracht am 31. März, die Aenderung des Dienstverhältnisses der k. k. Amtsdienergehilfen und die Gehaltsaufbesserung der k. k. Amtsdiener bei den Bezirksbehörden betrifft. Am 2. April wurde ein Antrag gestellt, dahin gehend, daß für die Angestellten im Handelsgewerbe, in Komptoirs, Niederlagen und Fabriksunternehmungen endlich einmal die volle Sonntagsruhe durchgeführt werde, und am 5. Mai haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der so viel Staub aufgewirbelt hat, und mit dem sich die gesammten bürgerlichen Parteien, besonders aber die antisemitischen Parteien, beschäftigt haben, den Antrag, betreffend die Aufhebung der Getreidezölle. Dieser Antrag kam nicht unmittelbar zur Verhandlung, weil es bekanntlich dem Abgeordneten Schönerer gefallen hat, dagegen zu protestiren, daß er sofort in Verhandlung gezogen werde. Am 6. Mai gelangte Genosse Dr. Verkauf dennoch dazu, diesen Antrag zu begründen. Das Schicksal aller dieser Anträge, soweit sie zur Verhandlung gelangt sind, ist Ihnen bekannt. Am 6. Mai haben sich die Großgrundbesitzer, die Vertreter des Kleinbürgerthums und die Vertreter der städtischen und agrarischen Interessen zusammengefunden, um angeblich zur Rettung des kleinen Bauers gegen diesen Antrag Stellung zu nehmen.

Ich komme nun auf die Anträge sozialpolitischer Natur, die wir in der XIV. Session eingebracht haben. Auch hier haben wir eine stattliche Reihe. Es sind vor allem die Gesetzentwürfe, die wir in der XIII. Session eingebracht haben. In der XIV. Session kam aber ein sehr wichtiger Gesetzentwurf in der Gestalt eines Schutzgesetzes für Eisenbahner dazu. Am 26. April wurde ein Antrag, betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung, gestellt. Durch diesen Antrag kommen wir dem Verlangen der Genossen hoffentlich vollständig nach. Ein Gesetzentwurf wurde in dieser Richtung nicht ausgearbeitet, dazu fehlt uns jenes Material, welches sich eben nur die Regierung verschaffen kann. In diesem Antrage wird der Ausbau der Arbeiterversicherung in dem Sinne und nach jenen Grundsätzen gefordert, die bisher auf den Krankenkassentagen und ähnlichen Kongressen aufgestellt und erörtert wurden. Einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe erwähne ich blos deshalb, weil es viele Genossen gibt, welche meinen, es möge dieser Antrag so

lange nicht beschlossen werden, als Graf Badeni lebt. (Heiterkeit.) Auf zwei sehr wichtige Anträge hätte ich in der Masse von Anträgen beinahe vergessen, auf die sogenannten Inkompatibilitätsgesetzentwürfe. Diese wurden bereits in der XIII. Session eingebracht und sind in der XIV. Session erneuert worden.

Wenn es dennoch Leute gibt, werthe Genossen, die, um uns zu verleumden, behaupten, die Sozialdemokratie wolle nur zerstören, sie wolle aber nicht aufbauen, so wird diese Phrase durch die Anträge und Gesetzentwürfe des sozialdemokratischen Verbandes auf das Glänzendste widerlegt. Wir haben in der XIII. und XIV. Session auch eine Menge von Interpellationen eingebracht. Wir werden in dieser Richtung von den Genossen ziemlich reichlich in Anspruch genommen. So wurden zum Beispiel in der XIV. Session, die ja nur wenige Wochen dauert, von unserer Seite nicht weniger als 50 Interpellationen überreicht. Davon betreffen 14 die Konfiskationen von Parteiblättern, 7 die Vergewaltigung des Vereins- und Versammlungsrechtes, 2 das Krankenkassenwesen, 2 Bergarbeiterangelegenheiten, 2 Sachen der Gewerbe-Inspektion und Gewerbegerichte, 3 eigene Angelegenheiten, 3 Schulangelegenheiten und 17 verschiedene Gegenstände. Von diesen 50 Interpellationen wurden blos 11 beantwortet. Da muß ich aber bemerken, daß sich in Bezug auf die Beantwortung der Interpellationen die Verhältnisse gegen früher bedeutend gebessert haben. Früher wurden die Interpellationen bekanntlich gar nicht beantwortet. Das Ministerium Thun will zeigen, daß es viel anständiger sei als seine Vorgänger, daß es das Parlament respektiren will. Charakteristisch ist, daß von den 14 Interpellationen, die wir in Sachen der Konfiskationen eingebracht haben, nicht eine einzige beantwortet wurde. In der XIII. Session wurden 76 Interpellationen eingebracht, davon 29 in Sachen der Konfiskation von Parteiblättern, 14 in Betreff des Vereins- und Versammlungsrechtes, 2 wegen Soldatenmißhandlungen, 4 in Krankenkassenangelegenheiten, 3 in Schulangelegenheiten, 2 in eigenen Sachen, 1 betreffend die Gewerbe-Inspektion und 18 verschiedene Gegenstände. Von diesen wurde nicht eine beantwortet. Unsere Staatsanwälte haben es auf die Sozialdemokratie nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Parlaments sehr scharf: Es wurden in der XIII. Session 6 Auslieferungsbegehren gestellt, welche die Genossen Eingr, Dr. Verkauf, Resel, Daszynski, Schrammel und Vratny betrafen; in der XIV. Session wurden 3 gestellt, betreffend die Genossen Daszynski, Kozakiewicz und Dr. Verkauf. Diesen Auslieferungsbegehren wurde nur in einem Falle stattgegeben, da Genosse Eingr selbst verlangt hatte, es möge seine Auslieferung beschlossen werden. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich Sie an die grobe Verletzung der Immunität, die in den letzten Tagen, angeblich aus Versehen, ein schlesisches Bezirksgericht begangen hat.

Ich habe Ihnen nun noch mitzutheilen, inwieweit sich der sozialdemokratische Verband an den Verhandlungen des Parlaments betheiligt hat. In Nothstandsangelegenheiten wurden 6 längere Reden gehalten, und zwar von den Genossen Hannich, Kiesewetter, Schrammel, Daszynski und Resel. In der Debatte über die Ministeranklage wegen des Geheimerlasses hat Gen. Kozakiewicz gesprochen. Ferner wurde wiederholt in Form von längeren thatsächlichen Berichtigungen in die Debatten eingegriffen. In der XIV. Session wurden 5 längere Reden gehalten. Ich erwähne hier nur die Aufsehen erregende Rede des Gen. Daszynski in der Debatte über die Erklärung des Grafen Thun.

Das ist der Geschäftsbericht über die XIII. und XIV. Session, soweit dieselbe verlaufen ist. Wenn ich nicht die Zeit für zu kostbar halten würde, möchte ich Ihnen Einiges aus den Interpellationen vorlesen, woraus ersichtlich ist, in welchem sogenannten Kulturstaate wir eigentlich leben. Ich erwähne da nur die Interpellation in Sachen der schreienden Gewaltthaten, die gegen unsere galizischen Genossen im Winter d. J. in Przemysl geübt wurden, ich erinnere an die Interpellation, welche die Lehrermaßregelungen betrifft u. s. w. Das würde aber zu viel Zeit in Anspruch nehmen.

Gestatten Sie mir zum Schlusse nur noch einige ganz kurze Bemerkungen über die momentane Situation im Parlamente. Diese Situation wird am besten dadurch charakterisirt, daß am 1. Juni, an welchem Tage das Parlament wieder zusammentritt, die Debatte über die Sprachenfrage fortgesetzt wird. Es sollen

hiezu noch 66 Redner vorgemerkt sein. Wir werden also in der nächsten Zeit gar nicht einmal dazu kommen, gegen jenen berüchtigten Regierungsabsolutismus, der sich in der Aera und nach dem Sturze des Grafen Badeni durch die Anwendung des § 14 geltend machte, im Parlamente Stellung zu nehmen. Es wird in der nächsten Zeit blos über die Sprachenfrage diskutirt werden. Das deutsche Bürgerthum nimmt die Verordnungen und Verfügungen, die auf Grund des § 14 erlassen werden, ganz ruhig und geduldig hin; es regt sich nicht besonders darüber auf, daß wir schon mitten im Absolutismus stehen. Wie das tschechische Bürgerthum über den § 14 denkt, hat ja vor einigen Tagen Herr Dr. Stransky in Pest ausgesprochen, der vom „patriotischen Absolutismus" sprach, der ihm „an's Herz gewachsen" sei. Das Bürgerthum, sowohl das deutsche wie das tschechische, läßt sich also den Absolutismus mit dem § 14 ganz ruhig gefallen. Eine andere Frage ist aber die, ob auch die Arbeiterschaft, die sozialdemokratische Partei, dieser Wirthschaft noch länger ruhig zuschauen soll. Es wird nothwendig sein, daß wir uns endlich aufraffen, um gegen den Absolutismus auf's Allerschärfste Stellung zu nehmen. Es wird das schon deshalb nothwendig sein, weil gar keine Aussicht besteht, daß wir in der nächsten Zeit zu einem sogenannten arbeitsfähigen Parlament kommen, denn selbst wenn nach dem Wunsche der Deutschradikalen und Deutschfortschrittlichen die Sprachenverordnungen aufgehoben würden, wäre damit noch lange kein arbeitsfähiges Parlament geschaffen. Wie die Obstruktion von den deutschen Chauvinisten betrieben wurde, kann sie auch von den tschechischen Chauvinisten betrieben werden.

Die Folge dieses Zustandes wird sein, daß, da das Budgetprovisorium Ende dieses Monats abläuft, und die Regierung den § 14 nur in Bewegung setzen kann, wenn der Reichsrath nicht tagt, das Parlament vor Ende dieses Monates vertagt werden wird, damit der § 14 seine Thätigkeit wieder beginne. Für uns Sozialdemokraten sind die Dinge ziemlich klar: das ganze parlamentarische System, wie wir es gegenwärtig haben, wird und soll an seinen furchtbaren Gebrechen, an seinen furchtbaren Mängeln zu Grunde gehen. Durch viele Jahre hat man es versucht, das Parlament als eine Privatangelegenheit der besitzenden Klassen zu betrachten, in welche die Arbeiterschaft nichts dreinzureden hat. Und als man endlich daranging, eine Wahlreform zu schaffen, hat man diese so ausgebaut, daß die breiten Schichten der Bevölkerung nicht jenen Einfluß im Reichsrathe erhielten, der ihnen gebührt. An diesen Sünden, welche der österreichische Staat, welche die besitzenden, die privilegirten Klassen, Adel und Bürgerthum dem Volke, dem Proletariate gegenüber auf dem Kerbholz haben, wird dieses System schmählich enden. Nach meiner subjektiven Ueberzeugung stehen wir jedenfalls vor einer sehr wichtigen Entscheidung. So wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr lange weiter. Eine Reform nach rückwärts ist wohl vollständig unmöglich, es bleibt also blos ein Schritt nach vorwärts übrig. Werthe Parteigenossen! Ich glaube, daß wir in der nächsten Zeit — das Jubiläumsjahr wird ja bald vorüber sein, dieses Jahr, welches für uns das Jubiläumsjahr der Revolution ist — sehr stürmischen und bewegten Tagen entgegengehen. Es wird jedenfalls sehr viel Krawall setzen, und die Arbeiterschaft wird werkthätig eingreifen müssen. Daß die Arbeiterschaft in diesem Kampfe gerüstet sei, dafür müssen wir sorgen. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Peterfilka (Wien) überreicht folgende Anträge:

Der Parteitag wolle beschließen:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Legislaturperiode des Reichsrathes nicht wie bisher sechs, sondern nur drei Jahre zu dauern hat."

Der Parteitag wolle beschließen:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert — soferne die Einrichtung der Delegationen für Oesterreich überhaupt nothwendig ist — einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Zusammensetzung der Delegationen nicht mehr nach Ländergruppen geschieht, sondern jede im Reichsrathe vertretene Partei je nach der Stärke ihre Vertreter in dieselbe zu entsenden hat."

Gen. Kottek (Wien) ist mit den Grundzügen der Taktik, wie sie Dr. Adler vorgeführt hat, ebenso wie mit den Leistungen des Verbandes im All-

gemeinen einverstanden. Wünschenswerth wäre es jedoch, wenn alle Fragen, die seitens des Verbandes im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden, von außen mit mehr Nachdruck und rechtzeitig unterstützt würden, damit die sozialdemokratischen Abgeordneten, die doch nur 14 Mann ausmachen, auf die Massen, die hinter ihnen stehen, mit Erfolg hinweisen können. Die Debatte über die Aufhebung der Getreidezölle habe die Parteivertretung nicht in die Massen hinausgetragen. Da hätte man nur das stenographische Protokoll dieser Verhandlungen zu vervielfältigen und zu verbreiten gebraucht, um das Volk über seine wahren Freunde aufzuklären. Auch die Agitation gegen die Greuel, die an unseren ungarischen Parteigenossen begangen werden, hätte eifriger betrieben werden sollen.

Gen. Ulbrich (Reichenberg): Wir können den Antrag der Karlsbader Genossen nicht unterstützen. Es hieße den Deutschnationalen zu viel Ehre anthun, wollten wir sie gewissermaßen durch Ausnahmsbestimmungen bekämpfen. Außerdem würde dies auch sehr wenig nützen. Wir müssen diese Leute je nach den Verhältnissen behandeln.

Gen. Polke (Wien) ist von dem Gefühl durchdrungen, daß die sozialdemokratische Fraktion Alles gethan hat, was nur zu leisten möglich war. Anders steht es jedoch mit der Parteivertretung. Ich bin von meinen Mandatgebern beauftragt, hier zur Sprache zu bringen, wieso es kommt, daß die Parteivertretung, wenn es sich um politische Forderungen handelt, große Demonstrationen veranstaltet, in wirthschaftlichen Fragen aber, wie zum Beispiel in Sachen der Lebensmittelthenerung, eigentlich gar nichts gethan habe. In dieser wichtigen Frage, die den Volksnerv in erster Reihe berührt, hätte sich die Parteivertretung zu einer energischen That aufraffen sollen. Auf die Frage der Frauenorganisation übergehend, bemerkt Redner, daß dem Beschlusse des letzten Parteitages, die Frauenorganisation nach Möglichkeit zu fördern, nicht in genügendem Maße Rechnung getragen würde. Gerade die Provinzgenossen werden es im Wahlkampfe empfunden haben, daß sie die Frauenorganisationen nicht entbehren können. Die Frage der Organisation der sozialdemokratischen Kleingewerbetreibenden muß mit Vorsicht behandelt werden. Die Provinzgenossen haben ein Interesse daran, dieselben in die Organisation zu bekommen, da sie zur Agitation unabhängige Genossen branchen.

Gen. Smutny (Wien): Die Parteivertretung hat sich in der Frage der Aufhebung der Getreidezölle einen taktischen Fehler zuschulden kommen lassen, so daß unsere Gegner jetzt zu verbreiten suchen, die Sozialdemokraten wollten die Spekulanten schützen. Es hätte wenigstens der Antrag Verkauf etwa in Form eines Flugblattes herausgegeben werden sollen.

Gen. Behr (Saaz): Was den Antrag der Karlsbader Genossen betrifft, so bin ich mit der Form desselben auch nicht einverstanden, obwohl ich es für nothwendig halte, daß eine entschiedene Agitation gegen die Deutschnationalen in Szene gesetzt werde. Wenn es auch unrichtig ist, daß uns die Christlich-Sozialen über den Kopf gewachsen sind, so müssen wir doch darauf sehen, daß dies nicht bei den Deutschnationalen eintritt. Dem Genossen Dr. Adler kann ich nicht zustimmen, wenn er die Erfolge der Christlich-Sozialen in Wien damit zu erklären versucht, daß die Christlich-Sozialen Eins sind mit den Klerikalen. Ich sage nicht, daß sie etwas Anderes vertreten als die Klerikalen, sie sind eben die Schildknappen der Klerikalen. Wenn man aber die Behauptung aufstellt, daß Wien früher in den Händen der Klerikalen war, so muß ich das bestreiten. (Widerspruch.) Heute ist Wien auch nicht in den Händen der Christlich-Sozialen. Der neuerliche Einfluß der Klerikalen in Wien ist erst durch die Christlich-Sozialen geschaffen worden, und am letzten Parteitage hat ja die Parteivertretung zugegeben, daß man den Christlich-Sozialen so viel Spielraum gewährt habe, weil man sich freute, daß sie den Liberalen Opposition machen. Dies trifft nun zum Theil auch in Bezug auf die Deutschnationalen zu. Es ist aber schwierig, eine Partei anzugreifen, die uns noch keine Angriffspunkte geboten hat. (Rufe: Oho!) Wenn eine junge Partei auftritt und sich radikal geberdet, so wird man diese Partei nicht in der Weise angreifen können, wie eine alte Partei, von der man weiß, daß sie niederträchtig ist. Es hat viele Leute gegeben, die geglaubt haben, die Deutschnationalen seien eine ehrliche demokratische Partei, und es

hat sich erst später gezeigt, daß sie ebenso wenig werth sind, wie die anderen Parteien. Ich befinde mich in einem Orte, der eine Hochburg der Deutschnationalen ist. Wir haben ihren Terrorismus kennen gelernt und wissen, daß sie genau dieselben erbärmlichen Mittel anwenden, wie die Christlich-Sozialen. Diese Leute, die sich in religiöser Beziehung als freisinnig geberden, erzählen, daß wir aus der Kirche einen Tanzsaal machen wollen, sie haben, als wir eine Erhöhung des Krankengeldes bei den Krankenkassen durchsetzen wollten, dagegen an das Ministerium rekurrirt, und haben sich entschieden dagegen gewehrt, daß den Arbeitern das Gemeindewahlrecht zuerkannt werde. Heute haben wir also Angriffsmaterial genug.

Gen. Winarsky (Wien): Es sind in einer Reihe von Orten Angehörige der sozialdemokratischen Partei in die Personalsteuer-Einschätzungskommissionen gewählt worden. Da diese Personen der Arbeiterklasse angehören und sie als Mitglieder der Kommission keine Diäten erhalten, ist es ihnen beinahe unmöglich, in der Kommission thätig zu sein. Es ist daher nothwendig, daß das Gesetz in dieser Richtung geändert werde. Auf administrativem Wege läßt sich nichts machen, und sind diesbezügliche Versuche bereits von der Behörde zurückgewiesen worden. Ich stelle deshalb den Antrag:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden vom Parteitage beauftragt, in den nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der den Mitgliedern der Personalsteuer-Einschätzungskommissionen Diäten sichert."

Die Regierung hat ja in ihrem Entwurfe selbst Diäten vorgesehen, das kapitalistische Parlament hat diese Bestimmung aber abgelehnt. Aus den eben gehörten Berichten werden Sie den Eindruck gewonnen haben, daß unsere Abgeordneten bei der heutigen Zusammensetzung des Parlaments nicht im Stande sind, irgend eine positive gesetzgeberische Arbeit zu leisten. Es ist daher ganz unnütz, wenn die Genossen an unsere Abgeordneten herantreten, damit sie dies oder Jenes thun. Das Wichtigste, was vor Allem geschehen muß, ist also, eine Umgestaltung des Parlamentes herbeizuführen, damit unseren Abgeordneten die Möglichkeit geboten werde, thätig zu sein. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der Einfluß des Feudaladels in Oesterreich gebrochen werden kann durch einen entschiedenen Vorstoß auf dem Gebiete der Erweiterung der Volksrechte. Ich muß es daher bedauern, daß Genosse Adler in seinem Referate über das allgemeine Wahlrecht fast gar nichts gesprochen hat. Es muß wieder ein Sturm auf diese Bastion unternommen werden. Es ist möglich, daß die Regierung nach dem Ablauf des Jubeljahres Neuwahlen ausschreibt. Unsere Parole, mit der wir in den Kampf ziehen, muß dann wieder nur sein: Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht!

Reichsraths-Abgeordneter Gen. Resel (Graz): Genosse Dr. Adler hat bemerkt, daß unsere Taktik gegenüber einer Partei, die momentan selbst drangsalirt wird, eine andere sein muß, als jene gegenüber den anderen Parteien. Ich muß hier nun mit einigen Worten auf die Verhältnisse in Graz eingehen. Es wurde in der Kreisvertretung ein Beschluß gefaßt und derselbe auch in der Zeitung veröffentlicht, sowie in einer Versammlung dagegen Stellung genommen, daß die Deutschnationalen die Arbeiterschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen. Dies hat die Deutschnationalen veranlaßt, zu behaupten, daß wir in einem Momente, wo sie von der Regierung angegriffen werden, gegen sie Stellung nehmen, und sie beschuldigten uns, daß wir der Polizei Dienste leisten. Eine solche Auffassung unserer Erklärung ist ganz falsch. Es hat sich lediglich darum gehandelt, daß es nicht mehr vorkommen soll, daß die Studenten die Arbeiter abfangen und zu Demonstrationen verwenden, die wir nicht mitmachen wollen, es lag uns aber vollständig fern, den Deutschnationalen in den Kämpfen, die sie in freiheitlicher Beziehung führen, in den Rücken zu fallen. Wenn die Auffassung der Deutschnationalen Verbreitung finden würde, könnte die Ansicht platzgreifen, als ob wir uns den Moment deshalb ausgesucht haben, um uns zu salviren, da die Polizei in Graz jetzt schärfer vorgeht. Unsere Erklärung ist aber lediglich dahin zu deuten, daß wir uns dagegen verwahren, daß unsere Leute zu Demonstrationen benützt werden, ohne daß die Partei damit einverstanden ist. Wir werden, wo es sich um gemeinsame Interessen handelt, unsere Aktionen stets selbst einleiten, wir

haben aber gar kein Interesse, dem Grafen Thun bei seiner Arbeit gegen die Nationalen Vorschub zu leisten. (Bravo!)

Gen. Steinbauer (Waidhofen a. d. Ybbs): Ich weiß nicht, welche Motive die Karlsbader Genossen bei Stellung ihres Antrages geleitet haben, weil ich eine Begründung dieses Antrages leider vermisse. Wenn aber die Karlsbader Genossen sagen, daß die christlich-soziale Bewegung den niederösterreichischen Genossen über den Kopf gewachsen ist, so muß ich dagegen entschieden protestiren. Ich vertrete einen der schwärzesten Winkel in Niederösterreich, ich kann aber konstatiren, daß dies selbst dort nicht der Fall ist. Vielleicht haben aber die Genossen in Karlsbad diesen Schluß aus dem Umstande abgeleitet, daß wir in Niederösterreich bei den Wahlen unterlegen sind. Da müssen Sie aber wissen, daß den Christlich-Sozialen nur der Schwindel zum Siege verholfen hat. Heute steht es anders. Die Herren besorgen uns ja selbst die beste Agitation. Am Sonntag war in unserem Bezirke eine Volksversammlung, die gezeigt hat, wie diese Leute arbeiten. Da hat ein Hetzpfäfflein für uns eine so kolossale Agitation entwickelt, wie wir sie in einer Versammlung, wo keine Gegner anwesend sind, nie erreichen könnten. Wir haben bei den Wahlen auch gelernt, was uns fehlt: Die Kleinarbeit. Der Spieß dreht sich aber schon um und auch in den Dörfern beginnt es zu dämmern.

Gen. Wagner (Knittelfeld): Der Antrag der Karlsbader Genossen dürfte, sofern er sich auf die Bekämpfung der Deutschnationalen bezieht, nicht so ganz unbegründet sein, als hier mehrfach behauptet wurde. Ich verweise zum Beispiel auf die Stadt Brüx in Böhmen, wo die Deutschnationalen dieselben Polizeidienste leisten, wie sie es den Sozialdemokraten in Steiermark vorwerfen wollen. Es sind von Brüx viele Arbeiter nach Knittelfeld gekommen, die das alle bestätigten. Ich bin aber der Ansicht, daß man es den örtlichen Organisationen überlassen soll, wie sie ihre Gegner zu bekämpfen haben. Die Kampfesweise einer und derselben Partei uns gegenüber ist ja auch in den einzelnen Ländern eine verschiedene und darnach soll man sich einrichten.

Gen. Peterfilka (Wien): Ich kann nicht umhin, der Parteivertretung den Vorwurf zu machen, daß sie es verabsäumt hat, den Antrag des Genossen Dr. Verkauf, die Aufhebung der Getreidezölle betreffend, in populärer Form in einer Broschüre herauszugeben, oder ihn wenigstens in der „Arbeiter-Zeitung" in verständlicher Weise zu besprechen. Es ist Thatsache, daß dieser Antrag von der christlich-sozialen Partei in einer Weise ausgenützt wird, die allerdings politisch höchst unanständig ist, aber was kümmert sich die um politischen Anstand. Die Christlich-Sozialen haben eine Anzahl von Volksversammlungen abgehalten, in denen sie sich mit diesem Thema beschäftigt haben und wo sie den Antrag Verkauf in der bekannten Weise zur Sprache brachten. Sie haben dem Volke vorzumachen versucht, daß wir ihn nur im Auftrage der jüdischen Spekulanten eingebracht haben. Vor einigen Tagen schrieb das „Deutsche Volksblatt", es hat sich gezeigt, daß die indifferenten Arbeiter für die christlich-soziale Sache leicht zu gewinnen sind. Gerade auf die indifferente Arbeiterschaft hat es diese Partei abgesehen, wir können uns aber nicht verhehlen, daß es leider noch eine ganze Unmasse indifferenter Arbeiter gibt. Ich würde also wünschen, daß die Parteivertretung vielleicht noch in letzter Stunde das Geeignete veranlassen möge. Redner begründet schließlich die beiden von ihm eingebrachten Anträge und bittet um deren Annahme.

Gen. Hartinger (Wiener-Neustadt) erklärt sich namens der Organisation Wiener-Neustadt des IX. Wahlkreises mit der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion einverstanden, nicht aber mit der äußeren Thätigkeit der Abgeordneten. Seit dem 9. März 1897 hat sich außer dem Abgeordneten Schrammel kein Abgeordneter dort sehen lassen; auch Genosse Pernerstorfer war nicht dort. Er ersucht die Abgeordneten um Unterstützung in der Agitation für Wiener-Neustadt.

Gen. Köhler (Haindorf) tadelt gleichfalls das verspätete Eingreifen der Parteivertretung in der Frage der Lebensmittelteuerung. Er vertheidigt seine Mandanten gegenüber dem Vorwurfe Behr's, mit den Deutschnationalen geliebäugelt zu haben. Auch jetzt, wenn der Bandwurm der Sprachenfrage wieder aufgerollt werden wird, müsse man sich gegen die Deutschnationalen wieder gehörig einsetzen und die Leute darauf aufmerksam machen, daß die wirthschaftlichen

Fragen nicht behandelt werden können, so lange die Zeit mit der Sprachendebatte ausgefüllt wird.

Ueber Antrag des Gen. Mann (Steyr) wird die Rednerliste geschlossen.

Gen. Barth (Gablonz a. d. N.) ist der Meinung, daß man nicht bei jeder Frage erst warten müsse, bis die Parteivertretung eine Weisung herausgibt und die Genossen zu jedem Schritt erst antreiben müsse. Die Annahme des Antrages der Organisation Karlsbad würde den Nationalen zu viel Bedeutung verschaffen, die aber nichts anderes seien, als ein Abklatsch der alten Liberalen. Er theilt die Ansicht des Genossen Dr. Adler, daß die Parteigenossen selbst am besten wüßten, wie sie zu Hause vorzugehen haben. Wenn die Nationalen, sagt Redner, den ungeheueren Nothstand der Glasarbeiter, die bis zu 18 Stunden arbeiten und dabei einen Lohn erhalten, daß sie sich höchstens zweimal im Tage mit Kaffee und ungeschälten Kartoffeln sattessen können, ausnützen wollen, so werden wir den Leuten den Standpunkt der Nationalen auseinandersetzen und Klarheit in die Köpfe der Arbeiter bringen. Wenn eine Broschüre über die deutschnationale Bewegung herausgegeben wird, muß sie möglichst billig sein, damit sie einen massenhaften Absatz finde.

Gen. Vielhaber (Lilienfeld) überreicht folgenden Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen:

„Es ist den Genossen jedes Ortes oder jeder Provinz überlassen, die ihnen gegenüberstehenden Parteien deren Taktik und deren Angriffen gemäß zu bekämpfen."

Gen. Lill (Falkenau a. d. Eger): Da es den Genossen des Karlsbader Bezirkes nicht möglich war, einen Delegirten zu entsenden, gestatten Sie mir als Delegirten des IV. böhmischen Wahlkreises, über den Antrag der Karlsbader Organisation einige Worte zu sagen. Als wir den Antrag stellten, lag uns ein Mißtrauen gegen die Parteivertretung ferne; wir sind vielmehr mit dem, was Genosse Dr. Adler in einer Hinsicht ausgeführt hat, ebenso wie mit dem Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes einverstanden. Es scheinen sich jedoch die Genossen von Wien und Niederösterreich über die Deutschnationalen Westböhmens etwas zu täuschen und zu meinen, daß wir dort mit einer Sorte von Deutschnationalen zu rechnen haben, die in ihrer Taktik doch etwas anständiger sind. Aber jene Herren Deutschnationalen dort in Westböhmen, und speziell im Egerlande, in der Hochburg des Herrn Schönerer, sind um kein Haar anständiger als die Christlich-Sozialen Niederösterreichs; sie arbeiten mit den infamsten Verleumdungen und Lügen, von denen ich nur die eine anführen will, daß Genosse Dr. Adler für einen einzigen Vortrag im Erzgebirge 80 fl. Honorar verlangt habe. Zu ihren Versammlungen werden die indifferenten Arbeiter eingeladen, während wir nicht eingelassen werden. Wir hegen daher die gerechte Befürchtung, daß sie Verwirrung in die Reihen der Indifferenten tragen und uns bei den von ihnen angewendeten Mitteln die Agitation erschweren. In Asch, Eger und den kleinen Orten des Egerlandes werden die Leute seit der letzten Wahlbewegung von den deutschnationalen Unternehmern in der brutalsten Weise chikanirt. Damals wurde der Stimmenkauf in der ausgiebigsten Weise versucht; weil er nicht gelang, wurden die Wahlmänner auf's Pflaster geworfen. Ebenso geschah Jenen, die an der Märzfeier theilgenommen haben. Bezweifeln möchte ich es, wenn Dr. Adler gesagt hat, daß die Deutschnationalen nicht gleichbedeutend seien mit den anderen bürgerlichen Parteien. Als in mehreren deutschen Gemeinden die Petition um Befürwortung das allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zur Besprechung gelangte, sind alle diese Gemeindevertretungen über diese Petition einfach zur Tagesordnung übergegangen. Es zeigt das deutlich, was wir in Bezug auf die politische Entwicklung der Deutschnationalen zu halten haben. Die Form des Antrages ist gewiß etwas unglücklich; aber die harten Kämpfe, die wir zu bestehen haben, berechtigen uns, zu fordern, daß wir in diesen Kämpfen von der Parteivertretung in ausgiebigster Weise unterstützt werden, daß in ausgiebigster Weise dafür Sorge getragen werde, daß diesen Deutschnationalen in Westböhmen in der schärfsten Weise entgegengetreten wird. Wir wollen mit dem Antrage nichts weiter bezwecken, als daß das Zentralorgan in Zukunft in der schärfsten Tonart

gegen die Deutschnationalen Stellung nehme und uns auf diese Weise in unserem Kampfe zu unterstützen sucht.

Reichsraths-Abgeordneter Gen. Zeller (Teplitz): Gegen den Antrag der Karlsbader Organisation muß ich mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, weil die Form desselben eine derartige ist, daß die Leute draußen wirklich glauben würden, daß wir ihnen eine Kraft beimessen, die ihnen thatsächlich nicht innewohnt. Wenn der Kampf von irgend einer Seite geführt werden soll, so muß er von draußen — und zwar mit der größten Energie — geführt werden. Wenn Genosse Resel sagt, wir sollen den Leuten nicht in den Rücken fallen, so erklären wir, daß wir in allen Fällen, wo die Leute für freiheitliche Bestrebungen eintreten werden, sie nicht hindern werden. Solche Momente werden aber nicht eintreten. Im Gegentheile. Sie haben bei uns in Böhmen nur immer bewiesen, daß sie volksfeindlich sind und es ihnen nie darum zu thun ist, freiheitliche Ziele zu verfolgen.

Die Deutschnationalen wollen die Vorherrschaft der Söhne des Bürgerthums, wir haben aber keinen Grund, uns dafür zu echauffiren. Wenn in dem Antrage der Organisation Karlsbad auf die „Arbeiter-Zeitung" verwiesen wird, so möchte ich dem insoferne beistimmen, als es thatsächlich scheint, daß Galizien für die „Arbeiter-Zeitung" mehr Bedeutung hat als Böhmen. Ich glaube aber, daß für die „Arbeiter-Zeitung" das allerwichtigste Gebiet Wien und Niederösterreich ist, weil sie dort ihren größten Absatz findet. Sie kann daher den Kampf auswärts nicht so führen, wie es nöthig wäre. Wir müssen trachten, daß wir in Böhmen in der nächsten Zeit einmal zusammenkommen und einen Plan ausarbeiten, wie wir dort gegen diese Leute vorgehen sollen. Es geht aber nicht an, daß sich der Parteitag um diese Dinge kümmert und daß der Kampf von einer Zentralstelle aus geführt werde, wie es die Genossen draußen haben wollen. Ich möchte Sie daher bitten, daß Sie die Anträge 6 a und 6 c ablehnen, weil wir in Böhmen uns selbst darum zu kümmern haben.

Gen. Prachensky (Innsbruck): Wir in Tirol sind mit der Taktik der Partei und des Verbandes sehr zufrieden. Wenn wir einen Wunsch hätten, so wäre es der, daß von Seite der Partei und der Abgeordneten mehr Werth auf die Agitation gelegt würde, und daß, wenn sie Innsbruck berühren, nicht blos durchfahren, sondern sich uns in einer Volksversammlung zur Verfügung stellen. Was den Karlsbader Antrag betrifft, so muß ich bekennen, daß ich während des Referates des Genossen Dr. Adler nicht anwesend war, ich schließe aber aus dem Gehörten, daß er sich gegen den Antrag ausgesprochen hat, und ich muß ihm da ganz beipflichten. Wir brauchen keine Ausnahmstaktik gegen die Deutschnationalen. Wir in Tirol könnten ja ebenso eine Ausnahmstaktik gegen die Klerikalen verlangen, denn Sie machen sich gar keinen Begriff, wie man uns die Organisation und Agitation erschwert. Wir haben schon manche Gebiete erobert gehabt und haben sie wieder in Folge der Beeinflussung von Seite der Klerisei verloren. Für den Antrag 6 b, daß eine derartige Broschüre herausgegeben werde, würde ich allerdings sein.

Gen. Scherz (Stuppach): Ich habe die Absicht, der Parteivertretung, die wir heute vor uns haben und dann ein Jahr nicht, etwas den Rücken zu waschen, damit sie bei jeder Gelegenheit, wo es nöthig ist, einschreitet. Das ist allerdings kein Vorwurf für die jetzige Parteivertretung, weil es einen Fall vor zwei Jahren betrifft, der aber am vergangenen Parteitage nicht zur Sprache gekommen ist. Die Parteivertretung hat sich um die Landtagswahlen einfach gar nicht bekümmert. Ich bin von drei Gemeinden ersucht worden, als Kandidat für den Landtag aufzutreten, ich habe mich in einem Schreiben an die Parteivertretung gewendet, aber keine Antwort erhalten. Ich habe auch ein Manuskript an die „Arbeiter-Zeitung" geschickt, es ist aber nichts erschienen. Ich möchte also der künftigen Parteivertretung an's Herz legen, daß sie sich um diese Dinge mehr kümmere. Auch bezüglich der Gemeinderathswahlen möchte ich wünschen, daß die Parteileitung von den Provinzgenossen darüber informirt werde, in welchen Orten Genossen das Wahlrecht in den Gemeinderath haben. Auch bei uns waren, als die Gemeinderathswahlen vorgenommen wurden, ziemlich viele wahlberechtigte Sozialdemokraten vorhanden; da aber nichts verfügt wurde, konnten wir keine Kandidaten aufstellen. (Genosse

Schuhmeier: Das geht ja Alles die niederösterreichische Organisation an!) Bei den Einkommensteuerwahlen, wo wir von Wien aus Broschüren bekommen haben, haben wir gesehen, daß die Bauern zu uns kamen und uns die Broschüre abkauften, und es haben mir Bauern selbst gesagt, daß sie mit ihrem Abgeordneten nicht zufrieden seien, weil es seine Pflicht wäre, wenn neue Gesetze herauskommen, die Wähler zu informiren. Bei diesen Wahlen haben wir auch sehr viele Stimmen von Bauern bekommen. Mit dem Antrage Winarsky bin ich ganz einverstanden, aber es ist ganz gut, daß bisher keine Diäten festgesetzt waren, denn sonst hätten sich die Gegner, insbesonders die christlich-sozialen Herren, um diese Stellen viel mehr bemüht.

Gen. Hecker (Teichstadt): Ich muß nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß man über den Karlsbader Antrag so viele Worte verliert. Wenn wir unser Parteiprogramm durchlesen, so finden wir, daß wir die bürgerlichen Parteien als eine geeinigte reaktionäre Masse anzusehen haben und in diesem Sinne müssen wir auch die Deutschnationalen behandeln. Als der Badeni gestürzt wurde, haben wir nicht mit ihnen, sondern neben ihnen demonstrirt. Ich betrachte daher den Antrag als einen ganz überflüssigen. In jedem Ort müssen die Genossen wissen, was sie für Gegner haben, und darnach müssen sie sich benehmen. (Zustimmung.) Hier handelt es sich um die indifferenten Massen. Auf die wird aber die „Arbeiter-Zeitung" sehr wenig Einfluß nehmen können. Die Karlsbader Genossen haben ja ihre Parteiblätter im Bezirke. Sie mögen diese auffordern, in der Richtung Stellung zu nehmen, das wird von größerem Erfolge begleitet sein. Zum Schlusse möchte ich noch den Wunsch aussprechen, daß die Parteivertretung eine Direktive in Bezug auf die Aktion gegen die Lebensmittelvertheuerung herausgeben möge.

Gen. Krapka (Wien): Es wurde hier ein Vorwurf erhoben, der an die deutsche Parteivertretung adressirt, eigentlich aber an die Gesammtparteivertretung gerichtet war. Ich muß als Mitglied der Gesammtparteivertretung hier erklären, daß wir uns mit der Frage der Brotvertheuerung beschäftigt haben und muß auch hervorheben, daß diese Frage nicht blos eine Sache der deutschen Genossen, sondern gewiß eine Sache der ganzen österreichischen Bevölkerung ist. Die Behauptung einiger Genossen, daß die Christlich-Sozialen Versammlungen veranstaltet haben und wir keine, ist nicht richtig, sondern das Gegentheil ist der Fall. Die Christlich-Sozialen sind uns erst nachgehumpelt, als wir schon eine Menge Manifestationen und Demonstrationen veranstaltet hatten. Es war aber sehr gut, daß die Gesammtparteivertretung in dieser Frage nicht eingegriffen hat, weil diese Manifestationen spontan von der Bevölkerung selbst ausgingen und daher gewiß eine größere Wirkung hervorgerufen haben, als wenn die Sache arrangirt worden wäre.

Gen. Hannsch (Sternberg): Wenn der Parteileitung von den Provinzgenossen ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß sie keine Aktion wegen der Brotvertheuerung eingeleitet hat, so ist das größtentheils gerechtfertigt. Es waren aber meistens Wiener Genossen, die der Parteileitung diesen Vorwurf gemacht haben. Nun, die Wiener Genossen sind ja in Wien und wenn sie wollen, daß solche Sachen geregelt werden, so mögen sie das in ihren Lokalorganisationen beschließen, die sich dann sehr leicht mit der Parteivertretung in's Einvernehmen setzen können. Wenn wir den Antrag der Karlsbader Genossen annehmen würden, würden wir den Deutschnationalen eine Ehre erweisen, die sie nicht verdienen. Die deutschnationalen Blätter haben bereits erklärt, daß ihre Partei eine „mächtige Volkspartei" sei, da sich der Parteitag „gezwungen sehe", sich mit ihr besonders zu befassen. Die Deutschnationalen lassen die Arbeiter in ihre Versammlungen gar nicht hinein, und wer nicht für die Arbeiter agitirt, von dem ist es ausgeschlossen, daß sich ihm die Arbeiter anschließen werden. Genosse Zeller hat auch bemerkt, daß sich die „Arbeiter-Zeitung" mehr mit den galizischen als mit den böhmischen Verhältnissen beschäftige. Darauf muß ich erwidern, daß sich die „Arbeiter-Zeitung" vor Allem mit den behördlichen Chikanen in Galizien befassen muß. Uebrigens gibt es in Böhmen eine ganze Menge Parteiblätter, die nachhelfen können, wenn es gilt, Besonderes zu thun.

Die Genossen Mann (Steyr) und Dobiasch (Aussig) verzichten auf das Wort.

Gen. Vielhaber (Lilienfeld): Die Lilienfelder Genossen haben mich beauftragt, bezüglich des Karlsbader Antrages hier zu erklären, daß die Kampfesweise gegenüber den verschiedenen Parteien den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden soll. Der „Arbeiter-Zeitung" ist es nicht möglich, für jeden Ort einen anderen Ton anzuschlagen. Die Sozialdemokratie hat auch nicht die Aufgabe, eine Partei speziell zu bekämpfen, sondern wir haben jede Partei zu bekämpfen, die sich als eine volksfeindliche darstellt. Weil wir aber einen internationalen Kampf führen, können wir auch nicht unserem Parteiorgan vorschreiben, es soll gegen diese oder jene Partei einen besonderen Kampf führen.

Gen. Müller (Graz): Es ist bereits eine deutschnationale Debatte entstanden, obwohl wir einen diesbezüglichen Punkt auf der Tagesordnung haben. Es handelt sich jetzt nur darum, ob der Parteivertretung oder der Fraktion in dieser Hinsicht ein Vorwurf gemacht werden kann. Dies ist aber aus den Reden nicht ersichtlich geworden, sondern es haben nur einige Genossen den lebhaften Wunsch ausgesprochen, daß die Gegner, die ihnen an ihrem Orte höchst unangenehm sind, durch die Parteivertretung abgeschafft oder ausgerottet werden sollen, indem sie meinen, die Parteivertretung möge ihnen eine Direktive geben, wie sie mit diesen Gegnern fertig werden können. Die Taktik läßt sich nicht schablonenmäßig für alle Parteien und alle lokalen Verhältnisse feststellen, es obliegt den einzelnen lokalen Organisationen, das zu beurtheilen.

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß die Rednerliste erschöpft sei.

Gen. Pernerstorfer (zur thatsächlichen Berichtigung): Genosse Hartinger aus Wiener-Neustadt hat mir gewissermaßen den Vorwurf gemacht, als sei ich ein so boshafter Mensch, der, weil er in Wiener-Neustadt durchgefallen ist, jetzt zur Strafe nicht in den Bezirk hinauskommt. Ich komme aber nur nicht nach Wiener-Neustadt, sondern suche mit Vorliebe jene Ortschaften auf, von denen mir bekannt und durch Personen beglaubigt worden ist, daß dort von der Kanzel herab gegen mich besonders am 7. März vorigen Jahres eine Aktion in der Weise geführt wurde, daß man den Leuten, die größtentheils Bauern sind, sagte: „Ihr könnt den Pernerstorfer nicht wählen, er ist ein Jude, er ist dafür, daß das Wallfahren verboten wird, daß ein Gesetz gemacht wird, daß die Kinder nicht mehr getauft werden dürfen." Sie verstehen, daß es für mich einen besonderen Reiz hat, gegen diese schwarze Lügenbande, die angesichts Jesu Christi und des Kreuzes von der Kanzel herab die gemeinsten Lügen schleudert, Stellung zu nehmen und sie in ihren Schlupfwinkeln aufzusuchen. Zum Schlusse erlaube ich mir die Mitglieder der Parteivertretung und den Sekretär der niederösterreichischen Landesvertretung zur Beglaubigung der Behauptung aufzurufen, daß ich sicher zu jenen Mitgliedern der Parteivertretung gehöre, die agitatorisch am meisten thätig sind. (Beifall.)

Das Schlußwort erhält zuerst:

Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen! Ich möchte zunächst eine Unterlassungssünde gutmachen, deren ich mich in meinem Referate schuldig gemacht habe. Unsere Partei hat nicht nur eine innere, sie hat auch eine äußere Politik. Obwohl wir hier nur die deutsche Organisation Oesterreichs vertreten, hätte ich die Pflicht gehabt — ich hole dies jetzt nach — zu sagen: Wir deutsche Sozialdemokraten haben ebenso wie die Parteigenossen anderer Zungen die Verfolgungen unserer ungarischen Parteigenossen seitens der ungarischen Regierung auf's Allerschärfste verurtheilt, und haben, soweit dies in der Presse und in Versammlungen möglich war, Alles gethan, um dieses Regiment so zu brandmarken, wie es gebrandmarkt zu werden verdient. Sie wissen, wie die Klerikalen und Christlich-Sozialen früher bei jeder Gelegenheit gegen die ungarische Regierung vorgegangen sind. Warum? Weil sie eine liberale Regierung war. Heute, wo diese „liberale" Regierung zeigt, daß sie eine barbarische Unterdrückerin der Arbeiter in Stadt und Land ist, schweigen diese beiden Parteien, weil sie bedauern, daß die österreichische Regierung nicht mehr die Macht hat, mit den österreichischen Arbeitern in der gleichen Weise zu verfahren. Bei den konfessionellen Gesetzen in Ungarn haben sie natürlich den größten Widerstand entwickelt. Jetzt aber, wo es gegen die Arbeiterklasse geht, haben die Herren, von Lueger bis zum letzten Pfaffen, nicht ein Wort gefunden gegen die Brutalitäten, die dort erfolgt sind. Ja, noch

mehr: die christlich-soziale und klerikale Presse hat unsere Genossen, während sie am ärgsten verfolgt wurden, noch beschimpft. Die liberale Presse, die dafür zum größten Theile bezahlt ist, daß sie das ungarische Regiment verherrlichte, hat sich in ihrer Feigheit damit begnügt, all die Greuel da drüben — todtzuschweigen. Ich möchte auch nicht, daß dieser Parteitag vorübergehe, ohne daß wir unseren Parteigenossen in Italien den Ausdruck unserer herzlichsten Sympathie und brüderlichsten Solidarität aussprechen. (Beifall und Händeklatschen.) Sie stehen dort einer Regierung gegenüber, welche denselben Charakter aufweist, wie die ungarische Regierung. Ich spreche von der österreichischen Regierung in diesem Zusammenhange nicht. (Heiterkeit.) Wenn die österreichische Regierung heute mit den Arbeitern etwas anders vorgeht, so ist das nicht ihr Verdienst, sondern — wir können es ruhig sagen — unser Verdienst. (Zustimmung.) Wenn die herrschenden Klassen Italiens gegenüber unseren italienischen Genossen, insbesondere im letzten Monate, mit seltener Grausamkeit und Barbarei vorgegangen sind, so sind wir in der Lage gewesen, denselben nicht nur durch Sympathieerklärungen, sondern auch thatsächliche Hilfe zu leisten. Hunderte von italienischen Genossen sind in die Schweiz hinübergedrängt worden. Diesen wird von unseren Schweizer Genossen, sowie auch von den österreichischen Genossen, welche in der Schweiz eine eigene Organisation haben, eine Aufnahme bereitet, wie sie von der Bruderliebe, die das Proletariat beherrscht, gefordert wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß manche auch nach Oesterreich kommen werden, und es wird dann unsere Pflicht sein, sie zu empfangen, wie man kämpfende Brüder empfängt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß in Zürich von einem österreichischen Sozialdemokraten, von Harrich, geradezu ein taktischer Fehler begangen wurde, indem er — befangen in romantischen Ideen — die ganze internationale Schweiz zu einem Zug nach Mailand aufgerufen hat. Ich erwähne dies hier, damit festgestellt wird, daß an diesem thörichten Unternehmen die Partei, weder in Oesterreich, noch in der Schweiz, irgend einen Antheil gehabt hat. Ich erwähne dies hier, um es als warnendes Beispiel hinzustellen, wenn einzelne Genossen, die gewiß sehr gutherzig sind und einen guten Willen haben, aber die Vernunft zu wenig sprechen lassen, aus eigener Initiative Dinge ausführen, für die sie die Verantwortung nicht übernehmen können. Wenn auch ein Unglück dabei nicht herausgekommen ist, so muß doch gesagt werden, daß das nicht die Art ist, wie man hilft, sondern daß zielbewußten Arbeitern die Organisation helfen muß.

Die Aufnahme und Hilfe, die wir diesen italienischen Flüchtlingen zukommen lassen, hat aber noch eine Bedeutung, insbesondere für die gewerkschaftliche Organisation. Zum ersten Male sind wir in der Lage, italienischen Arbeitern zu zeigen, daß sie auch eine andere Rolle bei uns in Oesterreich spielen können, als nur Lohndrücker zu sein. Zum ersten Male sind wir in der Lage, den italienischen Arbeitern an einem lebendigen, sichtbaren Beispiele zu Gemüthe zu führen, daß auch sie alle ein Interesse daran haben, sich den Reihen der organisirten Arbeiter anzuschließen. Sagen Sie nicht, diese Flüchtlinge da brauchen diese Belehrung nicht. Was sich da vollzieht, wird auch von den indifferenten Italienern verstanden werden, und wir versprechen uns gerade von dieser Thatsache einen Erfolg in der Organisation und Agitation unter den italienischen Arbeitern. Wo Willkür und Gemeinheit, wo Niedertracht der Regierungen einen Schlag gegen uns geführt hat, da haben wir immer den Spieß umdrehen können, und Schritt für Schritt ist Alles gegen unsere Gegner ausgefallen. So wird es auch hier gehen. (Richtig!)

Ich komme nun zu den einzelnen Anträgen. Den Antrag Winarsky, betreffend Diäten für Mitglieder der Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission, empfehle ich Ihnen zur Annahme, und ich bin überzeugt, daß der Verband nicht zögern wird, dem Wunsche des Parteitages Folge zu leisten. Der von mir gestellte Antrag beinhaltet wohl zugleich ein Vertrauensvotum für die Parteivertretung. Ich war aber Referent und mußte einen bezüglichen Antrag stellen, es haben auch so viele Redner dieses Verhalten gebilligt, und so glaube ich, daß Sie mir es nicht übelnehmen werden, daß dieser Antrag gerade von mir gestellt wurde. Auf die Anträge Peterfilka übergehend, glaube ich, den Genossen Peterfilka

und seine Mandatgeber beruhigen zu können: die gegenwärtige Legislaturperiode wird nicht so lange dauern, dieses Haus wird nicht alt werden. Ich habe nichts dagegen, daß dieser Antrag dem Verbande zugewiesen wird, der sich überlegen mag, wann er diesen Antrag für zeitgemäß hält. Den Antrag, die Delegationen betreffend, möchte ich Ihnen aber zur Ablehnung empfehlen. Was sollen wir uns um diese krüppelhafte Institution, um diese Ausgeburt österreichischer Ohnmacht, überhaupt bekümmern. Fehlt denn diesen Delegationen nichts Anderes, als daß sie nach Ländergruppen gewählt werden? Ich halte den Antrag nicht für opportun, weil wir nicht wissen, ob wir überhaupt noch viele Delegationssessionen haben werden. Der Antrag des Genossen Vielhaber besagt etwas Selbstverständliches. Wir müssen ihn annehmen, weil wir ihn nicht ablehnen können; er ist aber meiner Ansicht nach überflüssig.

Es erübrigt mir noch, auf die Diskussion, die hier geführt wurde, mit einigen Worten zurückzukommen. Selbstverständlich haben die Karlsbader Anträge hier die erste Rolle gespielt. Genosse Lill war der Einzige, der durch sein Mandat gezwungen war, diese Anträge hier aufzunehmen und vollinhaltlich zu vertreten. Ich bin ihm aber sehr dankbar dafür, daß er wenigstens zugegeben hat, daß die Fassung der Anträge eine unglückliche war. Es scheint mir denn doch, daß gerade diese Debatte ergeben hat, daß die Parteivertretung in diesem Punkte vollständig im Sinne der großen Mehrzahl — ja ich wage zu sagen — aller Genossen an diesem Parteitage gehandelt hat, und daß, wenn sie anders handeln würde, sie sich nur ganz bestimmten lokalen Einflüssen in Karlsbad — nicht im westböhmischen Wahlkreise — gefangen geben würde. Was Genosse Lill da erzählt hat, daß die Schönerianer unanständig gegen uns kämpfen, was Genosse Müller darüber erzählt hat — das wissen wir ja. Wenn die Genossen vermissen, daß über die Geschichte mit den 80 fl. kein fulminanter Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden ist — nun, es wird auch in Zukunft keiner kommen. Das ist eine jener Lügen, die den Stempel der Lüge und boshaften Erfindung an sich tragen und die so dumm sind, daß man sich mit ihnen gar nicht zu beschäftigen braucht.

Hier handelt es sich aber um etwas ganz Anderes. Sie erinnern sich an den Volkstag von Eger, und an die Konsequenzen, die sich daran knüpften. Als der Volkstag von Eger, etwa einen Monat vorher, angekündigt war, haben die Genossen in Eger, ihren lokalen Bedürfnissen entsprechend, die Absicht gehabt, eine Protestversammlung abzuhalten, um zu erklären, das ist kein Volkstag, sondern das Volk ist bei uns. Sie haben sich mit dieser Absicht an die Parteivertretung gewendet, und die Parteivertretung hat ihnen gesagt: Parteigenossen! Ihr habt ganz Recht, das ist kein Volkstag, sondern dort ist höchstens nur eine dünne Schichte des Bürgerthums vertreten; aber es wäre ein taktischer Fehler, wenn Ihr Eueren an sich ganz gerechtfertigten Protest gerade zur Zeit dieses Volkstages loslassen würdet. Die Genossen haben das eingesehen und haben ihren Plan nicht ausgeführt. Wir hätten dem Badeni keinen größeren Gefallen thun können, als wenn wir damals in Eger, wo Soldaten und Gendarmen gegen das in Bewegung kommende Bürgerthum ausgerückt sind, eine Protestversammlung abgehalten hätten. Mögen die Deutschnationalen noch so perfid gegen uns kämpfen, so kann uns das niemals veranlassen, der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir müssen die Deutschnationalen bekämpfen als Vertreter des deutschen reaktionären Bürgerthums und dies mit aller Energie. Daß wir sie aber gerade in dem Augenblicke bekämpfen, wo sie sich anschicken, etwas halbwegs Anständiges zu thun, das wäre eine Dummheit, die wir nicht begehen wollen. Redner erinnert daran, daß die Partei zur Zeit der Omladinisten auch gezeigt hat, was für Niederträchtigkeiten gegen sie verübt wurden, ihnen aber andererseits als Phantasten, Querköpfen und Strebern entgegengetreten sei. Darin lag kein Widerspruch. Fürchten Sie nicht, fährt der Referent fort, daß wir uns in die Deutschradikalen so verlieben werden, daß wir von ihnen nicht loskommen werden. Dafür sorgen diese Herren schon selbst. Genosse Behr sagte: Am letzten Parteitage habt Ihr es selbst zugestanden, daß Ihr die Christlich-Sozialen habt gewähren lassen, so lange es gegen die Liberalen gegangen ist. Ja, Genossen, war unsere Taktik da vielleicht falsch? War es nicht klug, gerecht und unseren Grundsätzen entsprechend, daß wir

gesagt haben, die Verweigerung der Bestätigung Lueger's als Bürgermeister war eine Schandthat und Ungeschicklichkeit zugleich? Und stehen heute die Dinge nicht so, daß diese Partei abwirthschaftet und abwirthschaften muß, nicht durch uns, aber durch sich selbst? Lassen Sie doch die Nationalradikalen agiren mit ihren radikalen Geberden und warten Sie, bis sie gezwungen sind, Stück für Stück die Fetzen ihrer Maske sich selbst herunter zu reißen. Jede Partei wird durch sich selbst umgebracht. Wenn diese Leute gezwungen sind, in politischen Dingen einen radikalen Standpunkt einzunehmen, sollten wir gerade diesen Augenblick uns aussuchen, um die ganze Front der Partei gegen sie zu richten? Das wäre doch thöricht.

Was wir aber thun müssen und was wir immer gethan haben, das ist protestiren gegen die Ausschreitungen der chauvinistischen Roheit dieser Deutschnationalen. Wir wären in der Lage, einen ganzen Haufen von deutschnationalen Flugschriften vorzulegen, die an Gemeinheit und Brutalität gegenüber den Tschechen und insbesondere gegenüber den tschechischen Arbeitern bis zur Bestialität gehen. (Zustimmung.) Diese Dinge zu wenden, dazu sind wir nicht nur bereit, sondern das thun wir alle in der entschiedensten Weise, und ich glaube nicht, daß man uns den Vorwurf machen kann, daß wir es je haben daran fehlen lassen.

Wenn ich mit einem Wort von der „Arbeiter-Zeitung" reden soll, so bemerke ich nur Eines: Wenn gesagt wurde, daß wir über Galizien mehr schreiben als über Böhmen, so ist mir das zwar nie aufgefallen, aber es ist richtig. Berichte bringen wir aus Galizien mehr als aus Böhmen; wenn aber gesagt wird „Artikel", so ist das nicht richtig. Um Berichte über die Verhältnisse und Zustände in Böhmen zu bringen, dazu ist die Parteipresse in deutscher und tschechischer Sprache da, es ist außerdem die ganze bürgerliche Presse gezwungen, fortwährend darüber zu berichten. Was in Böhmen vorgeht, weiß alle Welt, was aber in Galizien, in jenem dunklen Erdtheil geschieht, an dem drückt sich die ganze bürgerliche Presse herum, das wird auf das Sorgsamste verschwiegen, auch wenn diese bürgerliche Presse in der Schlachtlinie gegen das politische Regiment steht. Auch dann wagt sie es nicht, gegen die Stanczykenwirthschaft ordentlich aufzutreten. Da ist es nun die Pflicht der „Arbeiter-Zeitung", diese Verhältnisse an's Licht zu ziehen. Ich glaube also, daß daraus dem Blatte kein Vorwurf gemacht werden kann, wir haben nur unsere Pflicht gethan. (Sehr richtig!)

Es wurde weiters der Parteivertretung ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie in der Frage der Aufhebung der Getreidezölle und der Lebensmittelvertheuerung nicht früher energisch eingegriffen habe. Das ist ja sehr schwer; Versammlungen wegen der Lebensmittelvertheuerung haben wir eine Menge gehabt. Wenn uns ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir die Debatte über die Lebensmittelvertheuerung nicht genügend verbreitet haben, daß die Sache ganz unbekannt geblieben ist, und daß wir nicht einmal eine Broschüre daraus gemacht haben, so scheinen die Genossen, die das sagen, zu vergessen, daß wir eine Arbeiterpresse haben, die gewiß in weit ausgiebigerer Weise diese Debatte in die Oeffentlichkeit gebracht hat, als dies durch eine Broschüre möglich gewesen wäre. Hätten Sie noch eine Broschüre verlangt, so wäre dem kein Hinderniß im Wege gestanden, wir haben geglaubt, daß das genügt. Es wird eben sehr häufig übersehen, daß auch eine Provinzpresse vorhanden ist, und es ist zu meiner großen Genugthuung von mehreren Seiten gesagt worden: Was Ihr der Parteivertretung vorwerft als nicht gethane Arbeit, verrichtet gefälligst selbst, denn Einzelne können nicht Alles besorgen.

Nun erlauben Sie, daß ich auf einen Vorwurf zu sprechen komme, den der Genosse Winarsky gegen uns und speziell gegen mein Referat gerichtet hat. Er hat gesagt: Ihr habt Eines vergessen, und das ist doch der entscheidende Punkt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Ja, Genossen, das wissen wir ganz genau, daß das der entscheidende Punkt ist. Wir wissen ganz genau, daß Oesterreich heute daran krankt, daß es sich aus dem Sumpfe der heutigen Verfassungszustände, dieser halb feudalen Zustände, nicht herausretten kann. Ich könnte da auf die Presse hinweisen. Die „Arbeiter-Zeitung" spricht auch manchmal vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. (Heiterkeit.) Ich könnte darauf hinweisen, daß in der Presse manches dafür geschieht, um dieses Mittel zu empfehlen,

aber, Genossen, das würde nicht genügen, Sie verlangen, oder wenigstens Genosse Winarsky meint, man möge eine Wahlrechtsbewegung in's Werk setzen, und er denkt da offenbar an eine Bewegung, die mit derselben Entschiedenheit auftritt, wie die, die wir vor mehreren Jahren hatten. Demgegenüber erkläre ich Ihnen: Heute können wir das nicht thun, vielleicht müssen wir es morgen thun, ich weiß es nicht. (Rufe: Sehr richtig!) Das wir es aber heute nicht thun können, das ist klar. Solche Bewegungen werden nicht in's Werk gesetzt, weil man sie machen will, solche Bewegungen müssen sich als innere Nothwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben. (Zustimmung.)

Mir ist es vollständig klar, daß von dem Worte, das Genosse Bretschneider in der Versammlung im Sofiensaal zuerst ausgesprochen hat, und das seitdem tausend und tausendmal in Oesterreich gesprochen wurde: „Keine Ruhe in Oesterreich, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht durchgesetzt ist," die ganze österreichische Politik beherrscht wird, das heißt, daß die Ursachen unserer Fäulniß, die Ursachen der ganzen Unfähigkeit, sich aus diesen Verhältnissen herauszuarbeiten, denen Bürgerthum, Adel und Regierung ganz ohnmächtig gegenüberstehen, nur zu beseitigen sind durch eine vollständige Umgestaltung unserer Verfassung auf dem Wege des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Zur Erfüllung dieser Forderung können wir heute nicht so viel als die Anderen thun. Die Geschichte zeigt, daß man so in Oesterreich weder regieren noch politisch leben kann, und die bürgerlichen Parteien mitsammt der Regierung, die sich an den Unmöglichkeiten dieser österreichischen Verfassung abstrampeln, bis sie daliegen, sind es heute, die für die Einführung einer wirklich vernünftigen Verfassung das meiste thun. Haben Sie keine Sorge, wenn die Zeit da sein wird, wenn die Gelegenheit günstig sein wird, das heißt, wenn es nöthig sein wird, wieder einmal hervorzutreten, den Ruf in die Massen hinauszutragen und sie stürmen zu lassen, dann wird es geschehen. Es wird aber dann geschehen, wenn die Massen instinktiv begreifen, wenn sie nur auf dieses Wort warten, wenn sie soweit sind, um zu stürmen. Soweit sind sie heute nicht, vielleicht sind sie es morgen; dann werden wir morgen den Wunsch des Gen. Winarsky erfüllen. (Sehr richtig!)

Weil ich vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht spreche, möchte ich noch Eines bemerken. Wir haben uns mit den radikalen Parteien beschäftigt. Vergessen Sie ja nicht, daß das, was Gen. Rieger hier angeführt hat, eines der wichtigsten Dinge ist. Vergessen Sie ja nicht, den bürgerlichen und gerade den deutschnationalen Parteien aller Schattirungen zu sagen, daß sie an den heutigen Zuständen in Oesterreich mitschuldig sind. Die Erbsünde der Verderbung der Wahlordnung haben sie auf dem Gewissen, ja, noch mehr, die Badeni'sche Wahlordnung, unter der sie selbst zu seufzen beginnen, ist direkt ein deutschnationales Produkt. Professor Steinwender und Dr. Kraus sind zuerst damit gekommen. Wenn sie heute selbst darunter leiden und sehen, welchen Bock sie geschossen haben, so vergönnen wir ihnen das vom Herzen. Das mag uns aber noch ein Anderes lehren, daß wir uns nämlich vor diesen Parteien nicht zu fürchten haben, daß wir aus lokalen Erscheinungen nicht voreilig Schlüsse zu ziehen brauchen, daß wir ja nichts thun dürfen, um den alten Liberalen Gefälligkeiten zu erweisen, noch weniger der heutigen Regierung oder irgend einer Regierung. Das mag uns lehren, daß wir ruhig abwarten können, bis diese Parteien bei der nächsten Frage, die wirklich das arbeitende Volk betrifft, zeigen, daß sie eben keine Volksparteien sind. Solange sie Phrasen machen, können wir weiter nichts sagen als: Ihr macht Phrasen. Das braucht man uns nicht zu glauben. Wenn es aber zum Klappen kommt, dann führen sie selbst den Beweis, und darauf müssen wir warten.

Ich bin der Ansicht, Genossen, daß die Taktik der Partei ernsten Angriffen, ernstem Tadel nicht ausgesetzt gewesen ist. Ich glaube, daß Sie auch in Zukunft sicher sein können, daß die Vertrauensmänner, die Sie wählen werden, in den gegebenen Bahnen bleiben und in jedem einzelnen Moment wissen werden, wann wir zu warten und wann wir zu handeln haben. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Partei von heute auf morgen, nichts wäre falscher, als eine Politik der Ungeduld. Ich meine damit nicht, daß wir nicht arbeiten, rastlos arbeiten sollen,

das müssen wir, und wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wenn Sie heute die Stellung der Arbeiterschaft in Oesterreich, nicht blos der Sozialdemokratie, ihren Einfluß nicht nur in politischen, sondern im gesammten öffentlichen Leben vergleichen mit der Stellung derselben vor ein paar Jahren, so werden Sie Alle zugeben, daß wir einen Fortschritt gemacht haben. Das haben aber nicht allein die großen Aktionen der Partei bewirkt. Daß die Partei heute eine so ganz andere Stellung hat, daß die Arbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu einer gewissen Geltung kommt, daß wir einen Schritt weiter gemacht haben auf dem Wege, der das eigentliche Programm der Sozialdemokratie ist, die politische Macht in die Hände zu bekommen, das ist vielmehr das Verdienst der Arbeit im Kleinen, als das der öffentlichen Arbeit, es ist das Verdienst jedes einzelnen Genossen, der mühsam die Organisation mitaufbaut und der im kleinen Kreise den Sozialdemokraten die Achtung der Bevölkerung erwirkt, weil jeder Sozialdemokrat, der in Aktion tritt, dafür bekannt ist, daß er versteht, um was es sich handelt, daß er hilfsbereit und opferwillig ist, kurz, daß er Muth und Verstand hat. Als das sind nicht nur die Leute, die in den Zeitungen genannt werden, bekannt, sondern alle Sozialdemokraten in Stadt und Land. Täuschen wir uns nicht. Diese breite Masse bildet unsere Kraft. Da zu bauen und die kleinsten Leute arbeitsfähig zu machen auf allen Gebieten, das ist die wichtigste und erfolgreichste Arbeit, die wir machen können. Das ist die Taktik, die wir mit allen Mitteln und mit den größten Opfern verfolgen sollen. Wenn es zum Handeln kommen wird, zweifeln Sie nicht: die sozialdemokratische Partei in Oesterreich wird immer wissen, wo und mit welchen Mitteln sie einzugreifen hat. Wir wären eine schwache Partei, wenn wir vom Lärm leben würden. Wenn die Deutschnationalen zwei Wochen keinen Radau machen, so fragt man: Wo sind sie? (Heiterkeit und Sehr gut!) Mit der Sozialdemokratie ist es so wie mit den Mühlen Gottes: Wir mahlen langsam, aber sicher. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich hoffe, Genossen, daß wir auf dem betretenen Wege bleiben werden. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Referent Reichsraths-Abgeordneter Gen. Rieger: Ich habe geglaubt, daß gegen den sozialdemokratischen Verband allerhand Angriffe werden gerichtet werden, bin aber angenehm enttäuscht worden, da dies nicht der Fall war. Es sind nur von zwei Genossen, von einem Genossen aus Wiener-Neustadt und von einem Genossen aus Innsbruck Beschwerden erhoben worden, die sich jedoch nicht auf die Thätigkeit des Verbandes im Parlament, sondern auf seine Thätigkeit außerhalb desselben beziehen. Die Genossen sagen, ja, im Parlament macht Ihr es ganz gut, aber in der Agitation könntet Ihr mehr machen. Ihr kommt nicht nach Wiener-Neustadt und wenn Ihr in der Nähe von Innsbruck seid, kommt Ihr nicht in die Stadt hinein, sondern fahrt vorbei. Wenn darüber geklagt wird, daß die Abgeordneten zu wenig agitiren, muß ich Sie vor Allem auf den riesigen Umfang der Wahlbezirke aufmerksam machen, aus denen die Genossen gewählt wurden, daß aber vor Allem die Genossen des Wahlbezirkes verlangen, daß ihre Abgeordneten ihnen über ihre Thätigkeit im Parlament Bericht erstatten. Wenn man nur diesen Wünschen allen entsprechen wollte, so dürfte man in das Parlament, in welches man doch gewählt wurde, überhaupt nicht gehen. Die Wahlkreise sind ja so groß, daß jeder derselben mehr Orte als ein Jahr Tage hat. So umfaßt zum Beispiel der Wahlbezirk, den ich zu vertreten die Ehre habe, nicht weniger als 13 Gerichtsbezirke und diese umfassen mehrere hundert Ortschaften. Die Bevölkerung aller dieser Orte hat doch das Recht, zu erfahren, was der Abgeordnete gemacht hat. Wenn er aber diesen berechtigten Wünschen der Bevölkerung nachkommen wollte, dürfte er gar nicht im Parlament erscheinen. Sie werden schon daraus ersehen, daß an die Abgeordneten Ansprüche gestellt werden, denen sie nachzukommen nicht in der Lage sind. Es ist aber durchaus unrichtig, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in jene Wahlbezirke, welche keinen sozialdemokratischen Abgeordneten haben, nicht gegangen wären. Es wurde Ihnen am letzten Parteitag in Wien von Seite des Abgeordneten Daszynski mitgetheilt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in zirka 180 Versammlungen gewesen sind; das sind aber nicht jene Versammlungen, in welchen die Abgeordneten ihren Wählern Bericht erstatten. Ich habe mir leider die Zahl der Ver-

sammlungen, die wir im letzten Jahre abgehalten haben, nicht notirt, ich kann Sie aber versichern, daß wir, so weit es in unseren Kräften stand, dem Rufe unserer Genossen gefolgt sind. Das Eine muß ich aber noch feststellen, daß der sozialdemokratische Verband kein Komité hat, welches die Referenten für die Versammlungen zu bestimmen hat. Das ist Sache der Bezirks- und Kreisorganisationen und der Parteivertretung. Die erhobenen Beschwerden sind also meines Erachtens nicht begründet. Ich kann mich wenigstens nicht erinnern, daß von Seite der Genossen in Innsbruck an einen Genossen im sozialdemokratischen Verband das Ansuchen gerichtet worden wäre, in einer Versammlung in Innsbruck oder in Tirol ein Referat zu übernehmen.

Es ist am Parteitage sehr wenig von dem Ausgleich mit Ungarn gesprochen worden, trotzdem Graf Thun überzeugt ist, daß er im September in Angriff genommen werden wird. Ich kann Ihnen selbstverständlich in meinem Schlußwort kein langes Referat darüber erstatten, wie wir uns zu den einzelnen Fragen des Ausgleichs stellen werden. Ich erlaube mir hier nur an ein Wort zu erinnern, welches Franz Deak vor mehr als 30 Jahren ausgesprochen hat. Er sagte, man könnte mit Oesterreich nur dann einen Ausgleich eingehen, wenn Oesterreich genau so ein konstitutioneller Staat sein wird, wie Ungarn es ist. Wir Sozialdemokraten erklären aber heute, einem Ausgleich mit Ungarn nur dann zuzustimmen, bis die Räuberbande, die in Ungarn am Ruder ist, beseitigt sein wird. Wir werden nie und nimmer einem Ausgleiche mit einem Staate zustimmen, der nicht den geringsten Arbeiterschutz hat, mit einem Staate, in welchem die Arbeiter der rücksichtslosesten Ausbeutung preisgegeben sind, nicht blos in wirthschaftlicher, sondern, wie gerade die letzten Monate bewiesen haben, auch in politischer Beziehung. Ungarn ist kein konstitutioneller Staat. Ungarn ist ein Räuberstaat und mit einem Räuberstaat werden wir, solange diese Verhältnisse nicht geändert sind, einen Ausgleich nicht eingehen. (Zustimmung.)

Im Uebrigen wird der sozialdemokratische Verband sich bemühen, das Vertrauen, welches Sie in seine Thätigkeit gesetzt haben, auch in der Zukunft zu rechtfertigen. Wir sind freilich nur eine kleine Zahl, der Verband sucht aber diesen Umstand durch eine erhöhte Energie in seinem Auftreten wettzumachen, und Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage, daß wir es daran nicht haben fehlen lassen. Wir haben von dem Tage, an welchem wir unseren Einzug in's Parlament gehalten haben, die Fahne der Sozialdemokratie hochgehalten und werden dies auch in Zukunft immer thun. Ich bin überzeugt, daß es keinen Parteitag geben wird, der gegen den Verband mit Recht den Vorwurf erheben könnte, daß er sich seiner Pflichten gegenüber der Partei nicht mehr erinnere, weil wir uns stets die größte Mühe geben werden, das uns so ehrende Vertrauen nach jeder Richtung hin zu rechtfertigen. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Adler, welcher lautet:

„Der Parteitag billigt die politische Haltung und die Taktik, die der Verband, die Parteivertretung und das Zentralorgan in der Berichtsperiode gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien eingehalten hat und geht über die Anträge 6a und 6c zur Tagesordnung über.

Der Antrag 5 wird der Fraktion, der Antrag 6b der Parteivertretung zur Erledigung zugewiesen,"

wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen; es entfällt somit die Abstimmung über die gedruckten Anträge 5 und 6.

Der Antrag Winarsky:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden vom Parteitage beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der den Mitgliedern der Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission Diäten sichert,"

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag Peterſilka:

„Der Parteitag wolle beſchließen:

Der ſozialdemokratiſche Verband wird aufgefordert, unbeſchadet unſerer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht einen Geſetzentwurf einzubringen, wonach die Legislaturperiode des Reichsrathes nicht wie bisher ſechs, ſondern nur drei Jahre zu dauern hat,"

wird dem ſozialdemokratiſchen Verbande zugewieſen.

Der Antrag Peterſilka:

„Der Parteitag wolle beſchließen:

Der ſozialdemokratiſche Verband wird aufgefordert, ſoferne die Einrichtung der Delegationen für Oeſterreich überhaupt nothwendig iſt, einen Geſetzentwurf einzubringen, wonach die Zuſammenſetzung der Delegationen nicht mehr nach Ländergruppen geſchieht, ſondern daß jede im Reichsrathe vertretene Partei, je nach der Stärke, ihre Vertreter in dieſelbe zu entſenden hat,"

wird abgelehnt.

Der Antrag Vielhaber:

„Der Parteitag wolle beſchließen:

Es iſt den Genoſſen jedes Ortes oder jeder Provinz überlaſſen, die ihnen gegenüberſtehenden Parteien deren Taktik und deren Angriffen gemäß zu bekämpfen,"

wird angenommen.

Hiemit iſt der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Wahl der Parteivertretung

beantragt

Gen. Schuhmeier:

„Behufs Vornahme der Wahl der Parteivertretung wählt der Parteitag eine ſechsgliedrige Wahlkommiſſion, welche dem Parteitag Vorſchläge zu machen hat. In die Wahlkommiſſion wollen die Genoſſen von Wien und Niederöſterreich je 1, die Genoſſen von Böhmen 1, die Genoſſen von Mähren und Schleſien 1, die Genoſſen von Steiermark und Kärnten 1 und die Genoſſen von Oberöſterreich, Tirol und Salzburg 1 Genoſſen wählen."

Der Antrag wird angenommen und die Verhandlung hierauf abgebrochen.

Vorſitzender Gen. Popp theilt mit, daß in der Vorbeſprechung eine Einigung zu Stande gekommen ſei, bei Punkt IV, „Parteipreſſe", verſchiedene Angelegenheiten interner und perſönlicher Natur in einer vertraulichen Sitzung zu behandeln. Ueber Antrag Schuhmeier's wird beſchloſſen, zunächſt Punkt V, „Die chriſtlich-ſoziale und deutſchnationale Bewegung" in Verhandlung zu nehmen.

Vorſitzender Gen. Popp theilt weiter mit, daß aus Innsbruck die telegraphiſche Nachricht eingelaufen ſei, daß der Strike gewonnen und 90 Perzent der Forderungen bewilligt wurden. Das Ergebniß der vormittägigen Kollekte beträgt 26 fl. 77 kr. Dieſer Betrag wurde von der Gewerkſchaftskommiſſion und der Parteivertretung auf 50 fl. erhöht, die an die Strikenden bereits abgegangen ſind. Die Sitzung wird hierauf um 7 Uhr 20 Minuten geſchloſſen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung. (Beginn 9 Uhr 20 Minuten.)

Vorsitzender: Gen. Neander (Linz).

Gen. Popp theilt mit, daß die Genossen aus Deutschland ein Telegramm übersichickt haben, worin sie erklären, daß es ihnen unmöglich sei, einen Delegirten zu entsenden, da sie im Wahlkampfe jeden Mann brauchen.

Im Namen der Mandatsprüfungskommission berichtet

Gen. Ulbrich (Reichenberg): Anwesend sind 134 Theilnehmer, darunter 104 stimmberechtigte Delegirte, 5 Reichsraths-Abgeordnete aus deutschen Wahlbezirken, 15 Mitglieder der Parteivertretung, 1 Vertreter der tschechischen Parteileitung und 15 Vertreter der Parteipresse. Ich muß hinzufügen, daß einige Theilnehmer mit ungenügenden oder auch mit keinem Mandate versehen sind. Ich bin beauftragt, Sie zu ersuchen, das nächste Mal die Mandate regelrecht ausstellen zu lassen. Weiters mögen die Mandate womöglich mit der Anmeldung der Delegirten an das Parteisekretariat eingesendet werden, damit die Präsenzliste von vornherein aufgestellt werden kann.

Gen. Schuhmeier konstatirt, daß die 104 Delegirten mindestens die dreifache Zahl von Orten vertreten, wie aus der morgen erscheinenden Präsenzliste zu entnehmen sein wird.

Gen. Dr. Adler: In dem Berichte des Genossen Ulbrich findet sich ein Satz, der zu unliebsamen Konsequenzen nach außen Anlaß geben könnte. Es heißt, daß einzelne Mandate überhaupt fehlen und andere unrichtig ausgefertigt sind. Ich möchte nur den Referenten fragen, ob die Kommission aus anderen Quellen weiß, daß die Genossen, die unvollständige oder keine Mandate haben, stimmberechtigte Mitglieder des Parteitages sind, oder ob das blos Formfehler sind.

Gen. Ulbrich: Diejenigen, die keine oder ungenügende Mandate haben, sind bei der Parteileitung schriftlich als Delegirte angemeldet. In dieser Richtung haben wir keinen Anstand gefunden.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wird sohin zur Kenntniß genommen.

Gen. Seliger (Teplitz) beantragt die Ablehnung des in der Vorbesprechung gefaßten Beschlusses, die deutschnationale Bewegung als einen besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, nachdem schon gestern eine längere Debatte über diesen Gegenstand abgeführt worden sei.

In der Debatte hierüber sprechen die Genossen Behr (Saaz) und Dobiasch (Aussig) gegen und die Genossen Siegl (Linz) und Häcker (Teichstadt) für den Antrag des Gen. Seliger. Ueber Antrag des Gen. David wird die Debatte geschlossen und der Antrag Seliger abgelehnt.

Vorsitzender Gen. Neander theilt mit, daß in das Wahlkomité zur Wahl der Parteileitung folgende Genossen vorgeschlagen werden:

Für Mähren und Schlesien August Smerek (Brünn);
für Oberösterreich, Tirol und Salzburg Prachensky (Innsbruck);
für Böhmen Ulbrich (Reichenberg);
für Steiermark und Kärnten Grablovicz (Köflach);
für Wien und Niederösterreich Kirillo (Wien) und Palka (Wiener-Neustadt).

Zur Tagesordnung

a) Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich

ergreift das Wort als Referent

Gen. Pernerstorfer: Es wird Ihnen klar sein, daß der Gegenstand, den ich zu behandeln habe, in einer Stunde unmöglich so erörtert werden kann, um auch nur nach einer Richtung hin erschöpft zu werden. Es wird mir die doppelte Aufgabe obliegen, die historische Entwicklung des sogenannten christlichen Sozialismus wenigstens anzudeuten und insbesondere die Entwicklung der christlich-sozialen Partei in Oesterreich zu beleuchten, denn so sehr die beiden Erscheinungen, der christliche Sozialismus und die christlich-soziale Partei scheinbar dasselbe sind, sind sie im Grunde etwas total Verschiedenes. Sie werden mir daher verzeihen, wenn ich in der Einleitung etwas weiter zurückgreife.

Wir begegnen der Bezeichnung christlich-sozial und dem Ausdrucke christlicher Sozialismus zum ersten Mal in jenem Lande, das für uns in Bezug auf alle sozialen Bewegungen von großer Bedeutung ist, in England und zur Zeit jener revolutionären Bewegung, welche von 1838 bis ungefähr 1848 gedauert hat und welche die Bezeichnung „Chartistenbewegung" führt, von dem von diesen Leuten aufgestellten Programm, „Charte" (Karte), so genannt. Wir besitzen eine kurze, ausgezeichnete Darstellung dieser Bewegung im zweiten Bande der sozialdemokratischen Bibliothek, die in Hottingen-Zürich herausgegeben wurde.*) Ein anderes Buch ist das von Lujo Brentano „Die christlich-soziale Bewegung in England". Aus jener Zeit sind uns Namen großherziger und bedeutender Menschen bekannt — ich nenne nur zwei: Frederic Denison Maurice und Charles Kingsley — Leute, die an der Wiege des christlichen Sozialismus gestanden sind. Wenn wir den christlichen Sozialismus jener Tage und jenes Landes in's Auge fassen, so werden wir als Sozialdemokraten, die ein bestimmtes ökonomisches und politisches Programm haben, das weit hinausgeht über die Schwärmerei jener Männer, die mehr von ihrem Herzen geleitet wurden, doch von tiefer Rührung erfüllt über die Hingebung und Begeisterung, mit der jene Christlich-Sozialen in England für die breiten Massen des Volkes inmitten einer revolutionären Bewegung eingetreten sind. Die Bewegung von damals ist gekennzeichnet durch Blut und Feuer. Es war wirklich eine Bewegung des verzweifelten englischen Fabriksproletariats, das sich gegen die herrschende Gesellschaft und den ökonomischen und politischen Druck dieser Gesellschaft mit Mitteln der Gewalt aufgelehnt hat.

Jene Männer waren aber damals christlich genug, um mit Entschiedenheit sich auf die Seite der revolutionären Bewegung zu stellen und dem Volke geradezu voranzugehen. Sie sehen schon daraus, daß etwas wie ein tiefer Unterschied zwischen den Christlich-Sozialen Englands und den Christlich-Sozialen unserer Tage besteht, welche ja, wie allgemein bekannt ist, jederzeit die Bedienten der herrschenden Gewalt gewesen sind. Jene Männer, welche damals die christlich-sozialen Forderungen im Namen des Christenthums aufgestellt haben, waren entschlossene Bekenner des Evangeliums, und es genügt wahrhaftig, hiefür nur ein Zeugniß anzuführen, um darüber nicht den geringsten Zweifel zu lassen. Es waren Geistliche, allerdings nicht katholische, welche sich damals zum Theil an die Spitze der Volksbewegung gestellt haben, und unter ihnen ragt besonders Einer hervor, Josef Rayner Stephens, der mit unermüdlichem Eifer in der revolutionären Bewegung thätig war und eine Reihe von Reden und Predigten gehalten hat. Eine solche Predigt hat er auch am 10. Februar 1839 in der Methodistenkirche in Staleybridge gehalten, und damit Sie sehen, was ein wahrer Lehrer des Christenthums und der Evangelien ist, will ich Ihnen einige Sätze aus dieser Predigt vorlesen. Ich muß hieran allerdings aus preßpolizeilichen Gründen einige kleine Aenderungen vornehmen, es wird Ihnen auch mit diesen kleinen Abweichungen die Stelle zeigen, daß es sehr gut möglich ist, daß von einem gewissen ideologischen Standpunkte aus Bekenner des Evangeliums Jesu zu einer energischen sozialen Bethätigung gelangen können. Diese Rede ist überhaupt ein Produkt leidenschaftlicher Beredsamkeit. Nachdem der Redner — das Publikum waren Arbeiter, Männer und Frauen — die damaligen politischen und ökonomischen Zustände in England erörtert hatte, schließt er mit folgenden Worten: „Wenn es einst darauf ankommt, da werde ich bei Euch sein und werde der Erste vorangehen, nicht mit

*) Der Band ist vollständig vergriffen und nicht mehr erhältlich.

einem Dolch unter dem Rocke, nein, mit einer blanken Muskete auf dem Nacken. Nieder mit diesem verdammten Gouvernement! Nieder mit dem Hause der Commons! Nieder mit dem Hause der Lords! Ja nieder mit dem Thron! und nieder mit dem Pfaffenthum! Nieder mit allem Rang! Nieder mit allen Würden, allen Titeln, mit aller Gewalt, bis dem ehrlichen armen Manne eine gute Existenz als Lohn für eine gute Arbeit wird! Ihr gebt Euch jetzt so viele Mühe, um Euere Charte; dafür gebe ich nichts; sie mag recht gut sein, sie mag recht schön sein und Ihr habt ein Recht darauf, das merkt Euch; und ich will Euch stets helfen, aber ich lege gar keinen Werth darauf; ich gebe auch nichts für eine Republik; ich gebe für keinen einzigen Zustand etwas, wenn er nicht jedem Sohn der Arbeit, wenn er nicht jedem lebenden Wesen eine volle, hinreichende und gute Existenz sichert, laut dem Willen und nach dem Befehle des allmächtigen Gottes!"

Die Chartistenbewegung in England, die die erste Bewegung war, die ein politisches und zugleich ein ökonomisches Programm aufgestellt hatte, ist niedergerungen worden von den herrschenden Gewalten in England. Sie wissen aber, mit diesen Revolutionen, wenn sie auch niedergerungen werden, hat es immer eine eigenthümliche Bewandtniß. Man besiegt sie scheinbar, ihre Ideen lodern aber fort, und so hat auch die englische Gesellschaft der Vierziger- und Fünfziger-Jahre sich entschließen müssen, zu sozialen Reformen zu schreiten. So ist denn England in Bezug auf soziale Reformen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wirklich der zivilisirten Welt vorangegangen.

Die christlich-soziale Bewegung in England blieb bestehen. Sie hat nicht mehr jene leidenschaftlichen Formen, die sie Ende der Vierziger-Jahre gehabt hat, sie wird aber gepflegt und begegnet uns in der Literatur bis auf den heutigen Tag. Das Charakteristische dieser christlich-sozialen Bewegung liegt für uns hauptsächlich darin, daß die Christlich-Sozialen Englands sich nicht scheuen, im Interesse ihrer sozialen Forderungen Hand in Hand mit den radikalsten politischen und religiösen Parteien zu gehen. Der christliche Sozialismus Englands, der seine ökonomischen Forderungen auf dem Evangelium aufbaut und nicht, wie der unserige, auf Grundsätzen der ökonomischen Entwicklung, ist gebildet und geistig fortgeschritten genug, um zu wissen, daß er ehrlicherweise seine sozialen Forderungen nur in Verbindung mit jenen Gruppen durchsetzen kann, die im Ernste die soziale Reform wollen, wie er. Die christlich-soziale Bewegung in England ist nicht hetzerisch, sie kümmert sich nicht darum, was die Anderen glauben, die mit ihr gehen wollen, sie hat also eine gewisse Freiheit und Unbefangenheit, die die sozial höhere Kulturstufe des englischen Volkes in das glänzendste Licht stellt.

Vor Allem ist nun von dieser christlich-sozialen Bewegung Englands jene Strömung beeinflußt, welche sich zu Anfang der Siebziger-Jahre in Deutschland bemerkbar machte. Am 12. Oktober 1871 hat Prof. Dr. Adolf Wagner, einer jener Männer, welche als Kathedersozialisten vornehmlich bekannt geworden sind, in der freien kirchlichen Versammlung evangelischer Männer in Berlin eine Rede über die soziale Frage gehalten, welche im Jahre 1872 im Druck erschienen ist. Diese noch ganz stillen Anfänge des christlichen Sozialismus in Deutschland sind wesentlich durch die Bewegung in England beeinflußt.

Im Frühjahr 1872 begegnen wir schon einer sehr entschiedenen literarischen Erscheinung auf dem Gebiete des christlichen Sozialismus in Deutschland. Es ist dies das Buch des Pastors — wieder keines katholischen Geistlichen — Rudolf Todt, mit dem Titel: „Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft". Um ganz kurz zu markiren, von welchem Geiste dieses Buch beseelt ist, will ich Ihnen blos die ersten vier Zeilen der Einleitung vorlesen: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muß in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das neue Testament haben." Sie sehen auch hier wieder jenen Zug, dem wir in England begegnet haben, eines großen Verständnisses und einer großen Unbefangenheit. Zu gleicher Zeit, als das Buch von Todt erschien, tauchte zum ersten Mal der Name des nachher so berühmt und berüchtigt gewordenen Hofpredigers Stöcker auf, und am 3. Jänner 1878 findet in Berlin jene berühmte Eiskellerversammlung statt, in welcher Stöcker vor einem proletarischen Publikum auftritt und den christlichen Sozialismus seiner Faktur predigt. Wir

haben auch darüber ein im Jahre 1887 erschienenes Buch von Max Schön „Die Berliner Bewegung". Uebrigens hat Stöcker selbst in der Einleitung der Sammlung seiner Aufsätze die Entstehung der christlich-sozialen Bewegung in Berlin geschildert.

Wenn wir heute auf die Zeit der Entstehung des christlichen Sozialismus in Deutschland zurückblicken, der schon ein weitaus weniger großes und freies Bild, besonders der Stöcker'sche, gegenüber dem englischen darbietet, so bemerken wir, daß von der mit so großem Aplomb in Szene gesetzten christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, die sich alsbald mit dem Antisemitismus verbündet hat, heute nur mehr schwache und nichtige Ueberreste vorhanden sind. Stöcker hat im Jahre 1885 in der Zeit, als die christlich-soziale antisemitische Bewegung in Berlin auf dem Höhepunkte stand, seine gesammelten Aufsätze herausgegeben und sagt in der Einleitung — es ist interessant, diese Worte sich in's Gedächtniß zurückzurufen, weil dadurch gezeigt wird, wie den Erwartungen der christlich-sozialen Führer in Deutschland durch die geschichtliche Entwicklung widersprochen worden ist — Folgendes: „Die Residenz des Deutschen Reiches ist unter dem Einfluß unserer populären Bewegung eine andere Stadt geworden. Christenthum, Deutschthum, Monarchie, Sozialreform haben hier eine begeisterte Anhängerschar gefunden und die Strömung des öffentlichen Lebens verändert. In den nachfolgenden Blättern findet man die idealen Mittel, mit denen dies geschehen ist; möglicherweise versucht man es in anderen Großstädten in ähnlichem Sinne. Das Durchschlagende ist in Berlin die religiöse Idee; niemals würden wir ohne die starke Betonung des Christenthums so an das Herz des Volkes gekommen sein. Darin liegt eine Ermunterung für christliche Arbeit überhaupt. Die Volksseele ist noch vielfach gesund; von dem Christenthum angerührt, kann auch ein kranker Geist noch genesen." Das hat Stöcker im Jahre 1885, als die Bewegung auf dem Höhepunkt war, geschrieben, im Jahre 1898 wird sich aber zeigen, daß von dem Geiste des Stöcker'schen Christenthums und dem christlich-sozialen Deutschthum in den Massen in Berlin verflucht wenig mehr vorhanden ist. (Beifall.)

Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit gleich kurz zu erwähnen, daß die christlich-soziale Bewegung in Deutschland ohne jeden Antisemitismus angefangen hat, ja an dem Blatt, welches Stöcker gegründet hat, hat anfangs sogar ein jüdischer Bankier (Samter) mitgearbeitet. Aber nach und nach sind die Herren auf den Geschmack gekommen und haben den Antisemitismus als ein vortreffliches Mittel, die Massen zu haranguiren und für sich zu gewinnen, erkannt, und wir haben auf dem Kontinent zuerst in Deutschland jene große und starke antisemitische Bewegung gehabt, die von dort zu uns herübergekommen ist. Die Stöcker'sche Bewegung und der christlich-soziale Antisemitismus haben in Deutschland abgewirthschaftet. Diese Bewegung ist heute so gut wie vernichtet. Nur der Antisemitismus als solcher ist geblieben. Er tritt uns aber in hundertfach verschiedenen Färbungen entgegen, und es gibt in Deutschland so viele antisemitische Parteien, als es antisemitische Abgeordnete gibt. Da haben Sie Böckel, König, Zimmermann, Liebermann, Ahlwardt und wie diese netten Herren alle heißen. Jeder repräsentirt eine andere und sehr scharf geschiedene Abart des Antisemitismus. Dieser Antisemitismus und der mit ihm verbündete christliche Sozialismus dieser Art gehen in Deutschland in die Brüche, verschwinden, aber wir sehen in den letzten Jahren eine neue christlich-soziale Bewegung in Deutschland auftauchen, die sich jetzt konsolidirt und parteimäßig kryställisirt hat. Sie nennt sich nicht mehr christlich-soziale Bewegung, sondern national-soziale Bewegung. Sie wissen damit auch schon die Namen Derjenigen, die da an der Spitze stehen.

Vor einigen Jahren hat ein junger evangelischer Predigtamtskandidat, Göhre, ein Buch geschrieben, „Drei Monate Fabriksarbeiter". Göhre, Naumann, Pastor Schall in Bardorf, Pastor Knötzschke, das sind so die prägnanten Erscheinungen des gegenwärtigen christlichen Sozialismus in Deutschland. Er ist beiweitem gerader und ehrlicher als der Stöcker's, er verquickt schon nicht mehr so Vielerlei. Während die englischen christlichen Sozialisten ihre Forderungen unerbittlich hingestellt haben, verbrämt Stöcker seine sozialen Forderungen mit allerlei Brimborium: Monarchie, Deutschthum u. s. w. Die christlichen Sozialisten Englands waren eine aufrechte und knorrige Erscheinung, sie gehen den sozialen Uebeln scharf an

den Leib und sagen sich: die anderen Dinge kümmern uns nicht, das englische Wesen wird sich unabhängig von irgend einer anderen Erscheinung entfalten. Republik oder Monarchie, das sind für einen Engländer Fragen zweiter Ordnung. Stöcker ist schon ein viel bewußterer Diener bestehender Zustände. Naumann, der geistig hervorragendste unter den National-Sozialen, überragt an Charakter thurmhoch den Hofprediger Stöcker, aber auch er hat es nicht verstanden, seine christlich-soziale Ueberzeugung rein zu erhalten von unlauteren Beimischungen, und so ist die national-soziale Partei in Deutschland heute dazu gekommen, sich im Namen ihrer Parteibewegung einzusetzen für die Monarchie, für Deutschthum in ihrem Sinne u. s. w., kurz und gut, lauter Dinge, die mit dem Sozialismus nichts zu thun haben.

Als diese nationale Bewegung in Deutschland entstand, hat unsere Partei sich ihr gegenüber beinahe wohlwollend verhalten. Die Sozialdemokratie in Deutschland steht überhaupt nicht auf dem Standpunkt, daß sie irgend eine Bewegung als für sie gefährlich hält, ist sie doch diejenige Partei, die seit vielen Jahren unablässig im Parlamente immer wieder die Aufhebung des Jesuitengesetzes gefordert hat und immer dem Zentrum beigestimmt hat, wenn die Sache im Reichstage zur Sprache gekommen ist, obwohl die katholischen Jesuiten jeden Tag der ganzen Welt erzählen, daß sie es sind, welche die Sozialdemokratie vernichten werden.

Die Bewegung, welche sich in Deutschland unter dem Namen der national-sozialen Bewegung breit gemacht hat, steht nicht allein sittlich, sondern auch wissenschaftlich-theoretisch auf einem höheren Niveau als Stöcker, und bis auf vereinzelte Ausnahmen hat sie sich auch im Allgemeinen in dem Kampfe, den sie gegen die Sozialdemokratie geführt hat, anständig benommen. Katholische Christlich-Soziale benehmen sich anständig nur in einem einzigen kleinen Lande, es ist die Schweiz. Dort existirt aber das, was wir christlich-soziale Bewegung nennen, eigentlich in geschlossener Form nicht. Wohl haben wir in der Schweiz eine Reihe von freireligiösen Gemeinden, die stark in christlichem Sozialismus machen, wir haben dort sogar den Führer der Katholiken, den Nationalrath Decurtins, der sich einigermaßen sehen lassen kann.

Was für eine Erscheinung begegnet uns auch da wieder? Decurtins, der Führer der katholischen sozialen Bewegung in der Schweiz, hat zu wiederholten Malen und so auch im vorigen Jahre auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß, Gelegenheit genommen, mit der größten Hochachtung von dem Begründer des modernen demokratischen Sozialismus zu sprechen, er sprach mit der größten Hochachtung von den wissenschaftlichen Leistungen eines Marx und er hat sogar auf dem Parteitage einmal Gelegenheit genommen, den Genossen Bebel in Schutz zu nehmen gegen Anwürfe von anderer Seite, die dahin gegangen sind, daß das Buch Bebel's „Die Frau und der Sozialismus" unsittlich sei; Decurtins — für einen Katholiken eine sehr bemerkenswerthe Leistung — hat von der Tribüne gesagt: „Ich halte dieses Buch Bebel's für ein durchaus sittliches Werk". Derlei Dinge sollten sich unsere bornirten Christlich-Sozialen in Oesterreich merken. Ein Decurtins ist in ganz Oesterreich nicht zu finden.

Von Deutschland springt die Bewegung, die wir dort als die christlich-soziale Bewegung in Deutschland kennen gelernt haben, nicht etwa als christlich-soziale Bewegung herüber nach Oesterreich. Sonst bemerken wir gewöhnlich die Erscheinung, daß wir in Oesterreich im wesentlichen den Gang der politischen und Ideenentwicklung des Westens Europas übernehmen. Als in den Sechziger-Jahren die sozialistische Bewegung zum ersten Mal in Deutschland durch die Agitation Lassalle's bestimmte Formen angenommen hatte, ist sie wesentlich in diesen Formen nach Oesterreich herübergekommen. Die christlich-soziale Bewegung Deutschlands, insbesondere Preußens, konnte schwer so herüberkommen, weil es eine christlich-soziale Bewegung protestantischer Art war. Oesterreich aber ist ein durchaus katholisches Land, daher mußte dieser christliche Sozialismus für Oesterreich erst adaptirt werden. Die antisemitische Bewegung jedoch ist als solche von Berlin herübergekommen und zwar Anfangs der Achtziger-Jahre, und als wir in Oesterreich anfingen, nach und nach parteimäßigen Antisemitismus zu bekommen, hatte derselbe noch keine Spur und keinen Beigeschmack von christlichem Sozialismus.

Wir haben in Oesterreich einen alten und bewährten Antisemitismus, den Antisemitismus der katholischen Hetzer Sebastian Brunner und Wiesinger. Das sind alte und bewährte Kumpane der katholischen klerikalen Partei, und die haben auch immer den Antisemitismus propagirt. Der Antisemitismus aber, der von Berlin herübergekommen ist, ist ein Antisemitismus anderer Art, er kommt herüber als ein nationaler Antisemitismus, und der Apostel, der zum ersten Mal in Oesterreich den Antisemitismus in großen Versammlungen gepredigt und verwerthet hat, das war jener Mann, vor dem sich heute Manche fürchten, der Abgeordnete Schönerer, jener Abgeordnete Schönerer, der in den Siebziger-Jahren im Abgeordnetenhause als nationaler Demokrat auch die Interessen der Arbeiter vertreten hat. Die Arbeiter wollten ihm aber nicht den Gefallen thun, ihn für den österreichischen Lassalle zu erklären, und so entschloß er sich, der österreichische Bismarck zu werden. (Heiterkeit.) Diese deutschnationale Bewegung, die Schönerer damals geführt hat, hat den Antisemitismus in sich aufgenommen. Schönerer hat mit der feinen Nase, die er für das hat, was so recht demagogisch wirkt, den Antisemitismus als ein Mittel erkannt, um neue Farben aufzusetzen, und so war er es, der zuerst den Antisemitismus in Oesterreich gepredigt hat. Was er vom Antisemitismus gepredigt hat, das ist etwas, was so ziemlich außer Diskussion steht, weil es eben wahr ist, nämlich daß die Juden Juden sind. (Heiterkeit.) Das ist eine Thatsache, die nicht wegzudisputiren ist, aber nur schade, daß Karl Marx schon viele Jahrzehnte vorher in einem glänzenden Aufsatz „Zur Judenfrage" dasselbe viel witziger und besser gesagt hat. Diese Bewegung, die damals als deutschnationale Bewegung aufgetreten ist, hatte, wie ich schon sagte, gar keinen sozialen Inhalt. Schönerer hat sich nun immer mehr als ein Vertreter der kleinbürgerlichen, der groß- und kleinbäuerlichen und agrarischen Interessen entwickelt und hat den Antisemitismus als ein Aufputzmittel für seine Politik verwendet. Diese Bewegung konnte aber niemals groß und mächtig werden. Wir sehen, die deutschnationale Bewegung, wie sie heute besteht, ist auch nicht groß und mächtig geworden durch den Antisemitismus, sondern durch die Dummheit der Regierungen. Die deutschnationale Bewegung von heute ist eine Bewegung des mittleren Bürgerthums und wird wesentlich beeinflußt durch gewisse ökonomische Forderungen reaktionärer gewerblicher und agrarischer Art. Mit dem Antisemitismus selbst hätte man also nichts machen können, wenn man ihn nicht mit anderen Dingen verquickt hätte. Den Juden todtzuschlagen, ist zu allen Zeiten ein sehr populäres Programm gewesen, aber schließlich erschöpft es die Dinge nicht, und die Leute haben doch gesehen, daß sie auch positive Forderungen aufstellen müssen. Und nun bewährt sich das, was wir in der Geschichte immer sehen: Die außerordentliche Schlauheit und Akkommodationsfähigkeit des römischen Klerikalismus. Antisemiten sind sie recht gerne. Warum nicht? Die antisemitische Tradition ist ja ein altes katholisches Erbstück. Diese Bewegung, die da von einer ganz anderen Seite her entsteht, ist eine solche, die man anfachen, die man benützen kann, und siehe da, auf einmal taucht in der antisemitischen Bewegung ein neues Element auf.

Bevor ich hier weiter fortfahre, erlauben Sie mir eine kleine Zwischenbetrachtung zu machen, die sich auf die Entwicklung der gewerblichen Politik in Oesterreich überhaupt bezieht. Sie wissen, der Antisemitismus, soweit er heute überhaupt eine Armee hinter sich hat, rekrutirt seine Anhänger aus dem Kleinbürgerthum und wesentlich aus den Reihen der Christlich-Sozialen. Das ist eine Armee von Unzufriedenen, deren Unzufriedenheit aus der Unsicherheit ihrer wirthschaftlichen Existenz entspringt. Wenn wir die Lage des Kleingewerbes in Oesterreich, um das es sich da hauptsächlich handelt, erörtern wollten, müßten wir weit zurückgehen, wir müßten auf die österreichische Industrie- und Gewerbepolitik des vorigen Jahrhunderts zurückgreifen und sie in ihren einzelnen Phasen verfolgen.

Wir würden zu der Ueberzeugung kommen, daß sich die Industrie- und Gewerbepolitik Oesterreichs immer ausgezeichnet hat durch eine vollkommene Zielloſigkeit, durch ein ewiges Schwanken zwischen verschiedenen Systemen. Ja, wir hatten in Oesterreich sogar Gewerberechte, die in den einzelnen Provinzen verschieden waren, oder wenigstens verschieden gehandhabt wurden. Das Jahr 1859 brachte Oesterreich die Gewerbefreiheit, gegen die eigentlich, als sie gegeben wurde, ein wesentlicher Widerspruch nicht erhoben wurde. Es folgte dann jene kurze

Entwicklung der Blüthezeit der österreichischen Industrie und es kommen die Jahre der wilden Börsenspekulationen. Im Jahre 1873 tritt die Börsekatastrophe ein und ihr folgen eine Reihe von Jahren, die eigentlich eine ununterbrochene industrielle Krise darbieten. Ein allgemeiner wirthschaftlicher Rückgang ist zu bemerken, dem Kleingewerbe geht es immer schlechter und schlechter, und nun beginnt das Kleingewerbe sich zu sammeln und seine Lage zu diskutiren. Am 28. und 29. September 1879 findet in Prag ein vom Verein zur Ermunterung des Gewerbefleißes einberufener Gewerbetag statt, der erste Gewerbetag. Daran schließt sich eine ganze Kette von Gewerbetagen. Dieser Gewerbetag vom Jahre 1879 spricht sich schon für Zwangsgenossenschaften und den Befähigungsnachweis aus. Im selben Jahre, wenige Tage später, findet eine Massenversammlung mährischer Gewerbetreibender — man spricht von 1400 Theilnehmern — in Brünn statt. Diese geht in ihren Forderungen nach Gewerbeschutz in reaktionärem Sinne noch weiter als der Gewerbetag. Im November 1881 findet in Wien unter dem Vorsitz Löblich's ein Gewerbetag statt. Löblich gehört schon einer neuen, bisher nicht in Betrachtung gewesenen politischen Richtung an. Die Wiener Demokratie hatte sich, so lange sie existirte, aus den kleingewerblichen Kreisen rekrutirt und diese kleingewerblichen Kreise, welche lange Jahre unter der Führung Löblich's, Kronawetter's u. s. w. gestanden hatten, geben nunmehr in der weiteren Entwicklung das Material für die Armee der Christlich-Sozialen ab. Die Demokraten wissen sich gegenüber den Forderungen der Kleingewerbetreibenden keinen Rath und zum großen Theile, ja Alle, mit Ausnahme Kronawetter's, fügen sie sich den Forderungen der Kleingewerbetreibenden nach reaktionärem Gewerbeschutz. Es ist selbstverständlich, daß die klerikale Partei in Oesterreich dieser Erscheinung gegenüber nicht blind bleiben konnte und daß sie bald einsehen mußte, daß diese Bewegung für sie von ungeheuerer Bedeutung werden könnte, wenn es ihr gelänge, diese Strömung für sich auszunützen, das fließende Gewässer der kleinbürgerlichen Reaktion in den breiten Strom des römisch-katholischen Klerikalismus zu leiten. Mit dem römischen Katholizismus in Oesterreich ist immer auch der Feudaladel untrennbar verbunden, und so finden wir, daß der Klerikalismus und der Feudalismus in dieser Phase der politischen und ökonomischen Entwicklung Oesterreichs gemeinsam vorgehen. Schon am 1. bis 3. Mai 1872 hatte in Wien der erste allgemeine österreichische Katholikentag stattgefunden, auf dem Belcredi, Liechtenstein u. A. eine hervorragende Rolle gespielt haben. Schon jener Gewerbetag hatte insbesondere die Forderung nach reaktionärer Umbildung der Gewerbeordnung auf seine Fahne geschrieben. Die klerikale und die feudale Partei erkannten, daß diese Forderung und die hinter dieser Forderung stehende Masse des Kleinbürgerthums sehr brauchbar zur Erringung der Herrschaft und zum völligen Sturz des damals kaum schon mehr zur Bedeutung gelangenden Liberalismus in Oesterreich sein könnte, aber in Oesterreich existiren keine geistigen Kräfte, welche diese Bewegung leiten könnten. Belcredi, der nach außen hin immer als der Führer der Gewerbebewegung gilt, war selbst ein durchaus unwissender Junker, und so mußte diese Partei — und das ist ebenfalls eine eigene Schuld Oesterreichs, indem seit einem Vierteljahrtausend die herrschenden Gewalten jede geistige Bewegung zu unterdrücken bestrebt waren — ihre geistigen Kräfte aus dem Auslande beschaffen. So finden wir den Baron Vogelsang als Redakteur des „Vaterlandes" und Herausgeber der Monatsschrift für christlich-soziale Reformen und etwas später Dr. Rudolf Meyer, den bekannten Freund des Rodbertus, den wissenschaftlich immerhin auch heute noch bedeutsamen Vertreter konservativer sozialer Ideen. Beide sind keine Oesterreicher, der Eine ist ein Hannoveraner, der Andere ein Preuße. Diese beiden Männer müssen die Instruktion der österreichischen Feudalen und Klerikalen besorgen. Vogelsang thut das unermüdlich im „Vaterland" und in der Monatsschrift und Dr. Meyer thut es geradezu als Lehrer auf den Schlössern der Feudaladeligen. Einer seiner Schüler, mit dem er allerdings wenig Ehre erringt, ist der Graf Sylva-Tarouca. Vogelsang und Dr. Meyer sind also Ausländer, aber Beide sind, was besonders bemerkt werden muß, gebildete Leute. In Oesterreich ist es nicht überflüssig, so etwas ausdrücklich zu bemerken. (Heiterkeit.)

Bis zum heutigen Tage — Vogelsang ist gestorben und Dr. Meyer

hat Oesterreich wieder verlassen — ist es nicht gelungen, innerhalb der österreichischen feudalen und klerikalen Sippschaft Jemand aufzutreiben, der nur einigermaßen etwas von dem Wissen und Geist jener Männer hätte. In Oesterreich ist der Hemmschuh in dieser Partei der seichteste Dilettantismus und die krasseste Unwissenheit, und wenn wir in dieser Richtung die bedeutendsten Namen nennen wollen, so können wir als den Repräsentanten des seichtesten Dilettantismus Prof. Scheicher und als Repräsentanten der krassesten Unwissenheit unseren guten Freund Bielohlawek anführen. (Heiterkeit.) Das sind zwei österreichische Typen, wie man sie sich nicht prägnanter denken kann. Scheicher, der Schwätzer über Alles und um Alles herum, der mancherlei gelesen hat und sehr viel zusammenschreibt, aber alles saft- und kraftlos, molluskenartig, ein Brei, und Bielohlawek, der instinktiv alles Wissen und alle Bildung haßt.

Der große und ungeheure Unterschied, der zwischen Vogelsang und Rudolf Meyer auf der einen und den christlich-sozialen Katholiken in Oesterreich auf der andern Seite besteht, soll hier durch zwei Zitate markirt werden. Die Bedeutung des Dr. Meyer ist immerhin eine solche, daß wir von ihm mit Hochachtung sprechen müssen. Insbesondere wollen wir ihm nicht vergessen, daß er zu einer Zeit, wo dies immerhin eine Leistung war, jenes zweibändige Werk „Der Emanzipationskampf des vierten Standes" geschrieben hat und daß er, ein Konservativer, dieses Werk mit einer großen Unbefangenheit verfaßt hat. Auch Vogelsang, der nicht jene große literarische Thätigkeit entfaltete, war ein für Oesterreich offenbar viel zu großer und weiter Kopf. Dr. Klopp hat versucht, aus den zerstreuten Aufsätzen Vogelsang's ein System zusammenzufassen, das er im Jahre 1894 herausgab. Aus diesem Buche, das aus wörtlichen Sätzen Vogelsang's zusammengesetzt ist, will ich nur zwei Stellen zitiren, damit Sie den Geist dieses Mannes gegenüber der Geistlosigkeit unserer christkatholischen Sozialreformer sehen. Auf Seite 94 dieses Buches heißt es: „Wir sind der Sozialdemokratie, das heißt ihren geistig hochbedeutenden Führern, sowohl den deutschen, wie den französischen großen Dank schuldig. Sie haben mit gewaltigen, unwiderstehlichen Keulenschlägen das ganze Truggebäude des Kapitalismus zertrümmert, und in der That ist erst hiedurch den Katholiken der Impuls gegeben worden, aus dem Schatze ihrer eigenen Traditionen das Material zum Neubau hervorzusuchen. Der Dank der Nachwelt, wenn erst die Schrecken der bevorstehenden Periode der vollständigen Destruktion und des Wiederaufbaues überstanden sein werden, gebührt der Sozialdemokratie für die Negation, uns für die Position." Nun, wir lassen ihm gern seine Meinung. Sie sehen aber, welche Achtung und welches Verständniß der Mann für die sozialistische Bewegung gehabt hat. Er fährt fort: „Die Wege der Christen und der materialistischen Sozialdemokraten laufen keineswegs vollständig auseinander; sie gehen in der Kritik parallel, um sich dann zu trennen und sich endlich zu kreuzen. Alle Wege aber führen nach Rom, auch die Sozialdemokratie wird dahin führen, vorausgesetzt, daß der Rathschluß Gottes der europäischen Menschheit überhaupt noch eine menschenwürdige Zukunft bewilligt hat."

Auf Seite 145 desselben Buches steht zu lesen: „Machtlos — die Welt hat es schaudernd erlebt — steht eine ihres göttlichen Stempels, eines guten Gewissens und des Bewußtseins des guten Rechtes, damit aber aller Mannhaftigkeit entkleidete Autorität bald den entfesselten Instinkten der Bestie gegenüber. Dann ruft man: „Religion in's Land", dann soll der Priester, dem man das eigene Ohr verschlossen, den man verhöhnt, verstoßen, geplündert hat, dem Pöbel den Zaum des Glaubens wieder zwischen die knirschenden Zähne legen; als „schwarzer Gendarm" soll er die muthlos gewordene Polizei ergänzen und das Idol unserer Tage, das goldene Kalb, schützen, dem man das geistliche und leibliche Wohl des Volkes geopfert hat.

Ja, es ist wahr: das Christenthum ist die Religion der armen, leidenden, seufzenden Menschheit; der Herr hat selbst arm zur Welt kommen wollen, um ein Bruder und Tröster der Armen zu sein, seiner Lieblinge. Aber nicht deshalb ist dies geschehen, damit sie, wehrlos eine Beute der Ungerechtigkeit Mächtiger, diesen geopfert würden; Er, der ihnen Geduld, Demuth, Entsagung auferlegt, Er selbst will ihr Schützer und ihr Rächer sein gegen die Bedrücker und Verderber. Womit Ihr gesündigt habt, damit werdet Ihr gestraft werden."

Fragen Sie heute einen von der christlich-sozialen katholischen Sippschaft, ob er diese Worte widerspruchslos anerkennen würde (Ruf: Ob er sie auch versteht!), obwohl sie von einem katholischen gläubigen Herzen diktirt sind. Es wird mir zugerufen, ich soll fragen, ob er sie versteht. Ja, wahrhaftig, man hat Grund, zu meinen, daß die Führer dieser Partei heute gar nicht in der Lage sind, solche Sätze und einen solchen Gedankengang zu verstehen.

Nun will ich mir doch nicht die Gelegenheit entgehen lassen, gegenüber dieser geistig bedeutenden Erscheinung und der Auffassung des Christenthums von Seite solcher Leute ein kurzes Streiflicht zu werfen auf die Haltung der echten, unverfälschten und durch keinen Aufputz verunstalteten Klerikalen. Im Jahre 1893 oder 1894 fand der niederösterreichische Katholikentag statt, und da will ich Ihnen nichts weiter als blos die Tagesordnung vorlesen, damit Sie sehen, in welcher Rangordnung diese Leute die Dinge dieser Welt behandeln. Das Programm dieses Katholikentages umfaßte 7 Punkte. Der erste betrifft die Lage des Heiligen Vaters (Heiterkeit), der 2. die Rechte der klösterlichen Genossenschaften, der 3. die Einsetzung einer Kommission, der 4. die Schule, der 5. die katholischen Vereine und das katholische Leben, der 6. die christliche Presse, und der 7. endlich — die soziale Frage. Als besonderen Typus des unchristlichen Katholizismus unseres österreichischen Landes will ich Sie auf ein Buch aufmerksam machen. (Ruf: Schon wieder ein Buch! — Schallende Heiterkeit.) Es wird Sie interessiren, wenn Sie es lesen. Es ist von einem hervorragenden Prediger — seine Predigten sind in Buchform erschienen — von einem in Wien bekannten Prediger: Heinrich Abel, einer Leuchte des Katholizismus in Oesterreich. Das Buch heißt: Zurück zum praktischen Christenthum! Nun könnte man sich sehr gut denken, daß ein katholischer Priester sehr wohl schreiben kann: zurück zum praktischen Christenthum! Ich versichere Sie aber, das, was der Abel mit diesem Ruf meint, steht weit sogar hinter dem zurück, was Bismarck damit gemeint hat. Sie werden sich fragen, was kann ein Wiener Priester von der Kanzel predigen, was wird er den Leuten sagen? Er wird den Leuten vielleicht sagen, bethätigt Euer Christenthum, speiset die Armen, tröstet die Kranken, besuchet die Gefangenen, mit einem Wort, bethätiget das, was Gebot der Lehre Christi ist, die Nächstenliebe. Was kommt aber beim Abel heraus? Die Forderung des praktischen Christenthums geht nach dem Rezept Abel's und ich darf wohl sagen, des Jesuitismus, auf Folgendes hinaus: geht beichten, heiliget den Sonntag, seid arbeitsam, tretet katholischen Vereinen bei, unterstützt die katholische Presse, wählt katholische Männer und zum Schluß: geht häufig beichten! (Heiterkeit.) Ich war selbst einmal bei einer Predigt dieses Abel, in der er den Leuten gesagt hat, geht nur beichten, und wenn Ihr Euch genirt, so kommt auf die Nacht zu mir und beichtet ruhig, ich absolvire Euch. (Heiterkeit.) Das, was heute in Oesterreich von den Katholiken als Christenthum verzapft wird, ist ein Christenthum der Worte und Geberden, aber von dem inneren Geiste des Christenthums, der Evangelien und der Bibel, ist keine Spur zu finden. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich knüpfe nun wieder dort an, wo ich diese Abschweifung gemacht habe und setze weiter die Entwicklung der Reform der Gewerbepolitik in Oesterreich fort. Im Jahre 1879 brachte die Regierung im Parlamente eine Gesetzesvorlage zur Reform der Gewerbeordnung ein. Der Hauptinhalt dieser Vorlage betrifft die Reform der Arbeiterrechte, das sechste Hauptstück und die Gewerbe-Inspektoren, außerdem gewisse Bestimmungen über den Befähigungsnachweis u. s. w. Im Jahre 1882 veranstaltete die niederösterreichische Gewerbekammer eine Enquête, im Jahre 1881 erscheint der Ausschußbericht über die Regierungsvorlage, dazwischen fällt das neue Wahlgesetz mit den Fünfguldenmännern. Mit der Annahme dieses Gesetzes sehen wir im österreichischen Abgeordnetenhause eine merkwürdige Wandlung vor sich gehen, indem nun die Liberalen und Demokraten anfangen, an den kleingewerblichen Meistern Geschmack zu gewinnen, weil sie wieder gewählt werden wollen. Im Jahre 1885 sind die Neuwahlen und die Forderungen dieser Kleingewerbetreibenden sind nach diesen reaktionären Bestimmungen gegangen. Es wird von außen ein Druck auf die Abgeordneten geübt. 1882 findet der allgemeine österreichische Gewerbetag statt. 1883 tritt die Gewerbenovelle mit dem Befähigungsnachweis in Kraft. Es findet dann eine parlamentarische Enquête bezüglich des

sechsten Hauptstückes statt und im März 1885 wird auch dieses Hauptstück kodifizirt, so daß wir nun drei Novellen haben, welche sich auf das Gewerbegesetz beziehen. Zu gleicher Zeit, während diese gewerbliche Schutzpolitik im Parlamente getrieben wird, wächst der Antisemitismus der Richtung Schönerer's und wird von den Klerikalen und Feudalen aufgegriffen. Während aber Schönerer den Antisemitismus blos dazu braucht, um sein chauvinistisches nationales Programm aufzuputzen, benützt die klerikale und feudale Partei den Antisemitismus, um die eigene Partei zu vergrößern. Sie macht aber die Sache viel energischer, sie faßt die Dinge gleich fest demagogisch an, und wir sehen nach und nach in Wien aus der nationalen antisemitischen Partei die christlich-soziale antisemitische Partei entstehen und zwar hauptsächlich in Wien. Sie geht dann besonders nach Niederösterreich auf's Land hinaus. Erst jetzt entwickelt sich das, was wir heute die christlich-soziale antisemitische Partei in Oesterreich nennen. Diese Partei ist *als solche* nicht älter als zwölf Jahre. Noch im Jahre 1885 hat es bei den Neuwahlen in's Abgeordnetenhaus keine christlich-soziale Partei gegeben. Die Führer der antisemitischen Partei von damals, deren Namen ja heute noch bekannt sind, Pattai, Geßmann, Lueger, später Scheicher, Latschka, Schnabl, Vetter, Pfenner, Schneider, Steiner u. s. w., alle haben in ihrem Charakter etwas durchaus Demagogisches. Die klerikale Partei verstand es, diese Bewegung für ihre Zwecke dienstbar zu machen und sie hatte gewonnenes Spiel, als es ihr gelang, jenen Mann auf ihre Seite zu bringen, der wirklich als Persönlichkeit die ungemein große Fähigkeit gehabt hat, eine Partei um sich zu versammeln, eine Partei, die eigentlich wesentlich als eine Partei so und so vieler Personen bezeichnet werden kann, wenngleich auch bestimmte ökonomische Ursachen selbstverständlich zu ihrer Bildung beigetragen haben. Dr. Karl Lueger, der leuchtende Name des christlichen Sozialismus und des Katholizismus in Oesterreich, ist ein sehr entwicklungsfähiger Mann. Er ist als junger Mensch liberal gewesen, später ist er überzeugter Demokrat geworden, hat oft seine Lanze für die Gleichberechtigung der Konfessionen eingelegt, war insbesondere ein guter Freund vieler Juden, und er hat es immer verstanden, nur noch etwas klüger als Schönerer, auf den Instinkt der Schichten, auf die er wirken wollte, zu wirken. Nur in Einem thut man dem Lueger Unrecht. So sehr er sich sonst gewandelt hat, von einem internationalen Demokraten zu einem durchaus dienstbeflissenen Diener der österreichischen Feudalität und des Klerikalismus, eines war er immer, als Student und auch heute, und er ist stolz darauf: bis in die Knochen hinein schwarzgelb. Vielleicht ist das mit ein Grund, daß er alle diese Wandlungen so rasch gemacht hat, denn wenn schwarzgelb die Farbe Oesterreichs ist und Oesterreich durch sie recht signifikant bezeichnet werden sollte, so müßte man sagen, Oesterreich ist das Land der politischen Charakterlosigkeit seit Jahrhunderten und daher mag es ihm seine Eigenschaft als spezifischer Oesterreicher so leicht gemacht haben, von einer Stufe zur anderen herunterzuspringen, obwohl er äußerlich so weit hinaufgekommen ist. Lueger überlegt sich die Sache sehr lange, bevor er sich dreht, aber er dreht sich doch, langsam und energisch. Dazu wirkt insbesondere ein ihn geradezu verzehrender Ehrgeiz und eine zum Himmel stinkende Eitelkeit, die sein Wesen bezeichnen. Als er sieht, daß die Massen der Kleinbürger, die ja die Mandate vergeben, immer mehr in diese reaktionäre Gewerbepolitik und damit in den Antisemitismus hineinkommen, nimmt er — noch nicht im Jahre 1885, da wurde er zum ersten Mal gewählt und zwar im Vereine mit Kreuzig und Kronawetter — eine abwartende Haltung ein, und je mehr die Dinge sich nach dem Antisemitismus und Klerikalismus zu entwickeln, umsomehr gibt er nach und geht immer weiter in das Lager der Klerikalen hinein, bis sie ihn endlich ganz haben und zu dem Ihrigen machen können. Nicht handelt es sich diesem Manne mehr zu dieser Zeit um die Aufstellung bestimmter Programme, ja es wird sogar mit Aengstlichkeit darüber gewacht, daß in den Programmen nicht zu viel behauptet wird. Programme sind eine unbequeme Sache, sagt Herr Lueger. Aber etwas, womit man außerordentlich viel Effekt machen kann, das sind große und tönende Phrasen und statt eines Programmes sehen wir die christlich-soziale Partei und an ihrer Spitze Dr. Lueger mit der Phrase arbeiten. Die „Rettung des Volkes" u. s. w. ist nichts anderes als ein leeres Versprechen und insbesondere von ihm, dem Herrlichsten von allen, von Dr. Karl Lueger hat das Volk nichts zu erwarten.

Hundertmal haben wir es schon in Versammlungen gesagt und müssen es immer wiederholen: Leute, wer Euch sagt, daß er Euch retten wird, der belügt und betrügt Euch. Niemals kann ein Einzelner das Volk retten, das Volk kann nur gerettet werden durch das Volk.

Die ungeheuere Kluft, die uns in der Agitation und in unserer ganzen Art von den sogenannten Christlich-Sozialen trennt, liegt darin: Während die christlich-soziale Partei, um rasch zur Macht zu gelangen, nur eines tüchtigen Schlagwortes bedurfte, und dieses Schlagwort auch in dem Juden gefunden hat, müssen wir, wenn wir vor die Massen treten, eine schwere geistige Arbeit verrichten und müssen dies auch von unseren Anhängern verlangen. Die christlich-sozialen Antisemiten haben es leicht, ihr Evangelium zu predigen, sie sagen einfach: „Volk, sei auf deiner Hut, der Jud ist an Allem schuld". Sie wissen diesen Satz mit einer solchen Leidenschaft zu wiederholen, daß schließlich das Volk ganz hypnotisirt wird und immer nur auf den Juden schaut. Während das hypnotisirte Volk sich aber so vor den Juden in Acht nimmt, kann der Feudaladel auf der einen und der Klerikalismus auf der anderen Seite dem Volke die Taschen ausleeren.

Was müssen wir thun, wenn wir vor das Volk hintreten? Immer und immer wieder die soziale Entwicklung predigen. Das ist sehr mühsam. Wir müssen den Leuten sagen: damit Ihr zu uns kommen könnt, müßt Ihr vor Allem die ökonomische Entwicklung verstehen, Ihr müßt begreifen, daß Ihr eine Klasse seid, die in einem Gegensatz zu allen anderen Klassen steht, und damit Ihr das begreift, müssen wir fordern, daß Ihr leset und etwas lernet, kurz, wir müssen an die Leute mit einer Reihe von Forderungen herantreten, die Dr. Lueger und die Anderen nicht brauchen. Wir können dabei aber den Leuten auch nicht sagen, w i r werden Euch retten. Wir können ihnen nur sagen, wir werden Euch im Kampfe um Euere Befreiung behilflich sein und Euch organisiren. Die Christlich-Sozialen laufen auch nicht Gefahr, eingesperrt oder von den Unternehmern ausgesperrt zu werden. Sie sehen also, es ist viel leichter, Christlich-Sozialer als Sozialdemokrat zu werden. Als Christlich-Sozialer braucht man gar nicht denken, als Sozialdemokrat muß man denken lernen und furchtlos an der Befreiung des Volkes aus den Fesseln des Kapitals mitarbeiten.

Der demagogische Charakter der christlich-sozialen Partei tritt immer deutlicher hervor: Während anfangs die christlich-soziale Partei wenigstens den Versuch gemacht hat, programmatische Forderungen aufzustellen, werden solche Forderungen jetzt immer seltener. Es handelt sich nun nur mehr um allgemeine Behauptungen. Das haben wir im vorigen Jahre auf dem Arbeiterschutzkongreß in Zürich in trefflicher Weise gesehen. Sie sind für jede Art von Schutz, wenn man nämlich das Wort im Allgemeinen ausspricht; wenn man aber etwas Konkretes, zum Beispiel den Achtstundentag fordert, da können sie nicht dafür sein, da gibt es eine Menge Hindernisse. Wenn man den Kinderschutz verlangt, oh, da sind sie dafür, sie sind für die Heiligkeit der Familie. Wenn man aber sagt, bis 14 Jahre — da sind sie nicht dafür, vielleicht bis zu zwölf Jahren. So zeigt sich insbesondere seit jener Zeit, seitdem diese Partei zur Herrschaft gekommen ist, immer deutlicher der rein demagogische Charakter derselben.

Als unter dem Koalitionsministerium die Christlich-Sozialen mit den Jungtschechen die Opposition im Parlamente besorgten, da konnten sie sich radikal geberden und thaten es auch. Das war die Zeit, wo im österreichischen Parlamente zum ersten Mal Obstruktion getrieben wurde von unseren lieben Freunden, den Jungtschechen, das war die Zeit, wo anscheinend radikale Forderungen von den Christlich-Sozialen im Parlamente gestellt oder wenigstens unterstützt wurden, aber auch schon zu dieser Zeit hat man den volksfeindlichen Charakter der christlich-sozialen Partei wahrnehmen können. Ich erinnere Sie an den Strike der Bergarbeiter in Falkenau und Ostrau im Jahre 1894. An den Debatten, die damals im Abgeordnetenhause geführt worden sind, haben sich die Christlich-Sozialen meines Erinnerns nicht betheiligt, und ich habe mir damals erlaubt, den katholischen Christlich-Sozialen zu sagen: Ja, Freunderln, warum geht Ihr denn nicht nach Falkenau und Ostrau hinaus? Die Arbeiter dort sind ja gute Katholiken. Wenn Sie in Mährisch-Ostrau und Falkenau in die Wohnungen der

Bergarbeiter kommen, werden Sie überall die Embleme der Katholiken finden Warum geht Ihr nicht zu diesen Leuten, warum organisirt Ihr sie nicht? Sehen Sie, wenn die katholische christlich-soziale Bewegung in Oesterreich einen ernsthaften, einen wirklich sozialen Hintergrund hätte, so hätten die Leute es sehr leicht, an diese Massen heranzukommen. Sie können aber ihrer inneren Natur nach nicht, sie haben keinen Inhalt, sie sind keine Partei des unterdrückten arbeitenden Proletariats, daher können sie keine ernsthafte Arbeit im Sinne dieser Klassen leisten.

Aber nicht allein der Umstand, daß der demagogische Charakter der Partei immer mehr hervortreten mußte, sondern auch wohl die Persönlichkeiten, die in dieser Bewegung thätig waren, haben es dahin gebracht, daß diese Partei — und vielleicht nicht allein in der Geschichte Oesterreichs — einzig dasteht in Bezug auf die Art und Weise, wie sie die Agitation betrieb und dabei die gemeinsten Mittel anwendete. Es ist mit der christlich-sozialen Bewegung in Oesterreich soweit gekommen, daß man ruhig sagen kann, wenn einmal ein Christlich-Sozialer die Wahrheit sagt, dann geschieht es unversehens, es ist nicht gern geschehen (Heiterkeit), so sehr ist es ihnen ein Bedürfniß, zu lügen und zu verleumden.

Rasch mußte Lueger zur Macht kommen und um rasch zur Macht zu kommen, mußte er zu solchen Mitteln greifen, zu denen er gegriffen hat. Die letzte Wahlbewegung im vorigen Jahre hat uns das Niveau dieser Gesellschaft so deutlich gezeigt, daß bei Niemanden mehr ein Zweifel bestehen kann. Es ist Ihnen wahrscheinlich jenes Flugblatt bekannt, welches die christlich-soziale Partei damals verbreitet hat und welches die Sozialdemokratie „beleuchten" soll. Dasselbe beginnt mit der Behauptung, daß die Sozialdemokratie gegründet worden ist von den drei Juden Marx, Engels und Lassalle, und so geht es in lieblicher Weise fort. Dieses Flugblatt wird für alle Zeiten ein Schanddenkmal für die Unwissenheit, Gemeinheit und Niedrigkeit dieser Partei sein. Es ist nicht leicht denkbar, sich etwas Gemeineres und Niedrigeres vorzustellen, als die Agitation und den Inhalt dieser Partei. Wir haben wahrhaftig manche bittere Erfahrungen hinter uns. Wir haben die Entwicklung einer liberalen Partei hinter uns, die in ihren verschiedenen Phasen wirklich nicht immer sehr angenehme Bilder dargeboten hat. Die Eindrücke des Liberalismus in Oesterreich waren weder für das Auge noch für die Nase besonders angenehm (Heiterkeit), aber die Partei mit den Pfaffen mit und ohne Kutte an der Spitze überbietet Alles, was an Korruption und Gemeinheit von Seite der liberalen Partei jemals geleistet worden ist. Seit diese Leute in Wien und Niederösterreich an der Regierung sind, haben sie sich in ihrer wahren Gestalt Jedermann vollständig deutlich gemacht. Jene Leute, welche, solange sie in der Opposition waren, natürlich Gegner der Aemterkumulirung waren, sehen wir heute in Niederösterreich *einige* bezahlte Aemter — natürlich immer bezahlte! — in sich vereinigen, es ist ihnen nicht genug, aus einer Schüssel zu essen, sie brauchen drei, vier zu gleicher Zeit. Jene Leute, die das Maul nicht voll genug nehmen konnten, als es sich darum handelte, daß einige Beamte wegen mißliebiger politischer Gesinnung gemaßregelt wurden, haben die Lehrer in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise gemaßregelt, dieselben Leute, die immer gegen die Juden gewettert haben, haben, als sie zur Regierung kamen, gegen die großen Juden keinen Schritt unternommen, dafür aber ein paar kleine jüdische Stenographen aus dem Landtage hinausgeschmissen, ja derselbe Lueger, der im Parlamente den Baron Rothschild auf das Heftigste bekämpft hat, hat nicht umhin können, als Bürgermeister denselben Rothschild devotest zum Ball der Stadt Wien einzuladen: alle diese Leute bilden eine Gesellschaft, vor der Einem wirklich graut und vor der man sich die Nase zuhalten muß, eine Gesellschaft, die alle Gemeinheiten mit Bewußtsein begeht. Es ist mir der Gedanke gekommen, daß sie diese Gemeinheiten vielleicht deshalb so rasch hintereinander begeht und so rasch sich zu bereichern sucht, weil sie eine dunkle Ahnung davon hat, daß ihr famoses Geschäft von keiner langen Dauer sein wird und daß sie also dazu schauen muß, rasch zu fressen, was sie fressen kann. (Beifall.)

Ich kann mir hier nicht versagen, Sie auf eine Stelle des kommunistischen Manifestes aufmerksam zu machen. Manches von dem, was im kommunistischen Manifest steht, paßt vielleicht nicht mehr auf die heutigen Verhältnisse, aber immer

von Neuem bewundern wir den Scharfsinn und den durchdringenden geschichtlichen Blick, den die Verfasser dieses kommunistischen Manifestes gehabt haben. Und wenn sie auch zu einer Zeit gelebt haben, in der noch kein Mensch von dem feudalkatholischen Sozialismus in Oesterreich eine Ahnung haben konnte, so finden wir doch in diesem kommunistischen Manifest manches Bezeichnende für diesen Sozialismus. Erlauben Sie, daß ich Ihnen den Abschnitt vorlese. Er ist im 13. Kapitel des kommunistischen Manifestes, welches überschrieben ist „Sozialistische und kommunistische Literatur". Der erste Abschnitt behandelt den reaktionären Sozialismus und die erste Unterabtheilung beschäftigt sich insbesondere mit dem feudalen Sozialismus. Es heißt hier: „Die französische und englische Aristokratie war ihrer geschichtlichen Stellung nach dazu berufen, Pamphlete gegen die moderne bürgerliche Gesellschaft zu schreiben. In der französischen Juli-Revolution von 1830, in der englischen Reformbewegung, war sie noch einmal dem verhaßten Emporkömmling erlegen. Von einem ernsten politischen Kampfe konnte nicht mehr die Rede sein. Nur der literarische Kampf blieb ihr übrig. Aber auch auf dem Gebiete der Literatur waren die alten Redensarten der Restaurationszeit unmöglich geworden. Um Sympathie zu erregen, mußte die Aristokratie scheinbar ihre Interessen aus dem Auge verlieren und nur im Interesse der exploitirten Arbeiterklasse ihren Anklageakt gegen die Bourgeoisie formuliren.

Sie bereitete so die Genugthuung vor, Schmähglieder auf ihren neuen Herrscher singen und mehr oder minder unheilschwangere Prophezeiungen ihm in's Ohr raunen zu dürfen.

Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückfall der Vergangenheit, halb Dräuen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie in's Herz treffend durch bitteres, geistreich zerreißendes Urtheil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen.

Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter." (Heiterkeit.)

In Oesterreich ist die Zeit gekommen, wo als Signum bei den Anhängern der christlich-sozialen und der feudalen Partei das Volk immer deutlicher das Wappen des Volksbetruges erblicken kann. Auch bei uns in Oesterreich ist der Tag nicht mehr ferne, wo das Volk mit lautem und unehrerbietigem Gelächter sich von diesen Gruppen abwenden wird. Sie wissen das und sind um ihre Herrschaft sehr besorgt. Deshalb der erbitterte Kampf, den sie gegen uns führen, denn wir sind ihre einzigen Feinde von Belang.

Die bürgerlichen Parteien, die auch manchmal gegen den Klerikalismus und den Christlich-Sozialismus in Oesterreich losgehen, die fürchten sie nicht, sie thun ihnen auch nicht wehe. Wehe thun einzig und allein wir ihnen, und deshalb hassen sie uns und gehen mit jener Rücksichtslosigkeit gegen uns vor, die sie kennzeichnet. Ich glaube, wir sollten heute auf dem Parteitage unsere Meinung über diese Sippschaft klar und unverhohlen äußern und im Namen der Parteivertretung habe ich die Ehre, Ihnen folgende Resolution vorzuschlagen (liest):

Resolution:

„In Erwägung, daß die christlich-soziale Partei in Oesterreich weder mit dem Christenthum der Evangelien, noch mit dem Sozialismus auch nur das Allergeringste zu thun hat, daß diese Partei vielmehr eine erbitterte Widersacherin der Lehren des Evangeliums ist, als solche tagtäglich die sittlich-verwerflichsten Mittel im Agitationskampfe anwendet, daß sie, während sie den Massen vorzuspiegeln versucht, deren wirthschaftliche Interessen zu vertreten, in Wahrheit eine Partei der Hausherren, des konfessionslosen, internationalen, privatkapitalistischen Unternehmerthums jeder Sorte, die Verbündete der Auswucherer des Volkes auf jedem Gebiete ist, die die von ihr geführten Schichten des Mittelstandes für die Zwecke der Feudalen und Klerikalen mißbraucht, daß sie diese ihre innere Natur, die sie zu Lakaien des Junker- und Pfaffenthums prädestinirt, besonders von dem Zeitpunkte an geoffenbart hat, seitdem sie zur Herrschaft in Niederösterreich und Wien gekommen ist, indem sie von da an keine einzige ihrer volksfreundlichen Versprechungen gehalten hat, vielmehr mit den wirthschaftlichen und politischen Bedrückern des Volkes in der schamlosesten Weise sich vereinigt hat;

in Erwägung insbesondere, daß die christlich-soziale Partei nichts Anderes ist, als die Vortruppe des reaktionärsten und volksfeindlichsten Klerikalismus, dem weder das materielle, noch das geistige Wohl des Volkes je am Herzen gelegen ist, der vielmehr die Religion jederzeit als Mittel zu Zwecken der weltlichen Parteiherrschaft in einer im Sinne des Christenthums der Evangelien geradezu gotteslästerlichen Weise geschändet hat (Beifall);

in Erwägung, daß diese Partei eine Partei der exzessivsten persönlichen Korruption ist, daß deren Mitglieder ihre politische Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen und vor schmutzigen Geldgeschäften selbst dann nicht zurückschrecken, wenn sie mit Bordellen im Zusammenhange stehen (Lebhafter Beifall);

in Erwägung endlich, daß diese Partei das Gift der Lüge und Verleumdung systematisch und unablässig in den Körper des Volkes zu leiten sucht:

erklärt es der Parteitag für die Pflicht der Parteigenossen:

mit Entschiedenheit überall und jederzeit die christlich-soziale Partei in Oesterreich zu bekämpfen,

ihre innere Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in ihrem ganzen Gebahren, wie in dem, was sie ihr Programm nennt, was aber im letzten Grunde ihre positive Programmlosigkeit ist, aufzudecken,

ihre wahre Natur als immer gefällige und dienstbereite Dirne des volksaussaugenden Feudalismus und volksverdummenden Klerikalismus zu enthüllen,

das Volk über die Niedrigkeit der Gesinnung ihrer Führer und über die Niedertracht ihrer Agitationsweise unermüdlich aufzuklären, um so die Vorbedingungen zu schaffen, durch welche es ermöglicht wird, daß endlich die Völker Oesterreichs aus dem ein Vierteljahrtausend währenden Schlafe, in den sie feudaler Junkerhochmuth im Bunde mit Klerikalismus und bureaukratisch-unfähigen Regierungen eingelullt haben, aufzuwecken und zur Selbstbesinnung zu bringen."

Ich könnte damit schließen, daß ich Ihnen diese Resolution zur Annahme empfehle. Erlauben Sie mir aber noch eine kleine Betrachtung anzuschließen. Seit mehr als 250 Jahren wird Oesterreich von den Feudalen und Klerikalen im treuen Verein in den Grund und Boden hineinregiert, seit mehr als 250 Jahren stehen die Völker Oesterreichs unter der Herrschaft dieser Blutsauger und Unterdrücker, seit mehr als 250 Jahren haben sie nicht allein das materielle Wohl der Völker Oesterreichs, sondern auch deren geistige Entwicklung systematisch gehemmt. Seit mehr als 250 Jahren befinden sich die Völker Oesterreichs — ich glaube sagen zu können in einer Rückentwicklung, und es bedarf großer Anstrengungen, großer Zähigkeit und unermüdlicher Energie, um endlich aus diesem so lange Jahre dauernden Zustand herauszukommen zu einer gesunden Entwicklung. Es gibt in Oesterreich zur Zeit keine Partei, welche diesen Kampf für eine bessere Zukunft der in Oesterreich vereinigten Völker mit Bewußtheit und Entschiedenheit führt, es sei denn die sozialdemokratische Partei. Auf uns liegt die große Verantwortung, in diesem Kampf das vorwärtstreibende Prinzip zu vertreten und unablässig unsere Kräfte anzuspannen, neben der momentanen Arbeit des Tages diese unsere geschichtliche Aufgabe in Oesterreich zu erfüllen. Deßhalb hassen und verfolgen uns insbesonders Jene, die das Gegentheil von dem wollen, was wir erstreben, deren Absicht dahin geht, dem Volke jede weitere Entwicklung zu versperren. Wenn der politische Kampf in Oesterreich heute trotz der Verschleierungen nach außen im wesentlichen der Kampf des Klerikalismus, der mit dem Kapitalismus verbunden ist, gegen den Sozialismus ist, und wenn dieser Kampf in einer so heftigen Weise geführt wird, so hat das seinen guten Sinn. Der römische Klerikalismus weiß es, daß der Kampf, in dem wir heute in Oesterreich stehen, ein Entscheidungskampf von besonderer Art ist. Der römische Klerikalismus, als der Anhänger der starren Autorität, des unabänderlichen Dogmas und der absoluten geistigen Unfreiheit, muß den Sozialismus auf Leben und Tod bekämpfen, der in allen drei Dingen das kontradiktorische Gegentheil von ihm ist, denn wie der Klerikalismus die starre Autorität vertritt, so stehen wir jeder Autorität zweifelnd gegenüber, wie der Klerikalismus das unwandelbare Dogma vertritt, so verneinen und bekämpfen wir jedes Dogma, wir wissen, daß wir uns im Flusse der Entwicklung befinden und daß im Flusse dieser Entwicklung keine Erfahrung und kein Satz der Wissenschaft sicher ist in dem Sinne, daß er sich nicht wandeln könnte, und wie der Klerikalismus der Vertreter der absoluten geistigen Unfreiheit ist, so müssen wir die Vertreter der absoluten

geistigen Freiheit sein, jene Partei, die das zur Wahrheit machen will, was allein ein menschenwürdiges Dasein verbürgt, die Freiheit des Gewissens und die Freiheit des Geistes. In diesem Entscheidungskampfe, der sich immer mehr zuspitzt, wird die Sozialdemokratie vor den Mächten der Erde und auch vor den Mächten der Hölle nicht zurückweichen. Wir werden wissen, was wir zu thun haben, und es erfüllt uns mit Stolz, sagen zu können, daß wir die einzige Kulturpartei im großen Stile in unserem Lande sind, wie es unsere Genossen in anderen Ländern sind. Und indem wir so auf der einen Seite für die Bedürfnisse des Tages kämpfen, tragen wir in uns das Bewußtsein, daß wir zugleich kämpfen für die größten geistigen Güter der Menschheit, daß wir dafür kämpfen, daß endlich einmal der jahrtausendelange Kampf zwischen Licht und Finsterniß entschieden werde zu Gunsten des Lichtes, zu Gunsten des Sozialismus. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß folgende Anträge eingelangt sind:

„Der Parteitag wolle beschließen, in nächster Zeit eine Broschüre herauszugeben, in welcher die volksfeindliche Haltung des Klerus, seine Sucht nach irdischen Gütern, seine unchristlichen Herrschaftsgelüste kritisirt und der krasse Widerspruch seiner Handlungsweise mit der Lehre des Zimmermannssohnes von Nazareth verglichen wird.

Hoffman (Wels)."

„Der Parteitag beauftragt Gen. Pernerstorfer, eine Broschüre über das Thema „Christlich-soziale Bewegung" zu verfassen. Ulrich (Bielitz)."

„Das Referat des Gen. Pernerstorfer über „Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich" sammt der Resolution hat als Broschüre zu erscheinen.

Meizr (Wien)."

„Beantrage, daß die Rede des Genossen Pernerstorfer in einer Broschüre zum Preise von 5 Kreuzer herausgegeben wird. Ferdinand Hanusch (Sternberg)."

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Parteivertretung wird aufgefordert, die Rede des Genossen Pernerstorfer am Linzer Parteitage über „Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich" in ihrer Gänze, inklusive der Resolution, als Broschüre zu veröffentlichen. Peterfilka (Wien)."

„Ich stelle den Antrag, Genosse Pernerstorfer möge beauftragt werden, sein Referat mit den nothwendigen Ergänzungen in Form einer Broschüre zu verfassen. Zugleich wird die Parteileitung beauftragt, dieselbe so bald wie möglich erscheinen zu lassen. August Hecker (Teichstadt)."

Gen. Prähauser (Salzburg): Wie ich die Tagesordnung gelesen habe, habe ich mich gefragt, warum eigentlich die Genossen aus Niederösterreich hier die Frage der Christlich-Sozialen besprechen wollen. Ich betrachte nämlich eine Partei nur dann als für uns gefährlich, wenn sie dem Volke mehr zu bieten im Stande ist als wir. Es ist aber kein Zweifel, daß dies weder bei den Christlich-Sozialen, noch bei den Deutschnationalen zutrifft. Gefährlich sind sie uns nur durch ihre Macht in wirthschaftlicher und politischer Beziehung, durch ihre Brutalität, ihre Verlogenheit. Auch den Klerikalen in Salzburg stehen alle Machtmittel zur Verfügung, welche den Christlich-Sozialen in Wien zur Verfügung stehen, aber Eines fehlt unseren Klerikalen: die Viehtreiber. Es berührt mich auch immer unangenehm, wenn ich in der „Arbeiter-Zeitung" lese, daß sich zum Beispiel bei einem Leichenbegängniß ein Geistlicher unanständig benommen hat, oder daß ein Genosse bei der Inanspruchnahme der Herren von ihnen über's Ohr gehauen wurde. Wir müssen den Schwarzen zeigen, daß wir sie nicht brauchen, dann werden sie uns nicht bemogeln können.

Gen. Pick (Wien): Die Rede des Genossen Pernerstorfer kann nur derjenige voll und ganz verstehen, der die Kämpfe gegen die Christlich-Sozialen in Wien mitgemacht hat, insbesondere den Kampf in einer Arbeitergruppe, in der Gruppe der Handelsangestellten. Wenn dieser Kampf zu unseren Gunsten entschieden wurde, so ist das nicht dem Umstande etwa zu danken, daß eine Anzahl von Anhängern der christlich-sozialen Partei Sozialdemokraten geworden wären, sondern es hat uns da ein Mittel geholfen, welches ich allen Genossen empfehlen möchte. Wir haben einen Punkt aus den Reden ihrer Führer — und die sind ja jetzt ihr Programm, wie sie sagen — hervorgeholt und haben es nicht an Mühe fehlen lassen, durch Monate hindurch selbst die Christlich-Sozialen auf diesen einen Programmpunkt zu dressiren. Wir haben uns auf die Frage der Sonntagsheiligung geworfen und wollten die Christlich-Sozialen verhalten, daß sie zu dem

Zwecke eine Aktion unternehmen, um diesem Minimum an Arbeiterschutz, worüber es doch in der ganzen zivilisirten Welt keine Debatte gibt, zu entsprechen. Da haben aber die Christlich-Sozialen gar schnell den Rückzug angetreten und damit zugleich bewiesen, daß sie nichts anderes als die Vertreter des Ausbeuterthums sind. Ich habe einmal in eine christlich-soziale Versammlung ein Buch von Pfenner mitgenommen. Der Pfenner hat nämlich auch ein Programm verfaßt. Da hat mir aber gleich ein Christlich-Sozialer gesagt, was kümmert uns denn das Pfenner'sche Programm? Das ganze Um und Auf der christlich-sozialen Literatur sind die Kanzelreden des Pater Vauchinger. Ich werde einmal bei einer geselligen Zusammenkunft mir das Vergnügen machen, Ihnen eine solche Rede vorzulesen. (Rufe: Als Kneipzeitung!) Da wir hier in einer Stadt sind, wo die Christlich-Sozialen auch eine ziemliche Rolle spielen (Rufe: Die Klerikalen!), — also die unverfälschten Christlich-Sozialen — kann ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß gestern bis tief in den Nachmittag hinein die Geschäfte offen gehalten wurden (Rufe: Bis tief in die Nacht!), und ich habe mich überzeugt, daß in einer Paramentenhandlung, wo man heilige Bilder bekommt, nach 12 Uhr Mittags noch Bilder zu bekommen waren, die zwar keine Heiligenbilder, aber auch nicht in der Auslage waren. (Hört! Hört!)

Gen. Ulrich (Bielitz): Ich muß als Vertreter des II. schlesischen Wahlkreises darauf aufmerksam machen, daß sich bei uns eine Strömung geltend macht, die uns viel eher über den Kopf wachsen könnte, als dies die böhmischen Genossen von den Deutschnationalen behaupten. Es ist dies eine national-soziale Bewegung, und ich muß sagen, daß diese Leute in ihrem Benehmen nicht so schmutzig sind, wie die Christlich-Sozialen, weshalb es ihnen auch viel leichter gelingt, Anhänger zu gewinnen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir heute zu wenig Kräfte haben, um dieser Bewegung entsprechend entgegentreten zu können.

Gen. Dr. Adler: Parteigenossen! Wenn ich mir erlaube, dem Referate ein paar Worte anzufügen, so geschieht dies vor allem, um eine kleine Lücke auszufüllen, da ich nicht möchte, daß sie zu Ungunsten dieses Parteitages ausgenützt würde. Genosse Pernerstorfer hat ein glänzendes Bild aller Schattirungen des protestantischen Sozialismus entworfen, er hat aber den katholischen Sozialismus einigermaßen stiefmütterlich behandelt. Nun existirt allerdings auch in Deutschland — und hat existirt — eine Richtung des katholischen Sozialismus, die ziemlich alt ist und diejenigen Genossen, welche die Lassalle'sche Bewegung genauer kennen, werden wissen, daß zur selben Zeit, als Lassalle aufgetreten ist, der Erzbischof Ketteler von Mainz und mit ihm eine ganze Reihe von Agitatoren, anknüpfend an das Evangelium, mit Forderungen demokratischer Art aufgetreten sind. Die Kette von den Ketteler'schen Forderungen bis zu dem, was heute in Oesterreich im Absterben begriffen ist, ist eine direkte und selbst Meyer steht mitten darin. Er hat sowohl das protestantische wie das katholische Element in sich vereinigt.

Ich möchte, an diese Thatsache anknüpfend und gerade mit Bezug darauf, was der letzte Redner vor mir gesagt hat, ein paar Worte sagen. Es wäre doch ein Wunder, und es wäre gerade von unserem materialistischen Standpunkte gar nicht zu erklären und zu verstehen, wenn nicht aus dem Klerus heraus, der der großen Masse nach ja ein proletarischer Klerus ist, sich gewisse Ansätze und Symptome von proletarischem Klassenbewußtsein entwickeln würden. Wir sehen diese Ansätze auch überall. Das, was sich jetzt in Schlesien vollzieht, haben wir auch in Niederösterreich gehabt. Ich erinnere Sie an den Pater Eichhorn in seiner ersten Gestalt. Ich will da die Personen nicht näher beleuchten, aber jeder von uns, der mit den Leuten etwas mehr Berührung hat, weiß, wie viele mündliche und schriftliche Zustimmungen wir aus den Reihen des Klerus bekommen, und es ist kein Zweifel, daß auch im Klerus vielfach solche proletarische Instinkte auch heute noch lebendig werden. Aber genau so, wie damals die von Ketteler in so hoffnungsreicher Weise, und man muß sagen, mit allen Waffen der Gelehrsamkeit und des Geistes geführte Bewegung erdrückt wurde, wie ihr die Spitze abgebrochen wurde, so sehen wir es überall, wo sich aus dem Klerus heraus solche Elemente entwickeln.

Diese armen proletarischen Geistlichen werden schließlich von dem kapitalistischen Katholizismus entweder gekauft — wie der Stojalowski — oder sie

werden unterdrückt, gebrochen, mitunter geschieht auch beides, sie werden erst gebrochen und dann gekauft. Das ist in den katholischen Ländern die Uebermacht Roms, und das ist die kolossale Macht, die die Organisation der Kirche hat, daß sie es hindert, daß sich aus der Kirche eine katholische, volksthümliche, sozialistische Bewegung überhaupt entwickelt. Wir können das, was in England geschah, nicht erwarten. Nun wird vielleicht Einer sagen, wir haben ja die große Enzyklika „de novarum rerum". Diese Enzyklika ist thatsächlich nichts weiter als der Fortschritt der Kirche von den alten feudalen Anschauungen zu modernen, liberalen, wirthschaftlichen Anschauungen, nicht mehr und nicht weniger. Ein jeder liberale Professor steht ungefähr auf dem Standpunkt, auf dem diese Enzyklika steht.

Die Frage, die immer wieder aufgeworfen werden muß, muß für uns sein: Was haben wir als Arbeiterpartei, was haben wir als proletarische Partei von allen diesen Bewegungen zu erwarten? Ist es nicht denn doch möglich, daß sich einmal für uns eine geschichtliche Situation findet, wie sie in den Vierziger-Jahren in England war, wo die Tories, also der Feudaladel, für Arbeiterschutzgesetze eingetreten sind, ist nicht eine Konstellation in Oesterreich möglich, wie sie Anfangs der Achtziger-Jahre war, wo Belcredi und Liechtenstein das VI. Hauptstück der Gewerbe-Ordnung geschaffen haben, ist es nicht doch möglich, daß diese Kraft, wenn sie auch dem Haß gegen die Bourgeoisie und nicht der Liebe zum Proletariat entspringt, ein Faktor wird, der zum Vortheile der Arbeiterschaft ausgenützt werden kann? Darauf müssen wir eine Antwort finden, und diese kann — man kann das bedauern oder nicht — nicht anders lauten, als: Nein. Das ist nicht möglich, und zwar darum nicht mehr möglich, weil sich inzwischen eine große wirthschaftliche Umwälzung vollzogen hat. Die Scheidung zwischen landwirthschaftlichem und kapitalistischem, zwischen Industrie und Landwirthschaft ist vollständig verschwunden und im Verschwinden begriffen. Dem Fürsten Schwarzenberg konnte es noch vor zwanzig, dreißig Jahren gleichgiltig sein, in der opulentesten Weise eine Arbeiterschutzgesetzgebung für die Industrie zu bewilligen, während er sich heute sehr hüten wird, mitzuthun, wo er selbst Fabrikant und Großindustrieller ist, wo die Landwirthschaft ihren feudalen Charakter immer mehr abstreift, und heute nichts Anderes mehr ist a's eine Fabrikation im kapitalistischen Sinne. Hier war einmal ein Katholikentag, und zwar der bedeutendste. Der Referent über den Arbeiterschutz war auch der bedeutendste Katholik, den wir in Oesterreich haben, der Graf Sylva-Taroucа. (Heiterkeit.) Der Mann hat hier in Linz über den Arbeiterschutz und den Achtstundentag referirt. Es waren aber noch keine drei Jahre in's Land gegangen, und er hat gewiß nicht seinen Herrn, aber das Proletariat, als dessen Schützer er sich ausgegeben hat, dreimal verrathen. Erinnern Sie sich an jene Parlamentssitzung, wo die Todten von Falkenau und Ostrau zitirt wurden und wo von Pernerstorfer die naturgemäße Konsequenz gezogen und gesagt wurde: Jetzt sind für den Achtstundentag der Bergarbeiter Jahr für Jahr die größten Opfer gefallen, das Parlament möge doch endlich ein Ende machen und die Achtstundenschicht der Bergarbeiter einführen. Es hat sich nur um die Dringlichkeit gehandelt, aber nicht einmal die Dringlichkeit konnte Herr Graf Sylva-Taroucа, der Führer in der Bewegung des christlich-katholischen Arbeiterschutzes, bewilligen, er hat g e g e n die Dringlichkeit des Achtstundentages gestimmt. Angesichts solcher Dinge kann eine Täuschung nicht mehr entstehen.

Aber wie steht es denn mit den Christlich-Sozialen? Es wurde gesagt, sie haben kein Programm. Das Programm der christlich-sozialen Arbeiterpartei wurde in Anwesenheit des Dr. Lueger selbst beschlossen. Sie kennen es ja, übrigens ist es überall um zwei Kreuzer zu haben. Ich gehe ohne dieses Programm überhaupt nicht aus. (Heiterkeit.) Es ist natürlich typisch dafür, was diese Leute sind, in welcher Furcht sie sich befinden, nicht Gottesfurcht, sondern Herrenfurcht. Sie haben nicht ein Wort in diesem Programm, mit welchem sie es wagen, in klarer und präziser Weise für die Arbeiterschaft gegen die Unternehmerschaft einzutreten, ja sie getrauen sich's nicht einmal in politischen Dingen. Das Programm wurde beschlossen, nachdem die Badeni'sche Wahlreform schon angenommen war. Da heißt es: „Wir Christlich-Soziale verlangen, daß alle männlichen Staatsbürger, die im Vollgenusse ihrer bürgerlichen Rechte sind, mit dem 24. Lebens-

jahr das aktive Wahlrecht haben." Ob auch das gleiche Wahlrecht, sagt das Programm nicht, gegen den Großgrundbesitz wagen sie nicht einmal aufzumucken. Und das heißt sich christlich-soziale „Arbeiter"partei!

Eines bemerken möchte ich noch. Wo immer die Interessen der Arbeiterschaft und des Proletariats mit der christlich-sozialen Politik in Berührung gekommen sind, immer sind die Christlich-Sozialen den Interessen der Arbeiterschaft auf das Schroffste entgegengetreten. Das war der Fall bei den städtischen Arbeiten in Wien, wo wir ein Lohnminimum und ein Arbeitszeitmaximum verlangt haben, das war bei der bekannten Krüppelgeschichte, das war bei allen Forderungen, die die arbeitenden Klassen treffen, und es war insbesondere im niederösterreichischen Landtage der Fall, wo diese Leute und besonders ein Geistlicher sich für die Wiedereinführung des Einlegerwesens eingesetzt haben. Eine solche Partei kann der Sozialdemokratie niemals gefährlich werden und sie kann auch nicht auf längere Zeit einen Theil der Arbeiterschaft in ihrem Gefolge haben. Ich habe am vorigen Parteitage gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, daß sich eine wirklich katholische, sozialistische Arbeiterpartei entwickelt. Die müßte aber, wenn sie Proletarier in ihren Reihen hat, die einen halbwegs offenen Kopf haben, sich von diesen Leuten lostrennen, und diese wären dann die gefährlichsten Feinde jener Leute, die sich heute christlich-sozial nennen. Wenn es jemals dazu käme, daß sich eine solche proletarische katholische Partei bildet, mit der müßten wir rechnen. Ich wiederhole aber, daß es in Oesterreich nicht dazu kommen wird, weil in Oesterreich jeder Proletarier, der Augen im Kopfe und ein Gefühl für seine Klassenlage hat, von vornherein Sozialdemokrat wird. (Beifall.)

Gen. Zipfinger (Wien): Wenn wir den Vorschlag des Genossen Prähauser, denjenigen Genossen, die noch einen Hang zum Klerikalismus haben, in schroffer Weise gegenüberzutreten, befolgen würden, so würden wir dadurch nicht nur hindern, daß sich unsere Partei ausbreitet, sondern wir würden auch Gefahr laufen, durch eine solche Agitation einen Theil unserer Genossen zu verlieren. Wir müssen unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen bekämpfen, wir müssen ihnen vorhalten, daß sie das, was sie predigen, selbst nicht einhalten. Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn das Referat des Genossen Pernerstorfer eine große Verbreitung finden würde, denn wenn es auch die Leute, die im christlich-sozialen Lager stehen, nicht lesen, so werden doch unsere Genossen dadurch in die Lage gesetzt, für die Ausbreitung unserer Partei um so mehr thätig zu sein.

Es wird Schluß der Debatte beantragt. Nachdem Genosse Meizr dagegen und Gen. Hueber dafür gesprochen haben, wird der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Gen. Pernerstorfer: Ich bedaure lebhaft, daß der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden ist. Es ist nun der Antrag gestellt worden, daß mein Referat in Form einer Broschüre hinausgegeben werde, dagegen muß ich mich entschiedenst aussprechen. Ich habe schon gesagt, daß ich naturgemäß nur fragmentarisch sein kann und es liegt in dem Charakter eines solchen Referates, daß es die Sache nicht erschöpfend behandeln kann. Wenn Sie wollen, daß über diesen Gegenstand eine Broschüre erscheint, so kann es ja geschehen, und wenn Sie mich damit beauftragen, werde ich mich nicht dagegen erklären. Diese Broschüre müßte aber mindestens den doppelten Umfang meines Referates haben. Den Antrag des Genossen Hoffman (Wels) bitte ich der zu wählenden Parteivertretung zuzuweisen. Ich weise übrigens darauf hin, daß es solche Broschüren gibt, die von schweizerischen Pastoren geschrieben sind.

Genosse Dr. Adler hat eine Unterlassungssünde von meiner Seite gut gemacht, ich kann aber versichern, daß ich nicht die Absicht hatte, den Bischof Ketteler unerwähnt zu lassen. Was Genosse Dr. Adler vom katholischen Klerus gesagt hat, ist richtig. Die katholische Kirche wird aber nie eine solche Bewegung des proletarischen Klerus dulden. Ich erwähne auch, daß wir in Oesterreich ebenfalls einen Vertreter des katholischen Sozialismus haben, der sogar ein Wochenblatt herausgibt, Hans Beruth, der am Salzburger Katholikentage geradezu hinausgeworfen wurde. Während bei uns in Oesterreich die Katholiken die Sozialdemokratie mit Lug und Trug verfolgen, haben wir zum Beispiel gesehen, daß die Schweizer Katholiken ganz andere Leute sind, ebenso in Italien, und die Organe

des Papstthums verhalten sich dort ganz anders, als unsere österreichischen Katholiken. Wenn Sie den „Osservatore Romano" oder die „Civiltà cattolica" lesen, so finden Sie, daß die Leute mit dem Sozialismus ganz anders rechnen, weil sie die Empfindung haben, daß sie es mit einem gebildeten Publikum zu thun haben. Bei uns in Oesterreich weiß jeder Pfaffe, daß er vor einem verdummten Volke spricht, und die Arbeit, das durch den Klerikalismus denkunfähig gemachte Volk wieder zu einem denkfähigen zu machen, ist eine sehr schwere und braucht lange Zeit. Hier kämpft er daher mit anderen Mitteln, hier getraut er sich mit Lügen und Verleumdungen und mit den dümmsten Behauptungen der Sozialdemokratie gegenüber aufzutreten. In anderen, gebildeten Ländern wissen die Katholiken, damit kommen sie nicht weiter, da müssen sie andere Kleider anziehen.

Wenn ich gesagt habe, die Christlich-Sozialen haben kein Programm, so war es mir bekannt, daß sie ein solches gedruckt haben. Meine Behauptung ging nur dahin, daß ihr Programm thatsächlich die Programmlosigkeit ist, daß sie auf jede bestimmte, konkrete Forderung, die wir ihnen gegenüber aufstellen, ausknei fen und ausknei fen müssen. Sie können die Proletarier nicht vertreten, weil sie eine kapitalistische Partei sind, weil sie, wie Vogelsang sagt, die schwarze Gendarmerie des Kapitals sind, des Ausbeuters Sylva-Taroucа, den sie auf ihren Katholikentagen zum Präsidenten machen.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen das, was in meiner Resolution zum Ausdruck kommt, besonders an's Herz legen. Man kann einen Gegner niemals besser bekämpfen, als indem man sich auf seinen Standpunkt stellt. Daher würde ich allen Genossen diese Taktik sehr empfehlen, daß sie die Christlich-Sozialen als Leute bekämpfen, welche ihrem eigenen Programm jeden Tag in's Gesicht spucken.

Wir haben es hundertmal erklärt und erklären es immer wieder: Wir haben gegen das Privatbekenntniß eines unserer Genossen nicht das Geringste einzuwenden, er möge in spirituellen Dingen sich benehmen wie er will. Das Bestreben, seine metaphysischen Bedürfnisse zu befriedigen, ist Sache des Einzelnen, und wenn wir wissen, daß ein Genosse eine religiöse Ueberzeugung hat, so haben wir keinen Anlaß, als Anhänger der Freiheit des Geistes und des Gewissens, seine Ueberzeugung zu verhöhnen oder zu bekämpfen, im Gegentheil, als Anhänger der absoluten geistigen Freiheit schützen wir Diejenigen, die in einem Lande in ihrer religiösen Ueberzeugung behindert werden. Wir sind der Meinung, daß mit der Sache des Sozialismus alle guten Geister der Welt sind, und wir werden in dem großen welthistorischen Kampfe, den wir kämpfen, nicht unterliegen, weil wir so gewiß siegen müssen, als es eine Entwicklung der Menschheit nach vorwärts gibt. Es ist möglich, daß wir heute oder morgen eine Reaktion erleben; das wird uns aber so wenig den Muth benehmen, als wenn wir heute eine vorübergehende Niederlage erleiden. Das ist eine Sache des Tages, unsere Sache ist ewig, eine Sache der Zukunft. Wir kommen nicht von gestern und gehen nicht blos bis morgen. Wir wissen, daß wir eine Partei sind, welche die Nothwendigkeit der Entwicklung der Menschheit nach vorwärts bringt und diese unsere Siegeszuversicht ist unbesiegbar, sie ist es, welche die anderen Parteien vor uns erzittern macht.

Ueber Antrag des Gen. Dr. Ellenbogen beschließt der Parteitag, ausnahmsweise nach dem Schlußwort des Referenten das Wort dem

Gen. Filzer (Kitzbühel) zu ertheilen. Der Redner führt aus: Ich möchte den Genossen empfehlen, zu untersuchen, ob der Ausdruck „christlich-sozial" auf die Bewegung, die uns da geschildert wird, überhaupt anwendbar ist. Unter einer sozialen Bewegung versteht man doch immer das Bestreben der gedrückten Volksschichten, eine bessere Stellung zu erringen. Dieser Charakter mangelt aber der christlich-sozialen Bewegung gänzlich. Und fragen wir uns, ob dies beim Urchristenthum der Fall war, so müssen wir, wenn wir der Wahrheit die Ehre geben wollen, mit „Nein" antworten. Wir finden beim Urchristenthum, daß die Strömung dahin geht, daß die Menschen alles Leiden, das sie auf Erden zu tragen hatten, trugen um des Reiches Gottes willen. Wir finden, daß sie nicht darauf ausgingen, ihre Lage zu verbessern. Deshalb glaube ich, müßte man vom wissenschaftlichen Standpunkte aus abstehen, von christlichem Sozialismus zu sprechen. Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich bedient sich nur dieser wohlklingenden Bezeichnung,

denn wenn man einen schönen Aushängeschild hat, geht das Geschäft besser. Man sieht ja auch an den Gasthäusern einen goldenen Löwen aufgemalt, obwohl es doch nie einen goldenen Löwen gegeben hat. (Heiterkeit.) Die christlich-soziale Bewegung in Oesterreich ist nichts anderes, als eine entartete Bewegung des kleinen Bürgerthums in Oesterreich. Das Kleinbürgerthum steht in einem schweren Kampfe mit der Großindustrie und mit dem Großkapital. Wir in Tirol haben noch zu wenig Verständniß für den schweren Kampf, den die Sozialdemokratie mit den Christlich-Sozialen in Wien zu kämpfen hat.

Wir haben unsere katholische Volkspartei und unsere ultramontanen Schwarzen. Ich glaube, die christlich-soziale Partei wird an ihrer eigenen Wirthschaft zu Grunde gehen, und ich würde es daher für entsprechender halten, wenn wir unsere Kräfte mehr darauf verwenden, um in die Massen des Volkes Wissen und Bildung zu tragen, damit wir ein gut organisirtes und gebildetes Proletariat haben, nicht aber, daß unsere besten Kräfte aufgezehrt werden in dem Kampfe mit einer Partei, die kein Mittel scheut, um uns zu bekämpfen. Es ist nimmer guat, dabei zu sein, wo Säu raufen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Referent Gen. Pernerstorfer: Es geht nicht an, daß ich auf die Ausführungen des Genossen Filzer näher eingehe, ich will nur Eines bemerken. Wir sind wahrlich nicht in der Lage und auch nicht in der Stimmung, ein theologisches Gespräch zu beginnen; das, was Genosse Filzer angezogen hat, würde aber darauf hinauslaufen, eine theologische Erörterung über das Urchristenthum und den Sinn des Christenthums zu pflegen. Die Anschauung, die er hat, ist eine solche, die sich wohl vertreten lassen kann, sie ist aber durchaus nicht die meine. Vor allem müßte ich, u. zw. vom Standpunkte der Wissenschaft aus, widersprechen, wenn er die christliche Bewegung in ihren Anfängen als eine rein ideologische, ohne jeden materiellen Hintergrund, hinstellen will. Die Bewegung des Christenthums war gewiß auch eine soziale Bewegung (Zuruf: Bis zum dritten Jahrhundert!), und ich erinnere nur daran, daß in dem Umstande allein, daß das Christenthum, wenn auch nur theoretisch, das Prinzip der Gleichheit der Menschen aufgestellt hat, der Beweis dafür liegt, daß dieses Christenthum auch eine große soziale Bedeutung hatte, daß es also nicht blos eine ideologisch-religiöse Bewegung war, sondern nur der ideologisch-religiöse Ausdruck einer großen sozialen Strömung. Es hat uns übrigens gefreut, einen Genossen aus Tirol kennen zu lernen, der in so bewußter und energischer Weise gegenüber der christlich-sozialen Bewegung auftritt. Wir glauben auch, daß die Tiroler, die so gescheidte Leute sind, wenn sie einmal die Herrschaft, die über sie verhängt ist, gebrochen haben, der Welt schon etwas erzählen werden; heute ist Tirol geistig verödet durch die Schuld der katholischen Wirthschaft. Ich kann Ihnen aber die Versicherung geben, daß, wenn wir auch im Augenblicke genöthigt sind, der christlich-sozialen Partei etwas größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wir unsere Aufgabe, die Leute prinzipiell aufzuklären, nicht aus den Augen verlieren werden.

Die Abstimmung.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten.

Die Resolution des Genossen Pernerstorfer wird einstimmig angenommen.

Die Anträge der Genossen Hoffman (Wels), Ulrich (Bielitz), Höger (Wien), Hanusch (Sternberg), Peterssilka (Wien) und Hecker (Teichstadt) werden der Parteivertretung zur Durchführung zugewiesen.

Hiemit ist auch der Antrag 11 der Bezirksorganisation Haindorf erledigt. Hierauf Schluß der Sitzung 1 Uhr 10 Minuten.

Nachmittagssitzung (Beginn der Sitzung 3 Uhr 25 Minuten.)

Vorsitzender: Gen. Popp.

Vor Uebergang zur Tagesordnung wird über Antrag der Brünner Genossen behufs Entscheidung einer unter diesen obschwebenden Kompetenzstreitigkeit durch den Parteitag eine Kommission zur Vorberathung und Berichterstattung gewählt, bestehend aus je einem Vertreter der bisherigen Parteileitung und der mährischen

Landesorganisation, sowie jedes Kronlandes. Aus den Kronländern werden gewählt: für Mähren Gen. Hannsch, für Schlesien Gen. Ulrich, für Steiermark Gen. Wagner, für Oberösterreich Gen. Popp, für Kärnten Gen. Eich, für Salzburg Gen. Prähauser, für Tirol und Vorarlberg Gen. Prachensky, für Böhmen Gen. Dobiasch, für Niederösterreich Gen. Petersilka, für die Bukowina Gen. Lehner.

Zur Tagesordnung

b) Die deutschnationale Bewegung in Oesterreich

ergreift das Wort der

Referent Gen. Seliger (Teplitz): Werthe Parteigenossen! Wenn wir heute über die deutschnationale Bewegung in Oesterreich sprechen, so geschieht es wohl nicht aus dem Grunde, um damit eine besondere Bedeutung dieser Partei für die Arbeiterschaft zu dokumentiren, sondern es geschieht wohl insbesondere deshalb, damit die Parteigenossen, die es hauptsächlich draußen in der Provinz und insbesondere im Nordwesten Böhmens mit den Deutschnationalen zu thun haben, sie nicht allzusehr überschätzen. Nach dem Antrage der Genossen aus Karlsbad, der bereits unter Punkt 2 der Tagesordnung verhandelt wurde, könnte es scheinen, als ob die Genossen dort thatsächlich eine geheime Furcht vor diesen Leuten hätten. Nun, ich glaube, das ist etwas Schwarzseherei, wenn man in Form dieses Antrages ausgesprochen hat, daß wir die deutschnationalen Parteien irgendwie besonders zu fürchten hätten.

Die deutschnationale Bewegung in Oesterreich ist ein Theil der nationalen Bewegung in Oesterreich überhaupt, und wollten wir die nationale Frage aufrollen, so müßten wir nicht allein von der deutschnationalen Bewegung sprechen, sondern auch von der nationalen Bewegung des Bürgerthums der anderen in Oesterreich lebenden Nationen. Das ist aber eine Sache, die meines Erachtens nicht auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokraten, sondern auf dem der gesammten österreichischen Sozialdemokratie besprochen werden muß. Nachdem es also nicht angeht, diese Frage eingehend zu behandeln, ohne auch die nationale Frage als solche erschöpfend zu erörtern, so werde ich nicht tief eingehen auf die eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen nationalen Bewegung im deutschen Bürgerthums Oesterreichs.

Es täuscht sich wohl keiner von uns, daß die Sprachenverordnungen Badeni's nicht die Ursache der jüngst so intensiv zu Tage getretenen deutschnationalen Bewegung sind, sondern wir wissen ja alle als Marxisten, daß die Ursachen dieser Bewegung viel tiefer liegen, daß sie einerseits zu suchen sind in den wirthschaftlichen Verhältnissen Oesterreichs, andererseits, ich möchte sagen in der Verfassung des österreichischen Staatswesens, in der Form, in welcher die Nationen in Oesterreich zusammengezwängt leben müssen.

Genossen! Die deutsche Bourgeoisie in Oesterreich hat nicht allein wirthschaftlich und politisch die Arbeiterklasse beherrscht, es ist eine Thatsache, daß sie durch die Bureaukratie und durch ihre wirthschaftliche Uebermacht auch die anderen Nationalitäten beherrscht und bis zu einem gewissen Grade unterdrückt hat. Hauptsächlich gilt das gegenüber der tschechischen Nation, und zwar galt das insbesondere solange, als das tschechische Bürgerthum noch eine sogenannte Einheit war, als es sich zumeist aus kleinbürgerlichen Elementen zusammensetzte und noch nicht jene wirthschaftliche Entwicklung durchgemacht hatte, die das deutsche Bürgerthum bereits hinter sich hatte, als der reine Feudalstaat im Jahre 1866 zusammenbrach. Heute dagegen besteht auch bereits bei dem tschechischen Volke ein krasser Gegensatz zwischen der Unternehmer- und der Arbeiterklasse. Hinter dem Kampfe aber, den die Tschechen nun seit Jahren gegen den deutschen Bureaukratismus und das deutsche Bürgerthum führen, verbirgt sich auch ein gut Theil Klassenkampf, ein gut Theil Kampf um wirthschaftliche Vorrechte, um die Privilegien des Geldsackes.

Die Deutschnationalen sind gegenwärtig daran, die Erbschaft der Liberalen anzutreten, und die deutschnationalen Parteien, ob sie sich nun deutschvölkisch oder deutschvolklich, deutschradikal oder Schönererianer nennen, wollen nichts Anderes, als die Aufrechterhaltung der Macht der deutschen Bourgeoisie, die seinerzeit repräsentirt wurde durch den deutschen Liberalismus. Wir haben sie somit als die Nachfolger der altliberalen Partei genau so zu bekämpfen, wie

seinerzeit diese. Sie werden aber auch anderseits sehen, daß gegenüber der Arbeiterklasse die Deutschnationalen dieselbe Haltung einnehmen, wie sie von den Liberalen eingenommen wurde. Allerdings, seit die Arbeiter in der fünften Kurie wahlberechtigt sind, bemühen sich die Deutschnationalen — die Liberalen haben es früher nicht gethan — um die Gunst der Arbeiter und sie versuchen es — insbesondere im nordwestlichen Böhmen, wo sie unter dem Kleinbürgerthum ihren Sitz haben — durch Gründung von deutschvölkischen Arbeitervereinen die Arbeiter an ihre Rockschöße zu heften. Sie bemühen sich auch, einzelne Forderungen der Arbeiterschaft aufzugreifen, sie plaidiren zum Beispiel in ihren geschlossenen Versammlungen für die Invaliditätsunterstützung, sie beginnen Arbeiterhilfskassen zu gründen, in die sie die Arbeiter hineinziehen wollen, damit sie dort zahlen und wo ihnen auch bei entsprechender Einzahlung eine allerdings sehr minimale Lebensversicherung gewährt werden soll. Ich brauche wohl nicht nachzuweisen, daß diese Gründungen nichts anderes als aufgelegter Humbug sind.

Die deutschnationale Bewegung im nordwestlichen Böhmen rekrutirt sich hauptsächlich aus Elementen des kleinen Bürgerthums. Wie in allen Staaten unter der gegenwärtigen Wirthschaft das Bürgerthum wirthschaftlich reaktionär sein muß, so ist es auch bei uns. Unter Umständen kann jedoch das Bürgerthum wirthschaftlich reaktionär, politisch fortschrittlich denken; bei uns im nördlichen Böhmen aber ist es, soweit es unter der Führung der Deutschnationalen und der Deutschliberalen oder Deutschfortschrittlichen, wie sie sich jetzt nennen, steht, auch politisch reaktionär. (Sehr richtig!) Wir sehen, daß diese Leute nicht einmal politisch fortschrittlich denken, noch viel weniger, daß sie in der That für politische Freiheiten eintreten.

Aus ihrer Handlungsweise, sowie aus der politisch-wirthschaftlichen Natur des Kleinbürgerthums ergibt sich aber, daß diese bürgerlichen Parteien unter keinen Umständen den Interessen der Arbeiterklasse irgendwelchen Vorschub leisten werden, und die Dinge, die sich im Laufe weniger Monate abgespielt haben, lassen uns ganz deutlich unter der fortschrittlichen Maske die reactionär verzerrte Fratze erkennen.

Eine ganze Reihe von Umständen zeigt uns, daß die Herren Deutschen, die sonst, wo sich ihnen die Gelegenheit bietet, sich immer als die Volksfreundlichen aufspielen, in der That volksfeindlich sind. Wir haben da zunächst die Haltung der Deutschnationalen gegenüber der wichtigsten politischen Forderung des Proletariats, dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in den Reichsrath, den Landtag und die Gemeinde, gesehen. Es ist richtig, was Genosse Zeller in seiner Rede im Reichsrathe gesagt hat, daß der Prüfstein für die Volksfreundlichkeit einer Partei die Stellung derselben zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht sei. Wir wissen, welche Haltung die Deutschnationalen, ihnen voran der Abgeordnete Wolf, gegenüber der Behandlung des Antrages Slavik auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den Landtag eingenommen haben; wir haben gesehen, wie sich ein Theil dieser Deutschen aus dem böhmischen Landtage fortgeschlichen hat, während ein anderer Theil direkt gegen den Antrag stimmte. Darüber sind wir allerdings nicht im Zweifel, daß der Antrag Slavik gleichfalls nur Schein gewesen ist, dem nichts anderes als die Absicht zu Grunde lag, die tschechischen Arbeiter irrezuführen, allein ganz abgesehen davon, hätte dies, wenn die Deutschnationalen wirklich für politische Freiheiten sind, sie nicht hindern dürfen, für den Antrag zu stimmen. Sie wußten ja, daß die Großgrundbesitzer dagegen sein werden. Sie wußten aber auch, daß, wenn sie nicht dafür eintreten werden, der Antrag fällt. Wir haben des weiteren gesehen, welche Stellung die deutschnationalen Gemeindevorsteher des Reichenberger Bezirkes gegenüber der Forderung nach dem Wahlrecht in den Landtag und in die Gemeinde eingenommen haben. Sie wissen, daß diese Versammlung sich gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ausgesprochen hat, ja, daß sie direkt sagte, daß sie für die Ertheilung des Wahlrechtes in dem von der Arbeiterschaft geforderten Sinne an die Arbeiter „unter keinen Umständen" sein könne und sein werde. In einer Reihe von nordböhmischen Gemeinden mußte die Frage der Wahlrechtserweiterung in Folge der Wahlrechtsbewegung, die von den Arbeitern selbst ausging, zur Verhandlung kommen.

Es ist seinerzeit von unseren Genossen eine Resolution verfaßt worden, welche von Haus zu Haus ging, die mit Tausenden von Unterschriften versehen war und die dann den Gemeindeausschüssen mit der Aufforderung unterbreitet wurde, dieselbe zu unterstützen und befürwortend an den Landtag zu leiten. Die deutschnationalen Gemeindevertretungen haben es nun der Reihe nach, soweit sie es überhaupt der Mühe werth fanden, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, abgelehnt, diese Resolution zu befürworten und an den Landtag zu leiten, ja in den meisten Fällen haben sie sich ganz entschieden gegen die Ertheilung des Wahlrechtes an die Arbeiter ausgesprochen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß beispielsweise die Stadt Asch, jener Theil des Landes Böhmen, der, wie gesagt wurde, zur Hochburg des Schönerer gehört, wo also die Deutschesten der Deutschen wohnen, beschlossen hat, über den Antrag der deutschen Arbeiter — und ich hebe hier hervor, daß in jenem Bezirke nicht wie in anderen das deutsche Arbeiterelement mit tschechischen Arbeitern durchsetzt ist — einfach zur Tagesordnung überzugehen. Das gleiche geschah in der Stadt Saaz, mit einer zu zwei Drittel deutschnationalen Stadtvertretung. In der Stadt — und das ist ein Beispiel dafür, daß sich gegenüber der Arbeiterklasse alle Parteien, Christlich-Soziale, Liberale und Deutschnationale, ganz gleich verhalten — haben unsere Genossen dieselbe Resolution gleichfalls der Gemeindevertretung überreicht, und es wurde unseren Genossen die Zusage gegeben, daß zur Verhandlung Einer von ihnen zugezogen werde, damit er den Antrag vertrete. Als es aber zur Verhandlung kam, hat man weder die Genossen davon verständigt, noch hat man Einen von ihnen zugelassen.

Als sich die Genossen auf das Versprechen beriefen, wurde ihnen bedeutet, daß sie da nichts dreinzureden haben. Dieser Gemeinderath besteht aus Christlich-Sozialen, sogenannten Fortschrittlichen und deutschvolklichen Schönererianern. Der Gemeinderath ist über die Forderung der Arbeiter nach einem ehrlichen Wahlrechte e i n s t i m m i g zur Tagesordnung übergegangen. Sie sehen, daß sich die Christlich-Sozialen, Deutschfortschrittlichen und Deutschnationalen in holder Uebereinstimmung befinden, wo es sich darum handelt, die Arbeiter mit einer politischen Forderung zurückzuweisen. Sie haben auch gesehen, welche Stellung die Deutschnationalen gegenüber der sogenannten Neuschule eingenommen haben. Die Liberalen haben auf die Neuschule immer als auf eines ihrer hervorragendsten Werke verwiesen. Wir haben uns aber nicht darüber täuschen lassen, daß sie diese Schule unter gewissen Umständen bereitwilligst stückweise wieder der Reaktion ausgeliefert haben. Die Deutschnationalen machen es nicht anders, wo sie die Erbschaft der Liberalen angetreten haben. Im steirischen Landtage wurde von den Deutschnationalen ein Antrag auf Verkürzung der Schulzeit eingebracht, womit das Prinzip, die Schule vor dem Einflusse der Reaktion zu schützen, bereits durchbrochen ist. Dort handelt es sich allerdings um spezifisch steirische Verhältnisse, es handelt sich darum, den Bauern Sand in die Augen zu streuen, um sie für die Deutschnationalen zu gewinnen. Als im Parlamente der Antrag kam, die Getreidezölle aufzuheben, waren es die Deutschnationalen, die Arm in Arm mit den Klerikalen und den Großgrundbesitzern für die Aufrechterhaltung der Getreidezölle gestimmt haben. An diese Thatsachen haben wir uns zu halten. Die Haltung der Deutschnationalen dem sozialdemokratischen Antrage auf Aufhebung der Getreidezölle gegenüber beweist deutlich genug den volksfeindlichen und speziell arbeiterfeindlichen Charakter der deutschnationalen Parteien auch in wirthschaftlichen Dingen. (Zustimmung.) Daß die Deutschnationalen eine reaktionäre Partei sind und sein müssen, weil sie sich aus den Schichten der Bevölkerung zusammensetzen, die an und für sich in Folge ihrer sozialen Stellung unter den heutigen Wirthschaftsformen reaktionär sind und es sein müssen, geht aber auch aus dem Umstande hervor, daß sie Forderungen des beschränkten Kleinbürgerthums aufgegriffen haben, die in alten Wirthschaftsformen zu suchen sind, die sich aber allerdings nicht realisiren lassen. Wir sehen zum Beispiel, daß an demjüngsten Kaufmannstage in Reichenberg, der unter deutschnationalem Einflusse stand, für den Befähigungsnachweis Stellung genommen wurde, und daß sogar ein deutschnationaler Handlungsgehilfe, allerdings ganz unberechtigter Weise, im Namen der Teplitzer Handelsangestellten für den Befähigungsnachweis eingetreten ist. Was die nationale Reinheit dieser Parteien anbelangt, so

haben wir die Erfahrung gemacht, daß sie nicht so besonders darauf halten. Wenn es sich um Unternehmerinteressen handelt, sind sie gern bereit, auf ihre nationale Reinheit zu verzichten. In Brünn fanden kürzlich die Handlungsgehilfenwahlen statt. Bei diesen Wahlen haben sich die Deutschnationalen mit den Jungtschechen koalirt, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen. Wo es sich also um den Schutz der Unternehmerinteressen handelt, pfeifen die Deutschnationalen stets auf ihr Deutschthum und ihre nationale Reinheit, sie legen sich vielmehr sehr gerne mit den Angehörigen der sogenannten minderwerthigen Nation zusammen. Aus all dem ersehen wir, daß die Deutschnationalen heute nicht einmal mehr den Schein zu wahren suchen, als seien sie eine Partei, die es mit den Interessen der Arbeiter ernst nimmt. In Asch z. B. sind Arbeiter gemaßregelt worden, welche sich an der Maifeier betheiligt haben, und auch solche, welche an der Gedenkfeier der 1848er Revolution sich betheiligt haben, wurden deswegen entlassen. Diejenigen, die so niedrig an den deutschen Arbeitern handelten, sind deutsche Fabrikanten.

Derselbe Wolf, der sich im Parlament als „Maulherkules" produzirt, verkriecht sich hinter der Gendarmerie und Polizeigewalt, wenn er einmal zum Volke reden soll. In Warnsdorf hatten sich die deutschen Helden hinter verschlossenen Thüren versammelt und diese mit Betten verrammelt, „damit die Arbeiter nicht hineinkommen". In Saaz, wo auch Herr Wolf „zum Volke" sprechen sollte, bestellten sich die deutschen Männer Polizisten, um sie am Eingange zu postiren. Damit soll gesagt sein, daß die Deutschnationalen nicht nur so erbärmlich, sondern ebenso feige wie die Liberalen sind.

Aus dem Antrage der Karlsbader Genossen, sagte ich zu Beginn meiner Ausführungen, könnte man entnehmen, als ob die Genossen in Westböhmen sich vor diesen Parteien besonders zu fürchten hätten. Es ist ja wahr, in der Art ihres Auftretens im Parlament geben sie sich einen ziemlich radikalen Anstrich, und weil sie gegenwärtig zur Regierung in heftiger Opposition stehen und von dieser besonders brutal behandelt werden, mag die Befürchtung, daß sich ein Theil der Arbeiterschaft verleiten läßt, diese Partei für eine volksfreundliche zu halten, nicht ganz unbegründet sein. Gen. Behr hat gesagt, es hätte viele Leute gegeben, die geglaubt haben, die deutschnationalen Parteien seien wirklich ehrliche Parteien.

Genossen, daran glaube ich nicht. Das proletarische Gefühl läßt diesen Glauben in den Arbeitern gar nicht aufkommen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß die Deutschnationalen tagtäglich den Beweis ihrer Arbeiterfeindlichkeit erbringen. Das eine, Genossen, ist jedoch wahr, daß die Deutschnationalen in ihrer Kampfesweise gegenüber der Sozialdemokratie in Nichts den Christlich-Sozialen nachstehen, und wenn heute gesagt worden ist, daß sich die Christlich-Sozialen im politischen Kampfe der niederträchtigsten Mittel bedienen, so gilt bei uns in Böhmen genau dasselbe von den deutschnationalen Parteien. Wie die Christlich-Sozialen, so suchen sich auch die Deutschnationalen die verwerflichsten Mittel aus, um die Arbeiter für sich zu gewinnen, damit sie dieselben zu ihren Zwecken mißbrauchen können. Es ist keine Lüge zu groß, keine Verleumdung zu schlecht, als daß sie nicht von den Deutschnationalen gegen uns gebraucht würde. Wir in Teplitz haben jetzt mit den Deutschnationalen einen Kampf wegen der Bezirkskrankenkasse zu führen. Die Deutschnationalen wollen uns die Bezirkskrankenkasse entreißen. Was da zusammengelogen und verleumdet wurde, davon machen Sie sich keinen Begriff, vielleicht mit Ausnahme der Wiener Genossen, die das an den Christlich-Sozialen zu erproben Gelegenheit hatten. In Teplitz gibt es überhaupt keinen Sozialdemokraten, der nach der Anschauung dieser Leute ein ehrlicher Mensch wäre.

Wenn Gen. Lill meinte, die Genossen im Erzgebirge seien entrüstet, weil die Deutschnationalen dort verbreitet hatten, Genosse Dr. Adler habe für ein Referat 80 fl. bekommen, so theile ich Ihnen mit, daß bei uns die Deutschnationalen ein Flugblatt verbreiten, in dem sie sich gegen die Bezirkskrankenkasse wenden und zugleich ausstreuen, daß ich, seitdem ich Obmann der Bezirkskrankenkasse bin, mir ein Haus in Teplitz kaufen konnte. (Heiterkeit.) Unsere Genossen ärgern sich darüber nicht, sie bedauern nur, daß ich das Haus nicht habe.

Ich meine, unsere Genossen sind sich über die deutschnationale Bewegung

vollständig klar, es handelt sich nur darum, daß wir auch den indifferenten Arbeitern klar und deutlich sagen, daß sie von den deutschnationalen Parteien Nichts zu erwarten haben. Was aber diese deutschnationale Bewegung besonders verächtlich und hassenswerth macht, das ist die Brutalität, mit welcher sie auftritt. Es ist von Gen. Dr. Adler gestern schon angeführt worden, daß sie in Flugblättern gegen die Angehörigen der anderen Nationen in der gemeinsten Weise zu Felde zieht. In allen Städten Deutschböhmens haben die Deutschnationalen Flugblätter verbreitet, in welchen sie die deutschen Arbeitgeber aufhetzen und die deutschen Hausbesitzer auffordern, die schärfsten Maßregeln gegen die tschechischen Bewohner zu ergreifen. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß es in diesen Flugblättern hauptsächlich darauf abgesehen ist, die deutschen Unternehmer gegen die tschechischen Arbeiter und gegen die tschechischen Kleingewerbetreibenden aufzubringen. Dieser brutale Kampf gegen die Angehörigen der anderen Nation zeigt ganz deutlich, daß wir es mit einer Partei zu thun haben, die ihre Kampfmittel aus einer Zeit herholt, die weit hinter uns liegt. Wenn nun diese Partei an die indifferenten Arbeiter herantritt, um sie für sich einzufangen, so haben wir demgegenüber kein anderes Mittel als die Aufklärung, das wir gegenüber allen anderen Parteien ja auch zur Anwendung bringen, indem wir die Arbeiter über die wahre Natur dieser Parteien informiren und ihnen sagen, daß sie von den bürgerlichen Parteien, wie immer sie auch geartet sein mögen, Nichts, aber rein gar Nichts zu erwarten haben.

Ich habe mich darauf beschränkt, in meinem Referate zu zeigen, daß die von den Deutschnationalen zur Schau getragene Volksfreundlichkeit ein Humbug ist. Ich meine nun nicht, daß wir gegenüber diesen Parteien besondere Maßregeln, eine besondere Taktik anwenden sollen. Ich glaube aber auch, daß es nicht möglich ist, diese Frage zu generalisiren. Diese deutschnationalen Parteien benehmen sich in jedem Lande und in jeder Stadt anders, und es ist meines Erachtens Sache der Genossen, in jedem einzelnen Orte darüber selbst zu entscheiden, in welchem Grade und in welcher Weise sie den Kampf gegen die Deutschnationalen aufzunehmen haben. Dort, wo sie sich besonders perfid uns gegenüber benehmen, wie dies beispielsweise im westböhmischen Kreise der Fall ist, werden wir allerdings schärfer gegen sie vorgehen als anderwärts. Vergessen Sie aber Eines nicht, Genossen, daß die Deutschnationalen immerhin zu einer Regierung in Opposition stehen, die auch wir bekämpfen müssen, und daß es vielleicht von den Arbeitern nicht so leicht verstanden werden könnte, wenn wir jetzt mit einem Mal besonders scharf gegen die Deutschnationalen zu Felde ziehen würden. Was speziell den westböhmischen Kreis betrifft, so glaube ich, daß die Parteivertretung und die „Arbeiterzeitung" nicht berufen sein kann, den Kampf gegen die Deutschnationalen in diesem Kreise zu führen, sondern es wird Sache der Genossen in jenem Kreise sein, die nothwendige Kraft und Klugheit zu finden, um dort den Kampf gegen die Deutschnationalen mit Erfolg zu führen. Ich erlaube mir demnach, Ihnen folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen (liest):

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich volklich oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutschliberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im Wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind;

in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch insbesondere die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können;

in Erwägung, daß der brutal-nationale Chauvinismus nur dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwicklung als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien, diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen entweder nur halb oder nur zum Schein

vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien, entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien, weder für die politische Gleichberechtigung, noch für soziale Gerechtigkeit eintreten, daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutsch-radikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen."

Des weiteren liegt eine Resolution seitens des Genossen Behr (Saaz) vor, welche lautet:

„In Erwägung, daß die Deutschnationalen namentlich in Böhmen mit den verwerflichsten und rohesten Mitteln gegen unsere Partei und die Arbeiterschaft überhaupt kämpfen ist es nothwendig, jede Gelegenheit zu benützen, um die Bevölkerung über das Treiben dieser Leute aufzuklären, damit sie über den näheren Charakter derselben urtheilen kann. Der Radikalismus, welchen die Vertreter dieser Partei zur Schau tragen, ist nur Phrase und Aushängeschild, um Kleinbürger, Kleinbauern und Arbeiter zu fangen. In Wirklichkeit aber entpuppen sich dieselben immer mehr als Verfechter des Unternehmerthums."

Gegen diese Resolution ist an und für sich nichts einzuwenden. Wenn Sie aber die Resolution, die ich beantragt habe, annehmen, so wird diese Resolution überflüssig. (Beifall.)

Gen. Behr (Saaz): Wir waren, als sich die deutschnationale Bewegung bemerkbar machte, der Ansicht, daß es sich da um die Vertretung des Kleinbürger- und Bauernthums handle. Wenn das der Fall gewesen wäre, so würden wir nichts dagegen einzuwenden haben, umsomehr als sich die Deutschnationalen in politischer Beziehung als Demokraten aufgespielt haben. Als „der große Wolf" zum ersten Male nach Saaz kam und gegen das herrschende System und die herrschenden Parteien loszog, da konnten wir ihm nicht leicht entgegentreten; wir konnten nichts sagen, als daß es vom menschlichen Standpunkt aus nicht in der Ordnung sei, eine Nation oder eine Rasse zu bekämpfen, sondern daß der Kampf gegen Diejenigen gerichtet werden müsse, die das Volk ausbeuten. Im Laufe der Zeit hat sich aber immer mehr herausgestellt, daß die Deutschnationalen die Interessen des Unternehmerthums vertreten und thatsächlich haben sie besonders dort einen festen Boden gefaßt, wo einerseits ein gewisser Indifferentismus vorhanden ist und wo andererseits noch ein ziemlicher Theil des kleinen Bürger- und Bauernstandes existenzfähig ist. Ich zweifle nicht, daß, wie dies auch in Deutschland der Fall ist, bei uns ein Bündniß zwischen den Lohnarbeitern und den Bauern und Kleingewerbetreibenden zu Stande kommt, wie wir ja auch schon bei den letzten Wahlen speziell in Nordböhmen die Wahrnehmung gemacht haben, daß ein großer Theil des Kleinbürger- und Bauernstandes für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat.

Gen. Dobiasch (Aussig): Wenn ich und meine Freunde darauf bestanden haben, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung komme, so geschah dies in der Absicht, damit nach außen hin auch nicht im mindesten der Anschein erweckt werde, als ob wir die Deutschnationalen für eine andere Partei ansehen würden als die Christlich-Sozialen oder die Liberalen, und weil man doch nur hätte annehmen können, daß sie eine bessere Partei seien, nachdem es bis jetzt nicht möglich ist, eine schlechtere Partei als die Christlich-Sozialen zu finden. Wir in Nordböhmen haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Deutschvolklichen nichts anderes als verkappte Christlich-Soziale sind, die sich blos deshalb deutschnational oder deutschvolklich nennen, weil bei uns der Name „christlich-sozial" derart verhaßt und verachtet ist, daß sich dort kein Mensch getraut, als Christlich-Sozialer aufzutreten. Als Beweis möchte ich anführen, daß das in Tetschen erscheinende Pfaffenblatt auf das Entschiedendste für den Deutschnationalen Hauck eingetreten ist, ferner, daß sich der deutschvolkliche Kandidat seine Instruktionen im Jesuitenkollegium in Mariaschein geholt hat, und es war geradezu köstlich, wie bei der Wahl zwei Jesuiten im Vereine mit dem Führer der Deutschnationalen, Dr. Eisenkolb (Gelächter) entschieden für Kiemann eingetreten sind. Weiter führe ich an, daß ein Lehrer, der in der V. Kurie kandidirt hat, auf die Pfarrhöfe herumgefahren ist und sich der Unterstützung der Pfarrer versicherte. Ueberall sind die Pfaffen für die Deutschnationalen eingetreten und haben gemeinsame Listen aufgestellt.

Wie versuchen sie nun die Arbeiter einzufangen? Da haben sie in Tetschen ein Programm ausgearbeitet, daß größtentheils von dem unserigen abgeschrieben

ist, worin sie aber sagen, ja die Arbeiter müssen ihre Interessen auf nationaler Grundlage vertreten. Trotzdem hetzen sie jedoch gegen die Arbeiter, was sie nur können. So haben zum Beispiel die Deutschnationalen in Tetschen nicht blos gegen die tschechischen Arbeiter Stellung genommen, sondern sie haben von den dortigen Hausbesitzern auch verlangt, daß sie alle Arbeiter, die Sozialdemokraten sind, delogiren sollen, und auf der Liste, die sie herausgegeben haben, befinden sich auch viele sozialdemokratische Arbeiter deutscher Zunge. (Pfui-Rufe.) Wenn man die deutschnationalen Blätter liest, so findet man, daß, trotzdem Wolf und Schönerer so gegen die Preßkorruption und die Preßbestien losziehen, diese deutschnationalen Blätter an Verlogenheit, Verdrehungen und Verleumdungen mindestens dasselbe leisten, wie die christlich-sozialen. Mit der Resolution des Genossen Seliger erkläre ich mich vollkommen einverstanden, würde aber wünschen, daß besonders in Böhmen darauf das Hauptgewicht gelegt werde, der Arbeiterschaft zu erklären, daß die Deutschnationalen oder Deutschvolklichen und Christlich-Sozialen im Grunde dasselbe sind, daß sie nur andere Kappen tragen, die Einen schwarzgelbe, die Anderen schwarz-roth-goldene. Wenn auch die indifferente Masse darüber genügend aufgeklärt wird, wird es ihnen unmöglich sein, weiter auf Arbeiterfang auszugehen. (Bravo! Bravo!)

Gen. Schiller (Reichenberg): Für mich steht es fest, daß die deutschnationale Partei in denselben reaktionären Quarktopf hineingehört, in den wir jede andere bürgerliche Partei werfen, wenn sie sich auch ab und zu den Anstrich freiheitlicher Bestrebungen gibt. Es ist richtig, daß gerade diese Bewegung in der letzten Zeit sehr viel von sich reden machte und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Das wird aber nicht ewig andauern. Wir in der Reichenberger Gegend haben auch schon die Bekanntschaft der deutschnationalen Radaubrüder gemacht. Wir haben zum Beispiel nie daran gedacht, daß uns Jemand unsere Versammlungen stören könnte. In der letzten Zeit ist es nun wiederholt vorgekommen, daß der Heil-Wolf mit seinen Brüdern in unsere Versammlungen gekommen ist und sie unmöglich gemacht hat. Das ist aber für uns kein Schaden. Erstens wird das unsere Genossen anspornen, in unsere Versammlungen zahlreich und zeitlich zu kommen und zweitens können wir diese Leute — die deutschnationale Anhängerschaft besteht ja meist aus jungen Burschen — wenn wir sie nur so weit bringen, daß sie unseren Referenten anhören, für uns gewinnen, da sie dann auch wissen, was unsere Partei anstrebt, während sie so nur hören, was ihnen jene Leute vorsagen. Man beginnt auch in der Reichenberger Gegend deutschnationale Arbeitervereine zu gründen. Von unseren Genossen werden sie da Niemanden hineinbringen, sie bekommen höchstens jene Leute, die für uns heute noch unnahbar sind. Die werden aber bald sehen, daß Wolf ganz andere als ihre Interessen vertritt.

Gen. Pernerstorfer: Die Beispiele des Genossen Dobiasch waren für uns sehr interessant, denn sie beschäftigen sich mit Leuten, die dem radikalsten, pfaffenfeindlichsten Flügel angehören. Wenn wir hören, daß diese Leute von den Klerikalen und Christlich-Sozialen unterstützt worden sind, so beweist dies zur Genüge, in welchem Maße diese Herren mit den anderen, korrupten Parteien verschwistert, verschwägert und verheiratet sind. (Lebhafte Heiterkeit.) Was nun die Aktion gegenüber den Deutschnationalen anbelangt, so ist es mir zweifellos, daß Genosse Schiller mit dem, was er vorhin in so ruhigem Tone gesagt hat, vollständig recht hat. Gefährlich können wir uns höchstens selbst durch Faulheit und andere Laster werden. Insbesondere die Arbeitermassen werden sich immer auf unsere Seite stellen, und wir haben einzig und allein den Indifferentismus zu bekämpfen. Wenn wir aber den Deutschnationalen gegenüber, insbesondere in Böhmen, im Kampfe stehen, so sollen wir uns daran erinnern, daß es auch hier das beste Mittel ist, sie im eigenen Lager zu bekämpfen. Wir stehen heute auf dem Standpunkt, daß Jeder, der hier auf diesem Parteitage sitzt und vertreten ist, sich ruhig überall als ein Angehöriger des deutschen Volkes bekennen kann, und ich meine, daß wir am besten die deutschnationalen Parteien bekämpfen werden, wenn wir ihnen nachweisen werden, daß ihre sogenannte deutsche Gemeinbürgschaft nur ein Schwindel zu politischen Herrschaftszwecken ist, da diese Leute von einer deutschen Gemeinbürgschaft mit allen Deutschen nichts wissen wollen; wenn wir den Leuten

immer wieder zu Bewußtsein bringen, daß das, was sie heute in Oesterreich propagiren, was sie von der Herrlichkeit und Größe des deutschen Volkes predigen, von ihrer Seite ganz falsch aufgefaßt wird, daß das deutsche Volk nicht groß und herrlich ist, weil im Deutschen Reiche ein Bismarck und andere Gewaltmenschen Hunderte und Tausende von Arbeitern geknebelt und einen großen Theil der deutschen Nation unterdrückt haben, sondern daß, wenn das deutsche Volk groß und herrlich in der Geschichte dasteht, dies deshalb so ist, weil es in der Kunst und Wissenschaft etwas geleistet hat. Nicht auf jenem Gebiete, wo die brutalen Nationalen die Größe der Nation suchen, liegt diese Größe, sondern auf dem Gebiete der Kultur. Den Leuten in's Gesicht zu sagen, daß das, was sie heute als die Größe des deutschen Volkes verkünden, die Wirthschaft draußen im Deutschen Reiche, die Schande des deutschen Volkes ist, daß ihr Nationalismus eine Verleumdung des deutschen Volkes ist, das ist unsere Aufgabe, und unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, überall diesen Verkündern einer nationalen Lehre, die wir verabscheuen, in's Gesicht zu sagen, daß sie Heuchler sind, denen es nicht um das wirkliche Wohlergehen und die Macht des deutschen Volkes zu thun ist, daß sie 95 Percent des deutschen Volkes, die nichtbesitzenden Klassen, nur mißbrauchen möchten, um ihre politischen Parteizwecke durchführen zu können. Wir haben als Sozialdemokraten die Verpflichtung, ihnen zu sagen und in einzelnen Beispielen nachzuweisen, daß es in den ganzen letzten 30 Jahren nur eine einzige Partei gibt, die im Deutschen Reiche und bei uns in Oesterreich den Namen des deutschen Volkes hochgehalten hat: es ist die deutsche Sozialdemokratie.

Wir könnten, wenn wir uns auf dieses Gebiet begeben wollten, auch etwas von jenem deutschen Chauvinismus entwickeln, in dem Sinne, daß wir sagen, jawohl, wir Deutsche können ein gewisses Selbstbewußtsein haben, aus dem deutschen Volke ist der moderne deutsche Sozialismus hervorgegangen, und wenn wir auf etwas stolz sind, sind wir es auf die wissenschaftlichen Errungenschaften unseres Volkes, daß die Männer, welche die Träger der modernen sozialistischen Wissenschaften sind, Deutsche sind, und ich bin überzeugt, daß die Genossen anderer Nationalität, wenn wir diesen Stolz entwickeln, uns nicht des Chauvinismus beschuldigen, im Gegentheil, wir wissen, daß die tschechischen, italienischen und polnischen Genossen dieselbe Ehrfurcht und Bewunderung vor dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben, wie wir selbst. Die Leute sind also an dem Punkte zu fassen, daß man ihnen sagt, Ihr seid nicht national im Sinne einer allgemeinen Thätigkeit für die große Masse des Volkes. Will das deutsche Volk wirklich seine Vertretung finden, dann muß es dorthin gehen, wo alle echten, großen, sittlich erhabenen Ideen zu finden sind, zur Sozialdemokratie. (Beifall.)

Genosse Aron (Böhm.-Kamnitz): Dafür, daß die Deutschnationalen ebenso korrupt sind, wie die Christlich-Sozialen, haben wir in unseren Wahlbezirken sehr viele Beispiele erlebt. Als wir im letzten Momente den Genossen Pernerstorfer kandidirten, hätten die Deutschnationalen beinahe eine Niederlage erlitten. Sie arbeiten nun mit allen möglichen Mitteln, zwar nicht öffentlich, aber insgeheim. Genosse Pernerstorfer hat auch bei uns in einer Versammlung gesprochen, in der ihm die Deutschnationalen entgegengetreten sind und wo sie auch erklärten, daß sie ja dasselbe soziale Programm hätten, wie wir. Dadurch trachten sie die indifferenten Massen an sich zu reißen, und sie haben auch an manchen Orten Erfolge erzielt. Durch die Einberufung einer sozialdemokratischen Bauernkonferenz in Tetschen haben sie allerdings plötzlich große Angst bekommen. Nun trachten sie durch die Presse, durch die Gründung einer Volksbücherei und andere Mittel, die Leute zu gewinnen. Die vernünftige Bevölkerung sieht aber ein, daß sich's diesen Leuten nur darum handelt, die Herrschaft in die Hände zu bekommen. Auch bei uns haben sich die Deutschnationalen und die Christlich-Sozialen bei den Wahlen gegen uns verbündet.

Genosse Schuhmeier: Genosse Pernerstorfer hat Ihnen ein Rezept vorgeschlagen, wie man die Deutschnationalen vernichten kann. Er hat gemeint, man muß sie von ihrer Festung aus bekämpfen, das heißt, man muß sich selbst als Deutscher deklariren. Er will die Deutschnationalen ungefähr so behandeln, wie

die Christlich-Sozialen, die Einen mit dem Evangelium in der Hand, die Anderen, indem man sich als deutscher Mann bekennt. Ich erkläre Ihnen, daß ich dieses Rezept für ganz falsch halte, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens hat nicht Jeder diese deutsche Krampfader (Heiterkeit), wie sie der Genosse Pernerstorfer besitzt, zweitens stehen nicht jedem die Stimmmittel zur Verfügung, über die Pernerstorfer verfügt. Es ist daher meiner Ansicht nach gefährlich, dieses Rezept allen Leuten zu empfehlen. Aber selbst Pernerstorfer hat damit schon schlechte Erfolge erzielt. So ist es ihm zum Beispiel in Karlsbad passirt, daß er von der dortigen gegnerischen Presse, von deutschnationalen und liberalen Blättern, als Sozialdemokrat erster Güte hingestellt worden ist. Ich halte es weder für opportun, noch für nothwendig, daß wir den Arbeitern sagen: Ihr seid Deutsche und sollt auf Euer Deutschthum stolz sein. Ich weiß nicht, ob Sie mein Rezept akzeptiren werden. Ich bin der Ansicht, daß wir den Deutschnationalen gegenüber weniger den deutschen, als vielmehr den proletarischen Standpunkt hervorkehren müssen. Wir haben den Arbeitern auseinanderzusetzen, daß die Kluft zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgerthum eine tiefe und unüberbrückbare ist, und daß, wer das Bürgerthum vertritt, nie das Interesse der Arbeiter wahren kann. Wir müssen den Arbeitern erklären, daß die Arbeiterklasse das Interesse hat, für eine möglichst kurze Arbeitszeit einen möglichst hohen Lohn zu bekommen. Diejenigen aber, die ein Wolf, Schönerer ꝛc. vertritt, heben das entgegengesetzte Interesse: für eine lange Arbeitszeit kurzen Lohn zu zahlen. Das sind Argumente, die die Arbeiter begreifen. Ich glaube deshalb, daß derjenige Sozialdemokrat, der diesen Standpunkt in allen Versammlungen hervorhebt, also sich weniger auf den deutschen und mehr auf den proletarischen Standpunkt stellt, damit gewiß mehr Erfolg erzielen wird, als Genosse Pernerstorfer. Allerdings können wir auch die Deutschnationalen aus ihrer Festung herauslocken, aber nicht auf den Boden des deutschen Volkes, sondern auf den Boden des Klassenkampfes. Nach meinen Erfahrungen werden alle Genossen dieser Art des Kampfes noch eher gewachsen sein. Als kürzlich in Karlsbad eine große Volksversammlung stattfand, wurden die deutschradikalen Herren, von denen auch der Iro in Karlsbad weilte, zur Versammlung eingeladen. Sie kamen nicht, weil sie selbst die Ueberzeugung haben, daß sie denkenden Arbeitern gegenüber, welche auf dem Boden des Klassenkampfes fechten gelernt haben, nicht Stand halten können.

Der Vorschlag des Genossen Pernerstorfer erleichtert aber den Deutschnationalen den Kampf gegen uns, weil nicht Jeder im Phrasendreschen sich mit den deutschnationalen Herren messen kann. Wenn Sie da ein bischen weniger Schwung und weniger Feuer hineinlegen, so werden Sie damit keinen Beifall erzielen. Wenn man aber den Arbeitern sagt, der Interessenstandpunkt ist es, der uns von den Deutschnationalen scheidet, und wenn man ihnen beweist, daß diese nur die bürgerlichen Interessen vertreten, die Interessen der Arbeiter aber nur die Sozialdemokraten, dann werden *wir* die Arbeiter haben. Wenn man zur Bekämpfung der Klerikalen und der Christlich-Sozialen den Arbeitern das Evangelium auseinandersetzt, so begreifen sie das eher, weil sie es in der Schule gelernt haben und dafür Verständniß besitzen, aber das Deutsche, das vermisse ich bei den Arbeitern. Ich gestehe aufrichtig, ich gehöre auch zum deutschen Volke, aber solch eine deutsche Ader, wie der Pernerstorfer, habe ich nicht. (Beifall.)

Abgeordneter Gen. *Resel* (Graz): Die Debatte über die deutschnationale Bewegung in Oesterreich macht auf mich den Eindruck, als wenn Alles fürchten würde, die Deutschnationalen könnten der sozialdemokratischen Bewegung einen Abbruch thun. Ich erlaube mir das zu bezweifeln. (Lebhafte Zustimmung.) Daß einzelne Arbeiter von den Deutschnationalen eingefangen werden, haben wir früher nicht verhindern können und wir können es umsoweniger jetzt, wo die Deutschnationalen thatsächlich durch die Ungeschicklichkeit der Regierung quasi in den Vordergrund geschoben wurden. Die Deutschnationalen sind für uns eine bürgerliche Partei, und unser prinzipieller Standpunkt muß nach unserem Programme der sein, jeder Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze entgegenzutreten.

Hier handelt es sich aber auch um unser taktisches Verhalten gegenüber den

Deutschnationalen und darüber, glaube ich, gibt es keinen Beschluß des Parteitages, sondern das hängt lediglich von den örtlichen Verhältnissen ab. Unser Verhalten wird in Böhmen ein anderes sein als in Oberösterreich oder in Steiermark. In Böhmen sind die Deutschnationalen die herrschende Partei, bei uns aber kämpfen wir, die Sozialdemokraten, sowohl wie die Deutschnationalen gegen die klerikale Partei. Daß in letzter Zeit scheinbar eine Verwischung der Gegensätze stattgefunden hat, das ist eine Folge der politischen Situation. An dem Sturze des Badeni waren die Deutschnationalen genau so interessirt, wie wir Sozialdemokraten. Wir haben aber das Präsidium nicht gestürzt, um das deutsche Volk, sondern um die Freiheit, die Ehre des Parlaments zu retten. (Beifall.) Deutschnationale und Sozialdemokraten haben zufällig den gleichen Kampf gegen die gleiche Person geführt. Wir brauchen uns allerdings gar nicht darüber zu täuschen, daß es sich bei der Einbringung der lex Falkenhayn weniger darum gehandelt hat, die Sozialdemokraten, sondern hauptsächlich darum, die Schönererianer aus dem Parlamente hinauszuwerfen. Aber auch die jetzige Regierung hat ein lebhaftes Interesse daran, die Deutschnationalen unterzukriegen, und die letzten Ereignisse sind ein Anzeichen dafür, daß Graf Thun gegen die Deutschnationalen und mit der jetzigen Regierungsmajorität gehen will.

Trotz aller dieser für die Agitation der Deutschnationalen günstigen Umstände gibt es in Graz jetzt mehr überzeugte Sozialdemokraten als früher. Wir haben in Graz eine ganze Reihe von Elementen, die in Wien unter christlich-sozialer Führung sind, bei den Sozialdemokraten. Die Angst einzelner Genossen, die Deutschnationalen könnten bei uns einen Fischzug machen, ist vollständig überflüssig.

Ich habe gestern gesagt, daß wir in Graz den Deutschnationalen „das Bündniß" gekündigt haben. Ich erkläre offen, daß wir mit den Deutschnationalen in Graz ein Bündniß nie gehabt haben. Was geschehen ist und vielleicht nicht in der richtigen Form geschehen ist, ist, daß wir gesagt haben, daß wir entschieden dagegen sind, daß die Studenten die Arbeiter abfangen und sie zur Demonstration auffordern. Wir werden nur demonstriren, wenn w i r demonstriren wollen. Daß unsererseits nichts anderes mit unserer Erklärung gemeint war, halte ich deshalb zu erklären für nothwendig, weil gerade die Regierungsblätter sich der Grazer Erklärung bemächtigt haben und sie gegen die Nationalen ausnützen wollen. Wenn noch so sehr gerauft und in uns Allen das Verlangen sich regt, das Parlament arbeitsfähig zu machen, so wissen wir doch ganz gut, daß wir gar kein Interesse haben, die Geschäfte des Grafen Thun zu besorgen. Wir warten insbesondere bei freiheitlichen Fragen nie darauf, was die Deutschnationalen thun, und wir werden auch jetzt überall dort eintreten, wo es sich um freiheitliche Fragen handelt, ohne Rücksicht auf die Deutschnationalen. (Lebhafter Beifall.) Schauen Sie, Genossen, die Auflösung des Grazer Gemeinderathes, wenn die Geschichte auch scheinbar blos wegen nationaler Dinge geschieht, ist wirklich ein Akt gegen die Freiheit. Wir haben in Graz, nicht vielleicht weil wir mit den Deutschnationalen ein Bündniß gehabt haben, sondern weil wir dort mit tonangebend sind, den Gemeinderath gezwungen, von der Polizei zu verlangen, daß sie jetzt dulde, was sie früher nicht geduldet hat. Das war mit ein Grund, warum die Regierung gegen den Gemeinderath vorgegangen ist, dessen freiheitliche Stellung im Vergleiche zu anderen Städten überhaupt ein Verdienst der Sozialdemokraten ist. Denn wir sind in Graz so mächtig, daß die Herren wirklich Respekt vor uns haben müssen.

Zum Schlusse mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß wir die Taktik gegen die Deutschnationalen, die übrigens auch keineswegs, wie der Genosse Dobiasch bemerkt, ü b e r a l l verkappte Christlich-Soziale sind, nicht festlegen können.

Dr. E l l e n b o g e n (Wien): Ich glaube, daß die Polemik des Genossen Schuhmeier gegen Pernerstorfer einem kleinen Mißverständisse entsprungen ist. Es gibt keine klügere Taktik gegenüber einem politischen Gegner, als indem man einerseits die ganze Hohlheit und Nichtigkeit seines Programmes nachweist, noch viel mehr aber, indem man anderseits nachweist, daß er nicht einmal sein eigenes Programm einhält. Nicht mehr und nicht weniger hat meiner Auffassung nach der Genosse Pernerstorfer Ihnen empfohlen. Was heißt und was kann nur heißen,

nicht nur nach unserem Standpunkte, sondern auch nach dem Wesen des Begriffes: Nationale Politik? Das kann nur heißen, daß wir eine Nation in die Lage versetzen, sich im Sinne ihrer Eigenart zu entfalten. Wenn nationale Politik kulturelle Politik, Politik zur Förderung der Kultur der Gesammtheit sein soll, dann kann es nur heißen, daß wir alle die Fähigkeiten, welche in der Seele einer Nation schlummern, zur Entfaltung bringen, damit diese Nation ihren Antheil an dem großen Kulturwerke der Gesammtheit nehmen könne. Wie anders kann dieser Zweck angestrebt werden, als wenn wir alle Talente und Triebkräfte zur vollen Entfaltung zu bringen suchen, und wie anders können wir nachweisen, daß gerade die Nationalen im Gegensatze zu dieser Politik handeln, als wenn wir nachweisen, daß alle diese Tausende und Hunderttausende von Talenten, welche in der Nation vorhanden sind, durch die brutale Vergewaltigung des Kapitalismus erstickt und ertödtet werden?

Ich stehe auf demselben Standpunkte und ich glaube, es ist dies ein rein proletarischer Standpunkt. Wenn wir den Nationalen sagen, Ihr, die Ihr Euch national nennt, seid die größten Feinde Eurer eigenen Nation, Ihr tödtet Tag für Tag Tausende von Talenten, Ihr mordet die Gesundheit der Arbeiter, Ihr macht das Kind im Mutterleibe krank und verhindert durch Eure Politik, daß die Bildung des Arbeiters zunehme, weil er ja von Früh bis Nachts arbeiten muß, um sein Leben zu fristen — wenn wir dies sagen, so halte ich diese Taktik für eine im höchsten Sinne nationale und im eigentlichen Sinne sozialdemokratische. (Beifall.) Wir haben aber auch thatsächlich Gelegenheit, überall Schritt für Schritt den Nationalen nachzuweisen, daß sie wirklich mit ihrer Politik ihrer eigenen Nation in den Rücken fallen, und wir brauchen da gar nicht die verschiedenen Statistiken, die uns von der steigenden Sterblichkeit der deutschen Arbeiter in deutschen Gegenden erzählen oder von der Vertreibung der deutschen Arbeiter aus deutschen Gegenden und ihren Ersatz durch billigere Arbeitskräfte anderer Nationalität. Wir sehen Tag für Tag, wie sehr die Deutschnationalen in Oesterreich die deutsche Nation schädigen, wie sehr sie sie selbst an der Bethätigung ihrer weltgeschichtlichen, kulturellen Aufgabe, soferne sie eine solche hat, hindern. Das ist nun nicht ein „deutscher" Standpunkt. Ich glaube, Genossen, nicht nur die Deutschen haben Bewunderung vor den geistigen Größen der deutschen Nation, nicht nur wir deutsche Sozialdemokraten bewundern einen Goethe, einen Kant, einen Hegel, nicht nur wir Deutsche bewundern die gewaltige Geistesarbeit eines Engels, Marx u. s. w., sondern die gleiche Bewunderung hegen die tschechischen, slovenischen und italienischen Arbeiter auch und sie bethätigen sie durch den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Im Gegensatz zu dieser Bewunderung aber stehen die deutschen Fabrikanten und ihre Geschäftsträger, die deutschen Abgeordneten. Das ist ein proletarischer und internationaler Standpunkt. Freilich beruht das auf Gegenseitigkeit, denn ich glaube, mit derselben Bewunderung und Verehrung sehen die Arbeiter deutscher Zunge zu den geistigen Größen der tschechischen wie aller anderen Nationen empor, und wir haben gar nichts dagegen, daß die tschechische Nation sich ebenso vollständig im Sinne ihrer Eigenart entfalte, wie die deutsche. (Lebhafte Zustimmung.) Indem aber die deutschnationale Politik darauf ausgeht, die anderen Nationen zu unterdrücken, und indem sie gleichzeitig darauf ausgeht, die deutschen Arbeiter wirthschaftlich zu entkräften und politisch zu entrechten, arbeiten sie gewaltig mit an der Unterdrückung nicht nur der deutschen, sondern auch der gesammten Kultur. Ich glaube endlich, daß der Standpunkt, daß wir blos um höhere Löhne zu kämpfen haben, ein zu enger wäre, und daß das durchaus nicht das Wesen des sozialdemokratischen Programms erschöpft. Gewiß, wir kämpfen um höhere Löhne und zwar in erster Linie, weil wir wissen, daß die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft die Vorbedingung für alle Kulturarbeit ist. Um sie zu ermöglichen, darum höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Arbeiterschutz u. s. w.

Zum Schlusse möchte ich noch Folgendes erwähnen: Ich begreife nicht, warum die Genossen aus Deutschböhmen die Deutschnationalen für so gefährlich halten. Während hinter den Christlich-Sozialen die katholische Kirche mit ihrem gewaltigen Arsenal und die Jesuiten mit ihrer durch Jahrhunderte geschulten Politik stehen, haben die Deutschnationalen nicht einmal das. Ich bin der Ansicht,

daß sie entschieden die dümmste Partei in Oesterreich sind, weil sie überhaupt kein Programm und keine Männer haben, ein solches zu verfechten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Bichl (Graz): Wir haben wahrlich keinen Unterschied zu machen zwischen den Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Parteien. Ihre im steierischen Landtage gestellten Anträge auf Verkürzung der Schulzeit und Einführung eines Schulgeldes, ihre Koalition mit den Klerikalen in Obersteiermark, sowie der Umstand, daß der deutschnationale Gemeinderath von Graz bereits zwei Jahre mit einer Wahlreform zur Schaffung eines vierten Wahlkörpers schwanger ist (Heiterkeit) — all das beweist, daß auch die deutschnationale keine volksfreundliche Partei ist. Es ist uns ja durch unser Programm der Weg vorgezeichnet, wie wir uns gegenüber den bürgerlichen Parteien zu benehmen haben. Was die Grazer Verhältnisse betrifft, so ist es klar, daß, wenn die deutschnationale Partei thatsächlich von der Regierung mit Kneipzangen angefaßt wird, wir ihr gegenüber nicht jene schmähliche Haltung einnehmen können, wie die deutschen Unternehmer sie einnehmen, wenn deutsche Arbeiter in den Kerker geschleift werden.

Gen. Ulbrich (Reichenberg): „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen." Dieser Satz, auf die deutschnationale Partei angewendet, zeigt uns klar, was die Herren sind. Wir in Reichenberg sagen, an dem, wie Herr Prade seine Versprechungen, die er vor seiner Wahl den Kleingewerbetreibenden gegeben hat, gehalten hat, kann man die Volksfreundlichkeit der Heiloten erkennen. Die Deutschnationalen haben im Frühjahre die Parole ausgegeben, daß man nur bei Stammesgenossen kaufen soll, daß die deutschen Hausbesitzer ihren tschechischen Miethern kündigen und die deutschen Unternehmer ihre tschechischen Arbeiter entlassen sollen. Wenn aber der Reichenberger Magistrat Arbeiten zu vergeben hat, so gibt er sie auch an solche Leute, die tschechische Gehilfen beschäftigen. Wenn die Leute es so weiter treiben, werden sie uns im nördlichen Böhmen nicht gefährlich werden. Der Vorschlag des Genossen Pernerstorfer mag sehr gut gemeint sein, ich möchte aber nicht rathen, ihn zu akzeptiren. Wenn die Reichenberger „Volkszeitung", das Organ der Deutschnationalen, das erfährt, so schreibt es bestimmt: „Endlich haben auch die Sozialdemokraten gelernt, deutsch zu sein."

Vorsitzender Gen. Popp theilt mit, daß fünf Anträge eingelangt sind, drei auf Schluß der Rednerliste und zwei auf Schluß der Debatte. Es sind noch acht Redner vorgemerkt.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zur Resolution des Referenten ist von Gen. Dobiasch ein Antrag eingelangt, welcher lautet:

„Ich stelle den Antrag, daß aus der Resolution des Referenten im letzten Absatz die Worte „entweder nur halb oder" eliminirt werden."

Das Schlußwort erhält

Referent Gen. Seliger: Ich kann konstatiren, daß sich die Debatte über diesen Gegenstand in dem von mir eingangs meines Referates angegebenen Rahmen bewegt hat. Gestatten Sie mir vor Allem, daß ich auf die Ausführungen der Genossen Pernerstorfer und Dr. Ellenbogen zurückkomme. Ich erkläre, daß ich mich persönlich den Anschauungen des Genossen Pernerstorfer über die Art der Aktion im Allgemeinen nicht anschließen kann. Ich will nicht näher darauf eingehen, bemerke aber, daß auch ich den Vorschlag des Genossen Pernerstorfer, die Deutschnationalen den Arbeitern gegenüber mit dem Nationalismus zu bekämpfen, für eine sehr gefährliche Sache halte. Genosse Schuhmeier hat ganz Recht, wenn er meint, daß Genosse Pernerstorfer bei seinem Rednertalent dies leichter thun kann, als ein weniger geschulter Genosse. Wenn man z. B. so im trockenen Tone sagt: Wir haben alle Ursache, darauf stolz zu sein, daß die Begründer der sozialistischen Ideen Deutsche sind, so könnte man vielleicht wohl auch daraus deduziren, daß denn doch die deutsche Nation etwas Besseres sein müßte als die anderen Nationen, und es wäre vielleicht möglich, daß, wenn man die Frage untersucht, ob wirklich die Sozialdemokratie Grund hat, auf Marx und Engels stolz zu sein, man nicht zu dem Schlusse kommen könnte, daß die Engländer an diesem Stolze weit mehr Antheil haben als die deutsche Nation.

Ein Beweis dafür, wie haltlos ein derartiges Rezept wäre, ist wohl schon

der Umstand, daß sowohl Gen. Pernerstorfer als auch Gen. Ellenbogen ein ganzes Register von Tönen aufgezogen haben, um ihre Anschauung hier zur Geltung zu bringen. Ich meine, es ist im Allgemeinen viel klüger, wenn wir den Arbeitern sagen, die Deutschnationalen vertreten und verfechten alles Dasjenige, was euren Interessen genau entgegengesetzt ist, was euren wirthschaftlichen Forderungen widerspricht, was an und für sich der Arbeiterklasse in ihrem Aufstreben zur politischen Gleichberechtigung und zur wirthschaftlichen Emanzipation hindernd im Wege steht, daß Dasjenige, was die Deutschnationalen wollen, alles Dasjenige ist, was wir Sozialdemokraten nicht wollen, was wir beseitigen wollen, was der Arbeiterklasse schadet und was den geistigen und wirthschaftlichen Ruin derselben zur Folge hat, und wenn wir den Arbeitern andererseits sagen, daß alles Dasjenige, was einzig und allein die Hebung der Lage des arbeitenden Volkes möglich macht, von den Deutschnationalen auf das Heftigste bekämpft wird, daß wir mit einem Worte, wie Gen. Schuhmeier sagte, vor Allem den proletarischen Standpunkt hervorkehren. (Gen. Dr. Ellenbogen: Das ist ja auch mein Standpunkt!) Ich gebe dem Gen. Ellenbogen Recht, wenn er das sagt. Wenn er vor die Arbeiter Nordböhmens hintritt und mit jener Begeisterung und mit dem Schwunge spricht, wie er hier gesprochen hat, so wird er sie mitreißen, ob er sie aber überzeugen wird, das ist eine andere Frage.

Es ist vom Gen. Behr ein zweiter Antrag eingebracht worden, der folgendermaßen lautet (liest):

„Als praktische Mittel zur Bekämpfung der Deutschnationalen sind den Parteigenossen anzuempfehlen:

1. Unterstützung jener Parteiblätter, welche besonders hart mit denselben zu kämpfen haben.

2. Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen, um die indifferenten Arbeiter heranzuziehen.

3. Herausgabe einer Broschüre, eventuell eines Flugblattes, worin die Kampfesweise der Deutschnationalen entsprechend beleuchtet wird."

Was die beiden ersten Punkte betrifft, so meine ich, daß das selbstverständlich und bereits heute vorhanden ist. Gen. Behr meint wohl, daß diesen Parteiblättern eine besondere Unterstützung zu theil werden soll. Ich begreife ja, warum Gen. Behr den Antrag stellt: die nordwestböhmische Volkszeitung braucht Geld, und ich wünsche ihr von ganzem Herzen recht viel davon, ich meine aber, wie das schon mehr Vorredner hier gesagt haben, daß sich die deutschnationalen Parteien in nichts von den anderen bürgerlichen Parteien unterscheiden, weder in ihren Forderungen noch in ihrer Taktik gegenüber der Arbeiterklasse, und besonders deshalb, weil die Deutschnationalen sich nicht einmal den Schein geben, als wollten sie die Interessen der Arbeiterklasse verfechten, haben wir keinen Grund, sie entschiedener zu bekämpfen als die anderen bürgerlichen Parteien. Ich meine daher, daß wir es nicht nöthig haben, jene Blätter, die diesen Kampf führen müssen, mit besonderen Mitteln zu unterstützen. Wenn Sie das thun wollten, dann müßten Sie viel Geld haben, denn alle unsere Provinzblätter müssen den Kampf gegen die Deutschnationalen führen. Ich bin überzeugt, wenn sie größere Mittel zur Verfügung hätten, könnten sie ihn auch nicht anders, nicht besser führen, als es heute geschieht. (Gen. Behr: Nicht überall sind die Verhältnisse gleich!) Das ist ganz richtig. Darum haben wir aber noch keinen Grund, gewissermaßen Ausnahmsbestimmungen für unsere Taktik gegenüber den Deutschnationalen zu machen. (Gen. Behr: Es ist die Pflicht der Partei, überall dort einzugreifen, wo es nothwendig ist!) Ja, aber die Partei ist nicht nur in Wien, sondern auch in den Provinzen draußen, und was Gen. Behr wünscht, thut sie auch. Was die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen anbelangt, so hängt das absolut nicht mit der deutschnationalen Bewegung zusammen. Eine eigene Broschüre halte ich für überflüssig, weil ein diesbezüglicher Antrag bereits gestern bei Punkt 2 angenommen worden ist. Mit dem Antrage des Gen. Dobiasch erkläre ich mich einverstanden.

Mit Genugthuung will ich noch konstatiren, daß alle Redner ausdrücklich anerkannt haben, daß die deutschnationalen Parteien nichts anderes als bürgerliche Parteien sind, daß wir also ihnen gegenüber keinerlei Ausnahmsbestimmungen zu treffen haben. Damit ist ausgesprochen, daß die deutschnationalen Parteien für die

Sozialdemokratie keine größere und keine geringere Bedeutung haben, als alle anderen bürgerlichen Parteien. (Beifall.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Die nach dem Antrage des Gen. Dobiasch modifizirte Resolution des Referenten, welche lautet:

Resolution:

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich volklich oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutschliberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im Wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind;

in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch insbesondere die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können;

in Erwägung, daß der brutal-nationale Chauvinismus nur dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwicklung, als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unabläßig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen nur zum Schein vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien weder für die politische Gleichberechtigung, noch für soziale Gerechtigkeit eintreten,

daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutschradikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen,"

wird einstimmig angenommen.

Die Resolution des Genossen Behr (Saaz), welche lautet:

Resolution:

„In Erwägung, daß die Deutschnationalen, namentlich in Böhmen, mit den verwerflichsten und rohesten Mitteln gegen unsere Partei und die Arbeiterschaft überhaupt kämpfen, ist es nothwendig, jede Gelegenheit zu benützen, um die Bevölkerung über das Treiben dieser Leute aufzuklären, damit sie über den näheren Charakter derselben urtheilen kann. Der Radikalismus, welchen die Vertreter dieser Partei zur Schau tragen, ist nur Phrase und Aushängeschild, um Kleinbürger, Kleinbauern und Arbeiter zu fangen. In Wirklichkeit aber entpuppen sich dieselben immer mehr als Vertreter der Interessen des Unternehmerthums,"

wird abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Behr (Saaz), welcher lautet:

„Als praktische Mittel zur Bekämpfung der Deutschnationalen u. s. w."

wird abgelehnt.

Hiemit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Wahl der Parteivertretung

referirt namens der Kommission Gen. Ulbrich (Reichenberg): Nachdem Genosse Schrammel erklärt hat, wegen seiner Uebersiedlung von Wien eine Stelle in der Parteivertretung nicht mehr annehmen zu können, erlaubt sich die Wahlkommission Ihnen folgende Genossen zur Wahl in die Parteivertretung vorzuschlagen: Dr. Adler, Popp, Skaret, Schuhmeier, Pernerstorfer, Dr. Ellenbogen, Rieger und Beer Heinrich. In die Parteikontrole sind die beiden Genossen, welche aus Niederösterreich in dieselbe gewählt worden sind, auf Grund unserer Parteitagsbeschlüsse nicht mehr wählbar. Es werden demnach folgende Genossen vorgeschlagen: Anfobsky (Wien), Smitka (Wien) für Niederösterreich, Prähauser (Salzburg) für Oberösterreich, Tirol und

Salzburg, Hugo Schmidt (Jägerndorf) für Schlesien, Dr. Czech (Brünn) für Mähren, Müller (Graz) für Steiermark und Kärnten und Schiller (Reichenberg), Seliger (Teplitz) für Böhmen.

Es werden hierauf zu Skrutatoren die Genossen Wagner, David, Eich, Muchitsch und Petersilka gewählt und wird die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme derselben wird zur Vornahme der Wahl geschritten und geben die stimmberechtigten Delegirten über Namensaufruf seitens des Genossen Schuhmeier ihre Stimmzettel ab. Die Sitzung wird sodann um 7 Uhr 5 Minuten geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

(Vormittagssitzung von halb 10 bis halb 2 Uhr.)
(Nachmittagssitzung von halb 4 bis 8 Uhr).

Die Zeit, welche dem Parteitag am dritten Verhandlungstag gegeben war, nahm eine vertrauliche Sitzung in Anspruch, welche der ausführlichen Erörterung der finanziellen Verhältnisse der Parteipresse, insbesondere der „Arbeiter-Zeitung", diente. Es ergab sich, daß die „Arbeiter-Zeitung" im letzten Jahre einen wesentlichen Fortschritt in Beziehung auf ihre Verbreitung und auf ihre finanzielle Lage erzielt habe, daß ihr aber erst durch die Aufhebung des Zeitungsstempels ermöglicht würde, den berechtigten Wünschen der Partei in Bezug auf Reichhaltigkeit des Inhalts und Umfang zu genügen. Daran schloß sich eine ausführliche Diskussion über die Parteisteuer, die die ganze Nachmittagssitzung in Anspruch nahm. Auch wurde in der vertraulichen Sitzung die Angelegenheit der Brünner Genossen geschlichtet. Im Auftrage der Kommission erstattete Genosse Dobiasch (Aussig) einen Bericht. In derselben Angelegenheit sprach auch Genosse Zinburg (Brünn). Im Anschlusse an die Diskussion wurden, die Brünner Lokalangelegenheit betreffend, folgende Beschlüsse gefaßt:

1. „Der Parteitag erklärt, daß die Bezirkskonferenz berechtigt und kompetent ist, Ausschließungen aus der Partei vorzunehmen, die so lange zu Recht bestehen, als die Kreis-, respektive Landeskonferenz oder der Parteitag nicht anders beschließt."

2. „Der Parteitag erklärt, daß Herr Karl Schneeweiß nicht mehr Parteigenosse ist, und spricht sein Bedauern aus, daß die Vertrauensmänner in der Angelegenheit des Karl Schneeweiß so lange eine zuwartende Stellung eingenommen und nicht schon lange dessen Ausschließung aus der Partei betrieben haben."

Vierter Verhandlungstag.

(Vormittagssitzung. Beginn 9 Uhr 30 Min.)

Vorsitzender: Gen. Weigunny (Linz). Genosse Petersilka (Wien) gibt das Ergebniß des Skrutiniums der Wahl der Parteivertretung bekannt. Abgegeben wurden 136 Stimmzettel; 2 Stimmzettel waren ungiltig. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 68 Stimmen. Es erhielten: Für den engeren Ausschuß die Genossen: Dr. Adler 107, Pernerstorfer 106, Rieger 106, Schuhmeier 106, Beer Heinrich 104, Dr. Ellenbogen 104, Skaret 104 und Popp Julius 98 Stimmen. Zersplitterte Stimmen entfielen auf Winarsky 12, Tomschik 3, Höger 2, Bretschneider, Dr. Czech, Elderich, Klinger, Müller und Schäfer je 1 Stimme.

Für die Parteikontrole erhielten die Genossen Seliger 105, Müller 104, Prähauser 104, Schiller 104, Schmidt Hugo 104, Smitka 101, Ausobsky 98 und Dr. Czech 98 Stimmen. Zersplitterte Stimmen entfielen auf die Genossen Tomschik 5, Elderich 3, Beer, Dr. Ellenbogen, Höger, Neander, Weigunny und Winarsky je 1 Stimme. Ueber Antrag der Genossen Palka und Scherz wird beschlossen, zunächst den Punkt

7. Parteiorganisation

in Verhandlung zu ziehen.

Referent Gen. Schuhmeier: Parteigenossen! Wir waren am ersten Tage des Parteitages in der angenehmen Lage, konstatiren zu können, daß die sozialdemokratische Armee auch im letzten Jahre angewachsen ist, und es tritt an uns die heilige Pflicht heran, diese Armee zu formiren, sie in Bataillone und Kompagnien einzutheilen. Dies kann nur durch die Organisation geschehen. Wir haben in den letzten Jahren diesem Punkte unsere besondere Aufmerksamkeit gewidmet und das Organisationsstatut wiederholt abgeändert. Auf dem diesjährigen Parteitage obliegt uns nur mehr, diesem bestehenden Organisationsstatut einzelne neue Punkte anzufügen, und zwar in erster Linie den Punkt, die Parteisteuer betreffend, und eine Aenderung, welche durch jenen ersten Punkt bedingt wird. Ich hebe zunächst hervor, daß die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge das Organisationsstatut nicht tangiren. Es sind dies der Antrag 15 der Bezirksorganisation Voitsberg, der die Aufhebung des Blocksystems verlangt, der Antrag 16 des V. Wiener Wahlkreises, der die Gründung von Turnvereinen verlangt, und der Antrag mehrerer Genossen des XVIII. Bezirkes, der die Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und die Gründung von Lehrlingsheimen wünscht. Fragen wir uns zunächst, was für eine Organisation haben wir heute? Die Partei hat in den letzten Jahren jeder Strömung Rechnung getragen; wir haben uns in politische, gewerkschaftliche und Bildungsvereine organisirt. Nun verlangt der Antrag des V. Wiener Wahlkreises, daß den bestehenden Organisationen noch Turnvereine anzugliedern seien. Im Antrage heißt es allerdings, „wo es irgend möglich", und er spricht auch davon, daß in den bestehenden Organisationen Sektionen zur Pflege des Turnens errichtet werden sollen. Die Parteivertretung hat über diesen Antrag berathen und ist zu dem Entschlusse gekommen, daß die Gründung solcher Turnvereine den Parteigenossen der einzelnen Orte und Wahlkreise zu überlassen sei. Dort wo die Genossen wissen, daß Turnvereine mehr wirken können als andere Organisationen, wie dies in einzelnen Gebieten Böhmens der Fall sein dürfte, wird es vielleicht nothwendig sein, Turnvereine zu gründen. Die Parteivertretung empfiehlt Ihnen daher, diesen Antrag dahin zu verstehen. Der Antrag 17, der verlangt, daß wir den jugend-

lichen Arbeitern eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden sollen, ist nicht neu; er ist in Wien schon wiederholt aufgetaucht. Ich bin auch in der Lage, Ihnen mittheilen zu können, daß die Frage der Organisation der jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge schon Gegenstand der Berathung in der Parteivertretung gewesen ist, und daß diese der großen Bedeutung sich wohl bewußt ist, die den jugendlichen Hilfsarbeitern und Lehrlingen beizumessen ist. Nun müssen wir aber sagen, daß wir auf diesem Gebiete mit unseren Gegnern, insbesondere mit den Klerikalen, absolut nicht konkurriren können. Zur Gründung von Lehrlingsheimen, wie sie der Antrag verlangt, ist sehr viel Geld nothwendig; da werden wir es nicht so weit bringen können wie unsere Gegner. Zu Lehrlingsheimen in des Wortes voller Bedeutung, Häusern, die der Partei gehören, wo Spielsäle u. s. w. vorhanden sind, wie beispielsweise im katholischen Gesellenvereinshause, werden wir es auch nicht so rasch bringen. Es wird nur das Eine übrig bleiben, daß wir Mittel und Wege zu ersinnen trachten, auch für jugendliche Arbeiter lebensfähige Vereine zu gründen. Uebrigens hat die Parteivertretung bereits zwei Genossen, die Gen. Bretschneider und Pernerstorfer, beauftragt, diese Frage zu studiren und der Parteivertretung diesbezüglich Bericht zu erstatten. Richtig ist es, daß wir gerade jetzt, wo die Klerikalen sich um die Jugend gar so sehr kümmern, die Pflicht haben, diesen Bestrebungen entgegenzutreten, indem wir die Leute schon frühzeitig in unser Lager herüber zu bekommen suchen. Den Antrag 15 bitte ich Sie abzulehnen. Wenn die Partei das Recht bekommt, die Reinerträgnisse von Festen für den Parteifonds einzukassiren, kann sich daraus logischerweise die Möglichkeit ergeben, daß, wo ein Defizit ist, die Partei ebenfalls dafür aufkommen muß. Dazu aber haben wir weder Lust noch Geld. An Stelle des Antrages 15 schlägt Ihnen die Parteivertretung einen eigenen Antrag vor.

Der Antrag ist dem Wunsche und Bedürfnisse entsprungen, der Parteivertretung mehr Mittel als bisher zuzuführen; er ist dem Bedürfnisse entsprungen, die Parteivertretung unabhängig von den Wahlkreis- und Kreisorganisationen zu machen. Wir meinen, wenn die Parteivertretung mehr Geld haben soll, so ist es in den Reihen der organisirten Genossen zu suchen. Es wird daher nichts Anderes übrig bleiben, als daß der Parteitag die Genossen verpflichtet, eine Parteisteuer auf sich zu nehmen, die einzig und allein für die Parteivertretung bestimmt ist. Der Antrag, den wir stellen, soll als ein neuer Punkt in das Organisationsstatut aufgenommen werden. Derselbe lautet:

„7. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuführen. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Mit dem Inkrafttreten dieser Abgabe hört die bisherige Form der Parteisteuerablieferung durch die Landes- und Wahlkreisorganisation auf."

Die Wahlkreisorganisationen werden nach Annahme dieses Antrages ihrer Pflicht enthoben sein, für die Parteivertretung den 25percentigen Beitrag zu liefern, den wir übrigens mit Ausnahme einzelner Kronländer in den seltensten Fällen erhalten haben. Die Annahme dieses Antrages über die Parteisteuer bedingt aber auch eine Aenderung des Punkt 3 des Organisationsstatutes. Wir stellen daher den weiteren Antrag:

Der letzte Absatz des Punktes 3, Wahlkreisorganisation habe fortan zu lauten:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Weiters liegt ein Antrag von Genossen Ulbrich vor, welcher lautet:

„Die Bezirksorganisation Reichenberg beantragt:

Die Parteileitung sei durch den Parteitag zu beauftragen, sich in allen Fragen, welche das Gesammtinteresse der Partei berühren, wie Aufbringung von Geldmitteln, agitatorische Thätigkeit in allgemeinen Parteifragen u. s. w. in erster Reihe mit den Kreisvertretungen in Verbindung zu setzen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen."

Diesen Antrag ersuche ich die Genossen abzulehnen; er ist das konkrete Gegen-

theil von dem, was wir Ihnen vorschlagen. Ich bin der Ueberzeugung, daß Sie dem von der Parteivertretung vorgeschlagenen Antrage Ihre Zustimmung ertheilen werden. Da wir doch unabhängig sein wollen, geht es doch nicht, daß wir wieder erst zu den Wahlkreisorganisationen gehen.

Genosse Zeller beantragt eine Aenderung des Absatzes 5 des Punkt 4, „Parteitag", in welchem es heißt: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme." Genosse Zeller stellt nun den Antrag, diesen Passus dahin abzuändern:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben auf dem Parteitage Sitz und Stimme."

Genosse Zeller will somit unsere Abgeordneten in Zukunft der Verpflichtung auf dem Parteitag zu erscheinen, entheben. Ich kann mich für diesen Antrag nicht erwärmen. Die Parteigenossen werden wohl wissen, warum sie im Vorjahre das so beschlossen haben; ich bitte Sie daher, den Antrag Zeller abzulehnen.

Gestatten Sie mir nun einige allgemeine Bemerkungen zu unserer heutigen Organisation. Es muß gesagt werden, daß die Organisation nach den im Vorjahre beschlossenen Bestimmungen vielfach noch nicht durchgeführt ist. So oft wir seitens der Parteivertretung eine gemeinsame größere Aktion geplant haben, haben wir diesen Mangel zu fühlen bekommen. Die Schlagfertigkeit unserer Partei liegt ja in dem pünktlichen Funktioniren unseres großen Vertrauensmännersystems, und da muß ich sagen, daß auf diesem Gebiete im letzten Jahre wiederholt gesündigt worden ist. Die Parteivertretung hat sich zuweilen in sehr wichtigen Briefen an die Genossen draußen gewendet; eine Aktion sollte eingeleitet werden; einzelne Länder haben das großartig durchgeführt, andere aber haben sich auf die Briefe hin, wo sie aufgefordert wurden, die Aktion einzuleiten, gar nicht gerührt. Ich erinnere beispielsweise an die Demonstration unserer Partei, die Greuel der ungarischen Regierung gegen unsere ungarischen Parteigenossen betreffend. Niederösterreich, Mähren, Steiermark haben die Sache prompt durchgeführt. Böhmen und Schlesien aber hat auf die Briefe gar keine Antwort gegeben, und wenn ich nicht irre, sind in ganz Böhmen nur ein paar Versammlungen diesbezüglich abgehalten worden. Es zeigt dies, Genossen, daß die Schlagfertigkeit noch viel zu wünschen übrig läßt.

Weiters macht sich bemerkbar, daß unsere Organisation vielfach den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden muß. Wir haben wohl vorgeschrieben, daß die Organisation nach Wahlkreisen durchzuführen sei; vielfach geht das aber nicht. (Richtig!) Da möchte ich nun doch bitten, daß, wenn wegen der örtlichen Verhältnisse den Bestimmungen des Organisationsstatuts nicht genau Rechnung getragen werden kann, doch die frühere Organisation funktionsfähig gemacht werde, und daß die Vertrauensmänner ihre Pflicht streng erfüllen. Es muß das peinlich berühren, wenn, obwohl lange vor dem 1. Mai Schreiben an die Vertrauensmänner gerichtet wurden, sie mögen bis 1. Mai die Berichte einsenden, wiederholt Mahnschreiben hinausgehen mußten und gestern noch von der Kreisorganisation Teplitz der Bericht für den Parteitag rekommandirt nach Linz hergekommen ist. Da ist es sehr schwer, seine Pflicht und Schuldigkeit zu thun, wenn man auf diese Weise von den Organisationen im Stiche gelassen wird.

Bei Bestimmung der Tagesordnung haben wir gesehen, daß die Genossen wünschen, daß die Partei der Organisation des ländlichen Proletariats näher trete. Wir sind uns gewiß alle klar darüber, daß wir mit der Organisation des industriellen Proletariats lange noch nicht fertig sind. Wohl marschiren, wenn wir uns an die Genossen wenden, die Massen auf, doch die Organisation im Inneren läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Der Antrag auf Besprechung der Organisation des ländlichen Proletariats wird zumeist von Genossen solcher Länder gestellt, wo eben weniger Industrie vorhanden ist; diesmal war es Salzburg. Wo Sozialdemokraten sind, wollen sie eben Organisationen schaffen und für die Partei agitiren, und wenn keine industriellen Arbeiter da sind, wollen sie die ländlichen Arbeiter der Organisation zuführen.

Wenn nun auf jedem Parteitage verlangt wird, daß der Parteitag den Genossen Mittel und Rathschläge in die Hand geben soll, wie sie die ländlichen

Arbeiter organisiren können, müssen wir demgegenüber konstatiren, daß die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter und der Bauernschaft in jedem Lande grundverschieden sind, und daß eine allgemeine Norm seitens der Partei da nie und nimmer passen wird. Es wird vielmehr in jedem Kronlande den besonderen Umständen angepaßt organisirt werden müssen.

In unsere Versammlungen auf dem Lande kommt der reiche Bauer selten, aber es kommen die landwirthschaftlichen Arbeiter und neben ihnen auch der kleine Bauer. Der landwirthschaftliche Arbeiter kommt einmal, um zu hören, was die Sozialdemokraten wollen, ein anderesmal kommt er vielleicht, um zu prügeln, weil ihn der Pfarrer von der Kanzel aus dazu aufgefordert hat, und der kleine Bauer kommt wieder, um zu hören, ob es wirklich wahr ist, daß die Sozialdemokraten den Knecht gegen den Herrn aufhetzen wollen. Der landwirthschaftliche Arbeiter wie der kleine Bauer haben ganz andere Interessen als der Großgrundbesitzer und der reiche Bauer, und ich empfehle Ihnen, Genossen, bei der ländlichen Agitation stramm an das sozialdemokratische Programm zu halten und sich nicht in Opportunitätspolitik einzulassen, und ich warne Sie davor, den Bauern Versprechungen zu machen, wie es seine falschen Freunde thun. Der ländliche Arbeiter ist uns viel näher als der Bauer, genau so wie der industrielle Arbeiter uns näher ist als der Kleingewerbetreibende. Wie wir den Kleingewerbetreibenden keine Konzessionen machen dürfen, so auch nicht den Bauern. Wenn wir den Bauern auseinandersetzen, daß es in unserem Programm eine Menge Punkte gibt, die gewissermaßen gemeinsame Angelegenheiten des ganzen Volkes sind, und eine Menge Forderungen, wie zum Beispiel Beseitigung des Militarismus oder Beseitigung der indirekten Steuern, bei deren Verwirklichung der Staat Millionen profitiren und den Bauern entlasten könnte, so werden Sie sehen, daß sie uns dann nicht mehr so feindlich gegenüberstehen werden, wie es heute noch vielfach der Fall ist. Uebrigens hat sich auch auf diesem Gebiete gegenüber den letzten Jahren ein ganz bedeutender Fortschritt bemerkbar gemacht. Nur wechselt das halt fortwährend, und wir dürfen nicht glauben, wenn wir irgendwo eine Volksversammlung abgehalten haben, daß dann der Ort für uns schon erobert ist. So lange wir dort sind, sieht auch der ländliche Arbeiter ein, daß das, was die Sozialdemokraten wollen, auch gut und nützlich für ihn ist. Wenn wir aber bedenken, daß wir alle von dem Orte wegmüssen, daß nur der Eine zurückbleibt, dem die ländliche Bevölkerung das ganze Jahr ausgeliefert ist und der sie unablässig Sonntag für Sonntag anagitirt, wenn wir bedenken, daß zum Beispiel der Kaplan am Lande draußen die schimpflichsten Dinge über die Sozialdemokraten den Bauern erzählt, mitunter so lange, daß sie es selbst nicht glauben; wenn wir bedenken, daß so die klerikale Partei an jedem Orte einen ständigen Agitator hat, so müssen wir sagen, daß unsere Erfolge nach der Seite hin ganz kolossale sind. So hat zum Beispiel in Platt in Niederösterreich trotz aller Anstrengungen der Klerikalen unsere ruhige und aufklärende Arbeit den Erfolg gehabt, daß in Augenthal ein sozialdemokratischer Bauernverein besteht — in Niederösterreich! Es gibt ja noch vielfach Arbeiter, die es nicht sagen dürfen, daß sie Sozialdemokraten sind, wie denn erst, wenn ein Bauer das erklärt, und es hat Ihnen ja Genosse Filzer erzählt, daß man ihm in den klerikalen Blättern sage, daß er kein Bauer, sondern ein Schandbauer sei; vielleicht machen sie aus ihm auch noch einen Juden. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich wiederhole also, als Prinzip für die ländliche Agitation möchte ich unser Hainfelder Programm aufstellen.

Seitens der Kronlandsleitungen muß auch dafür gesorgt werden, daß gerade zur Agitation am Lande in der Auswahl der Referenten besonders vorsichtig vorgegangen wird. Wenn also der Genosse Simon Stark aus Falkenau uns die freudige Mittheilung zukommen ließ, daß im Falkenauer Bezirke 40 Referenten an der Arbeit sind, so imponirt mir diese Ziffer gar nicht. Ich will den Genossen nicht nahetreten, aber es muß ausgesprochen werden: Lieber eine Versammlung weniger, aber dafür die anderen mit guten Kräften besetzen. (Zustimmung.)

Leichter als sonst wird die Agitation und die Organisation der ländlichen Bevölkerung dort sein, wo der Acker unmittelbar an die Fabrik grenzt und durch die Ausbreitung der Industrie der bäuerliche Charakter schon vielfach verwischt ist. Wo einmal die Kinder des Bauern in der Fabrik sind, weiß er es ganz genau

zu würdigen, was es bedeutet, wenn sie eine kürzere Arbeitszeit und einen höheren Lohn haben. Wenn es auch andererseits einzelne Länder geben wird, wo eine Organisation sehr schwer durchzuführen ist, so beweisen doch die Erfolge bei den letzten Wahlen, daß die Vorbedingungen hiefür gegeben sind.

Verzeihen Sie, wenn ich auf die Sache selbst nicht näher eingehe und Ihnen nicht Materiale zur Agitation vorlege, sondern Sie bitte, folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Agitation und Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem nächsten deutschen Parteitage Bericht zu erstatten hat."

Aus diesem von mir namens der Parteivertretung eingebrachten Antrage, Genossen, geht hervor, daß die Parteivertretung im Interesse der Partei der Frage wirklich nähertreten will, daß wir uns aber zur Durchführung der nothwendigen Untersuchungen Zeit erbitten. Durch die Annahme dieses Antrages würde ein unter Punkt 8: „Allgemeine Parteiangelegenheiten" von der Lokalorganisation Komotau gestellter Antrag auf Einsetzung einer Kommission zum Studium der Agrarfrage, welche Kommission ihre Untersuchungen zu veröffentlichen und dem nächsten Gesammtparteitage Vorschläge für das Parteiprogramm zu unterbreiten hätte, selbstverständlich entfallen. Jedenfalls wird die Kommission innerhalb der zwei Jahre im Stande sein, eine Fülle von Material zu sammeln, um es den Parteiblättern zur weiteren Verwerthung zu übergeben, und unser Studium der bäuerlichen Verhältnisse wird viel Uebelstände aufdecken und uns ein reiches Agitationsmaterial liefern. Dies über die Frage der ländlichen Agitation und Organisation.

Es ist aber auch meine Pflicht, noch einmal auf die Frage der Organisation der Frauen zurückzukommen. Meine Meinung darüber ist ja bekannt und was ich am ersten Verhandlungstage auseinandergesetzt habe, hat einerseits Widerspruch, andererseits Gelächter hervorgerufen, und Genosse Dr. Adler war sogar so freundlich, zu sagen, meine Ansicht sei nicht nur philiströs und kleinbürgerlich, sondern geradezu reaktionär. Genossen, darüber läßt sich diskutiren: Kleinbürgerlich, philiströs, reaktionär, vielleicht vom politischen, gewiß aber nicht vom praktischen Standpunkte aus genommen! Ich sage, wir können in Bezug auf die Frauenorganisation nicht mehr thun — das ist meine persönliche Ueberzeugung — als in allen Versammlungen darauf verweisen, daß auch die Frauen, die in der Fabrik genau so nur Werkzeuge sind wie die Männer, sich der Organisation anschließen mögen, und Diejenigen, die glauben, ein Mehr erreichen zu können, thun das meiner Ansicht nach nur darum, um über die Anderen hervorragen zu können, aber leisten werden auch sie nicht mehr können. Eine separate Frauenorganisation halte ich für nicht gut. Die Unzufriedenheit derjenigen Genossinnen, die mich wegen dieser Meinung geradezu verketzern und verfehmen (Widerspruch) — ich ertrage es schon, Genossen, haben Sie keine Angst (Heiterkeit) — scheint mir darauf hinauszugehen, daß die Genossinnen darüber ungehalten sind, daß die Frauen vieler hervorragender Genossen nicht in der Organisation stehen. Es ist meiner Ansicht nach schade um jene Zeit, welche einzelne Genossinnen verwenden, um in den Reihen der bereits organisirten Genossen Nachschau zu halten, ob auch deren Frauen schon organisirt sind. Ich für meinen Theil erkläre Ihnen, daß Sie meine bessere Hälfte nicht mehr zu organisiren brauchen, die habe ich mir selbst organisirt, und so wie bei mir, wird es wohl auch bei sehr vielen anderen Parteigenossen sein. Ich behaupte überdies: Je mehr ein Parteigenosse in der Organisation thätig ist, desto mehr hat die Frau zu Hause zu thun, und ich erkläre Ihnen, daß wenn Sie zum Beispiel mich ganz für die Partei haben wollen, daß Sie Diejenige, die mir meine beste und treueste Genossin ist, nicht haben können. Diejenige Frau eines Parteigenossen, die auch in die Fabrik gehen muß, hat zu Hause zu thun, sie kann nicht so ohneweiters in den Verein gehen. Ich verlange deshalb nicht von den Frauen unserer Genossen, daß sie in der Organisation stehen, ich bin zufrieden, wenn sie ihren Männern nichts in den Weg legen, damit diese ihre Pflicht als Parteigenossen erfüllen können. (Ruf: Das ist selbstverständlich!) Das ist nicht bei jeder Frau selbstverständlich, und vielleicht sind gerade die Ledigen, die immer „Sehr richtig!" und „Bravo!" schreien, Diejenigen, die sich binden, ohne vorher geprüft zu haben, ob sie im Stande sind, ihre Lebensgenossin auch zur Partei-

genossin zu machen. Aber warum machen Sie denn immer mir den Vorwurf der Vernachlässigung, des Philiströsen, des Kleinbürgerlichen und Reaktionären? Machen Sie ihn denjenigen Genossen, die ihre Pflicht selbst nach der Seite nicht erfüllt haben. Ich habe sie erfüllt, und alle Ihre Anwürfe prallen daher an meiner innersten Ueberzeugung ab, meine Pflicht gethan zu haben. (Zwischenruf: Schuhmeier ist Sekretär der Partei!) Sie können von mir doch nicht verlangen, daß ich, weil ich Sekretär der Partei bin, Alles das mache, was Jeder aus der Partei von mir haben will! Da würde ich schön ausschauen, da wüßte ich bald nicht mehr, ob ich ein Genosse oder eine Genossin bin. (Lebhafte Heiterkeit.) Der Zwischenruf scheint aber darauf hinzuweisen, daß einzelne Genossen der Ansicht sind, daß ich, wenn ich als Parteisekrekär so rede, der Partei Schaden bringe. Ich kann wohl ruhig erklären, daß die Ansicht des einen oder anderen Genossen nie ein Hinderniß für Jemanden sein kann, für seine Idee zu arbeiten. In puncto Frauenorganisation höre ich das ganze Jahr nichts anderes als immer: „Der Schuhmeier ist die Schuld, daß wir nicht vorwärts können." Kümmern Sie sich nicht um mich, und arbeiten Sie ruhig weiter, denn gerade Diejenigen, die sich immer um den Parteisekretär scheren, sind es, die dabei gar nichts für die Partei oder die Organisation der Frauen thun.

Nachdem nun die Frauenkonferenz vorüber ist, da nunmehr ein Reichskomité besteht, da nunmehr ein neuerlicher Anlauf genommen wurde, die Frauenbewegung in Fluß zu bringen, so erkläre ich, daß ich nach meinen besten Kräften nicht nur in der Agitation, sondern auch in der Presse mitarbeiten werde. Das muß aber als Prinzip gelten, daß es eine separate Frauenorganisation nicht geben darf. Dies meine Meinung in der Frage.

Ich weiß wohl, was nun kommen wird. Ich habe es schon erfahren, daß immer die Referenten der Parteivertretung ihre Lektion bekommen, daß also auch ich meinen Theil vom Linzer Parteitage heimtragen werde. Ich bitte Sie zum Schlusse, die von mir befürworteten Anträge anzunehmen. Ich bitte Sie weiter, für den Ausbau unserer Organisation und des Vertrauensmännerwesens in der Provinz kräftigst Sorge tragen zu wollen. Wir haben heute einen Parteitag, wo wir bekannte Gesichter, alte Parteigenossen unter uns sehen. Ich benütze diese Gelegenheit, die älteren Parteigenossen zu bitten, wohl jüngere Kräfte zu schulen, sich aber deshalb nicht gänzlich von der Bewegung zurückzuziehen. Was ich zur Frauenorganisation gesagt habe, ist meine Ueberzeugung. „Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir weiter" — in der Diskussion. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Es sind folgende Anträge eingelaufen:

„Der Parteitag möge beschließen: Die Gesammtparteivertretung wird beauftragt, jeder Lokal-, Bezirks- und Kreisorganisation Instruktionsvorschriften zu besorgen, damit der Ausbau der Organisation ein einheitlicher sei." Peer.

„Die Vertreter der Kreis- und Bezirksorganisationen insbesondere der Provinz werden aufgefordert, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen und den auf demselben beschlossenen Organisationsentwurf ehebaldigst zu realisiren. Ebenso haben die politischen Organisationen die Gründung von Subkomités in den einzelnen Bezirken vorzunehmen." Charlotte Glas.

„Im Interesse der Organisation der ländlichen Arbeiter möge die Parteileitung sich mit der Gewerkschaftskommission in's Einvernehmen setzen, um die Gründung und den Ausbau von Fachorganisationen beziehungsweise Gewerkschaftsvereinen zu betreiben, denen die entsprechende Unterstützung zuzuwenden ist." Behr (Saaz).

„Der Parteitag begrüßt die Gründung von Arbeiter-Turnvereinen, insofern dieselben wirklich ein Gegengewicht gegen die nationale Bewegung bilden, die Grundsätze unseres Programms hochhalten und unsere sonstigen Organisationen und die Parteipresse fördern." Josef Barth (Gablonz).

Die Debatte.

Gen. Prähauser (Salzburg) tritt der zuweilen selbst unter organisirten Gehilfen verbreiteten Ansicht entgegen, daß es sich für die Lehrlinge nicht schicke, in die Vereinsabende zu gehen. Man muß in dem Lehrling den künftigen Lohndrücker sehen; er muß so bald wie möglich für die Sache des Proletariats herangezogen werden. In Bezug auf die Frauenorganisation stehe ich auf dem Standpunkte des Gen. Schuhmeier. Von den Parteigenossen wird oft das Allernoth-

wendigste vernachlässigt, nämlich die eigene Frau für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Wenn die Kreisorganisation Salzburg den Antrag gestellt hat, daß eine Besprechung der Verhältnisse des ländlichen Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt werde, geschah dies nicht aus Renommirsucht, geschah dies nicht, wie der Referent meinte, weil wir kein industrielles Proletariat im Salzburger Lande haben, also eigentlich nichts zu thun haben — im Gegentheile, wir wissen, daß uns unter den kleingewerblichen Hilfsarbeitern noch Arbeit in Hülle und Fülle bevorsteht — sondern es geschah das einzig und allein deshalb, weil wir den Hilferuf der ländlichen Proletarier nicht überhören dürfen. Die ländlichen Proletarier kommen zu uns und sagen: Sozialdemokraten, Ihr seid die Partei, die den Befreiungskampf des Volkes auf Euere Fahne geschrieben habt; helft und schützt uns vor unseren Ausbeutern! Erlauben Sie, daß ich eine jener zahlreichen Zuschriften verlese, die wir vom ländlichen Proletariat erhalten; die Orthographie dieses Briefes beweist nebenbei, wie Recht die Pfaffen haben, daß die Schulzeit abgekürzt werden muß. (Liest:)

An die hochwohlgeborenen Herren im Abgeordnetenhause!

Ich ergreife die Feder, um die Herren Abgeordneten der Sozialdemokratie recht herzlich zu ersuchen, daß sie den elenden Zuständen beim Fürsten Lichtenstein, die einer Sklaverei gleichen, einer Besprechung unterziehen würden. Die armen Leute werden da bis auf die Knochen geschunden, es ist ein Jammer, anzuhören, wie es den Leuten geht. Wenn Einer klagt, heißt es gleich, Du kannst schon gehen, wenn es Dir nicht gefällt. Der Lohn beträgt im Winter 80 bis 90 kr. Im Sommer haben die Alten 1 fl. 10 kr. von 5 Uhr Früh bis 7 Uhr Abends, oft bis 8 und 9 Uhr Abends. Die Viehställe des Fürsten sind alle schön hergerichtet, aber die Quartiere der Arbeiter sind traurig anzuschauen. Wem die Wohnung zu schlecht ist, der kann sich dieselbe auf seine Kosten herrichten lassen. Jeder Brocken Holz, auch das verfaulte, muß bezahlt werden. Die Monatlichen haben beim Fürst 30 fl. gehabt. Jetzt haben sie nur mehr 28 fl. Die Häuser der Arbeiter werden von außen schön hergerichtet, damit, wenn der Fürst vorbeifährt, glauben soll, es ist auch innen Alles in Ordnung. Die Fußböden sind aber nur mehr halb und Ungeziefer gibt's nicht wenig. So bald Einer Reparatur verlangt, wird gesagt, es ist kein Geld mehr da, das müßt Ihr Euch selber richten. Ist die Wohnung hergerichtet, dann heißt es, da kommt ein Anderer her, Ihr müßt fortwandern, und so geht es fort — — — (Folgt die Unterschrift.)

Sollten wir, Parteifreunde, solche Hilferufe ungehört verhallen lassen? Da ist es unsere heiligste Pflicht, einzugreifen. Es liegt uns ferne, die Frage so behandeln zu wollen, wie es draußen in Deutschland versucht wurde. Wir fassen die Befreiung des ländlichen Proletariats nur in dem Sinne auf, wie es in unserem Parteiprogramm festgelegt ist. Diese Frage ist viel wichtiger für uns, als die christlich-soziale oder deutschnationale Frage. Man wirft uns immer vor, wir wollen „die Religion abschaffen". Gehen Sie hinaus und hören Sie, wie die Leute die Pfaffen mit ihrer Religion verfluchen, zum Beispiel wenn sie Samstag Abends um 9 Uhr Feierabend machen und dann um 3 Uhr Morgens zur Messe hinunter in das Thal gehetzt werden, wo sie dann noch stundenlang warten müssen und dann wieder drei bis vier Stunden den Weg, bergan, zurücklegen müssen. Uebrigens hat aber die Religion als solche mit der Ausbeutung des ländlichen Proletariats nichts zu thun; wir kämpfen nur dagegen, daß die Ausbeutung mit dem Mantel der Religion gedeckt werde. Man macht uns weiter den Vorwurf, daß wir die Dienstbotenordnungen aufheben wollen, die ein wahres Ausnahmsgesetz bedeuten und die reine Leibeigenschaft der Dienstboten bedingen. Man wirft uns vor, wir wollen die Kinderarbeit aufheben. Herr Axmann sagte am Züricher Congreß: „Wenn wir den Bauern mit der Aufhebung der Kinderarbeit kommen würden, dann würden sie uns mit der Mistgabel nachlaufen." Nun, ich habe auch mit Bauern darüber gesprochen, sie haben mir aber Recht gegeben. Interessant ist der Ausspruch einer Bäuerin, die ich gefragt habe, warum sie uns ihr Feld zur Verfügung stellt, eine Versammlung abzuhalten, nachdem uns die Pfaffen und Großgrundbesitzer ihre Lokale abgesperrt haben. „Schauen Sie," sagte sie, „ich habe fünf Kinder. Von diesen wird nur eins das Anwesen übernehmen können; die anderen sechs werden Dienstboten werden. Und weil ich das Elend der Dienstboten kenne, weil ich weiß, daß Ihr für die Beseitigung dieses Elendes eintretet, deshalb bin ich für Euch." Wir sehen, daß der Stand

der Kleinbauern von Jahr zu Jahr geringer wird, daß in den letzten Jahre der Großgrundbesitz sich um 85 Perzent vermehrt hat, wir sehen hier beispielsweise den Kapitalisten Schmiedmann und auf der anderen Seite den Fürsten Liechtenstein, die den Bauern auskaufen. Wir finden auch, daß, wenn die einheimischen Lohnsklaven sich nicht beugen wollen, der Herr Fürst seine Arbeit aus Böhmen herholt. Auf solche Thatsachen müssen wir die Bauern aufmerksam machen, wir müssen den Agitatoren Material an die Hand geben in Bezug auf die Verschuldung von Grund und Boden, in Bezug auf die Expropriation der Bauern, in Bezug auf die Besteuerung, insbesondere in Bezug auf die Uebervortheilung des kleinen Grundbesitzes rücksichtlich der Grundsteuern, und wir müssen dann endlich auf die Thätigkeit unserer Bauernretter im Parlamente hinweisen, die im Namen des Christenthums den Bauern erhalten wollen, in Wirklichkeit aber die Taschen der Großgrundbesitzer füllen, unbekümmert um das Elend des erwerbsthätigen kleinen Bauern. (Beifall.)

Es sind weiter folgende Anträge eingelaufen:

Antrag des Gen. Winarsky:

„Die Wahl der Kommissionsmitglieder zum Studium der Verhältnisse des ländlichen Proletariats wird der Parteivertretung zugewiesen, damit sie sich dazu geeigneten Kräfte zu diesem Zwecke suchen kann."

„Die Bezirksorganisation Reichenberg beantragt, der Parteitag anerkenne die Organisation der Arbeiter-Turnvereine in Oesterreich und betrachte dieselben als ein Mittel, die jüngere Arbeiterschaft Oesterreichs in die Arbeiterorganisation heranzuziehen." Ulbrich.

„Der heute in Linz tagende Kongreß wolle beschließen, daß die Parteileitung die gewerkschaftlichen Organisationen in jeder Hinsicht ins Auge zu fassen und sie durch die Presse, Broschüren, sowie materielle Kräftigung zu unterstützen habe, da in Gegenden, wo noch die größte Zahl der Massen indifferent ist, diese durch die Gewerkschaften leichter zu gewinnen und dann der politischen Organisation zuzuführen sind." Felix Scherz, Stuppach.

Gen. Jodlbauer (Klagenfurt): Wir müssen trachten, das gesammte Proletariat, möge es nun industrielles oder ländliches Proletariat heißen, zu organisiren und es geht nicht an, mit der Organisation des ländlichen Proletariates zu warten, bis wir mit der des industriellen fertig sind. Schon heute ziehen es die ländlichen Arbeiter und Dienstboten vor, sich mit ihren Beschwerden gegen die niederträchtige Sippschaft, die sie ausbeutet, an uns zu wenden. Die Organisation des ländlichen Proletariates liegt unmittelbar im Interesse des industriellen Proletariates, da ja die Unternehmer, zum Beispiel bei unserer Holzindustrie in Kärnten, bestrebt sind, dieses aus den Betriebswerkstätten zu entfernen und durch ländliche Arbeiter zu ersetzen, die in wenigen Tagen imstande sind, dieselben Verrichtungen zu machen, wie der frühere langjährige Arbeiter. Wenn zum Beispiel in einer Cementfabrik die Arbeiter von 3 Uhr Früh bis 10 Uhr Abend arbeiten, ohne daß der Gewerbeinspektor oder die Behörde trotz wiederholter Anzeige dagegen einschreiten (Hört! Hört!), und zwar um einen Taglohn von 75 und 80 kr, so ist das nur dadurch möglich, daß man die ländlichen Dienstboten von den Bauern entfernt und in die Fabriken hineinsteckt. Und sie fühlen sich dabei noch nahezu glücklich, denn sie sind wenigstens am Sonntag frei und brauchen sich nicht im Winter mitten im Schnee von hoch oben am Berge in die Kirche, dann wieder hinauftreiben lassen. Wir sehen in Kärnten, daß unsere Ideen, ohne daß wir uns an unserer Prinzipienfestigkeit etwas vergeben müssen, ganz gut Anklang finden, weil eben die wirthschaftlichen Verhältnisse auch den Verstocktesten überzeugen müssen. Die Masse des ländlichen Proletariates ist uns ist schon wenigstens insoweit aufgeklärt, daß es sieht, daß es mit dem Christenthum doch nicht so ist, wie es sein sollte. Nur bezüglich der sechsjährigen Schulpflicht sind die Bauern noch ganz Ebenhoch, weil der Bauer, da die Dienstboten großentheils als Lohndrücker in die Industrieorte ziehen, Mangel an Arbeitskräften hat und seine Kinder schon in frühester Jugend in die Arbeit einspannt und weil es ihm daher am liebsten wäre, wenn er die Kinder gar nicht in die Schule schicken müßte. Wir speziell in Kärnten warten mit unserer Agitation nicht darauf, bis die Partei etwas beschließt und vielleicht Formen schafft, unter denen wir in die ländlichen Verhältnisse eindringen könnten, sondern wir waren

von Anfang an auch in dieser Beziehung thätig. Wir haben die ganze Masse der Unterdrückten aufzuklären und in unsere Organisationen hereinzuziehen, gleichgiltig, ob es Industriearbeiter oder Dienstboten sind, und ohne Rücksicht darauf, ob sie männlichen oder weiblichen Geschlechtes sind. Nicht als Frauen und nicht als Männer, sondern als Menschen haben wir sie zu organisiren, zum Kampfe gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung. (Beifall.)

Vorsitzender: Es ist mir ein Antrag des Genossen Müller aus Graz übergeben worden (liest):

„Die Kreisvertretungen werden angewiesen, um eine einheitliche und sachliche Behandlung der politischen und organisatorischen Fragen in Versammlungen zu erzielen, Musterreferate zur Benützung für die Referenten auszuarbeiten."

Gen. Köhler (Haindorf): Ob wir in einem Bezirke zuerst eine politische Organisation oder einen Bildungsverein oder eine Gewerkschaftsorganisation zu schaffen haben, das richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Uns in Trautenau zum Beispiel muß der Bildungsverein das erste Mittel abgeben, ohne daß wir deswegen Bildungsmeierei treiben, sondern wir erziehen die Leute auf diesem Wege zum Klassenbewußtsein und zum Klassenkampfe.

Was die Landorganisation dort betrifft, so ist dieselbe sehr schwer, weil Alles national oder klerikal ist. Aber nichtsdestoweniger hat der Pfarrer dann verloren, wenn man versucht, die Klerikalen mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. So zum Beispiel ist der Pfarrer aus einer Versammlung von Kleinbauern davongelaufen, auf deren Tagesordnung die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion stand, obwohl er schon vorher in der Kirche verkündet hatte, daß er in dieser Versammlung sprechen werde. Bezüglich der Frauenorganisation stehen wir auf dem Standpunkte des Genossen Schuhmeier. Wir wollen, daß die Frauen organisirt sind, aber für eine separate Frauenorganisation können wir uns nicht erwärmen. Wir begrüßen die Gründung von Turnvereinen, aber die Leute sollen nicht bloß zu tüchtigen Turnern, sondern auch zu tüchtigen Parteigenossen herangezogen werden. (Beifall.)

Ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten wird abgelehnt, dagegen Schluß der Rednerliste angenommen.

Gen. Filzer (Kitzbühel): Werthe Parteigenossen! Wir sehen, daß bei uns in Oesterreich so wie in allen übrigen Ländern bei der sozialdemokratischen Partei das Verlangen vorhanden ist, auch das ländliche Proletariat und den kleinen Bauernstand in die sozialdemokratische Bewegung hineinzuziehen. Ueberall ist das mit großen Schwierigkeiten verbunden. Auch in Deutschland, wo die Organisationen bedeutend älter sind als bei uns, hat man die Erfahrung machen müssen, wie schwer auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen ist. Ich bin für den von der Parteivertretung gestellten Antrag auf Einsetzung einer Kommission. Fragen wir uns aber aufrichtig: Wird es möglich sein, den kleinen Bauernstand voll und ganz in die proletarische Bewegung hineinzubeziehen, dann müssen wir sagen: Nein, das wird nicht möglich sein. So lange der Bauer eben ein Bauer ist, und wenn er auch ganz unter proletarischen Verhältnissen lebt, wird er sich nicht proletarischen Klassengeist aneignen können. Nur Einzelne werden das können, welche die Geschichte des Proletariats kennen und vom wissenschaftlichen Standpunkte aus verstehen, welche Richtung die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung nimmt, aber der ganze Bauernstand als Klasse wird nicht zu dieser Einsicht kommen. Bei dem ländlichen Proletariate wären die Bedingungen wohl da für ein Eintreten der Sozialdemokratie, aber eine andere Frage ist die: Wie kann man zu dem ländlichen Proletariate kommen? Es ist ungemein schwierig, auf dem Lande zu arbeiten, wo die Leute weit draußen und zerstreut wohnen und wo die Schulbildung auf das niedrigste Niveau heruntergedrückt ist. Zu bedenken ist auch, daß man es wirklich mit Leuten zu thun hat, die eine bedeutend niedrigere Intelligenz besitzen. Wir müssen in einemfort beobachten, daß gerade die intelligenteren Landarbeiter mehr und mehr der Stadt zuziehen oder ein Handwerk lernen und daß nur die Indifferentesten, die sich mit ihrer Lage ganz wenig befassen, zurückbleiben. Durch den Militarismus wird veranlaßt, daß die jungen Burschen vom Lande in die Stadt kommen. Sie werden mit dem Stadtleben vertraut, und wenn sie in die Heimat zurückkommen, sind sie mit ihren Verhältnissen nicht einverstanden. Sie

haben das Leben von einer anderen Seite kennen gelernt, und nun heißt es: Ich will nicht mehr hier bleiben, ich mache dies oder jenes, ich gehe in die Stadt und werde Maurer, Zimmermann und dergleichen. Und dann, wenn er sich einmal in ein anderes Milieu begeben hat, wenn er als Handwerker in einer Stadt oder in einem Markte oder Dorfe lebt, ist es viel leichter möglich, ihn in die Organisation hineinzubeziehen. Das Einzige, was wir vorläufig thun können, ist, daß wir möglichst viele Versammlungen draußen auf dem Lande abhalten, damit wenigstens der Geist der Bauern angeregt werde. Ganz umsonst wird es nicht sein, hie und da bleibt schon etwas hängen. Man muß mit den Leuten klar und offen sprechen, man muß den Bauern sagen, die sozialdemokratische Partei kann Euch auf dem Boden des heutigen Klassenstaates nicht helfen, sie kann Euch wohl beistehen, daß Ihr weniger ausgebeutet werdet, aber gründlich helfen kann sie Euch nicht.

Und dann sind Forderungen für das ländliche Proletariat aufzustellen, deren Erfüllung doch wenigstens eine Erleichterung schaffen könnte, und das wäre auch gewissermaßen eine Arbeiterschutzgesetzgebung mit Alters- und Invaliditätsversicherung u. s. w. Während aber der Achtstundentag bei dem industriellen Proletariate eine so große Rolle spielt, indem es erwiesenermaßen eine Nothwendigkeit ist, daß der Arbeiter nicht übermäßig lange in die Arbeit eingespannt ist und er Zeit übrig haben muß, auch seinen Geist auszubilden, besitzt diese Idee auf dem Lande selbst noch keinen Anklang, und wenn wir für den Achtstundentag kämpfen, so halten sie das für eine Utopie. Sie sind für diesen Achtstundentag absolut noch nicht reif, wohl aber kann man ihnen von einer Verkürzung der Arbeitszeit sprechen. Die ländlichen Verhältnisse bringen überhaupt eine Ungleichmäßigkeit der Arbeit mit sich. Sind während der Sommermonate die Arbeitstage ungemein lang, so tritt im Winter wieder ein anderes Verhältniß ein. Wenigstens in meiner Heimat wird sehr häufig der Arbeitstag die acht Stunden nicht erreichen und im Sommer oft die doppelte Stundenzahl. Es war in früherer Zeit in diesem Punkte bedeutend besser als heutzutage, denn früher war die Anzahl der Feiertage eine viel größere, es hat eine viel kleinere Zahl von Arbeitstagen gegeben, so daß, wenn man diese für das ganze Jahr summirte, die Durchschnittsarbeitszeit beim landwirthschaftlichen Arbeiter nicht viel mehr betragen hat als acht Stunden. Aber heutzutage, nachdem die Liberalen es für ihre Pflicht gehalten haben, die kirchlichen Feiertage theilweise abzuschaffen, damit jeder Tag produktiv angewendet werde (Beifall und Heiterkeit), ist es in dieser Beziehung schlechter geworden. Wir müssen uns also auf dem Lande beschränken auf die Abhaltung von Versammlungen und die Verbreitung kleinerer Schriften. Es sollte sich die Parteivertretung daran machen, eigene Kalender und kleine Agitationsschriften herauszugeben, denn wenn man diesen Leuten dickere Bücher geben muß, so geht es nicht gut. Solche Schriften hätten sich weniger mit dem politischen Kampfe als damit zu befassen, aufzuklären über die Lage des Bauernstandes, wie alles so geworden ist, wie es heute ist, und woher alle diese Mißstände kommen. Das wäre auf die einfachste Art zu begründen und allenfalls gerade anzudeuten, auf welche Weise abzuhelfen wäre. In dem Programme, das von einer Kommission für den Bauernstand ausgearbeitet werden könnte, könnte festgestellt werden, wie die Forderungen aussehen müßten, deren Erreichung den Bauernstand wirklich einmal auf eine bessere Existenzgrundlage stellen würden. Aber daß sich die sozialdemokratische Partei schon jetzt für ihre Durchführung einsetze, das ist nicht nothwendig, denn sie hat noch genug Arbeit zu thun, wenn sie sich des eigentlichen Proletariats annimmt. Sobald der Bauer von seiner Scholle vertrieben ist, ist die sozialdemokratische Partei die Vertreterin seiner Interessen, vorher aber kann sie nur seine Lehrerin sein.

Wenn die Agrarkommission dem Breslauer Parteitage in Punkt 17 den Vorschlag gemacht hat: unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Nutzungs- und Weiderechte so ist ein solcher Punkt für ein Programm absolut unbrauchbar. In einigen Gegenden mag dies ja wohl vortheilhaft sein. Ich aber habe in Tirol, dort, wo noch die alten Verhältnisse bestehen, wo noch gemeinsame Weiden, gemeinsame Wälder ꝛc. existiren, die Beobachtung gemacht, daß diese gerade zu den schlechtest bewirthschafteten gehören. Es wäre zu empfehlen, daß darauf hingearbeitet werde, daß die größeren Bauerngüter aufgetheilt und von den einzelnen Familien

bewirthschaftet werden, und daß die einzelnen wieder zu genossenschaftlicher Arbeit zusammentreten. Die Sozialdemokratie hat ein Interesse daran, Licht und Klarheit zu schaffen und der Unwissenheit und Lüge überall entgegenzutreten. Sie wird den Kampf mit den herrschenden Klassen aufnehmen müssen, welche die Unwissenheit des Volkes mißbrauchen, um ihre eigenen Interessen zu vertreten. Und wenn uns auch die Klerikalen, wie Genosse Schuhmeier meinte, hundertmal sagen werden, daß wir sozialdemokratisch gesinnten Bauern „Schandbauern" sind — das macht uns nichts. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Weiters wurden folgende Anträge eingebracht:

„Da es der Partei gelungen ist, ihre Genossen in viele Gemeindevertretungen zu entsenden und es nothwendig erscheint, diesen Genossen eine Richtschnur an die Hand zu geben, um ein einheitliches Vorgehen allseits zu ermöglichen, wird die Parteivertretung beauftragt, die Aufstellung eines Kommunalprogramms, insbesondere mit Rücksicht auf die kleineren Landgemeinden auszuarbeiten und dem nächsten Parteitage vorzulegen."

Josef Dobiasch, Josef Schweichhart.

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, dahin zu wirken, daß in der Presse und durch Herausgabe von Druckschriften den Referenten am Lande mehr Material als bisher zur Landagitation zur Verfügung gestellt werde."

Anton Wagner, Knittelfeld.

Gen. Schiller (Reichenberg) bemerkt gegenüber dem Genossen Schuhmeier, daß die böhmischen Genossen von der Veranstaltung der Demonstrationsversammlungen, die ungarischen Greuel betreffend, zu spät verständigt wurden. So sei erst am 30. April die Aufforderung gekommen, am 8. Mai solche Demonstrationsversammlungen abzuhalten. Thatsächlich wurde auch eine ganze Reihe solcher Versammlungen, wenn auch nicht am 8. Mai, sondern etwas später, abgehalten. Redner tritt für den Antrag Ulbrich ein, daß die Parteivertretung in allgemeinen Parteifragen mit den Kreisorganisationen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen sich in Verbindung zu setzen habe. Denn wenn die Veranstaltung von Versammlungen beispielsweise nicht direkt von den Kreisvertretungen unternommen wird, so kann es sich ereignen, daß zwei wichtige Versammlungen zur selben Zeit und in der nächsten Nähe zusammenfallen. Er spricht sich gegen separate Bauernorganisationen, gegen separate Handwerker-Organisationen, sowie auch gegen separate Frauenorganisationen aus. Würden letztere bei uns gegründet werden, so müßten die weiblichen Arbeiter, welche die Hälfte der Textilarbeiter ausmachen, den Fachorganisationen entzogen werden, und das dürfen wir nicht thun. Die Gründung von Turnvereinen wäre bei uns zu empfehlen. Diese sind heute in deutschnationalem Fahrwasser, setzen sich aber hauptsächlich aus Arbeitern zusammen. Solche Leute, die für eine ernste Arbeit noch nicht zu haben sind, müssen wir dadurch in unsere Reihen heranziehen, indem wir ihnen dasselbe bieten, was ihnen in jenen Vereinen geboten wird. Es wird aber auch möglich sein, diese Leute nicht nur im Turnen heranzubilden, sondern sie auch zu tüchtigen Genossen heranzuziehen. Dem Antrage Schuhmeier's auf Wahl einer Kommission zum Studium der Agitation und Organisation unter den ländlichen Arbeitern kann ich nur zustimmen. Ich bin überzeugt, daß die Kommission Ihnen nur empfehlen wird, gemeinsame Vereine für die ländlichen Arbeiter und Bauern zu gründen. Wir können nicht beide separat organisiren, weil wir nicht in der Lage sind, den Bauern große Vortheile zu bieten.

Genossin Adelheid Popp (Wien): Werthe Genossen und Genossinnen! Ich will mich selbstverständlich nur auf das Prinzipielle der Arbeiterinnenfrage einlassen. Was Genosse Schuhmeier darüber gesagt hat, daß die Frauen von in der Bewegung stehenden Parteigenossen nicht die Möglichkeit haben, sich ebenfalls in der Organisation zu bethätigen, wird Niemand, der halbwegs in die Verhältnisse Einblick hat, bestreiten. Für die Sozialdemokratie ist aber die Frauenfrage vor Allem eine Frage der Lohnarbeiterinnen, ohne daß wir zwischen verheirateten oder ledigen Lohnarbeiterinnen zu unterscheiden haben. Die verheiratete Arbeiterin wird, wenn sie nicht organisirt ist, ebenso Lohndrückerin sein, wie die nichtorganisirte ledige Arbeiterin. In dieser Beziehung gibt es daher keinen Unterschied, wenn es sich um die Verfechtung unseres Programmpunktes handelt, das

Proletariat ohne Unterschied des Geschlechtes aus der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft zu befreien. Für uns handelt es sich in erster Linie darum, daß die Parteivertretung der Frauenfrage, der Arbeiterinnenfrage gegenüber auf Grund ihres Programmes genau fixire. Daß es in der Praxis nicht immer jedem Einzelnen möglich ist, dem sofort und in jeder Beziehung Rechnung zu tragen, gilt hier ebenso wie in vielen anderen Dingen. Etwas Anderes aber haben wir nie verlangt.

Die Genossen werden sich erinnern, daß seit dem Parteitage im Hotel Union kein Parteitag mit Ausnahme des letzten vorübergegangen ist, wo wir nicht an die Genossen appellirt hätten, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeiterinnen in die gemeinsame Organisation einbezogen werden, wo nicht Anträge gestellt worden wären, daß die Vertreter der Landesorganisationen es den Arbeiterinnen ermöglichen sollen, in den gemeinsamen gewerkschaftlichen und den gemeinsamen politischen Organisationen ihre Vertretung zu finden. So viel ich weiß, haben die Genossinnen noch auf keinem Parteitage den Standpunkt vertreten, daß sie sich separat organisiren wollen. Im Gegentheile, wir wollen nicht, daß die Arbeiterinnenorganisation eine alleinige Frage der Arbeiterinnen sei, sondern vielmehr eine Gesammtarbeit und Gesammtaufgabe aller Parteigenossen. (Beifall.)

Die Ansicht, die Genosse Schuhmeier heute hier vertreten hat, ist nicht die allerreaktionärste, sie ist nicht in so schroffem Gegensatze zur Arbeiterinnenorganisation gestanden. Ich habe schon ganz andere Ausführungen von ihm gehört. Mich hat es heute mit der größten Befriedigung erfüllt, daß Genosse Schuhmeier als Parteisekretär konstatirt hat, daß er wie alle Anderen das Bestreben hat, in allen Versammlungen darauf hinzuwirken, daß auch die Arbeiterinnen sich organisiren sollen. Wir wünschen aber, daß dieser Grundsatz auch in der Organisationsarbeit seinen Ausdruck finde. Wir wissen, wie unüberwindlich die Schwierigkeiten sind, die sich der Organisation der Arbeiterinnen entgegenstellen, wenn diese auf ihre alleinige Kraft angewiesen sind. Sie bedürfen hier der Unterstützung der Gesammtpartei, um Erfolge erzielen zu können. Ich bin der Meinung, daß es nothwendig wäre, daß der Parteitag heute offiziell seine prinzipielle Meinung über die Arbeiterinnenfrage zum Ausdrucke bringe. Es könnte sonst das, was heute — und gewiß in bester Absicht — von der Scheidung zwischen den Arbeiterinnen hier gesagt wurde, gegen uns ausgenützt und uns wie den Genossen, die sich um die Organisation der Arbeiterin bemühen, entgegengehalten werden, daß es ja nicht die offizielle Meinung der Partei ist, daß jede Lohnarbeiterin ohne Unterschied heranzuziehen sei. Wir richten das Ansuchen an den Parteitag und die Parteigenossen, sich jederzeit ohne allen Rückhalt und ohne alle Ausflüchte der Unterstützung und Förderung der Arbeiterinnenfrage hinzugeben, wie wir es nach besten Kräften auch in Bezug auf die männlichen Arbeiter thun. Die Beschlüsse der Frauenkonferenz zeigen am besten, daß es keine einzige Arbeiterin gibt, die auf dem Standpunkte einer getrennten Organisation steht.

Die Genossinnen, die heute das Reichskomité der Arbeiterinnen bilden, nehmen ihre Aufgabe thatsächlich ernst. Das Komité muß daher auch von Ihnen verlangen, daß diese Organisationsform, die nur taktischen Gründen entspricht, anerkannt wird in der Weise, daß, wenn Sie irgendwie in der Agitation mit den Genossinnen rechnen zu müssen glauben, Sie mit dem Komité in Fühlung treten, mit demselben Rücksprache pflegen und der Frauenorganisation und dem Komité Ihre Unterstützung leihen. Wir sind gerne bereit, Hand in Hand mit Ihnen zu arbeiten. Es mag über Gegensätze gesprochen werden, so viel man will. Richtig ist, daß die Lohnarbeiterin ebenso wie der Lohnarbeiter in die Organisation gehört. Richtig ist aber auch weiter, daß die Frauen nicht nur zu den gewerkschaftlichen Organisationen heranzuziehen, sondern auch mit den sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen sind, daß sie nicht nur zur Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Lage in die Gewerkschaften einzuführen, sondern auch zu Kämpferinnen für die großen Ideen der Sozialdemokratie überhaupt zu erziehen sind. (Bravo!)

Gen. Hecker (Teichstadt) ist gegen den Antrag Dobiasch-Schweichhart auf Ausarbeitung eines Kommunalprogrammes, da die Verhältnisse in den verschiedenen Orten zu verschieden sind. Gegenüber dem Vorwurfe des Gen. Schuhmeier, daß Böhmen in der Aktion, die gegen das brutale ungarische Regiment

eingeleitet wurde, nicht einheitlich vorgegangen sei, konstatirt er, daß man im Rumburger Bezirke bis Samstag den 7. Mai von einer solchen Aktion gar nichts gewußt habe. Ueberhaupt sei der gegenwärtige Apparat viel zu umständlich.

Genossin Glas (Wien): Es scheint mir, als ob die Nothwendigkeit, sich auf diesem Parteitage über die prinzipielle Bedeutung der Frauenorganisation auszusprechen, doch eigentlich für die Sozialdemokratie nicht mehr vorläge. Es wäre wahrlich allzu traurig, wenn wir nach einer so langen Zeit erst uns darüber auszusprechen hätten, ob es denn nothwendig sei, die Frauen in die Organisation hineinzubringen, und dies ist ja von den bisherigen Rednern sogar zugegeben worden, daß die Frau zu organisiren eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie wäre. Ich denke nun, daß wir uns von nun an nicht vorwiegend damit befassen sollen, ob es nothwendig sei, die Frauen zu organisiren, sondern weit mehr jene Momente ins Auge fassen sollten, die hindernd für die Frauenorganisation sind. So lange überhaupt eine Sozialdemokratie besteht, war es eine ihrer Hauptaufgaben, und es ist das bekanntlich schon im Gothaer Programme ausgesprochen worden, in gleicher Weise die Frauen wie die Männer für den Gedanken der Sozialdemokratie zu bekommen. Heute aber hängt die Frage: Sollen wir die Frauen organisiren oder nicht? nicht mehr von unserem persönlichen Belieben oder unserer Einsicht ab. Die Frauen leben heute unter denselben Gesetzen und Bedingungen wie die Männer. Es bedarf heute nicht mehr der Ideologie der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, des ethischen Standpunktes: Wir müssen die unterdrückte Frau, die Sklavin des Mannes, die auf den häuslichen Herd beschränkte Frau befreien, heute brauchen wir nicht mehr an den Altruismus der Männer zu appelliren, wir brauchen ihnen bloß zu sagen: Seht euch das Treiben der Klerikalen an, wie diese die Frauen zu organisiren suchen, schaut euch an, wie in allen Industriezweigen die Frauen in erschreckender Weise immer mehr beschäftigt werden, wie in den einzelnen Fabriken thatsächlich die Männer von den Frauen verdrängt werden und der Kampf zwischen Männern und Frauen nicht mehr ein Kampf ist, der sich richtet nach dem persönlichen Belieben und der Einsicht des Einzelnen, sondern ein Kampf, der bedingt und diktirt ist von der allgemeinen Erkenntniß der Sozialdemokratie überhaupt. (Zustimmung.) Es erscheint mir überflüssig, immer wieder eine Debatte für oder gegen Schuhmeier heraufzubeschwören. Ich glaube Gen. Schuhmeier ist mir gewiß nicht böse, wenn ich sage, daß es ihm eine zu große Bedeutung beilegen hieße, wenn man das, was er sagt, was seine persönliche Ansicht ist, nicht die des Parteisekretärs, nicht eines Mitgliedes der Parteivertretung, sondern eines ganz simplen Genossen aus dem XVII. Bezirke (Heiterkeit), zum Mittelpunkte der ganzen Debatte machen wollte.

Wenn schon hingehaut werden soll, so werde ich mir schon ganz andere Leute aussuchen. Ich finde, daß die Parteivertretung ebenso ihre Prügel verdienen würde wie der Gen. Schuhmeier. Gen. Dr. Adler betheuert zwar immer, daß er ein begeisterter Freund der Frauenorganisation ist, aber ich gestehe Ihnen, daß mir die Betheuerungen des Gen. Dr. Adler und der Parteivertretung überhaupt genau so werthvoll erscheinen wie die Worte des Gen. Schuhmeier, weil die Betheuerungen der Parteivertretung nichts nützen und die Worte des Gen. Schuhmeier nichts schaden können. (Heiterkeit.) Ich schimpfe nicht darum auf die Parteivertretung, weil ich glaube, daß sie es nicht verdient, sondern einzig und allein darum, weil ich weiß, daß es nichts nützt, aus Erfahrung, die gewiß auch andere Genossen gemacht haben. Es ist übrigens eine ganz falsche Auffassung, zu glauben, daß einzelne Leute, und selbst wenn es die tüchtigsten sind, irgend etwas Richtunggebendes für eine allgemeine Bewegung wie die Arbeiterinnenfrage thun können. Was wir brauchen und worauf wir angewiesen sind, ist, daß die einzelnen Vertreter der Vereine, der Industriegruppen, der Bezirke und Wahlkreise das, was sie als ihre Ansicht aussprechen, in die Wirklichkeit umsetzen. Ich finde auch, daß über diese Sache bereits genugsam gesprochen worden ist, und ich glaube, wir können die Arbeiterinnen für unsere Organisation nur gewinnen, wenn wir nicht warten, bis die Vertretung etwas sagt oder dem Gen. Schuhmeier irgendwelche freundliche Worte für die Frauen einfallen, sondern wenn wir selbst, ausgerüstet mit dem, was wir gelernt haben und wissen, für die Arbeiterinnen etwas thun.

Der Standpunkt, daß die Frauen nur schwer für die Organisation zu bekommen sind, ist heute in gewissem Sinne nicht mehr richtig, weil die Frau heute nicht allein Leidens- und Arbeitsgenossin des Mannes in der Fabrik ist, sondern, wenn sie von ihm auf ihre Lage aufmerksam gemacht wird, zur Kampfgenossin wird. Wenn aber angeführt wird, daß verheiratete Frauen schwerer zu bekommen sind als ledige, so erkläre ich mich damit vollständig einverstanden. Das kann nicht maßgebend sein, daß einzelne verheiratete Genossinnen trotzdem noch in der Agitation und Organisation stehen. Sie wissen selbst, welche schwere seelische Kämpfe sie da mit sich abzumachen haben, und sie wissen auch, daß sie früher oder später doch der Agitation entzogen werden. Wir haben ja gerade die tüchtigsten Genossinnen dadurch verloren, daß sie geheiratet und Kinder bekommen haben. Ich erinnere nur an die Genossin Lill in Falkenau, die eine der tüchtigsten Genossinnen war und heute, der Macht der Verhältnisse gehorchend, nichts mehr für die Partei thun kann. (Gen. Schuhmeier: Da habe ich doch Recht mit meiner praktischen Erfahrung!)

Es ist auch nicht ganz unrichtig, wenn behauptet wird, daß die Frauen schon dadurch der Sozialdemokratie einen Dienst leisten, daß sie ihre Männer nicht von der Organisation abhalten, haben wir doch viele Parteigenossen, die aus gewissen Gründen nicht in der Organisation stehen oder sich nicht an der Agitation betheiligen können. Wir können deswegen nicht sagen, daß das schlechte Genossen sind. Wenn wir aber diese Frauen soweit aufklären, daß sie ihre Kinder vernünftig, daß sie sie nicht mehr in dem alten knechtseligen Geiste erziehen, dann werden wir gewiß für die Sozialdemokratie überhaupt, um mit den Worten der Genossin Popp zu reden, sehr viel gethan haben. Aber es ist ein Unding, zu glauben, daß wir die Frau in der heutigen Gesellschaftsordnung als Frau, als Mutter, als Weib befreien können. (Sehr richtig!) Wir können nur ihre wirthschaftliche Lage zu verbessern suchen und darauf hinarbeiten, daß ihr Gehirn und ihr Körper nicht verelendet werden, daß sie gesunde Kinder zur Welt bringe oder überhaupt die Fähigkeit hat, sie zu gebären. Der Mensch als Mensch aber kann innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung nicht befreit werden; heute können wir die Frau nicht als Weib und Mutter, heute können wir sie nur als Lohnarbeiterin befreien, indem wir sie zur Kampfgenossin des Mannes erziehen und versuchen, sie, wenn sie schon nicht in die Organisation geht, wenigstens mit den Ideen der Sozialdemokratie zu erfüllen. Wenn wir aber damit warten wollen, bis die Männer nichts mehr zu thun geben, dann müßten wir uns wirklich bis zum großen Kladderadatsch in Geduld fassen.

Was meinen Antrag betrifft, so deckt es sich mit dem, was mir vom Frauen-Reichskomité aufgetragen wurde. Wir haben in unserem Organisationsentwurfe darauf hingewiesen, daß überall dort, wo es nothwendig oder möglich ist, Sektionen für die Frauen zu errichten, den Frauen die Möglichkeit gegeben werden soll, eine Art von Komité zu bilden, wo sie ihre Angelegenheiten besprechen und für die Organisirung der Arbeiterinnen etwas machen können. Es genügt aber nicht, wenn wir nur die Sektionen bilden, die ja eine Art von Industriegruppen sind, sondern wir müssen den politischen Vertrauensmännern, den Vertretern der Wahlkreise und Bezirke, auch sagen, daß sie in den Bezirken Subkomités zu gründen haben, die eine Vereinigung der in den Orten anwesenden Frauen bilden sollen. Es ist uns aber keineswegs darum zu thun, irgendwie separatistische Organisationen zu gründen, und was mich betrifft, so bin ich eigentlich gleichfalls eine Gegnerin der Frauenvereine, weil nach den bisherigen Erfahrungen die Arbeiterinnenvereine nur wenig Gutes zu Tage gefördert haben. Insbesondere den Provinzgenossen möchte ich das sagen, damit sie nicht mehr glauben, daß wir die Frauen den Gewerkschaften entfremden wollen, wir wollen vielmehr einzig und allein, daß die Frauen in die Gewerkschaften hineinkommen. (Beifall.)

Ueber Antrag des Gen. Ludwig wird Schluß der Debatte angenommen.

Referent Gen. Schuhmeier: Werthe Parteigenossen! Ich bin Ihnen zunächst dafür dankbar, daß Sie meiner Einladung Folge geleistet und sich mehr an die Sache als an meine Wenigkeit gehalten haben. Ich kann auch konstatiren, daß die Diskussion sehr hübsches Material auf den hier in Betracht kommenden

Gebieten zu Tage gefördert hat. Auf die Bauernfrage ist eigentlich nur der Genosse Filzer eingegangen, und wir müssen gestehen, daß er wirklich mit der nothwendigen Klarheit und der Selbstaufopferung, welche die Sache verlangt, hier gesprochen hat. (Beifall.) Er hat mit Recht hervorgehoben, daß wir Sozialdemokraten in der Bauernorganisation schon deswegen einen schweren Stand haben, weil der Bauer an seiner Scholle hängt. Die Scholle des Bauern, sein Grund und Boden, wird zwar immer kleiner, was aber nicht kleiner wird, das ist der Stolz des Bauern als Bauer, und Sozialdemokrat werden, heißt für ihn das Preisgeben dieses falschen und nichtssagenden Stolzes. Die Worte des Genossen Filzer gehen ja insbesondere deshalb so wohlthuend zu Herzen, weil man sagen muß, daß solche Worte aus dem Munde eines Bauern doppelt werthvoll sind. Alles, was er sagt, hängt davon ab, daß der Bauer zunächst weniger glauben, wohl aber mehr wissen muß, die Erkenntniß ist es, die uns den Bauern näherbringen kann, und unsere Agitation auf dem Lande muß deshalb zunächst eine aufklärende sein. Wenn wir aber auch die Bauern nicht direkt in eine Organisation bringen können, so haben wir doch darauf Gewicht zu legen, daß die Bauern uns weniger feindlich gesinnt werden, als sie es vielfach heute noch sind. Wir müssen uns den Bauern in allen und jeden Rechtsstreitigkeiten dienstbar erweisen, und haben wir nur einmal einen Bauern, der jahrelang Recht gesucht, aber nicht gefunden hat, zu seinem Rechte verholfen, dann heißt es: Seht, dem hat Niemand sonst geholfen, gerade die Sozialdemokraten sind es, die ihm geholfen haben, und so oft wir derartiges gethan haben, immer hat es uns sehr viel genützt. (Sehr richtig!) Ich sage deshalb, Genossen, wenn Ihr zu den Bauern geht, müßt Ihr nicht nur Euer Programm mitnehmen, Ihr müßt mit Eurem ganzen Wissen hausiren gehen, Ihr müßt es ihnen gratis zur Verfügung stellen, damit sie, wenn sie wieder etwas brauchen, nicht zu den Gegnern, sondern zu uns kommen. Wenn von den Gegnern behauptet wird, daß die Sozialdemokraten die Proletarisirung des Bauern wollen, so müssen wir ihnen sagen, daß das nicht wahr ist, sondern daß die Zeit, der Fortschritt es ist, der ihn proletarisirt, und daß wir Sozialdemokraten nur den Muth haben, den Bauern die Zukunft zu zeigen. Die Schwarzen zeigen ihnen das Jenseits, den Himmel, und wir Rothe zeigen ihnen die Zukunft auf Erden. Schuld daran, daß der Bauer zu Grunde geht, sind nicht wir, sondern die Verhältnisse, wir machen ihn nur darauf aufmerksam: Bauer, wenn Du ausgepfändet wirst, steigst Du nicht in eine höhere Gesellschaftsklasse auf, sondern sinkst in's Proletariat hinunter.

Eine schwierige Frage ist die der Arbeitszeit, aber auch da müssen wir sagen, daß sowohl der Bauer wie der Großgrundbesitzer die Arbeitskraft im Sommer wie im Winter nach Möglichkeit ausnützen. Bezüglich dieser ganzen Frage der ländlichen Organisation bitte ich Sie, den durch einen Zusatzantrag modifizirten Antrag der Parteivertretung anzunehmen.

Was die Bemerkungen der Genossen Schiller und Hecker betrifft, so muß ich erwidern, daß es doch keine Entschuldigung ist, wenn sie sagen, sie haben die Aktion acht Tage später gemacht, sie haben es aber versäumt, uns davon zu verständigen. Wenn sie behaupten, die Verständigung zu spät erhalten zu haben, so wird das Sekretariat in Zukunft darauf Rücksicht nehmen. Im Interesse der Schlagfertigkeit der Aktion muß ich aber ersuchen, die Korrespondenten anzuweisen, in solchen Fällen sofort das Geeignete zu veranlassen, ohne erst den ganzen bureaukratischen Apparat in Bewegung zu setzen.

Was die Frauenorganisation anbelangt, wird jetzt, nachdem die Frauenkonferenz vorüber ist, allen Ernstes daran gearbeitet werden müssen. An mir wird es gewiß nicht fehlen. Nothwendig ist aber, daß das Reichskomité in ständiger Fühlung mit dem Sekretariate bleibt, und daß die privaten Abmachungen auf diesem Gebiete aufhören.

Und nun zu den Anträgen. Seitens der Parteivertretung liegen nun drei Anträge vor. Erstens der Antrag, die Parteistener betreffend, welcher, wenn er angenommen wird, eine Aenderung unseres Organisationsstatuts bedingt. Dies wäre der zweite Antrag. Drittens ist ein Antrag, betreffend die Einsetzung einer Kommission zum Studium der Verhältnisse auf dem Lande, gestellt worden. Zu diesem Antrage wurde seitens der Genossen Winarsky und Dr. Czech je ein

Zusatzantrag gestellt, welche beide dasselbe besagen; beide verlangen, daß die Wahl dieser Kommission der Parteivertretung zugewiesen werde; ich glaube auch, daß die Parteivertretung die Kommission ernennen soll. Ich bitte Sie, die Anträge der Parteivertretung mit den Zusatzanträgen Winarsky-Czech anzunehmen. Gegen den Antrag der Genossin Glas, die Frauenorganisation betreffend, habe ich nichts einzuwenden, ich bitte Sie, auch diesen Antrag anzunehmen.

Den Antrag Dobiasch-Schweichhart betreffend, meine ich, daß es gefährlich wäre, für alle Gemeinden ein gemeinsames Programm aufzustellen. Es lassen sich wohl die hauptsächlichsten Grundzüge fixiren; die gibt aber schon das Kommunalprogramm der Wiener Sozialdemokraten; andere Grundzüge werden schwer zu finden sein. Die Thätigkeit der Genossen in den Landgemeinden wird darauf zu richten zu sein, vernünftiger zu handeln als ihre Vorgänger und mit den Gemeindeangehörigen anständiger umzugehen, als z. B. die Deutschnationalen oder die Klerikalen mit ihnen umzugehen pflegen. Die Genossen müssen sich aber hüten, das Programm, das wir für Wien entworfen haben, als Schablone hinzunehmen und etwa in einer Landgemeinde eine kommunale Bäckerei errichten zu wollen. Ich glaube, es wird gut sein, wenn die Genossen bei wichtigen Anlässen vorher beim Sekretariat anfragen, welche Stellung sie einnehmen sollen. Ich bitte um Ablehnung des Antrages, damit in der Sache keine Verwirrung gestiftet werde.

Den Antrag Müller auf Ausarbeitung von Musterreferaten halte ich für undurchführbar. Dasselbe Referat wird verschiedene Wirkung auf die Zuhörer haben, je nachdem es mit mehr oder weniger Feuer und Schwung gehalten wird. (Ruf: Material!) Material haben Sie in unserer Parteipresse genügend, ein heimliches Material haben wir nicht.

Den Antrag Behr (Saaz) halte ich für überflüssig. Die Unterstützung der Gewerkschaften geschieht schon seit Jahren. Genosse Hueber kann darüber Auskunft geben, daß wir alle Angelegenheiten gemeinsam berathen. Wir haben uns über die Gewerkschaften nicht zu beklagen, und ich hoffe, daß sich die Genossen auch über uns nicht beklagen werden. (Gen. Behr: Es handelt sich hier um die Organisation der ländlichen Arbeiter. Gen. Hueber: Wo die Vorbedingungen gegeben sind, geschieht das auch!)

Die Anträge des Genossen Barth, der Vertretung des V. Wiener Wahlkreises und der Bezirksorganisation Reichenberg wünschen die Gründung von Turnvereinen. Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Den Antrag des Genossen Scherz (Stuppach) halte ich für überflüssig.

Genossen! Ich glaube, daß die Diskussion über die Organisation keine unnütze war, sondern daß sie der Partei zum Nutzen gereichen wird. Ich bitte Sie aber, daran zu gehen, die Beschlüsse des Parteitages vom ersten bis zum letzten Buchstaben genau durchzuführen. Das ist das Allernothwendigste, was gethan werden muß.

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Parteivertretung, betreffend die Parteisteuer, wird in folgender Fassung angenommen:

„7. Parteisteuer. Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben."

An die Stelle des letzten Absatzes des Punktes 3 im Organisationsstatut (Wahlkreisorganisation) wird nach dem Antrage der Parteivertretung folgender Passus gesetzt:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Weiters wird die Streichung des letzten Satzes des Punktes 3 „Wahlkreisorganisation", und zwar die Streichung der Worte: „Nach Möglichkeit sind

dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern" angenommen.

Der Antrag Zeller, nach welchem die Abgeordneten der Pflicht enthoben werden sollen, am Parteitag zu erscheinen, wird abgelehnt.

Der Antrag der Parteivertretung auf Einsetzung einer Kommission zum Studium der ländlichen Verhältnisse wird mit dem Zusatzantrag Winarsky-Czech angenommen.

Gen. Prähauser (Salzburg) konstatirt, daß er sich an der Abstimmung nicht betheiligte, weil er der Ansicht ist, daß die Kommission vom Parteitage gewählt werden soll.

Der Antrag der Genossin Glas: „Die Vertreter der Kreis- und Bezirksorganisationen, insbesondere der Provinz, werden aufgefordert, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen u. s. w." wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag 15 der Bezirksorganisation Voitsberg wird zurückgezogen.

Die Anträge 16 des V. Wiener Wahlkreises, Antrag Ulbrich (Reichenberg): „Der Parteitag anerkennt die Organisation der Arbeiterturnvereine in Oesterreich und betrachtet dieselben als ein Mittel, die jüngere Arbeiterschaft Oesterreichs in die Arbeiterorganisation heranzuziehen," sowie der Antrag Barth: „Der Parteitag begrüßt die Gründung von Arbeiterturnvereinen u. s. w.", sowie der Antrag Scherz werden gegen vier Stimmen angenommen.

Der Antrag 17 wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Müller, welcher verlangt, die Kreisvertretung wird angewiesen, Musterreferate auszuarbeiten, wird abgelehnt, der Antrag Wagner hingegen:

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, dahin zu wirken, daß in der Presse und durch Herausgabe von Druckschriften den Referenten am Lande mehr Material als bisher zur Landagitation zur Verfügung gestellt wird,"

angenommen. Der Antrag Peer wird der oberösterreichischen Kreisvertretung und der Antrag Dobiasch-Schweichhart der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Ulbrich (Reichenberg) wird, nachdem sich der Antragsteller mit dem Vorschlage des Referenten, das Wort „außerordentlichen" einzufügen, einverstanden erklärt hat, in folgender Fassung angenommen:

„Die Parteileitung sei durch den Parteitag zu beauftragen, sich in allen Fragen, welche das Gesammtinteresse der Partei berühren, wie Aufbringung von außerordentlichen Geldmitteln, agitatorische Thätigkeit, in allgemeinen Parteifragen u. s. w., in erster Reihe mit den Kreisvertretungen in Verbindung zu setzen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen."

Schließlich wird noch der Antrag Behr (Saaz): „Im Interesse der Organisation der ländlichen Arbeiter möge die Parteileitung sich mit der Gewerkschaftskommission in's Einvernehmen u. s. w." angenommen.

Der Punkt „Parteiorganisation" ist somit erledigt.

Die Sitzung wird hierauf um 1 Uhr 35 Minuten unterbrochen.

Arbeiterschutz und Heimarbeit.

Nachmittagssitzung. (Beginn 3 Uhr 30 Minuten.)

Vorsitzender Gen. Weigunn (Linz): Zur Tagesordnung „Arbeiterschutz und Heimarbeit", worüber Genosse Dr. Adler referiren wird, sind mir drei Anträge übergeben worden. Ein Antrag des Genossen Petersilka lautet:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung für das gesammte arbeitende Volk, zähle es sich zu den manuellen oder geistigen Arbeitern, von eminenter Wichtigkeit ist, beschließt der Parteitag: Es ist von der Parteileitung im ganzen Reiche eine lebhafte Agitation zu Gunsten dieser Forderungen einzuleiten, und haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamente diese Forderung energisch zu vertreten."

Ferner beantragt Genosse Petersilka folgende

Resolution:

„In Anbetracht des Umstandes, daß vornehmlich die christlich-sozialen Unternehmer gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handel das Argu-

ment in's Treffen führen, daß die Arbeiter den Sonntag als Kauftag nicht missen können oder wollen, beschließt der Parteitag: Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handels- und Speditionsgewerbe, ebenso wie für alle Bureaux, wird seitens der Arbeiterschaft nicht nur gebilligt, sondern im Interesse aller Angestellten als unumgänglich nothwendig betrachtet. Der sozialdemokratische Verband im Parlamente wird aufgefordert, die Realisirung dieser Forderung mit Entschiedenheit zu fördern."

Ein von den Genossen Hanusch und Kuntscher überreichter Antrag lautet:

„Der sozialdemokratische Verband wird vom Parteitage aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, wonach die Arbeitszeit in den Tabakfabriken, sowie in gesundheitsschädlichen Betrieben auf acht Stunden festgesetzt wird."

Referent Gen. Dr. Adler: Parteigenossen und Genossinnen! Es ist mir eine höchst undankbare Aufgabe zu Theil geworden. In Folge des Umstandes, daß Genosse Dr. Verkauf nicht hier ist, bin ich gezwungen, hier ein Referat zu übernehmen, dem ich nach der vollen Ausdehnung und vollen Bedeutung der Sache nicht gewachsen sein kann und für welches ich auch nicht einmal die nothwendigste Vorbereitung machen konnte. Genossen, ich glaube auch, daß die Bedeutung der Sache, um die es sich hier in erster Linie handelt, die Regelung der Heimarbeit, eine so außerordentliche ist, daß es ihr wirklich nicht entsprechen würde, wenn wir hier uns einbildeten oder unseren Genossen auswärts die Meinung beibringen wollten, daß wir diese Angelegenheit in der kurzen Zeit, die uns hier naturgemäß nur zur Verfügung steht, erschöpfend erledigen wollen oder uns auch nur vorstellen, daß wir hier etwas Erschöpfendes über die Sache sagen können. Ich muß Ihnen auch in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß unsere Reichsrathsfraktion in der Lage war, über eine ganze Reihe von Dingen, über bestimmte Abschnitte des Arbeiterschutzes völlig erwogene und in allen Einzelheiten begründete und festgestellte Entwürfe auszuarbeiten. Die allgemeinen Wünsche in Bezug auf die Heimarbeit sind auf dem letzten Parteitage im Wimberger-Saale in einem ausführlichen Referate von dem Genossen Neumann begründet worden. Hier in dieser Versammlung einen Gesetzentwurf auszuarbeiten oder auch nur in's Einzelne zu gehen, ist aus vielen Gründen ausgeschlossen. Ich meine aber auch, daß es nicht möglich sein wird, gesetzgeberisch die Sache in einem einzigen Entwurfe zu erledigen. Die Heimarbeit hat eine ganze Reihe von Formen, die von einander völlig verschieden sind, und die auch in ihrer gesetzgeberischen Behandlung mittels Arbeiterschutz von einander abgetrennt sein müssen.

Man kann sagen, daß das wichtigste Moment für alles, was mit Konfektion zusammenhängt, für uns sein muß der Zwang des eigentlichen Unternehmers, für die Betriebsstätten aus Eigenem zu sorgen. Das wichtigste Moment muß also sein, in letzter Linie eine Aufhebung, eine Beseitigung dieser Heimarbeit herbeizuführen. Hiezu wird aber eine Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes allein nicht genügen, es muß als nothwendige Ergänzung eine Regelung auf dem Gebiete der Wohnungsgesetzgebung hinzukommen. Dieser Weg ist ja schon wiederholt betreten worden und wird von unseren Organisationen der Konfektionsarbeiter aller Art in Oesterreich und Deutschland als der einzige bezeichnet, auf dem man zu jenem Ziele kommen kann, das von den Gewerkschaften selbstverständlich durch ihre Organisationen auch aus Eigenem gefördert werden kann und das schließlich meiner Ueberzeugung nach für diese Branche auch agitatorisch zu einem ebenso wichtigen Prinzipe und Schlagworte und ebenso populär gemacht werden muß wie die Abkürzung der Arbeitszeit.

Während wir auf dem Gebiete der Konfektionsindustrie einen klaren Weg und ein sicheres Ziel haben, müssen wir sagen, daß es in jeder Industrie andere Formen der Heimarbeit gibt; da meine ich insbesondere die Textilindustrie, wo wir nicht mit derselben Schärfe und Unmittelbarkeit diese Forderungen schon jetzt und für jetzt aufstellen können. Bei der Textilbranche wird es viel weniger unsere Aufgabe sein, die Hausindustrie zu beseitigen, denn sie beseitigt sich von selbst, als vielmehr dazu gesetzgeberisch mitzuwirken, daß die Formen und die Begleiterscheinungen, unter denen sich dieser Prozeß vollzieht, etwas weniger qualvoll für die Betheiligten sich gestalten. Es handelt sich allerdings bei allen diesen absterbenden Industrieformen wieder um die Frage: Ist ein schneller Tod oder ist das

lange Hinsiechen weniger qualvoll? Die Schwierigkeiten aber, mit denen wir in der Agitation zu thun haben, und zwar nicht nur in der Textil-, sondern auch in der Glas- und Porzellanindustrie, beziehen sich alle darauf, daß auch eine absterbende Betriebsform durch Individuen, durch Menschen betrieben wird, die, wenn sie noch so klar die Nothwendigkeit des Absterbens dieser Industrieform vor Augen haben, sich doch nicht selbst so ohneweiters zum Hungertode verurtheilen wollen. Auf diesem Gebiete der absterbenden Industrien ist eine gesetzliche Regelung viel schwerer als in der Konfektionsbranche, und sie kann nur geschehen auf Grund eingehender Studien, genau so, wie das für die Eisenbahner, kaufmännischen Hilfsarbeiter und Bergarbeiter bei den entsprechenden Gesetzentwürfen geschehen ist.

Nun handelt es sich freilich darum: Ist es nicht möglich, sofort wenigstens einiges zu thun, was den wichtigsten Schmerzen abhelfen würde? In den Anträgen, die uns vorliegen, wird überall gewünscht, es möge die Hausindustrie, die Heimarbeit auch dem Gewerbe-Inspektorate unterstellt werden. Parteigenossen! Für diese naturgemäße und nothwendige Forderung werden wir selbstverständlich eintreten. Aber keiner von uns wird sich der Illusion hingeben, daß das irgendeinen Werth hat ohne eine gründliche Umgestaltung des heutigen Inspektorates, und es wird Sie in diesem Zusammenhange interessiren, daß unsere Fraktion mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Neuorganisation des Gewerbe-Inspektorates beschäftigt ist, welcher analog dem Entwurfe über das Bergarbeiter-Inspektorat die Heranziehung von Delegirten der Arbeiterorganisationen zur Ausübung des Inspektionsdienstes zum Inhalte hat. (Bravo!) Ohne diese Heranziehung ist das Inspektorat auf jedem Gebiete mangelhaft, auf dem Gebiete der Heimarbeit aber vollständig leerer Buchstabe.

Es liegen nun eine Reihe von Anträgen vor, die sich nicht mit dieser Sache, sondern mit anderen beschäftigen. Ein Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs und ein Antrag des Genossen Peterfilka verlangen die Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung und eine Anregung in dieser Beziehung durch den sozialdemokratischen Verband; ein Antrag der organisirten Bauarbeiter in Voitsberg wünscht eine Altersversorgung speziell für die Bauarbeiter. Die Alters- und Invaliditätsversicherung ist gewiß eine sehr nothwendige Sache. Aber es bedarf unser ganzes Arbeiterversicherungswesen einer gründlichen Umgestaltung, und ich bin überzeugt, daß die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung erst mit einer gänzlichen Umgestaltung unseres ganzen Arbeiterversicherungswesens möglich sein wird. (Sehr richtig!) Ich verweise auch darauf, daß in dieser Beziehung vom Verbande ein Antrag auf Einsetzung eines besonderen Ausschusses eingebracht wurde, welcher sich mit der Umgestaltung der Arbeiterversicherung in ihrem ganzen Umfange befassen soll, und daß der Verband auch die Altersversorgung bereits in Anregung gebracht hat. Ich mache weiters darauf aufmerksam, daß hier inbegriffen ist die Reorganisirung der Bruderladen, respektive ihre vollständige Beseitigung in ihrer heutigen Form, und ihre Eingliederung als Kranken-, Unfall-, Invaliditätsversicherung in eine allgemeine Arbeiterversicherung. (Bravo!) Das ist die Richtung, in welcher wir weiter arbeiten müssen.

Es liegt weiter ein Antrag der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs vor (Antrag 12), welcher sich mit der Abschaffung des Arbeitsbuches beschäftigt. In dieser Beziehung wäre es wirklich nicht nothwendig, daß der Parteitag noch einen besonderen Beschluß faßt. Die Anschauung der Arbeiterschaft über das Arbeitsbuch ist, seitdem es besteht, eine feststehende, und es weiß Jedermann, wie die Sozialdemokraten hierüber urtheilen. Wenn aber der Antrag hier noch einmal vorliegt, bleibt uns nach meiner Meinung nichts anderes übrig, als ihn der Fraktion zur Berücksichtigung zuzuweisen.

Ein Antrag der Genossen Hanusch und Kuntscher urgirt die Einbringung eines Gesetzes, betreffend die Herabsetzung der Arbeitszeit in den Tabakfabriken, sowie in gesundheitsschädlichen Betrieben auf acht Stunden. Eine solche Resolution hat jedenfalls den Werth, daß wir aussprechen, was wir davon halten. Aber, Genossen, der nächste Schritt, der auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes überhaupt gemacht werden kann, wird sich nicht auf diese Dinge, sondern voraussichtlich auf die Heimarbeit und auf das Kleingewerbe beziehen. Sie dürfen nicht

vergessen, daß das ganze Gebiet des Kleingewerbes heute des Arbeiterschutzes so gut wie entbehrt, und wir müssen von unserer Fraktion erwarten, daß, wenn sie ein neues Arbeiterschutzgesetz vorlegt, sie diese großen Gebiete der Produktion in allererster Linie berücksichtigt, und dabei werden die Betriebe, die hier gemeint sind, gewiß nicht zu kurz kommen. Allerdings wären gerade die Tabakfabriken, als ärarische Betriebe vielleicht, in erster Linie geeignete Objekte des Angriffes. Wir haben ja heute einen Finanzminister, welcher sich immer als Sozialpolitiker ausgegeben hat, und es wäre vielleicht eine gute Taktik, ihn an seine rühmliche Vergangenheit zu mahnen; er wird uns aber wahrscheinlich antworten, daß ihn seine höchst unrühmliche Gegenwart hindert, ihr gerecht zu werden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Es liegt noch ein Antrag vor, der auch von Genossen Peterfilka ausgeht, es möge der Parteitag erklären, daß er nichts gegen die Sonntagsruhe der kaufmännischen Hilfsarbeiter und der Speditionsarbeiter habe, um so den christlich-sozialen Herren das Argument aus der Hand zu nehmen, daß sie der Arbeiter wegen gezwungen seien, am Sonntag arbeiten zu lassen. Ich bin überzeugt, daß dieser Antrag ohne Diskussion angenommen werden kann. Auf Seite der Arbeiter bestand gewiß nie ein Hinderniß in dieser Beziehung, und es ist bekanntermaßen einfach eine Heuchelei, wenn das von den Christlich-Sozialen ausgespielt wird. Wohl aber müssen wir immer wieder betonen, daß es eine wirkliche Sonntagsruhe nicht geben kann, wenn nicht der Samstag Nachmittag freigegeben wird, daß wir den halben Feiertag am Samstag brauchen, um die Sonntagsruhe zu einer ernsthaften zu machen. (Sehr richtig!)

Ein Antrag des Genossen Höger lautet (liest):

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage auf, einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen."

Ich würde sehr wünschen, daß dieser Antrag der Fraktion zur Behandlung übergeben würde, ich möchte aber nicht wünschen, daß wir die Fraktion darauf festbinden würden. Wir leben in einem merkwürdigen Lande, und es ist vielleicht schon eine merkwürdige Sache, daß wir hier ruhig über Gesetzentwürfe der verschiedensten Art diskutiren, wir, die vorgeschrittenste Partei im ganzen Lande, während zu derselben Stunde, wie uns telegraphirt wird, sich im Parlamente wieder höchst stürmische Szenen abspielen. Die allgemeine politische Entwicklung macht es ja sehr wünschenswerth, daß im Parlamente wenig Ruhe herrsche, daß da einmal ein entschiedener Bankerott mit ausgesprochener Konkurserklärung stattfinde, aber auf der anderen Seite müssen wir doch sagen, daß dadurch die positive Gesetzgebungsarbeit zurückbleibt. (Zwischenruf: Da hätten wir ja die Schani Brot!-Politik machen müssen!) Wir selbstverständlich müssen im Gesammtinteresse, in dem weiterschauenden Interesse der Arbeiterschaft, sagen: Zum Teufel jetzt mit der Gesetzgebung, wenn wir dadurch in vernünftige politische Zustände überhaupt hineinkommen können. Darüber ist für uns gar kein Zweifel, aber es liegt immerhin ein Widerspruch darin, daß wir gerade in dem Momente, wo keine Aussicht ist, daß es aktuell wird, uns in Verhandlungen über Gesetzgebungsarbeiten einlassen sollen. (Gen. Höger: Hier handelt es sich nur um die Priorität des Gedankens.) In diesem Sinne können wir ja den Antrag akzeptiren, aber ich möchte Sie vor Folgendem warnen: Man wird sehr gerne bereit sein, ein Scheinamt, ein Scheinministerium zu machen, wie man überhaupt sehr gerne der Arbeiterschaft gewisse Brocken hinwerfen möchte, in der Hoffnung, sie werde sie schlucken und sich damit bestechen lassen. Wenn wir die Forderung nach einem Arbeitsministerium aufstellen, so geschieht es, wie ich glaube, hauptsächlich zu dem Zwecke, um jene Kategorien von Arbeitern, die dem Ackerbau- und dem Finanzministerium unterstellt sind und hier in einer durchaus nicht einmal der Produktion entsprechenden, aber gewiß arbeiterfeindlichen Weise ausgebeutet werden, aus den beiden Ministerien herauszukriegen und einem Ressort zu unterstellen, wo man hoffen kann, es werde, wenn ein halbwegs vernünftiger Mensch an der Spitze steht, möglich sein, daß etwas anderes geschieht, als bisher unter den Falkenhayns und den verschiedenen Finanzministern geschehen ist. In diesem Sinne bin ich ja dafür, daß das geschieht, aber wenn ich da eine leise Verwahrung eingelegt habe, so habe ich das mit gutem Grunde gethan. In Oesterreich muß man

auf Alles gefaßt sein. Dem Staate kommt es wohl auf einen Kreuzer Arbeiterlohn, aber niemals auf ein Ministergehalt an. Wir könnten überrascht werden mit der Anstellung eines adeligen Herrn als Arbeitsminister, und die Regierung könnte sich dabei noch rühmen, der Arbeiterschaft und dem Parteitag eine Konzession damit gemacht zu haben. Ueberhaupt kommt es nicht an auf den Titel des Arbeitsministeriums, sondern es ist sehr wichtig, daß unsere Fraktion ausdrücklich und deutlich begründe, was sie sich unter einem solchen Arbeitsministerium vorstellt.

Und nun gestatten Sie mir, Sie am Schlusse meines höchst mangelhaften Referates aufzufordern, Ihre nächste Thätigkeit zu richten auf die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Arbeiterschutzes für alle Branchen, die mit Heimarbeit zu thun haben. Die vorliegenden Anträge bitte ich Sie, der Fraktion und dem Verbande zu übermitteln.

Vorsitzender: Es sind folgende Anträge zu diesem Punkte eingebracht worden (liest):

„In Erwägung, daß die Bewegung des Achtstundentages nicht den ernstlichen Charakter besitzt, beantragt der deutsche sozialdemokratische Parteitag, die Reichsparteivertretung zu beauftragen, die hier einzuschlagende Taktik aufzustellen und am nächstfolgenden gemeinschaftlichen Parteitage den Achtstundentag auf die Tagesordnung zu stellen." Augmaier.

„Ich beantrage, daß der sozialdemokratische Verband in nächster Zeit im Reichsrathe einen Gesetzentwurf einbringe, nach welchem die Arbeiterschutzgesetze und die Arbeiterversicherung auch auf die Landarbeiter auszudehnen sind." Behr (Saaz).

„Der Parteitag beschließt: In Erwägung, daß die in den Eisenhütten beschäftigten Arbeiter in ungemein drückender Weise unter dem Truckſystem und den Werkswohnungen zu leiden haben,

in fernerer Erwägung, daß die Arbeiter obbezeichneter Kategorie bei den Hochöfen, Bessemer- und Martinöfen 2c. in Folge der außerordentlich gesundheitsschädlichen Art der Arbeit an Leben und Gesundheit in besonders starker Weise gefährdet sind,

beauftragt der Parteitag die Fraktion, in geeigneter Weise für die Beseitigung der Werkswohnungen und eine strengere Bestrafung derjenigen Werksunternehmer Sorge zu tragen, welche die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Truckſystems übertreten.

Die Fraktion wird ferner beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem die Einführung des Achtstundentages für Hüttenwerke gefordert wird." Heinrich Beer.

„Der Parteitag beschließt: Der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten wird beauftragt, die Anträge des Abgeordneten Genossen Dr. Verkauf und Genossen über Bergarbeiterschutz 2c. mögen als dringlich behandelt werden." Schatzmayr.

Die Debatte.

Gen. Schweichhart (Ansdorf): Werthe Parteigenossen! Die Frage der Regelung der Heimarbeit und deren verwandten Industrieformen ist gewiß eine Frage, die von eminenter Bedeutung ist, und an der die Glasarbeiter des Haida-Steinschönauer Hohlglasindustriebezirkes, den ich vertrete, das größte Interesse bezeugen. Wenigen Genossen wird es vielleicht bekannt sein, welchen Umfang die Heimarbeit in Oesterreich besitzt. Im Handelskammerbezirk Reichenberg werden nach einer von der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer angelegten Statistik zirka 102.000 Arbeiter in fabriksmäßigen Betrieben beschäftigt. Eine annähernd gleiche Anzahl von Arbeitern ist in diesem Bezirke in der Heimarbeit beschäftigt. In ganz Oesterreich werden ungefähr 710.000 Heimarbeiter nach einer Schätzung der Brünner Handelskammer gezählt. Zu einem gleichen Resultat kommt man, wenn man von der Gesammtzahl der österreichischen Industriearbeiter die Zahl der krankenversicherungspflichtigen Arbeiter in Abzug bringt. Jedenfalls ist jedoch die Zahl der Heimarbeiter eine sehr große und die Frage daher eine ungemein ernste. Ich stimme mit Genossen Dr. Adler überein, daß wir heute an eine gründliche Erörterung und Beschlußfassung nicht denken können.

Der Kammersprengel Reichenberg besitzt eine ungemein reiche und verschiedenartige Verlagsindustrie im Zusammenhang mit der Heimarbeit. Am stärksten ist das Verlagssystem in den Glasindustriebezirken Gablonz, Tannwald und Haida vertreten. Im letzteren zählt man mit den in den angrenzenden Bezirken seßhaften zirka 6000 Glasarbeiter. Im Gablonzer und Tannwalder Bezirke ist die Zahl eine ungemein höhere. In den Bezirken Rumburg, Schluckenau, Hainspach hat

man die Stahlwaaren-, Metallknopferzeugung, Band-, Baumwoll- und Leinenweberei, Sparteriewaaren-, Drechslerwaaren-, Kunstblumenerzeugung, welche auf der Heimarbeit beruhen. In den Arnauer, Trautenauer, Hohenelber und Rochlitzer Bezirken finden wir die Leinenweberei theilweise neben der Baumwollindustrie vertreten. Das ganze nördliche Gebirge Böhmens besitzt solche Gruppen von Heimarbeitern. Die Holzindustrie Nordböhmens schließt eine bedeutende Anzahl von Heimarbeitern in sich. Die Drechslerei ist auch im Königgrätzer Bezirk vertreten. Neben der Bastweberei, Sparterie, die zirka 1500 Arbeiter im Rumburger und Schluckenauer Bezirk beschäftigt, ist die Bast- und Strohflechterei im Erzgebirge erwähnenswerth, welche eine Zahl von 6000 Arbeitern aufweist. Dann gibt es noch eine ganze Reihe von Industrien, darunter die Textilindustrie, welche zum großen Theile auf der Heimarbeit beruhen, zum Beispiel die Drahtflechterei, Korbflechterei, Erzeugung von Schirmen, Spitzen 2c. In Nordböhmen finden wir ganze Dörfer, welche wiederum die Erzeugung von Schuhen und Schuhtheilen als Industriezweig aufweisen. Bei alledem ist aber der Mangel einer genauen Statistik ungemein fühlbar, so daß man bestimmte Zahlen gar nicht auffinden kann. Wenn wir nun das Verlagssystem betrachten, so sehen wir, daß die Eigenart und Komplizirtheit desselben eine vorsichtige Behandlung erfordern. Der Verleger ist meistentheils nichts anderes als ein Kaufmann, ein Händler, der das Rohprodukt wie bei uns von der Glasfabrik bezieht und dasselbe zur Verarbeitung an die Heimarbeiter weiter gibt. Manchesmal ist zwischen dem Verleger und Heimarbeiter noch ein Zwischenmann, der Lieferant, vorzufinden. Der Verleger als Händler hat also gewöhnlich mit der Erzeugung der Waare nichts zu thun.

Der Heimarbeiter stellt meistens das Material zur Bearbeitung der Waare selbst bei, wie er ja auch eine eigene Betriebsstätte mit den dazu gehörigen Produktionsmitteln besitzt. In der Glasindustrie des Haida-Steinschönauer Bezirkes sind es durchwegs nur kleine Betriebe, dafür aber sehr zahlreiche, in denen das Glas von Heimarbeitern fertiggestellt und an den Händler nach einem vorgeschriebenen Preise wiederum abgeliefert wird. Bekanntlich untersteht die Hausindustrie und die Heimarbeit nicht der Gewerbeordnung, sie entbehren also selbst des bischen Arbeiterschutzes, das die Fabriksarbeiter genießen. Die Hilfsarbeiter in unseren Bezirken werden zwar als versicherungspflichtig behandelt, müssen sich aber die Krankenversicherung zum Beispiel selbst bezahlen; es findet sich bei dem Verlagssystem Niemand, der verpflichtet werden könnte, nach der gegenwärtigen Auffassung verschiedener Behörden, das Drittheil bei der Krankenversicherung zu zahlen. Es ist auch wirklich schwer, eine strenge Scheidung zu treffen. Ein Beispiel: Ein ansehnlicher Theil der Heimarbeiter der Glasindustrie sind die Glasschleifer, welche in größeren Betriebsstätten entweder allein oder mit Hilfsarbeitern arbeiten. Die sogenannte Schleifmühle gehört nicht dem Arbeiter, sondern einem Schleifmühlenbesitzer, der für die Beistellung der Betriebsstätte und Betriebskraft, meist Wasserkraft, eine Entschädigung von den Pächtern, den Glasschleifern, erhält. Diese Schleifmühlenbesitzer sind nun verpflichtet worden, die Unfallversicherung der Glasschleifer durchzuführen. Diese haben aber bei dem Produktionsprozesse, der Herstellung der Waare, keinen Antheil, sie rekurrirten auch deshalb gegen die diesbezügliche Entscheidung. Der Verleger sagt aber auch, daß er mit dem Betriebe nichts zu thun habe. Mehrere Versammlungen haben sich bei uns mit dieser Frage beschäftigt, und wurden die Verleger als Diejenigen bezeichnet, welche zur Zahlung der Beiträge verpflichtet wären.

Eine Angelegenheit, wo ein Kleinmeister zur Zahlung eines Dritttheiles für die Krankenversicherung herangezogen wurde, liegt beim Obersten Gerichtshof; die Behörden versuchen wohl die Heimarbeiter der Gewerbeordnung zu unterstellen, aber es fehlt dafür die gesetzliche Handhabe ganz und gar, die Entscheidungen der verschiedenen Behörden widersprechen einander auch darum sehr oft. Die Behörde behandelt die Heimarbeiter als selbstständige Gewerbetreibende, sofern sie Hilfsarbeiter besitzen, und die einzelnen Glasarbeiter ohne Hilfsarbeiter als Sitzgesellen. Es ist aber falsch, die mit dem eigenen Hausstande arbeiten, hier als „Hausindustrielle“ zu bezeichnen.

Mit der von der Regierung geplanten Regelung des Sitzgesellenwesens hat sich auch der Verband der Glasarbeiter beschäftigt, die Vorschläge, die hiezu

gemacht wurden, aber für die Glasindustrie als unannehmbar und nicht von gewünschtem Erfolge abgelehnt. Eine nothwendige Forderung für die Glasarbeiter ist ein ausgiebiger Musterschutz. Der Glasarbeiter, der, wie zum Beispiel der Maler, ein Muster anfertigt, sollte auch bei einer eventuellen Bestellung das Anrecht darauf haben. Das ist aber vielfach nicht der Fall. Die Verleger respektiren das geistige Eigenthum des Arbeiters nicht und geben einfach die Herstellung der Arbeit Demjenigen, der es billiger macht als der Urheber des betreffenden Musters. Deshalb bestreben sich die Glasarbeiter, ein Gewerbegericht zu bekommen, um die Streitigkeiten gewerblicher Natur, welche jetzt der Fachverband auskämpft, in schneller und einfacher Weise zu lösen. Bemerkt sei, daß die Verleger sich gegen die Errichtung eines Gewerbegerichtes ausgesprochen haben, mit der Begründung, sie wollten selbst die Streitfälle mit ihren Arbeitern schlichten. Auch eine Gewerbe-Inspektion wäre angebracht und hat es der Tetschener Gewerbe-Inspektor versucht, die Glasindustriebezirke einer kleinen Revision zu unterziehen. Er hat auch Aenderungen beantragt und Verschiedenes beanständet, aber er kann auch nichts weiter thun, da ihm die gesetzliche Handhabe hiezu fehlt. Durch die Einzelbetriebe ist den Verlegern die Möglichkeit gegeben, die Konkurrenz der Arbeiter auszunützen und die Arbeiter gegen einander auszuspielen. Es ist eine Thatsache, daß bei dem Verlagssystem der Heimarbeiter die ganzen Unbilden und Schäden in letzter Linie zu tragen hat, wie es auch bei den Glasarbeitern der Fall ist, welche zum Beispiel für Sprung, Schmelz und Ausschlag des Glases nichts vergütet erhalten, obwohl sie nichts dafür können und die Ursachen ganz wo anders liegen. Bei Krisen und Stockungen des Geschäftes ist es der Arbeiter, der die Folgen derselben zu tragen hat, während der Industrielle, der Verleger, gewöhnlich nicht mehr verlieren kann als den Unternehmergewinn. Da die Glasindustrie hauptsächlich auf den Export angewiesen ist, so wirken alle Vorgänge im politischen und wirthschaftlichen Leben auf die Industrie zurück, weil doch ein entsprechend großer Theil des exportirten Glases Luxusgegenstände bilden.

Wenn von der Hausindustrie behauptet wird, sie gehe im Allgemeinen zurück, so behaupte ich im Besonderen, daß dies in der Glasindustrie meines Bezirkes nicht der Fall ist. Wohl ist eine gewisse Konzentrirung einzelner Branchen, wie die der Glasschleifer, in größere Betriebe zu beobachten; dies wird aber darum sein, weil wie bei denjenigen Industrien, die vom Maschinenbetrieb verdrängt werden, auch hier bei größerer Kraftanwendung die Produktion gesteigert wird, und weil die Arbeit doch eine einfachere und gleichmäßige ist und so der Konzentrirung leichter zu unterwerfen ist, als bei einer auf geistiger Vielfältigkeit und Kunst beruhenden Arbeit, wie die der Malerei. Je mehr hier an Neuem und Schönem geschaffen wird, desto konkurrenzfähiger ist die böhmische Glasindustrie, aber hervorgehoben muß werden, daß dies wiederum nur auf Kosten der Heimarbeiter geschieht.

Die Forderungen der Glasarbeiter lassen sich in zwei Richtungen theilen: Für einen entsprechenden Schutz und Förderung der Meister gegenüber den Verlegern, Anwendung und Ausbau der Gewerbeordnung ꝛc., und für die gesammten Heimarbeiter Ausdehnung des Arbeiterschutzes, geregelte Arbeitszeit, Gewerbehygiene und Gewerbe-Inspektion. Auch haben die Glasarbeiter ein großes Interesse an einer vernünftigen Handelspolitik und einer Förderung des Exportes. Da ist aber in Oesterreich gegenwärtig wenig zu erhoffen. Eines will ich noch erwähnen. Die Frauen in der Glasindustrie bedürfen gleichfalls eines Schutzes. Wer sieht, wie die Frauen der Heimarbeiter die Körbe voll Waare, die schwere Last oft stundenweit in Sturm und Wetter tragen, nein schleppen müssen, wird sich gewiß dieser Frauen annehmen. Der Fachverband der Glasarbeiter hat erst in letzter Zeit Ruhebänke errichten lassen, damit die Frauen sich ausrasten können.

Ich schließe mich meinem Vorredner an, die Sache der Parteivertretung und dem sozialdemokratischen Verbande zuzuweisen und ich wünsche, daß diese sich mit der Gewerkschaftskommission und den daran betheiligten Organisationen in Verbindung setzen, Prüfungen und Untersuchungen anstellen und nachher eine Gesetzesvorlage schaffen. Es bedarf wohl noch großer Arbeit und Mühe, um zuerst Klarheit zu schaffen, da die eigenthümlichen Verhältnisse nicht leicht zu entwirren sind. Aber es handelt sich hier um 700.000 Arbeiter, die daran

betheiligt sind. Im Interesse dieser Arbeiter sollte etwas geschehen, die oft unter den schlechtesten und elendigsten Verhältnissen leben müssen, durch lange Krisen arbeitslos, wie das jetzt in dem Gablonz-Tannwalder Glasindustriebezirk der Fall ist, wo, wenn die traurige Lage noch einige Zeit anhält, eine Hungerrevolte ausbrechen kann, wie in Italien. Darum, Genossen, bitte ich Sie, geben Sie sich dem Studium dieser Frage hin mit dem ganzen Ernste, den sie verdient, um die entsprechenden Vorschläge möglich zu machen. Leicht ist es ja nicht und auch in kurzer Zeit kann das Problem nicht gelöst werden. (Beifall.)

Vorsitzender: Es sind abermals einige Anträge eingelangt (liest):

„Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, dahin zu wirken, daß auch die Postbediensteten in die Krankenversicherung einbezogen werden." Prachensky.

„Der Parteitag wolle beschließen: Zur Regelung der Heimarbeit und Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes wird die Parteivertretung beauftragt, eine Konferenz aller hier in Betracht kommenden Branchen einzuberufen, auf welcher dann diese Frage eingehend erwogen und Stellung zu dieser Frage genommen wird.

Die Kosten dieser Konferenz haben zu gleichen Theilen alle dabei in Betracht kommenden Faktoren zu tragen." Smitka.

„In Erwägung, daß für die kleingewerblichen Betriebe eine festgesetzte Arbeitszeit nicht besteht, welchem Umstande die krasseste Ausbeutung der kleingewerblichen Arbeiter zuzuschreiben ist, wird der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Fixirung einer Maximalarbeitszeit für den Kleinbetrieb einzubringen.

In Erwägung, daß die heute bestehenden Arbeiterschutzgesetze nur in der Theorie bestehen, in der Praxis aber nicht durchgeführt werden, und es selbst dem stärksten Drucke seitens der Arbeiterschaft nicht gelingt, Remedur zu schaffen, da die politischen Behörden niemals objektiv vorgehen, ja sogar augenscheinlich das Unternehmerinteresse ausschließlich vertreten, was zur Folge hat, daß selbst die wenigen Arbeiterschutzbestimmungen illusorisch werden, wird der Verband beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Handhabung der Arbeiterschutzgesetze den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden soll.

Der Verband wird weiters beauftragt, den auf den diversen Fachkongressen angenommenen Anträgen auf Einbringung von Gesetzentwürfen nach Möglichkeit nachzukommen, und solle die Gewerkschaftskommission dem Verband von den Vorgängen auf diesem Gebiete eingehend berichten, ebenso sollen die Organisationen von den Arbeiten des Verbandes in dieser Richtung verständigt werden, damit sie in entsprechender Weise hiezu Stellung nehmen können." Muchitsch.

Ein auf Schluß der Rednerliste abzielender Antrag wird abgelehnt.

Gen. Prähauser (Salzburg) schildert die traurige Lage der Straßeneinräumer des Landes Salzburg, welche ein Anfangsgehalt von fl. 18 monatlich beziehen und nach 20 Dienstjahren als monatlichen Höchstgehalt fl. 24 bekommen. Auch die Verhältnisse bei den Forstbruderladen sind äußerst kläglich. Es gibt da provisionirte Arbeiter, die 35 Jahre dem Staate bei einer gefährlichen, physisch außerordentlich anstrengenden Arbeit gedient haben und dann mit einer Jahresprovision von fl. 8 bis 12 auf's Plaster gesetzt werden. Der Minimallohn bei den Salinenarbeitern beträgt nur 80 kr. Wenn für die Tabakfabriken eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt wird, ist uns damit nicht gedient, sondern wir müssen auch die Beseitigung der Akkordarbeit und Festsetzung eines Minimallohnes fordern.

Gen. Prachensky (Innsbruck) begründet seinen Antrag auf Einbeziehung der Postbediensteten in die Krankenversicherung, die trotz einer gegentheiligen Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes bis nun der Krankenversicherung nicht unterzogen wurden.

Gen. Ansobsky (Wien) bemerkt, daß ein Gesetz unmöglich all' die Schlupfwinkel verstopfen könnte, in welche die Heimarbeit eindringt. Man müsse deshalb nach Mitteln suchen, um den Mißständen in der Heimarbeit durch eigene Kraft abzuhelfen. Er schlägt die Errichtung von Heimarbeitergruppen vor, mit denen man bei den Bildhauern und Bernsteindrechslern recht gute Erfahrungen gemacht habe. Die Leute arbeiten da auf eigene Rechnung für den Unternehmer, aber in gemeinsamen Lokalen, wodurch ihr Solidaritätsgefühl gehoben wird. Diese gemeinsamen Arbeitsstätten sind jedoch mit den Produktiv-Assoziationen nicht zu verwechseln. Für die Vorschläge, die der Gewerkschaftskongreß gemacht hat, müsse man mit aller

Entschiedenheit eintreten, doch dürfe man von der Gesetzgebung, insbesondere bei den heutigen Zuständen nicht zu viel erwarten.

Vorsitzender: Genosse Müller (Graz) überreichte folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß sich anläßlich der Auflösung einiger Werke der Alpinen Montangesellschaft ergeben hat, daß Arbeiter, welche 20 und mehr Jahre in die Bruderlade oder Versorgungskasse eingezahlt haben, in Folge der Passivität der Kassen bei ihrer Entlassung zum großen Theile kleine und in keinem Verhältnisse zu ihren eingezahlten Beträgen stehende Summen, wie zum Beispiel in Prävali, Gußwerk 2c., erhalten haben,

in weiterer Erwägung, daß es offene Thatsache ist, daß noch in einigen Werken, wie Donawitz, Zeltweg, Eibiswald, die Kassen passiv sind, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion, um die Arbeiter vor weiterer Schädigung zu bewahren, eine strenge Untersuchung über die Aktivität oder Passivität dieser Kassen zu verlangen."

Gen. Smitka (Wien): Als Vertreter der Gruppe der Bekleidungsindustrie gehöre ich einer Branche an, die beinahe ausschließlich auf der Heimarbeit begründet ist, und für uns ist die Regelung dieser Frage geradezu zu einer Lebensfrage geworden. Ein Gesetzentwurf in dieser Richtung ist jedenfalls eines der schwierigsten gesetzgeberischen Probleme, insbesondere darum, weil wir nicht nur verschiedene Formen der Hausindustrie haben, sondern diese auch bei den verschiedenen Branchen in verschiedenen Entwicklungsstadien begriffen ist. Während sie z. B. in der Textilindustrie auf den Aussterbeetat gesetzt ist, befindet sie sich bei der Bekleidungsindustrie in einer aufsteigenden Entwicklung. Aber auch innerhalb des einzelnen Gewerbes ist die Hausindustrie nicht überall die gleiche, sie ist eine andere in Wien und eine andere zum Beispiel in Linz oder den kleineren Städten Böhmens. Bei aller Hochachtung, die wir vor den Parteigenossen im Parlamente haben, müssen wir doch entschieden bestreiten, daß sie alle diese Verhältnisse so kennen, wie es nothwendig ist, wenn man ein Gesetz über diese Dinge machen will. Ich habe mir daher erlaubt, einen Antrag einzubringen, es möge von der Parteivertretung im Einvernehmen mit allen hier in Betracht kommenden Korporationen in Oesterreich zur Regelung dieser Angelegenheit eine eigene Konferenz von Vertretern aller jener Branchen einberufen werden, wo eine Hausindustrie vorhanden ist; durch die Darstellungen auf dieser Konferenz soll unserer Fraktion ein klareres Bild der Verhältnisse gegeben werden, als dies auf einem Parteitage oder Gewerkschaftskongresse, die die verschiedensten Fragen zu behandeln haben, möglich ist. Im Interesse der Sache, die ja eine eminente Bedeutung für uns Alle besitzt, bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen, dessen Durchführung unsere, und wie ich glaube, auch alle anderen Industriegruppen gerne ihre moralische und materielle Unterstützung angedeihen lassen werden. (Beifall.)

Gen. Augmaier (Leoben): Ueberall dort, wo der zuerst 1889 vom Sozialistenkongreß geforderte Achtstundentag eingeführt wurde, geschah es hauptsächlich aus dem Grunde, weil er von den Unternehmern mittelst Strike erzwungen wurde, freiwillig wurde er von keinem Unternehmer eingeführt. Unser Fordern ist bis heute größtentheils resultatlos geblieben, und selbst dort, wo der Achtstundentag besteht, gehen die Unternehmer daran, ihn zu beseitigen. In dem Bezirke, den ich vertrete, will die Alpine Montangesellschaft ihn wieder aufheben. Es nützt nichts, wenn wir immer nur in Versammlungen über den Achtstundentag diskutiren, wir müssen uns den Achtstundentag geradeso erkämpfen, wie wir uns seinerzeit das Bischen Wahlrecht erkämpft haben. Vor Kurzem wurde von unserer Fraktion im Reichsrathe ein Antrag, bezüglich des Achtstundentages im Bergbau, eingebracht; da wäre es nothwendig gewesen, die Arbeiterschaft zu verständigen, damit sie in den Versammlungen demonstrire und so dem Antrage einen gehörigen Nachdruck gebe.

Die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben beläuft sich heute vielfach auf 16, 17 und 18 Stunden, und ebenso ist sie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine immens große. Insbesondere bezüglich der Letzteren wird die Einbringung eines Gesetzentwurfes nothwendig sein.

Wir stehen bezüglich des Achtstundentages heute so ziemlich dort, wo wir vor neun Jahren gewesen sind, und es ist die höchste Zeit, daß wir einmal energisch in den Kampf treten, damit der Achtstundentag unter den Berg-, Hütten-

und Fabriksarbeitern eingeführt werde. Ich bitte Sie daher um die Annahme meines Antrages.

Gen. Beer (Wien): Trotz der großen technischen Fortschritte in der Metallindustrie besteht auch hier in einzelnen Theilen des Reiches eine Hausindustrie, zum Beispiel die Messererzeugung, bei welcher die Ausbeutung der Heimarbeiter eine sehr große ist. Nachdem diese Industrie hauptsächlich in Gebirgsthälern konzentrirt ist, ist überdies noch die behördliche Kontrole ungeheuer erschwert. In der Sache selbst meine ich, daß wir uns nicht damit begnügen sollten, was Genosse Smitka beantragt, sondern wir sollten unsere Vertreter im Parlamente ersuchen, gerade auf diesem scheußlichen Gebiete der Hausindustrie eine parlamentarische Expertise zu veranlassen.

Ich habe mit einigen Genossen einen Antrag unterbreitet, der sich auf die Lage der Hüttenarbeiter bezieht. Diese Leute stehen wohl nicht nach dem Gesetze, aber thatsächlich vollständig schutzlos da. Die Arbeit in den Hüttenwerken ist eine geradezu lebensgefährliche, in den größeren Werken ist noch immer das gesetzlich verbotene Truckfystem eingeführt u. s. w. Unser Antrag verlangt eine strenge Bestrafung derjenigen Unternehmer, die ihre Arbeiter zwingen, die Lebensmittel aus ihren Magazinen zu beziehen, sowie ferner, daß kein Druck auf die Arbeiter ausgeübt werde, in den Werkwohnungen zu wohnen, endlich die gesetzliche Statuirung des Achtstundentages. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß der Achtstundentag für alle Arbeiter zugleich fixirt werde, je häufiger und je reichhaltiger aber die Agitation sich für kleinere Gruppen einsetzen wird, umso eher werden wir diesbezüglich etwas erreichen. Ein Gesetz wird erst dann geschaffen werden, wenn die Arbeiter selbst den Achtstundentag in einer großen Anzahl von Betrieben durchgesetzt haben werden. (Bravo!)

Gen. Muchitsch (Graz): Der von mir im Auftrage der Lebensmittelarbeitergruppe überreichte Antrag bezweckt, daß die bereits bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen auch thatsächlich durchgeführt werden. Es soll für die kleingewerblichen Arbeiter eine Maximalarbeitszeit geschaffen und andererseits die Handhabung der Arbeiterschutzgesetze von den politischen Behörden, welche stets das Interesse der Unternehmer vertreten, an die ordentlichen Gerichte übertragen werden. Die überlange Arbeitszeit muß ja zu einer vollständigen Degenerirung der Arbeiter führen, und die politische Behörde verhält sich gegenüber den Anzeigen wegen Uebertretung der Sonntagsruhe vollständig gleichgiltig. So hat zum Beispiel in Steiermark ein Statthaltereirath uns erklärt, es können die Anzeigen, welche seitens der Gehilfenausschüsse gemacht werden, auf Erfolg nicht rechnen, weil im Gemeinderathe Unternehmer sind und diese bei jeder Gelegenheit nur ihr Interesse vertreten.

Gen. Meizr (Wien) überreicht folgenden Antrag:

„Der sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, in welchem ein Maximalarbeitstag für Bäckereien und Konditoreien festgesetzt wird."

Gen. Müller (Graz): Die Arbeiterschutzgesetze werden bei uns in Steiermark, wenn eine Organisation bei den kompetenten Behörden gehörig einwirkt, so ziemlich eingehalten. Dagegen scheint für die Alpine Montangesellschaft kein Gesetz und keine Behörde zu existiren. Als ich bei der Bezirkshauptmannschaft Beschwerde führte, wurde ich gefragt, was mich das eigentlich kümmert. (Hört!) Hier gibt es keine Sonntagsruhe; die sich ergebenden Pausen bei der schweren Hüttenarbeit werden gegen das Gesetz, das reichliche Pausen fordert, dazu benützt, um die Leute andere Arbeiten verrichten zu lassen, für welche sie keine Entschädigung bekommen. Der Gewerbe-Inspektor findet aber merkwürdigerweise diese Uebelstände nicht. Außerdem herrscht noch großentheils das Truckfystem, bei dem es sich ereignen kann, daß ein Arbeiter nach dreiwöchentlicher Arbeit kein Geld zu sehen bekommt. Wir haben Beweise, daß der Herr Direktor das Rehfleisch von seiner Jagd oder die Milch theurer verkaufte, als man sie beim Bauern bekommt.

Die Bruderladenverhältnisse sind miserable; in Prävali ist die Kasse passiv; Leute, die durch 30 Jahre, und zwar fl. 3, 4 und 5 per Monat eingezahlt haben, haben fl. 15 herausbekommen. Hier wäre es schon ein bedeutender Fortschritt,

wenn wir nur konstatiren könnten, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Ueber Antrag Bretschneider's wird die Debatte geschlossen.

Gen. Barth (Gablonz) überreicht folgenden Antrag:

„Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, die Einberufung einer Enquête über die Lage der Glasarbeiter im Isergebirge zu veranlassen und auf Grund des Ergebnisses dieser die nothwendigen Arbeiterschutzbestimmungen im Hause zu beantragen."

Es erhält das Schlußwort

Referent Gen. Dr. Adler (Wien): Ueber den Hauptpunkt, der hier für die Debatte beabsichtigt war, über die Regelung der Heimarbeit, haben wir eine Reihe sehr instruktiver und sachlich sehr interessanter Ausführungen gehört, aus denen allen hervorgeht, daß man mit der Heimarbeit weder auf dem heutigen noch auf einem zukünftigen Parteitage ohneweiters fertig werden kann, daß hiezu vielmehr eine umfangreiche Arbeit gehört. Ich glaube daher, daß der Antrag des Genossen Smitka das Richtige vorschlägt, daß die Feststellung der Grundsätze, nach welchen mehrere Gesetzentwürfe auszuarbeiten wären, in einer Konferenz zu erfolgen hätte, welche die Vertrauensmänner jener Gruppen, die unter der Heimarbeit leiden, veranstalten, und zu welcher die Parteivertretung und — Sie werden wohl damit einverstanden sein — auch der parlamentarische Verband unserer Genossen die Initiative ergreifen soll. Wir stellen uns, wenn wir den Antrag Smitka annehmen, nicht eine oberflächliche Besprechung vor, die etwa in zwei bis drei Tagen erledigt ist, sondern ich meine, daß, wenn dabei etwas herauskommen soll, vielfach an Ort und Stelle Vorberathungen gepflogen werden müssen, auf Grund welcher die Konferenz erst Erfolgreiches leisten kann. Es ist das freilich eine Aktion, von der wir sagen müssen, daß sie eigentlich nicht in das Ressort der Partei, sondern — wenigstens in jedem vernünftigen Lande — in das Ressort der Regierung, des Staates fallen würde. Würden wir nicht unter Verhältnissen leben, die einen solchen Antrag rein akademisch erscheinen lassen, würde ich ohneweiters beantragen, daß diese Konferenz oder Enquête nicht von unserem sozialdemokratischen Verbande, der Parteivertretung und den Gewerkschaften, sondern als eine parlamentarische Enquête vom Parlamente veranstaltet werden soll, wo dann dafür zu sorgen wäre, daß sie von unseren Fachmännern in der entsprechenden Weise beschickt wird. Nachdem aber eine solche parlamentarische Aktion auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden müßte, so halte ich es für gut und nothwendig, daß wir den Antrag Smitka annehmen und zugleich aussprechen, daß in dem Wortlaut des Antrages nicht der volle Inhalt desselben erschöpft ist. Ich setze voraus, daß Genosse Smitka mit mir einverstanden ist, daß dies eine weit über eine Konferenz hinausgehende, sachliche und gründliche Erhebung sein soll. In diesem Sinne nehme ich den Antrag als den Hauptantrag, welcher sich aus unseren Verhandlungen ergibt, und ich glaube, daß er unsere Berathung auf das Würdigste und Entsprechendste abschließen wird.

Der Antrag auf Einleitung einer Aktion zum Zweck der Einführung einer Invaliditäts- und Altersversicherung wäre der Parteivertretung und dem Verbande zuzuweisen. Die Zeit einer solchen Aktion kann absolut nicht vom Parteitage bestimmt werden, sondern hängt von politischen und hundert anderen Momenten ab.

Der Antrag des Genossen Augmaier betrifft den Achtstundentag. Genosse Augmaier hat hier in ziemlich pessimistischer Weise über den Erfolg unserer gesammten Achtstundentagsbewegung gesprochen. So berechtigt die Klagen darüber sind, daß die Arbeitszeit in vielen Gewerben eine viel zu lange ist und sogar die gesetzlichen Bestimmungen überschreitet, möchte ich denn doch im Interesse der Wahrheit und Sachlichkeit unserer Verhandlungen den allzu pessimistischen Auffassungen Augmaier's entgegentreten. Es ist nicht richtig, wie aus seinen Ausführungen hervorgehen könnte, daß die österreichische oder die internationale Achtstundenbewegung ohne Erfolg geblieben ist. Eine sehr deutlich ausgesprochene Tendenz, und zwar gerade seit dem Jahre 1889, welche der Anfangspunkt dieser Bewegung ist, ist die der Verkürzung der Arbeitszeit in den allermeisten Branchen. Ich bitte nur, die Berichte der Gewerbe-Inspektoren genau zu lesen, ebenso wie,

worauf ich Sie besonders aufmerksam mache, die statistischen Berichte sowohl unserer Gewerkschaftskommission als der statistischen Abtheilung im Handelsministerium über Arbeitseinstellungen. Sie werden da finden, daß eine ganze Reihe von Lohnbewegungen, und zwar ein recht hoher Perzentsatz, in Bezug auf die Abkürzung der Arbeitszeit mit Erfolg geendet hat, während viele andere Forderungen, die mitunter leichter erfüllbar scheinen, Lohnforderungen, Personalforderungen u. s. w., regelmäßig nicht erfüllt wurden. Die Tendenz dieser ganzen Bewegung besteht; sie ist zwar sehr langsam, und Sie dürfen nicht glauben, daß ich Ihnen einreden will, es ist wunderschön, Sie brauchen nichts zu thun. Ich erinnere mich da eben an die Eisenbahner. Was jetzt bei den Staatsbahnen eingeführt wird, ist gewiß nicht das, was wir und die Eisenbahner anstreben. Aber es ist ein ganz entschiedener Fortschritt auf dem Gebiete der Einschränkung der Arbeitszeit, ein sehr wichtiger Fortschritt, der andere Fortschritte unbedingt nach sich ziehen muß. Seien Sie nicht allzu pessimistisch. Ziehen Sie aber daraus nicht die Folgerung, daß wir genug gethan hätten, sondern ziehen Sie daraus den Schluß: Gerade deshalb, weil wir einsehen, daß unsere Agitation etwas genützt hat, gerade deshalb muß sie verdoppelt, verdreifacht werden. Wenn Genosse Angmaier verlangt, man möge dafür sorgen, daß auf dem nächsten Parteitage die Achtstundenbewegung besprochen werde, so kann ich ihm, ohne ein Mandat zu haben, auf das Allersicherste versprechen, daß auf dem nächstfolgenden gemeinschaftlichen Parteitag der Achtstundentag auf die Tagesordnung gesetzt werden wird. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auch diesen Antrag der Parteivertretung zu übergeben.

Es kommt nun eine Reihe von Anträgen, welche nicht mehr die Gesammtheit, sondern einzelne Branchen betreffen. Es sind dies Anträge, welche die Aufmerksamkeit sowohl der Parteivertretung als des Verbandes auf einzelne Punkte lenken; insoferne sind sie gewiß nicht nur lehrreich, sondern werden ihre Aufgabe auch erfüllen.

Parteigenossen! Wir haben heute in sehr kurzer Zeit ein sehr wichtiges Kapitel absolviren müssen, ein Kapitel, das eigentlich die eine Seite unserer Bewegung vollständig umfaßt, denn bei diesem Kapitel „Arbeiterschutz" kann man Alles unterbringen, was sich auf das wirthschaftliche Leben der Arbeiter bezieht. Wenn wir diesem Punkte heute nicht mehr so viel Zeit widmen, wie das auf früheren Parteitagen geschehen ist, so ist das nicht etwa die Folge davon, daß das Interesse dafür auch nur im Geringsten vermindert ist, sondern das ergibt sich daraus, daß es sich um Forderungen und Dinge handelt, die ihrem Hauptinhalte und dem größten Umfange nach bereits in's Fleisch und Blut der Parteigenossen übergegangen sind, die jeder klassenbewußte Arbeiter heute schon weiß, und die drittens zu ihrer Durchsetzung heute eine eigene Organisation, die Gewerkschaftsorganisation, haben. Der Arbeiterschutz ist uns heute keineswegs irgendwie nebensächlicher geworden als er es jemals gewesen, wir können im Gegentheil sagen, daß die Verfechtung der wirthschaftlichen Interessen jedes einzelnen Arbeiters, ganzer Gruppen und ganzer Branchen von Arbeitern heute eine solche ist, wie sie niemals in diesem Lande war, ja, wir können ruhig sagen, daß in dieser Beziehung die österreichische Arbeiterschaft sich mit jeder anderen ohne Ausnahme vergleichen kann. (Beifall.) Genossen! In kürzester Zeit wird die Frage der Arbeitersekretariate lokaler Natur, wie sie an einzelnen Orten Deutschlands, zum Beispiel Nürnberg, Stuttgart, Berlin, bereits bestehen, bei uns aktuell werden. Wir haben ja hie und da Ansätze hiezu, Surrogate, die sogar hie und da in mancher Beziehung ebensoviel wie diese Sekretariate leisten, aber diese Einrichtungen haben noch keine feste Form. Wenn, was ganz sicher ist, in der allernächsten Zeit die Arbeitsvermittlung von den Kommunen aufgegriffen werden sollte, in der Absicht, nicht für, sondern gegen die Arbeiterschaft zu wirken, dann werden diese Sekretariate und damit in Verbindung eine ganze Reihe von Einrichtungen eine höchst aktuelle Frage werden. Ich begnüge mich damit, das überhaupt nur zu berühren, um Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, mehr kann in diesem Zusammenhange von mir nicht gethan werden.

Genossen, es ist nicht richtig, wie Viele meinen, daß, wenn unsere Gesetzentwürfe nicht angenommen werden, unsere Aktion umsonst war. Ohne daß es die Leute wollen, ist heute der Einfluß der Arbeiterschaft ein so mächtiger, daß er sich bei

jeder gesetzgeberischen, ja bei jeder Verwaltungsaktion, die von Seite der Regierung oder des Parlaments erfolgt, geltend macht und machen muß. Man verwirft vielfach unsere Anträge, man muß aber Stück für Stück — freilich viel zu langsam — einzelne unserer Ideen selbst praktizieren, weil man sonst überhaupt nichts machen kann, was halbwegs lebensfähig ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Smitka, nach welchem eine Konferenz zur Besprechung der Heimarbeit einberufen werden soll, wird einstimmig angenommen.

Alinea 3 des Antrages 12 der gedruckten Vorlagen und der Antrag Petserilka:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung für das gesammte Volk, zähle es sich zu den manuellen oder geistigen Arbeitern, von eminenter Wichtigkeit ist, beschließt der Parteitag: Es ist von der Parteileitung im ganzen Reiche eine lebhafte Agitation zu Gunsten dieser Forderung einzuleiten, und haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament diese Forderung energisch zu vertreten,"

werden einstimmig dem sozialdemokratischen Verbande und der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Augmaier:

„In Erwägung, daß die Bewegung des Achtstundentages nicht den ernstlichen Charakter besitzt, beantragt der Parteitag, die Reichsparteivertretung zu beauftragen, die hier einzuschlagende Taktik aufzustellen und am nächstfolgenden gemeinschaftlichen Parteitag den Achtstundentag auf die Tagesordnung zu stellen,"

wird einstimmig der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Höger:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion im Reichsrathe auf, einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitsministeriums zu stellen,"

wird dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Der Antrag 13 wird zurückgezogen. Punkt 1 und 2 des Antrages 12 werden angenommen. Antrag 14 wird der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Zu dem Antrag Prachensky:

„Der sozialdemokratische Verband wird beauftragt, dahin zu wirken, daß auch die Postbediensteten in die Krankenversicherung einbezogen werden,"

bemerkt Gen. Dr. Adler: Es gibt eigentlich mehr Leute, die da hineingehören, und wenn die Frage der ganz kleinen Beamten angeschnitten wird, dann kommen nicht nur die Postbediensteten, sondern auch die städtischen Beamten, die Telegraphenbediensteten u. s. w. in Betracht. Wir können nichts Anderes thun, als diesen und ähnliche Anträge in Bausch und Bogen der Parteivertretung zuweisen, sonst würde es so aussehen, als hätten wir nur ein Herz für die Postbediensteten, ohne die Anderen zu sehen, die es ebenso brauchen. Da aber diese Anträge zum Theile von der Parteivertretung nicht in die Hand genommen werden können, ohne die Branche, um die es sich handelt, zu hören, so müssen wir sie der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission zugleich zuweisen. Das bezieht sich zum Beispiel auf die Anträge der Genossen Muchitsch und Meizr, welche sich auf die Lebensmittelbranche beziehen. Der letztere verlangt einen besonderen Gesetzentwurf für die Regelung der Arbeit bei Bäckern und Zuckerbäckern. Was aber für die Bäcker gilt, gilt auch für andere Branchen. Wir brauchen eine gesetzliche Regelung nicht für die Bäcker allein, sondern für das ganze Kleingewerbe.

Der Antrag Prachensky und der Antrag Meizr werden der Parteivertretung und der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Die Anträge Muchitsch:

„In Erwägung, daß für die kleingewerblichen Betriebe eine festgesetzte Arbeitszeit nicht besteht, welchem Umstande die krasseste Ausbeutung der kleingewerblichen Arbeiter zuzuschreiben ist, wird der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Fixirung einer Maximalarbeitszeit für den Kleinbetrieb einzubringen,"

„In Erwägung, daß die heute bestehenden Arbeiterschutzgesetze nur in der Theorie bestehen, in der Praxis aber nicht durchgeführt werden, und es selbst dem stärksten Drucke seitens der Arbeiterschaft nicht gelingt, Remedur zu schaffen, da die politischen Be-

hörden niemals objektiv vorgehen, ja sogar augenscheinlich das Unternehmerinteresse ausschließlich vertreten, was zur Folge hat, daß selbst die wenigen Arbeiterschutzbestimmungen illusorisch werden, wird der Verband beauftragt, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Handhabung der Arbeiterschutzgesetze den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden soll. Der Verband wird weiters beauftragt, den auf den diversen Fachkongressen angenommenen Anträgen auf Einbringung von Gesetzentwürfen nach Möglichkeit nachzukommen, und solle die Gewerkschaftskommission dem Verbande von den Vorgängen auf diesem Gebiete eingehend berichten. Ebenso sollen die Organisationen von den Arbeiten des Verbandes in dieser Richtung verständigt werden, damit sie in entsprechender Weise hiezu Stellung nehmen können,"

und der Antrag des Genossen Meizr werden dem sozialdemokratischen Verbande zugewiesen.

Der Antrag Barth, nach welchem der sozialdemokratische Verband beauftragt werden soll, die Einberufung einer Enquête über die Lage der Glasarbeiter im Isergebirge zu veranlassen, wird als erledigt angesehen.

Zu dem Antrag des Genossen Heinrich Beer bemerkt Referent Genosse Dr. Adler: Was uns die Genossen Beer und Müller hierüber erzählt haben, wissen viele von uns sehr genau, und wir wissen auch, daß noch viel mehr darüber zu sagen wäre. Neben dem lebhaftesten Interesse, das wir daran haben, daß etwas geschieht, kann ich mich aber bei jedem dieser Anträge nicht eines Gefühles der Ohnmacht erwehren. In diesem Widerspruche bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Antrag der Fraktion zuzuweisen. Wir wissen aber, daß trotzdem das Elend dieser Leute und Millionen Anderer vollkommen ungemildert fortbestehen wird, und daß es nicht durch eine parlamentarische, sondern nur durch ihre eigene Aktion irgendwie gemindert werden kann. Wenn es jemals wahr war, daß die Hoffnung der Arbeiter nicht beim Staate, nicht bei den Regierungen und nicht beim Parlamente ist, sondern bei ihnen selbst, so ist das jetzt in Oesterreich zehnmal und hundertmal wahr. (Beifall.)

Die Anträge Heinrich Beer (Wien), Behr (Saaz) und Schatzmayr (Judenburg) werden der Fraktion zugewiesen, ebenso der Antrag Hanusch:

„Der sozialdemokratische Verband wird vom heutigen Parteitage aufgefordert, ein Gesetz einzubringen, wonach die Arbeitszeit in den Tabakfabriken, sowie in gesundheitsschädlichen Betrieben auf acht Stunden festgesetzt wird."

Referent Gen. Dr. Adler: Ich komme nun zu dem Antrag Müller, der sich auf die Alpine Montangesellschaft bezieht. Es ist dies eine Sache, die nicht nur die Arbeiter eines Kronlandes, sondern aller Kronländer außerordentlich interessirt. Denn derselbe Prozeß, der sich heute in Steiermark und den Alpenländern vollzieht, hat sich vor ein paar Jahren mit der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft vollzogen, und die Wunden und Spuren davon tragen unsere Genossen noch am Leibe; es ist der Prozeß der Konzentrirung der Betriebe. Es ist dies aber etwas anderes als der gewöhnliche Konzentrationsprozeß. Wenn da ein Arbeiter in Hermannshütte oder Prävali künstlich arbeitslos gemacht wird, so ist er am schlechtesten daran, wenn er noch nicht so alt ist, wenn er zwischen 35 und 50 Jahren steht. Denn er ist noch zu jung, um da etwas zu bekommen, er ist aber schon zu alt, um in einem anderen Werke unterzukommen. Er ist am schlechtesten daran, weil er das Elend am längsten zu tragen hat. Hier ist es Pflicht des Staates, in einem weit größeren Ausmaße als dies im Antrage zunächst angedeutet ist, dahin zu wirken, daß die großen Gesellschaften bei so großen und einschneidenden wirthschaftlichen Prozessen gezwungen werden, in der ausgiebigsten Weise dafür zu sorgen, daß diese Arbeiter irgendwie untergebracht oder versorgt werden. Das geschieht aber heute nicht. Man schreit uns heute damit die Ohren voll, daß der Kleingewerbestand langsam abwirthschaftet und langsam zu Grunde geht; eine ganze Politik wird darauf aufgebaut. Wo aber Proletarier nicht zum langsamen, sondern zum akuten Hungertode gebracht werden, wo sie plötzlich vor dem leeren Nichts stehen — in Massen und nicht nur als Einzelne — da rührt sich keine Hand. Zu dem letzten Passus des Antrages möchte ich bemerken, daß wir zuweilen kein Interesse daran haben, daß der Schein der Aktivität einer solchen Masse sofort zerstört werde, weil sonst einfach ein Strich darüber gemacht wird und so doch wenigstens einzelne Arbeiter etwas bekommen. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen den Antrag zur Annahme.

Antrag Müller, welcher lautet:

„In Erwägung, daß sich anläßlich der Auflösung einiger Werke der Alpinen Montangesellschaft ergeben hat, daß Arbeiter, welche zwanzig und mehr Jahre in die Bruderlade oder Versorgungskasse eingezahlt haben, in Folge der Passivität der Kassen bei ihrer Entlassung zum großen Theile kleine und in keinem Verhältnisse zu ihren eingezahlten Beträgen stehende Summen, zum Beispiel in Präwali, Gußwerk 2c., erhalten haben; in weiterer Erwägung, daß es offene Thatsache ist, daß noch in einigen Werken, wie Donawitz, Zeltweg, Eibiswald, die Kassen passiv sind, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion, um die Arbeiter vor weiterer Schädigung zu bewahren, eine strenge Untersuchung über die Aktivität oder Passivität dieser Kassen zu verlangen,"

wird angenommen.

Die Resolution Petersilka:

„In Anbetracht des Umstandes, daß vornehmlich die christlich-sozialen Unternehmer gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handel das Argument in's Treffen führen, daß die Arbeiter den Sonntag als Kauftag nicht missen können oder wollen, beschließt der Parteitag:

Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handels- und Speditionsgewerbe, ebenso wie für alle Bureaux, wird seitens der Arbeiterschaft nicht nur gebilligt, sondern im Interesse aller Angestellten als unumgänglich nothwendig betrachtet.

Der sozialdemokratische Verband im Parlamente wird aufgefordert, die Realisirung dieser Forderung mit Entschiedenheit zu fördern,"

wird gleichfalls angenommen.

Hiemit ist der Punkt „Arbeiterschutz und Heimarbeit" erledigt.

Zum Punkt

Parteipresse

referirt

Gen. Popp (Wien): Da in dem gedruckten Berichte, wie auch im Referate des Genossen Schuhmeier der Bericht über den Stand der Parteipresse eigentlich enthalten war, will ich mich kurz fassen und zunächst vom Zentralorgan der Partei, von der „Arbeiter-Zeitung", reden. Unter den schlechten Preßverhältnissen konnte sich unsere Presse im Allgemeinen nicht so entwickeln, wie es im Interesse der Arbeiterschaft nothwendig wäre. Trotzdem hat aber die „Arbeiter-Zeitung" in den letzten drei Jahren einen namhaften Erfolg errungen, und hat insbesondere während der Wahlbewegung des Jahres 1897 Auflagen bis zu 50.000 Exemplaren erzielt. Welchen Absatz wir im vergangenen Jahre gefunden haben, können Sie aus der Thatsache ermessen, daß wir im vergangenen Jahre fl. 80.000 an Zeitungsstempel gezahlt haben. Der materielle Stand des Blattes ist aber trotzdem bisher kein günstiger. Wir haben das Geld, das, wie unsere Gegner sagen, uns die Juden und reichen Börseaner geben (Heiterkeit), noch immer nicht bekommen und haben auch keine Aussicht, es jemals zu erhalten. Man sucht uns alle möglichen Prügel zwischen die Füße zu werfen. Die Staatsanwaltschaft glaubt, uns mit Konfiskationen ruiniren zu können. Es gibt kein Tagblatt in Wien, vielleicht auch nicht in ganz Oesterreich, welches so oft konfiszirt würde, wie die „Arbeiter-Zeitung". Wie willkürlich diese Konfiskationen sind, erhellt schon daraus, daß auch in diesem Jahre einem Einspruche, den wir übrigens gegen jede Konfiskation erheben, seitens des Gerichtes stattgegeben wurde, und wir haben in Folge dessen fl. 366 für eine konfiszirte Nummer von der Staatsbehörde herausbezahlt bekommen.

Abgesehen von diesen willkürlichen Konfiskationen der Staatsanwaltschaft, sucht uns auch die antisemitische Verwaltungsbehörde in Wien zu drücken. Wir haben bis zum Jahre 1897 etwas über fl. 80 Steuer gezahlt; nun kommt der Magistrat plötzlich daher und diktirt uns eine dreimal so hohe Steuer auf drei Jahre zurück. Unser Rekurs dagegen hat nichts gefruchtet. Auch mit den Verschleißern haben wir zu kämpfen. Da nun einige Hoffnung vorhanden ist, daß der Zeitungsstempel aufgehoben wird, wollen die Trafikanten und Zeitungsverschleißer den Gewinn davon an sich ziehen. Wir werden diesen Wunsch der Verschleißer nicht erfüllen; wir haben vorläufig in 15 Trafiken in Wien das Auflegen der „Arbeiter-Zeitung" eingestellt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Wiener Ge-

nossen empfehlen, dafür zu agitiren, daß das Wochenabonnement mehr gefördert werde.

Die Provinzpresse hat sich wie unsere gesammte Parteipresse im letzten Jahre sehr stark entwickelt. Die Klagen wegen neuer Blättergründungen haben jedoch nicht abgenommen. Wir haben auf dem letzten Parteitage den Beschluß gefaßt, daß Parteiblätter nur gegründet werden sollen, wenn die Wahlkreiskonferenz die Herausgabe beschließt, wenn ihr Bestand gesichert erscheint und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Dieser Beschluß bedeutet gewiß eine Verschärfung und insbesondere, wenn unsere Parteigenossen wirklich einmal Disziplin halten und die Beschlüsse des Parteitages ernst durchführen wollten. Die Genossen halten sich bei Neugründung von Blättern aber nicht immer vor Augen, ob auch die Vorbedingungen zur Herausgabe eines Blattes vorhanden sind.

Es liegt mir hier eine Beschwerde des VI. mährischen Wahlkreises vor betreffs des Abgeordneten Berner. Da die Parteivertretung erfuhr, daß dort ein Blatt gegründet werden soll, haben wir in Sternberg angefragt, wie es sich mit dieser Blattgründung verhalte. Es wurde uns geantwortet, daß allerdings von den Vertrauensmännern beschlossen wurde, in einer Konferenz den Antrag auf Herausgabe eines Blattes zu stellen. In der Konferenz wurde auch beschlossen, einen Fonds von fl. 100 zu sammeln und dann an die Herausgabe des Blattes zu schreiten. Nun ist aber der VI. mährische Wahlkreis ein zweisprachiger; es ist in Folge dessen schwer möglich, für den Wahlkreis ein spezielles Blatt herauszugeben. Nun hat der Abgeordnete Berner, der nach unserem Organisationsstatut der tschechischen Organisation angehört, versucht, in Sternberg ein deutsches Parteiblatt zu gründen. Er hätte aber die Pflicht gehabt, da die deutschen Bezirke Mährens und Schlesiens zusammen eine Wahlkreisorganisation haben, deren Sitz in Brünn ist, sich in erster Linie mit der Vertretung der Organisation hierüber zu besprechen und nicht im Rücken dieser Vertretung vorzugehen. Wenn die Wahlkreise zweisprachig sind, können die Wahlkreise einen diesbezüglichen gemeinsamen Beschluß nicht fassen, sondern da ist die Kreiskonferenz kompetent. Ich glaube, daß Genosse Berner da einen Fehler gemacht hat. Er hat sich wie jeder Genosse an das Organisationsstatut zu halten und die Bestimmungen der Organisation, die wir uns geschaffen haben, zu respektiren. Ich mache den Genossen in Sternberg weiter den Vorwurf, daß sie sich nicht früher an die Kreisvertretung gewendet haben.

Wir haben aber noch einen zweiten ähnlichen Fall und zwar aus dem II. schlesischen Wahlkreise. Da theilte uns Genosse Schmidt aus Jägerndorf mit, daß eine Konferenz stattfand, auf welcher beschlossen wurde, für Schlesien ein Blatt herauszugeben; die Jägerndorfer Genossen wurden aufgefordert, für die Aufbringung der Geldmittel miteinzutreten. Von dem Stattfinden der Konferenz wurden aber die Jägerndorfer Genossen nicht verständigt. Jägerndorf ist der Sitz der besten Parteiorganisation in Schlesien. Wenn nun diese Genossen zur Aufbringung der Mittel aufgefordert werden, sollte man sie doch auch zur Konferenz, wo man einen solchen Beschluß fassen will, einladen. Das ist also auch ein Vorgang, den wir nicht billigen können. Sie dürfen sich also nicht wundern, wenn die Genossen Anträge einbringen, die darauf hinauslaufen, daß der Punkt unseres Organisationsstatutes über die Blättergründungen abermals verschärft werden soll. Wir haben heute nach meiner Ansicht nach dem Stande unserer Organisation Parteiblätter genug. Wenn sich die Organisation weiter entwickelt, wenn die Bedingungen für neue Blätter geschaffen werden, wenn die Wahlkreise sich besser ausbauen werden und wir dort festeren Fuß fassen werden, dann wird wohl auch die Zeit kommen, wo man für jeden einzelnen Wahlkreis ein eigenes Blatt wird gründen müssen. Ob aber heute ein Wahlkreis, der außerdem zweisprachig ist, im Stande sein wird, ein Blatt zu erhalten, ist wohl sehr unsicher.

Durch die Gründung dieser neuen Blätter würden Sie den Bestand des „Volksfreundes", der sein Absatzgebiet in Mähren und Schlesien hat, gefährden. Wenn Ihnen Brünn als Erscheinungsort nicht konvenirt, so kann dieser ja durch einen Beschluß der Landeskonferenz verlegt werden. Aber ohneweiters an die Herausgabe neuer Blätter zu gehen und damit den Lebensfaden des alten Blattes, das den bestehenden Verhältnissen entspricht, abschneiden, das sollten Sie nicht thun.

Auch in Wien sind in letzter Zeit neue Blätter erschienen. Insbesondere hat der Verein der sozialdemokratischen Kleingewerbetreibenden ein selbstständiges Blatt gegründet. Diese Genossen wenden sich überdies in einem sehr langen Briefe an den Parteitag mit einer Beschwerde gegen die „Arbeiter-Zeitung" und gegen die Parteivertretung.

Der Brief lautet:

Wien, am 28. Mai 1898.

An den verehrlichen Parteitag!

Werthe Genossen!

„Die freie Vereinigung sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender und Kaufleute in Wien hat beschlossen, da sie nicht in der Lage ist, durch einen Delegirten ihre Wünsche und Beschwerden dem verehrlichen Parteitage zur Kenntniß zu bringen, dieses Schreiben an denselben zu richten, mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung desselben.

Nach der Wahlniederlage am 9. März 1897 traten einige unabhängige, vom sozialdemokratischen Geiste beseelte Männer zusammen, um über die Ursache und Folgen dieser Niederlage zu berathen. Wir, eben diese Männer kamen zu der Erkenntniß, daß bei der Zusammensetzung der V. Kurie die organisirte Arbeiterschaft allein nicht im Stande ist, irgendwelche nennenswerthe Erfolge zu erringen, wenn nicht eine sehr beträchtliche Anzahl von kleinen Geschäftsleuten und Meistern ihr Stimmrecht in einer für die sozialdemokratische Idee günstigen Weise ausüben. Wir haben bereits mehreremale betont, daß eine Agitation von Seite der Arbeiter und deren Führer in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden auf Mißtrauen stoßen würde, in Folge dessen wir die Agitation selbst in die Hand genommen haben. Wir verfolgen damit in keiner Weise irgend eine Interessenpolitik oder sogenannten Geschäftssozialismus, wir wollen nur der sozialdemokratischen Idee weiteste Verbreitung in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden verschaffen, und jeder objektiv beurtheilende Parteigenosse wird zu der Anschauung gelangt sein, daß wir in unserer Thätigkeit nicht über diesen Rahmen hinausgegangen sind. Daß diese Idee Anhänger fand, wurde durch den Umstand erhärtet, daß sich in kurzem drei solche Vereinigungen sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender bildeten, während noch mehrere im Entstehen begriffen sind. Ein Beweis, daß eine richtig interpretirte gesunde Idee eine durchschlagende Kraft hat, an Boden gewinnt, wenn man ihr halbwegs das Terrain ebnet. Und dies ist eben unsere Absicht. Wenn unsere Organisation noch nicht die Anzahl von Mitgliedern aufzuweisen in der Lage ist, welche im Interesse unserer Sache wünschenswerth wäre, so trägt einen Hauptschuldtheil davon die Haltung der Parteileitung und die „Arbeiter-Zeitung" uns gegenüber. Das ist der erste Punkt unserer Beschwerde. Die „Arbeiter-Zeitung" nimmt von uns überhaupt keine Notiz; unsere Versammlungen, mögen sie noch so gut besucht sein, werden todtgeschwiegen, unsere Resolutionen werden nicht veröffentlicht, alle unsere Aktionen werden nicht nur nicht gefördert, sondern durch dieses konsequente Ignoriren nahezu geschädigt. Im Stillen wird gegen uns in der Arbeiterschaft ein Geist gezüchtet, welcher uns gegenüber zum Ausdrucke kommt, in einer Weise, welcher einer Gegnerschaft angepaßt wäre, aber nicht ehrlichen Mitkämpfern in einer edlen Sache. Daß dieses Vorgehen nicht geeignet ist, Begeisterung für die Partei in unseren Kreisen zu erwecken, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Nur unsere aufrichtigste Ueberzeugung hat uns davon abgehalten, den einmal betretenen Weg zu verlassen.

Zum Zwecke einer erfolgreichen Agitation haben wir ein Blatt aus eigenen Mitteln gegründet, welches halbmonatlich erscheint, und dessen Inhalt den Beweis geliefert hat, daß wir keine moderne Gewerberetterei betreiben, sondern nur einzig und allein im sozialdemokratischen Geiste aufklärend und belehrend zu wirken suchen.

Wie hat sich nun die „Arbeiter-Zeitung" unserem Blatte gegenüber verhalten? Sie hat mit keiner, auch nicht der leisesten Andeutung von unserer Existenz Notiz genommen, ja sogar die schon bezahlte Annonze refusirt und den Betrag zurückerstattet. Hingegen wird ein, von Patriotismus und Loyalität triefendes Blatt („Wiener Bilder"), dem Lesepublikum durch mehr als nothwendiges Annonziren gewissermaßen auf das Wärmste empfohlen. Auf einen, von den Organisationen verfaßten, der „Arbeiter-Zeitung" zweimal mit dem Ersuchen um Veröffentlichung übermittelten Aufruf wurde entgegen den landläufigsten Auffassungen der Höflichkeit und des Anstandes nicht einmal im Briefkasten der Redaktion geantwortet. Ob ein derartiges Vorgehen sich mit den Anschauungen des Korrekten decken, ist sehr fraglich. Dies wäre der zweite Punkt unserer Beschwerde. Einen dritten Punkt unserer Beschwerde bildet die Thatsache, daß man aus unseren Kreisen keine Vertrauensmänner weder in den Bezirks- noch Wahlkreisausschuß wählt, daß man uns überhaupt nie von den, der Partei dienlichen Schritten verständigt, kurz, daß man mit uns nie so verkehrt, wie mit anderen Organisationen und Gewerkschaften.

Wir wissen zwar nicht, ob die Partei schon jenen Kulminationspunkt erreicht hat welcher sie in die Lage setzt, eine Menge nützlicher Agitationskräfte von sich zu stoßen aber wir würden es auf das Tiefste beklagen, wenn die Parteileitung durch die Macht der Thatsachen gezwungen wäre, es zu bedauern, uns, die sozialdemokratisch denkenden und fühlenden Kleingewerbetreibenden, durch ihr brüskes Vorgehen von sich gestoßen zu haben. Um das zu verhindern, bevor es zu spät ist, senden wir diese Denkschrift an den geehrten Parteitag und ersuchen denselben,

a) dahin zu wirken, daß unsere Organisationen als gleichwerthig und gleichwichtig allen anderen sozialdemokratischen Organisationen angereiht werden,

b) daß unser Blatt genau so als Parteiblatt anerkannt wird und wie andere Parteiblätter auch publizirt,

c) daß unsere Actionen von der Partei genau so geschätzt, gefördert und unterstützt werden, wie andere sozialdemokratische Organisationen.

Nur wenn der Parteitag unsere Wünsche berücksichtigen wird, wird es uns möglich sein, als mitwirkendes und mitkämpfendes Glied in der Kette der sozialdemokratischen Kämpfer Ersprießliches zu leisten. An dem Willen mangelt es uns nicht, an Ihnen ist es, uns hiezu die Möglichkeit zu verschaffen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

„Die sozialdemokratischen
Gewerbetreibenden und Kaufleute Wiens"
als Organisation.

Der Brief ist an den Parteitag gerichtet und auch dem Genossen Zimmermann übergeben worden. Wer die Verhältnisse nicht kennt und diesen Brief liest, der wird sich denken, die Parteivertretung stoße neue Organisationen und Leute, die sich in die Parteiorganisation einfügen wollen, von sich, anstatt sie zu begrüßen. Abgesehen davon, daß ja die Wiener Organisation als solche, die Anreihung einzelner Mitglieder an die Organisation, die Parteivertretung gar nichts kümmert — das ist Sache des Wiener Lokalausschusses — kann ich nicht umhin, meine subjektive Meinung dahin abzugeben, daß die Organisation der Kleingewerbetreibenden als solche eigentlich eine Berechtigung nicht hat, sich sozialdemokratisch zu nennen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten können eine Organisation der Kleingewerbetreibenden als solche nicht anerkennen, weil, wenn sie sich abgesondert von den übrigen Parteiorganisationen organisiren, man annehmen muß, daß sie sich organisiren als Klasse, die ihre Klasseninteressen, die Interessen der Klasse der Kleingewerbetreibenden gegen die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Das ist gegen unser Programm. Wir können nur sagen: Ihr Kleingewerbetreibenden seid uns willkommen, wenn Ihr Euch in unsere Organisation einreiht. Wenn Ihr eine gewerkschaftliche Organisation in dem Sinne, wie wir sie kennen, nicht haben könnt, so habt Ihr bei uns in politischen Vereinen Platz und Ihr könnt Euch dort als Sozialdemokraten bethätigen. Da seid Ihr uns willkommen, aber als Interessenorganisation nicht.

Und nun gestatten Sie mir, kurz auf den Vorwurf einzugehen, der in diesem Briefe der „Arbeiter-Zeitung" gemacht wird. Wir haben bekanntlich ein Statut dafür, unter welchen Bedingungen Blätter gegründet werden dürfen und diese Form haben auch diese Genossen nicht eingehalten. Sie haben sich weder an den Lokalausschuß, noch an sonst eine von Genossen eingesetzte Korporation gewendet. Und nun kommen sie zu uns und wollen, wir sollen das Blatt anzeigen mit der Marke „Sozialdemokratisches Organ". Das können wir nicht thun, und es hat die Wiener Preßkommission, an die sie sich mit einer Beschwerde gewendet haben, entschieden, daß wir Recht haben.

Ich gehe nun auf die einzelnen Anträge über. Zunächst empfehle ich Ihnen den Antrag der niederösterreichischen Landes-Parteivertretung, daß die „Neue Volkstribüne" als Parteiorgan anerkannt werde, zur Annahme; eine Begründung ist da wohl nicht nöthig.

Einen anderen Gegenstand behandeln der Antrag der Wiener Preßkommission (7. Antrag) und ein Antrag der Genossen Widlar, Winarsky, Meizr und Grosse.

Der Antrag der Preßkommission lautet:

„Zur Kontrole der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen von Wien eine Preßkommission, welche aus höchstens einem Mitgliede jeder Wiener Bezirksorganisation bestehen darf. Streitfälle zwischen der Administration und Redaktion einerseits, sowie der Preßkommission andererseits werden in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit der deutschen Parteivertretung erledigt. Anstellungen, Entlassungen und Gehaltsregulirungen im Personal der Administration, Expedition und Redaktion sind von der deutschen Parteivertretung im Einvernehmen mit der Preßkommission vorzunehmen."

Der Antrag Widlar-Winarsky lautet:

„Die Wiener Preßkommission wird aus je zwei Vertretungen der einzelnen Wiener Wahlkreisorganisationen gebildet und hat die Aufgabe: a) Die Administration; b) soweit es sich um Wiener, respektive niederösterreichische Angelegenheiten handelt, die taktische Haltung der in Wien erscheinenden deutschen Parteiblätter zu kontroliren. Die Arbeiten der Kommission werden so getheilt, daß je ein Genosse aus jedem Wahlkreis sich mit der Kontrole der taktischen Haltung der Blätter in der bezeichneten Begrenzung, der andere mit der Kontrole der Administration zu beschäftigen hat. Der Preßkommission sind alle Geschäftsbücher der einzelnen Blätter vorzulegen. 2. Anstellungen, sowie Feststellungen von Gehalten können nur über gemeinsamen Vorschlag der Preßkommission und der Parteivertretung von der Wiener Lokalorganisation beschlossen werden."

Diese beiden Anträge empfehle ich Ihnen zur Ablehnung und schlage Ihnen vor, den Beschluß des Schwender-Parteitages aufrecht zu erhalten, welcher lautet:

„1. Die Parteileitung wird aufgefordert, der niederösterreichischen Landesorganisation, respektive der Wiener Lokalorganisation, allvierteljährlich über den Stand der „Arbeiter-Zeitung" Bericht zu erstatten;

2. jede Postenbesetzung ist im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen."

Ferner besteht der Beschluß, daß eine Preßkommission in Wien zur Kontrole der Parteiblätter ernannt werde.

Zur Präzisirung des letzteren Beschlusses stelle ich folgenden Antrag:

„Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Preßkommission zu wählen. Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation zu überlassen."

Was die Kontrole wegen der taktischen Haltung der Parteiblätter betrifft, so ist hiezu die Reichskontrole vorhanden. Es geht nicht an, die Wiener Preßkommission über die Reichskontrole zu setzen. Weiters aber glaube ich, daß der bereits bestehende Beschluß ganz gut aufrecht erhalten werden kann, daß nämlich die Anstellungen im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation zu geschehen haben.

Die Preßkommission will mit ihrem Antrag einen gewissen Einfluß auf die Redaktion des Blattes bezwecken, und es schwebt ihr in gewissem Sinne der Einfluß vor, den die Berliner Preßkommission auf den „Vorwärts" hat. Bis unser Parteiblatt eine solche Erweiterung wird erfahren können, wie der „Vorwärts", daß wir für die Wiener lokalen Verhältnisse einen speziellen Theil unseres Blattes widmen können, dann wird sich die Parteivertretung gegen eine solche Einflußnahme gewiß nicht wehren, aber solange das nicht der Fall ist, müssen Sie schon mit dem gegenwärtigen Zustande vorlieb nehmen.

Der Antrag des Genossen Zipfinger, welcher sagt:

„Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushilfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als sechs Wochen dauert,"

fällt selbstverständlich, wenn Sie den alten Beschluß aufrecht erhalten.

Ein Antrag des Genossen Schweichhart verlangt:

„Damit die „Arbeiter-Zeitung" ihre Aufgabe, als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, ein getreues Bild der gesammten Bewegung zu geben, erfüllen kann, beschließt der Parteitag: Die Bezirksorganisationen werden beauftragt, für jeden Bezirk einen Korrespondenten der „Arbeiter-Zeitung" zu wählen, der die Aufgabe hat, in kurzer, gedrängter Form die wichtigsten politischen und wirthschaftlichen Ereignisse seines Bezirkes zu besprechen."

Ich kann Ihnen empfehlen, daß Sie diesen Antrag annehmen, aber Sie

müssen dafür sorgen, daß die Genossen, welche Sie zu Korrespondenten wählen, wirklich nur solche Mittheilungen machen, die ein allgemeines Interesse haben.

Die Anträge der Organisation Steiermark, die „Neue Botschaft" als Parteiblatt anzuerkennen, empfehle ich Ihnen zur Annahme.

Genosse Breuer hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, darauf Bedacht zu nehmen, daß bei Herstellung von Broschüren der Partei und solcher, auf deren Herausgabe die Partei Einfluß hat, das gleiche Format verwendet werde, damit sie sich leichter einbinden lassen, sowie, daß auf die Illustrationen und die künstlerische Ausstattung der Parteifestschriften mehr Sorgfalt verwendet werde."

Was die Broschüren anbelangt, die von der Partei herausgegeben werden, ist schon die Anordnung getroffen worden, daß alle im gleichen Format zu erscheinen haben; ich verweise diesbezüglich auf eine Reihe von Heften, die in der „Arbeiter-Bibliothek" erschienen sind. Aber auf die Broschüren, die nicht im Verlag der Volksbuchhandlung und nicht im Verlag der Partei erscheinen, hat die Partei natürlich keinen Einfluß. Immerhin können Sie den Antrag annehmen; er wird dann wohl, wenn von irgend einer Seite eine Broschüre herausgegeben wird, als Richtschnur genommen werden. Der weitere Wunsch, der im Antrage ausgesprochen ist, daß auf die Illustration und künstlerische Ausstattung der Parteifestschriften mehr Sorgfalt aufgewendet werde, ist insoferne berechtigt, als die technische Ausführung der Illustrationen eine nicht entsprechende ist. Doch tragen nicht wir hier die Schuld. Wir haben uns vielmehr zum Beispiel bei den letzten Festschriften die größte Mühe gegeben, wir haben uns die größten Künstler gesucht und haben uns die Zeichnungen Geld kosten lassen. Trotzdem haben die Bilder, als sie fertig waren, nichts gleichgesehen. Daran ist eben nur die technische Herstellung schuld. Im Farbendruck sind wir gegen die Deutschen sehr weit zurück. Wenn wir uns die deutschen Witzblätter ansehen, auf die gewiß kein größerer Betrag als bei uns aufgewendet wird, sehen wir einen himmelhohen Unterschied. So geht es auch mit unseren Festschriften. Jedenfalls wird in dieser Beziehung das Möglichste geschehen. Ich empfehle Ihnen den Antrag zur Annahme.

Genosse Dr. Czech hat einen Antrag eingebracht, welcher lautet:

„Gründungen von politischen Blättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung."

Diesen Antrag halte ich für zu komplizirt. Wenn Sie schon eine Verschärfung haben wollen, wäre es am besten, wenn gesagt würde: „Politische Parteiblätter dürfen nur mit Zustimmung der Parteivertretung gegründet werden." Das ist eine Verschärfung, die vielleicht viele Genossen, aber nicht die Wahlkreisvertretungen wollen.

Ein Antrag der Bezirksorganisation VIII (Wien) lautet:

„Zur Kontrole des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben, wählen die Parteigenossen von Wien eine Preßkommission, die aus höchstens einem Mitgliede jeder Wiener Bezirksorganisation bestehen darf. Streitfälle zwischen der Administration und Redaktion einerseits, sowie der Preßkommission andererseits werden in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission mit der deutschen Parteivertretung erledigt. Sollte aber eine Einigung nicht erzielt werden, so entscheidet darüber die Parteikontrole."

Gröbner.

Das ist derselbe Antrag, wie er schon gedruckt vorliegt. Aus den bereits angeführten Gründen kann ich Ihnen nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Die Wiener Lokalorganisation ist beauftragt, eine Preßkommission in Wien einzusetzen. Ueberlassen Sie doch die Durchführung der Lokalorganisation, in die wir so viel Vertrauen setzen können, daß sie das Richtige treffen wird.

Ein Antrag der Genossen Innsbrucks verlangt:

„In Erwägung, daß es für die österreichische Arbeiterschaft, insbesondere aber für die in der Agitation stehenden Genossen besonders in der Provinz, nicht immer möglich ist, sich über die Anfänge und die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung genügend zu unterrichten, die Kenntniß derselben aber nicht allein erzieherischen Werth besitzt, sondern auch für den politischen Kampf nothwendig und wichtig ist, beauftragt der Parteitag die zukünftige Parteivertretung, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu billigem Preise herauszugeben."

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen, weil

es sehr schwer möglich wäre, hier Jemanden zu bestimmen, der diese Geschichte schreiben soll. Es wird ja in der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands auch ein Abriß der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung vorkommen. Vielleicht ist dann der Genosse, der das schreibt, auch im Stande, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu verfassen.

Ein weiterer Antrag der Genossen Innsbrucks lautet:

„Da es im politischen Kampfe nothwendig ist, mit den Fehlern der gegnerischen Parteien so viel wie möglich bekannt zu sein, umsomehr jetzt, als durch die Badeni'schen Sprachenverordnungen die deutschen bürgerlichen Parteien nochmals in die Lage versetzt wurden, sich mit dem Nimbus der Volksfreundlichkeit zu umgeben, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung habe ein politisches Sündenregister der bürgerlichen Parteien in Broschürenform zu verfassen, in welches deren wichtigste, zum Nachtheile der österreichischen Völker seit dem Inslebentreten des Parlamentarismus begangenen Sünden in populärer Form, chronologisch geordnet, aufzunehmen sind."

Auch diesen Antrag empfehle ich Ihnen, der Parteivertretung zuzuweisen. Die Genossen wünschen wahrscheinlich, daß eine Broschüre in der Art herausgegeben werde, wie die deutschen Genossen jetzt ihre Rathschläge zur Wahlagitation herausgegeben haben. Wir haben in der Parteivertretung wiederholt davon gesprochen, daß uns eine solche Broschüre fehlt. Aber es mangelt an den nöthigen Leuten, die das machen würden. Wenn Sie den Antrag der Parteivertretung zuweisen, wird sie sich noch einmal mit der Sache befassen müssen und wird dann wahrscheinlich doch eine solche Broschüre herausgeben.

Ein Antrag Ellenbogen-Schuhmeier lautet:

„Die Parteigenossen allerorts sind verpflichtet, von allen Drucksorten, die aus was immer für Anlässen zur Agitation 2c. herausgegeben werden, als da sind: Parteiblätter, Flugschriften, Broschüren u. s. w., mindestens ein Exemplar für das Parteiarchiv an das Parteisekretariat abzusenden."

Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen, und hoffe ich, daß die Genossen dem auch nachkommen werden.

Gen. Seliger (Teplitz) hat seinen im Vorjahre gestellten Antrag wieder aufgenommen:

„Die Parteivertretung möge dahin wirken, daß die Gesammtexekutive den ihr vom vorjährigen Parteitage zugewiesenen Antrag auf Errichtung eines Parteipreßbureaus ehestens zur Durchführung bringt."

Dieser Antrag ist schon im Vorjahre beschlossen worden. Es war aber nicht recht möglich, ein solches Preßbureau zu errichten. Wenn Sie den Antrag neuerlich beschließen, wird sich die Parteivertretung abermals damit befassen müssen.

Endlich ist mir noch folgender Antrag des Genossen Smitka zugekommen:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Kleingewerbetreibenden sollen sich, insoweit sie sich über ihr eigenes Klasseninteresse erheben und als Parteigenossen mit allen daraus entstehenden Konsequenzen bekennen, den bestehenden politischen und gewerblichen Arbeiterorganisationen anschließen, ebenso die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter als Organe der Gesammtpartei abonniren."

Diesen Antrag kann ich Ihnen empfehlen.

Gen. Prähauser (Salzburg) beantragt, über die vorliegenden Anträge ohne Debatte abzustimmen. Wird abgelehnt.

Gen. Höger beantragt, die Sitzung zu schließen und am nächsten Tage weiter zu verhandeln.

Gen. Dr. Adler spricht sich dagegen aus, da viele Genossen schon abreisen müssen, worauf Gen. Höger seinen Antrag zurückzieht, aber verlangt, daß in Zukunft der Parteitag nicht nur auf einige Tage beschränkt werde. Er beantragt weiter, daß nur die Antragsteller das Wort erhalten sollen.

Dieser Antrag wird angenommen und die Sitzung hierauf um 7 Uhr 35 Minuten unterbrochen.

Wiederaufnahme der Sitzung 8 Uhr 10 Minuten Abends.

Gen. Zimmermann (Wien): Genosse Popp hat gemeint, daß der Wiener Preßkommission bei ihrem Antrage wahrscheinlich die Kompetenz der Berliner Preßkommission vorgeschwebt habe. Als vor vier Jahren am Schwender-Parteitag der Antrag angenommen wurde, eine Preßkommission einzusetzen, da war hiefür auch nichts Anderes als das Beispiel Deutschlands bestimmend. Nach diesem Beschlusse des Schwender-Parteitages hat die Preßkommission genau so

viel Rechte, als sie sich nimmt, aber andererseits genau so viel Rechte, als man ihr gewährt. Gerade darum, weil die Preßkommission keinerlei Rechte hat und nichts durchführen kann, hat es eine große Anzahl von Genossen abgelehnt, ein Mandat in die Preßkommission anzunehmen. Daß man sich hinter die Preßkommission verschanzen, ihr aber keine Rechte beilegen will, hat sich in Wien gezeigt, als bei einer internen Preßangelegenheit die Mitglieder der Preßkommission nicht eingeladen wurden. Bezüglich des letzten Absatzes unseres Antrages bemerke ich, daß das zwar durch den Beschluß beim Schwender geregelt, aber diese Regelung in der Praxis nicht durchgeführt worden ist. Es gibt allerdings viele Dinge, mit denen man die Lokalorganisation nicht belästigen kann, aber wo hört das Kleine auf, und wo fängt das Große an? Es ist eine Erfahrung, daß gerade dieser Punkt über die Kompetenz der Lokalorganisation bis jetzt immer erst dann eingehalten wurde, wenn die betreffende Sache fix und fertig war. Wenn viele Genossen sagen, daß man den einzelnen Genossen, die in der Preßkommission sind, nicht eine so große Kompetenz, wie sie in unserem Antrage verlangt wird, einräumen darf, so erklären wir ihnen: Diejenigen, die heute in der Kommission sitzen, sind sofort bereit, ihr Mandat niederzulegen, und Sie können dann tüchtigere Genossen hineinwählen. Aber zuerst muß man doch die Kompetenz bestimmen, und erst dann wählt man die zur Erfüllung der Aufgaben geeigneten Kandidaten.

Es ist allerdings richtig, daß große Differenzen bis jetzt eigentlich nicht vorgekommen sind. Aber was nicht ist, kann werden, und wir würden dann in größeren Dingen genau so machtlos sein wie jetzt in kleinen. Ich kann nichts anderes thun, als Ihnen diesen Antrag der Preßkommission, den wir reiflich erwogen haben, zur Annahme empfehlen.

Gen. Gröbner (Wien): Wir können die Preßkommission, so wie sie heute besteht, nicht mehr weiter bestehen lassen. Die Mitglieder werden ihrer Mandate sehr bald müde. Auf diese Weise entsteht ein fortwährender Wechsel der Preßkommissionsmitglieder. Wir wünschen weiter nichts, als daß der Preßkommission das Recht eingeräumt werde, welches sie haben soll, ebenso wie es die Berliner Preßkommission besitzt. Es liegt auch im Interesse der Genossen in der Provinz, wenn die Wiener Preßkommission richtig funktionirt. Ich bitte Sie gleichfalls, den Zusatzantrag des IV. Wiener Wahlkreises (Antrag 9) anzunehmen.

Gen. Winarsky (Wien): Wenn gesagt wird, daß zur Kontrole über die Dinge, die nach unserem Antrage der Kompetenz der Preßkommission unterstellt werden sollen, die Reichskontrole da sei, so bemerke ich, daß diese schon ihrer Zusammensetzung nach eine regelmäßige Kontrole nicht ausüben kann, und von dieser Erwägung ausgehend, haben wir beim Schwender der Lokalorganisation die Berechtigung zur Einsetzung einer Preßkommission gegeben. Unser Antrag soll nun dem Parteitage Gelegenheit geben, festzusetzen, welche Rechte die Wiener Preßkommission haben soll. Bis heute existirt eine derartige Festsetzung nicht, und erst durch sie können wir die Preßkommission aktionsfähig machen. Die Preßkommission soll in der Weise reformirt werden, daß sie erstens Gelegenheit hat, in alle Geschäftsbücher der einzelnen Administrationen Einblick zu haben, und daß sie zweitens auch die Möglichkeit hat, Einfluß zu nehmen auf die taktische Haltung der in Wien erscheinenden deutschen Parteiblätter, soweit es sich um Wiener, respektive niederösterreichische Angelegenheiten handelt. Der Antrag der Preßkommission dagegen verlangt schlechtweg die „Kontrole der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans". Dieselbe Berechtigung, welche die Berliner Preßkommission besitzt, können Sie mit gutem Gewissen der Wiener Kommission ertheilen. Die Preßkommission soll nicht bloß eventuell unterthänigst fragen dürfen, ob eine Sache so oder so ist, sondern sie muß in diese Dinge dreinzureden das Recht haben, ohne sich erst um das Gutdünken einzelner Genossen zu kümmern.

Wie wünschenswerth eine Einflußnahme der Preßkommission wäre, zeigt zum Beispiel das Verhalten der „Arbeiter-Zeitung" bei den Personaleinkommensteuerwahlen. Es ist gewiß, daß sie in dieser Beziehung viel zu spät eingegriffen und viel zu wenig gethan hat. Wenn die Preßkommission hätte eingreifen können, wäre dieser Fehler mit seinen Folgen jedenfalls vermindert worden. Es handelt sich ferner um Anstellungen, Feststellungen von Gehalten u. dergl. Genosse Popp sagt, es heiße ohnedies, jede Postenbesetzung sei im Einvernehmen mit der Wiener

Lokalorganisation vorzunehmen. Dieses Einvernehmen besteht aber darin, daß man einfach nachträglich berichtet: Das und das ist in der Administration geschehen. Dieses Einvernehmen ist möglicherweise ein sehr gutes, aber eine wirkliche Kontrolberechtigung existirt in diesem Falle nicht.

Wenn Sie mit der Preßkommission nicht bloß nominell eine Körperschaft bilden, sondern ihr wirklich Rechte ertheilen wollten, haben Sie selbst ein Interesse daran, genau zu bestimmen, daß nicht erst nachträglich an die Preßkommission herangetreten, sondern bereits vorher ein Einvernehmen mit der Preßkommission und durch sie mit der Lokalorganisation herbeigeführt werde; denn es ist etwas ganz anderes, irgend etwas zu verhindern, als etwas, was bereits geschehen ist, rückgängig zu machen. Wenn Sie überhaupt ein Interesse an dem Bestande einer geregelten Kontrole haben, so müssen Sie unseren Antrag annehmen, wenn nicht, und wenn Sie nicht einmal das annehmen, daß ein vorheriges Einvernehmen der Parteivertretung mit der Preßkommission stattzufinden habe, dann müßten wir annehmen, daß es überhaupt besser wäre, gar keine Preßkommission einzusetzen.

Gen. Bichl (Graz) stimmt dem Antrage, der eine Verschärfung bei der Gründung von Parteiblättern bezwecke, zu; ebenso dem Antrage auf Anerkennung der „Neuen Botschaft" als Parteiorgan.

Gen. Zipfinger (Wien): Wenn Sie das Referat des Genossen Popp genau verfolgt haben und die gestellten Anträge damit vergleichen, müssen sie zu dem Resultate gelangen, daß der Referent eifrig bemüht war, jeden Antrag, der auf mehr Kontrole seitens der Wiener Organisationen hinzielt, der mehr Einfluß auf die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" wünscht, auf das Entschiedenste zu bekämpfen, während die Anträge aber alle das gemeinsame Bestreben ausdrücken, etwas mehr Einfluß zu gewinnen. Die Wiener haben ein erhöhtes Interesse an der Kontrole, weil sie ja die meisten Abnehmer der „Arbeiter-Zeitung" darstellen, da ja das Blatt in erster Linie von Wien abhängig ist. Es ist daher begreiflich, daß Anträge in der Richtung — und gerade von Wien aus — gestellt werden, mehr Einfluß auf die Haltung des Blattes zu gewinnen. Es ereignete sich auch Verschiedenes, was sich nicht ereignen sollte. Erst in jüngster Zeit hat es mich empört, als ich in einem Bericht über die Unruhen in Italien gelesen habe, daß die Kavallerie eingegriffen habe und in die Weiber eingeritten sei, ohne daß mehr geschah, als daß ein paar Säuglinge erschreckt wurden. Das ist ein Witz, der unseren Genossen nicht geboten werden sollte. Auf dem letzten Parteitage wurde beschlossen, daß die Anstellungen im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation zu geschehen haben. Dieses Einvernehmen hat bis nun gewöhnlich darin bestanden, daß man der Wiener Lokalorganisation gesagt hat: „Du Lokalorganisation, wir haben das so gemacht. Frißt Du es, ist es gut, frißt Du's nicht, ist's auch gut." Man hätte jedoch vorher mit den betreffenden Faktoren Rücksprache nehmen sollen. Um solchen Vorkommnissen vorzubeugen, habe ich den Antrag gestellt, daß das Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorher zu pflegen sei, damit diese nicht vor die fertige Thatsache gestellt werde.

Gen. Dr. Czech (Brünn) hält es für unbedingt nöthig, daß der Blättergründung Schranken gesetzt werden. Die Sternberger Genossen, die Schönberger Genossen, die Troppauer Genossen möchten alle ein Blatt haben, dann kommen noch die Genossen von Ostschlesien, welche auf der Wahlkreiskonferenz in Teschen den Beschluß gefaßt haben, es mögen Sammlungen behufs Gründung eines Parteiblattes veranlaßt werden. Abgesehen davon, daß heute, wo der Zeitungsstempel noch existirt, wo das Kolportageverbot noch nicht aufgehoben ist, der Zeitpunkt für Blättergründungen sehr ungünstig ist, ist es doch eine Leichtfertigkeit, an die Herausgabe eines Blattes schreiten zu wollen, wenn, wie die Brünner Landeskonferenz den Beschluß faßte, fl. 200 beisammen sind. Die geplante Gründung von Blättern in Teschen ist inspirirt von dem Abgeordneten Genossen Berner, und hinter diesem steht wieder der Abgeordnete Cingr, der sich auf der Teschener Wahlkreiskonferenz dafür eingesetzt hat, es möge ein Blatt in deutscher Sprache gegründet werden. Ich bitte Sie, gegen diese beabsichtigten Blättergründungen Stellung zu nehmen, weil die Gründung von Blättern im VI. und VII. mährischen Wahlkreise, in Ostschlesien und Westschlesien, zur Folge

haben müßte, daß der Brünner „Volksfreund“ sein Erscheinen einstellt. Ob unter diesen Verhältnissen die sozialdemokratische Presse etwas gewinnen würde, werden Sie selbst beurtheilen können. Wenn man mit fl. 200 an die Herausgabe eines Blattes gehen will, so ist das — ich muß dies, so leid es mir thut, im Auftrage der mährisch-schlesischen Landeskonferenz hier erklären — eine große Leichtfertigkeit der Genossen Berner und Cingr. Redner spricht sich schließlich gegen den Antrag des Referenten aus, daß politische Parteiblätter nur mit Zustimmung des Parteitages gegründet werden sollen, weil die Reichsparteivertretung nicht immer in der Lage ist, die Verhältnisse genau zu kennen, während die Landeskonferenz beurtheilen kann, ob für diesen oder jenen Wahlkreis die Möglichkeit besteht, ein Blatt in's Leben zu rufen und zu erhalten. Redner nimmt endlich an seinem Antrage eine Aenderung vor, dahingehend, daß nicht die Reichsparteivertretung, sondern der Parteitag sich mit den Wahlkreiskonferenzen in's Einvernehmen setzen soll.

An Stelle des Gen. Seliger, welcher abgereist ist, vertritt als Redner dessen Antrag

Gen. Dr. Adler: Ich halte diesen Antrag für sehr gut, aber nur unter gewissen Bedingungen für ausführbar. Es hängt nämlich von den Provinzblättern ab, ob sie uns die finanzielle Durchführung ermöglichen. Es müßte Jemand bestimmt werden, welcher die Berichte und Korrespondenzen aus Wien versendet, wofür ein kleiner Betrag festzusetzen wäre, der mit den Redaktionen der Provinzblätter vereinbart werden müßte. Wir wären bei der „Arbeiter-Zeitung“ in der Lage, hier mitzuhelfen, daß diese Korrespondenzen in der richtigen Weise abgefaßt und expedirt werden. Wir werden in der Exekutive den Antrag stellen, es möge ein Zirkular hinausgeschickt werden, um zu erheben, wie viel die Provinzblätter für diesen Zweck opfern wollten.

Erlauben Sie mir nun, mit einigen Worten über die Angelegenheit der Preßkommission und die Wiener Angelegenheiten mich zu äußern. Parteigenossen, es wurden hier eine Reihe von Anträgen gestellt, die, wie ganz richtig gesagt wurde, dahin zielen, die Kontrole, den Einfluß seitens der Wiener Preßkommission über die „Arbeiter-Zeitung“ zu verstärken. Nun wird hier immer so gesprochen, als bestände über die „Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der Gesammtpartei, gar keine Kontrole. Die Parteivertretung hat aber nicht nur die Ueberwachung in administrativer, sondern auch in redaktioneller Beziehung, das heißt in Bezug auf die taktische Haltung des Blattes, und ich meine nicht, daß sich die Parteivertretung und die von dem Parteitage gewählte Kontrolkommission dieses Recht werden einschränken lassen. Genosse Winarsky hat da etwas von „Wiener“ taktischen Fragen gesprochen. Solche gibt es aber nicht. Wenn gesagt wurde, daß eine ähnliche Einrichtung beim Berliner „Vorwärts“ bestehe, so sage ich Ihnen, das existirt dort nicht.

Die Leitung eines Blattes ist eine höchst verantwortliche Sache. Wenn Sie hören, daß man hier mit Bedenken kommt, ob ein Bericht über einen Hungerkrawall richtig ist — ich nehme an, er wäre falsch, er war aber ganz richtig — und wenn Sie meinen, daß es da irgendeine Kommission gibt, die in der Redaktion des Blattes etwas ändern könnte, so lügen Sie sich in den eigenen Sack hinein. Stellen Sie welche Kontrole immer auf, es wird das nicht zu erreichen sein, was Sie wollen. (Ruf: Aber rügen!) Ja, rügen können Sie, was Sie wollen, Sie können Rügekommissionen, Entrüstungskommissionen einsetzen, so viel Sie wollen. (Ruf: Und das wird in den Papierkorb wandern!) Das wird immer in den Papierkorb wandern, gewiß. Das Parteiblatt ist eben nur dem Parteitage verantwortlich. Nehmen Sie aber noch Eines. Glauben Sie denn, wir sind so thöricht, daß wir auf unsere Leser, auf die Wiener Genossen, keine Rücksicht nehmen? Jede Aeußerung, die uns von den Wiener Genossen zukommt, wird als sehr wichtig betrachtet und reiflich erwogen, aber ein hemmendes Recht können wir ihnen nicht zuerkennen, das ist auch technisch ganz unmöglich.

Genosse Winarsky hat gesagt, wenn die Preßkommission ein solches Recht gehabt hätte, so hätten die Genossen es bei den Personaleinkommensteuerwahlen etwas anders gemacht. Aber, Genosse Winarsky! Die „Arbeiter-Zeitung“ hat vor den Wahlen in die Personaleinkommensteuer-Schätzungskommissionen Artikel

über Artikel gebracht, schon seit dem Sommer. Es hat sich hier nicht um die journalistische, sondern um die taktische Seite der Frage gehandelt, und das ist nicht Sache der „Arbeiter-Zeitung". Wenn draußen etwas versäumt worden ist, so trägt nicht die „Arbeiter-Zeitung" die Schuld daran, weil wir nur ein Exekutivorgan sind und keine Aufforderung bringen dürfen, bevor sie uns nicht von den kompetenten Organen zugekommen ist.

Nun kommt Genosse Zipfinger mit seinem Antrag. Aber was stellen Sie sich denn vor? Ich als Redakteur des Blattes, der die Bedürfnisse desselben so gut wie möglich erfüllen soll, suche mir einen Mann, mache vielleicht hundert Mißgriffe — ich könnte Ihnen Geschichten von Anstellungen erzählen — und nun soll ich, wenn ich mir einen hereinnehme, mir überlegen, ob er Jedem von den Genossen paßt, die keine Ahnung haben und nicht haben können von der Aufgabe, die der Betreffende zu erfüllen hat. Ich muß das auf meine Verantwortung thun. Sonst wird Ihnen kein gescheiter Mensch die Redaktion eines Blattes übernehmen. Sie können den Kapitän eines Kriegsschiffes vor das Kriegsgericht stellen und auch erschießen lassen, aber so lange er auf dem Schiffe steht, so lange kommandirt er.

Kontroliren Sie, was Ihnen der Parteitag zuweist, nämlich die Finanzgebahrung. Sie sollen auch die Beschwerden über die Aufnahme oder Nichtaufnahme von Zuschriften prüfen. Der Genosse, der da sagt, daß der Zutritt irgendwie erschwert wurde, ist falsch unterrichtet. Kontroliren Sie uns von links nach rechts und von rechts nach links, wir haben nichts zu verbergen. Und schließlich sage ich: Entweder Sie haben in solchen Dingen das Vertrauen oder Sie haben es nicht. Wenn Sie das Vertrauen in die Reichskontrole, die Sie wählen, nicht haben, dann lassen Sie diese Genossen fallen und wählen Sie sich andere. Unser Einvernehmen, Genossen, ist in der Praxis ein weit besseres, als es vielleicht hier erscheint. Wenn wir aber so eisern festhalten an dem, was wir haben, so geht das hervor aus der festen Ueberzeugung, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die gerade das Blatt in politischer, administrativer und finanzieller Beziehung durchgemacht hat, nur durchgemacht werden konnten, wenn man mit fester Hand die ganze Geschichte gehalten hat. (Beifall.)

Haben Sie das Vertrauen oder nicht? Wenn nicht, dann gehen wir. Wenn Sie aber sagen, bis jetzt haben wir unsere Pflicht gethan, wie es auch Ihnen recht war, werden wir sie auch weiterhin thun, dann lassen Sie die Preßkommission bezüglich der Kompetenz wie sie ist. Erweitern Sie diese Kompetenz nicht, es wäre Selbsttäuschung, denn sie kann diese Kompetenz nicht ausüben.

Gen. Prachensky (Innsbruck): Der eine Antrag der Innsbrucker Genossen wünscht, die Parteivertretung werde beauftragt, ein Werk herauszugeben, welches die Anfänge der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Oesterreich den Genossen in einer billigen Ausgabe schildert. Ein derartiges Werk wäre insbesondere für die jüngeren Parteigenossen, vor Allem in der Provinz, wo es keine öffentlichen Bibliotheken gibt, von großem Nutzen.

Ebenso empfehle ich Ihnen den zweiten Antrag der Innsbrucker Genossen zur Annahme, wonach die Parteivertretung ein Sündenregister der bürgerlichen Parteien herausgeben soll.

Gen. Bretschneider (Wien): Es war ein Fehler, daß man eine Kontrolkommission Preßkommission getauft hat. Weil sie so heißt, denkt sie immer daran, ihrer Machtbefugnisse zu erweitern. Ich beantrage daher den Ausdruck „Preßkommission" zu streichen und an seine Stelle „Kontrolkommission" zu setzen. Es ist ein Unding zu glauben, daß man vorher eine Kontrole üben könnte über das, was in einem Blatte geschrieben wird. Ich stehe da mit Dr. Adler auf demselben Standpunkte, eine Kontrole über die taktische Haltung, wie sie die Preßkommission verlangt, ist thatsächlich unmöglich. Es gibt dafür nur eine Kontrole und das ist die Kontrole aller Parteigenossen, die das Parteiblatt lesen. Man kann doch dem Redakteur nicht die Hände binden! Allerdings gibt es auch hierin eine Grenze, aber man kann nicht von vorneherein sagen: Wir werden, wenn Du das Manuskript geschrieben hast, zuerst schauen, was Du geschrieben hast, und erst dann darfst Du es zum Drucke befördern. (Zustimmung.)

Etwas anderes ist es mit der Frage der Anstellungen und Gehaltsbemessungen. Hier muß zumindest das eingehalten werden, was beim Schwender

beschlossen worden ist. Ich weiß allerdings auch, daß man nicht immer im Vorhinein sagen kann, ob eine Kraft geeignet ist oder nicht. Es könnte das aber bei der „Arbeiter-Zeitung" in derselben Weise geregelt werden wie bei der „Volkstribüne", wo jeder Anstellung ein Provisorium als Probezeit vorausgeht.

Nachdem also hier ein vorheriges Einvernehmen wünschenswerth ist, beantrage ich die Einschaltung eines „wenn möglich" an dieser Stelle des Antrages Zipfinger, so daß es heißt: „Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung, wenn möglich nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation." Zum Schlusse befürwortet Redner die Anerkennung der „Neuen Volkstribüne" als Parteiorgan.

Vorsitzender: Der Antrag Bretschneider ist geschäftsordnungsmäßig nicht mehr zulässig und wird daher dieser Antrag vom Präsidium nicht zur Diskussion gestellt.

Gen. Smitka (Wien): Aus Anlaß der Zuschrift der Kleingewerbetreibenden sollten wir unsere prinzipielle Anschauung darüber aussprechen, was in Bezug auf die Kleingewerbetreibenden, ihre Organisation und Mitarbeit innerhalb der Partei maßgebend sein soll. Es gibt in den verschiedenen Branchen eine ganze Reihe von Parteigenossen, welche Kleingewerbetreibende sind, und je mehr einerseits unsere heute in Wien herrschenden Parteien abwirthschaften und je mehr sich unsere Prinzipien in der Arbeiterschaft festsetzen, aus welcher sich vielfach die Kleingewerbetreibenden rekrutiren, umso größer wird die Anzahl der Kleingewerbetreibenden in unseren Organisationen. Wir müssen aber erklären, daß, wenn diese Kleingewerbetreibenden unserer Partei angehören wollen, sie sich mit den bestehenden Organisationen abfinden müssen. Sie müssen Schulter an Schulter mit uns thätig sein in unseren Organisationen, denn es geht nicht an, daß wir dazu beitragen, die Kleingewerbetreibenden von uns durch eine eigene Organisation zu separiren (Zwischenruf: Eine Zunft!), die beim ersten Zusammenstoß, der hier kommt und logisch kommen muß, zu unserem größten Feinde sich entwickelt. (Sehr gut!) Wir begrüßen alle Kleingewerbetreibenden, die, sich über ihre Klassenbornirtheit erhebend, zu uns kommen, als Genossen. Ich bitte Sie, meinen in dieser Richtung lautenden Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Referent Gen. Popp: Ich konstatire in erster Linie, daß das Verhältniß der Preßkommission zu uns heute ein außerordentlich gutes ist und daß die Administration die Beschwerden der Preßkommission — wenn solche vorgekommen sind, hatten sie ja meistens auf die Administration, Expedition oder sonst dergleichen Bezug — stets entgegengenommen und sich bemüht hat, ihnen gerecht zu werden. Der Genosse Zimmermann ist Obmann dieser Preßkommission, er möge konstatiren, ob das wahr ist oder nicht. (Gen. Zimmermann: Ich habe ausdrücklich betont, daß wir bis jetzt ganz gut ausgekommen sind, aber für die Zukunft . . .)

Referent Popp (fortfahrend): Der Beschluß, der bis jetzt Geltung hat, lautet folgendermaßen: „Die Parteileitung wird aufgefordert, der niederösterreichischen Landesorganisation, respektive der Wiener Lokalorganisation, allvierteljährlich über den Stand der „Arbeiter-Zeitung" Bericht zu erstatten." Ich bitte zu konstatiren, ob das bisher geschehen ist. (Zustimmung.) Punkt 2 des Beschlusses lautet: „Jede Postenbesetzung ist im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen." Ich bemerke, daß hier von der Gehaltsbemessung und Gehaltsregulirung kein Wort steht, aber trotzdem jede Gehaltsbemessung bei einer Anstellung, sowie auch jede Gehaltsänderung vor die Lokalorganisation gekommen ist. Die Wiener Genossen sollen sagen, ob sie bisher gegen irgendeine Anstellung protestirt haben. Das ist bis jetzt noch nicht geschehen. Wir waren vergangenes Jahr zu Neujahr gezwungen, eine neue Expeditorstelle zu besetzen, und es hat sich darum gehandelt, einen Fachmann zu bekommen. Wir haben einen solchen gefunden. Ich habe mit diesem Manne — es war kurz vor Neujahr — verhandelt. Er hat mir gesagt, er müsse sofort wissen, wie er daran sei, weil er eine sechswöchentliche Kündigung habe. Das war Mitte December. Die Lokalorganisation tagte erst Ende Jänner, ich konnte also nicht bis Ende Jänner warten, sondern mußte den Mann sofort engagiren. Ist es unter solchen Bedingungen möglich, erst ein vorheriges Einvernehmen mit der Lokalorganisation zu suchen? Das ist

nicht möglich, wenn es sich um einen sofortigen Entschluß handelt und wenn Sie den betreffenden Antrag annehmen. Nun akkommodire ich mich mit meinem Antrage dem Antrag des Genossen Bretschneider, auf Ersetzung des Wortes Preßkommission durch Kontrolkommission. Der Antrag lautet also: „Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen" u. s. w. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und damit diesen Streit, der sich erst hier entsponnen hat und von dem in Wien nichts zu bemerken war, zu beenden.

Die gedruckten Anträge 7 und 9, ebenso wie die Anträge der Genossen Widlar-Winarsky und des Genossen Zipfinger ersuche ich Sie abzulehnen.

Die Abstimmung.

Der Antrag Popp

„Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen. Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation überlassen,"

wird mit großer Majorität angenommen.

Der Antrag Zipfinger:

„Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushilfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als sechs Wochen dauert,"

wird in satzweiser Abstimmung angenommen. Der Antrag Gröbner entfällt somit.

Zum Antrage des Genossen Dr. Czech, die Gründungen von Parteiblättern betreffend, bemerkt

Referent Gen. Popp, daß er sich mit der vom Antragsteller vorgenommenen Aenderung, daß es statt „Reichsparteivertretung" heißen soll „Parteitag", nicht einverstanden erklären könne. Da der Parteitag doch nur alle zwei Jahre stattfindet, wird ein Wahlkreis, der sich stark genug fühlt, ein Blatt zu erhalten, das Blatt gründen, ohne daß der Parteitag hiezu erst seine Zustimmung wird geben können. Der Referent erklärte sich in Folge dessen für den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung.

Gen. Dr. Czech akkommodirt sich der Anschauung des Referenten, worauf der Antrag Czech, wie er zuerst gestellt wurde (siehe Seite 146) mit allen gegen eine Stimme angenommen wird.

Der Antrag Schweichhart, nach welchem die Bezirke Korrespondenten wählen sollen, wird angenommen.

Der Antrag Bichl, die „Neue Botschaft" (Graz), sowie der Antrag Bretschneider, die „Neue Volkstribüne" (Wien) als Parteiorgan anzuerkennen, wird einstimmig angenommen.

Weiters gelangen zur Annahme: Die zwei Anträge der Genossen Innsbrucks (siehe Seite 146,147), der Antrag Ellenbogen-Schuhmeier (siehe Seite 147), der Antrag Brener (siehe Seite 146), der Antrag Smitka (siehe Seite 147) und der Antrag Seliger auf Errichtung eines Preßbureaus.

Das Ansuchen der Kleingewerbetreibenden, ihr Blatt als Parteiorgan anzuerkennen, wird dem Ausschusse der niederösterreichischen Parteivertretung zugewiesen.

Die Anträge 8 und 10 werden abgelehnt.

Schließlich werden nach einem Antrage Dobiasch die beiden Organe „Neues Volksrecht" in Aussig und „Neue Freiheit" in Teplitz als Parteiorgane anerkannt.

Vorsitzender: Wir schreiten nunmehr zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Gen. Pernerstorfer: Ich beantrage, den Antrag 11 der Bezirksorganisation Haindorf, den ich bei Punkt 5 der Tagesordnung übersehen habe, durch die Resolution bezüglich der Christlich-Sozialen als erledigt anzusehen. Wird angenommen.

Referent Gen. Schuhmeier: Unter Punkt 8, „Allgemeine Parteiangelegenheiten", befinden sich Anträge der verschiedensten Natur, die unter den übrigen Punkten nicht unterzubringen gewesen sind. Ich werde zunächst die gedruckten Anträge vornehmen.

Der Antrag 18 der Lokalorganisation Komotau lautet:

„Nachdem in Oesterreich der Bauernstand einen großen Perzentsatz der Bevölkerung bildet und in Bezug auf die Agrarfrage bisher keinerlei Direktive vorliegt, die Heranziehung des Bauernstandes zur Partei jedoch wünschenswerth ist, stellt die Lokalorganisation Komotau den Antrag: Der Linzer Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit dem Studium der Agrarfrage befaßt, ihre Untersuchungen veröffentlicht und dem nächsten Gesammtparteitage Vorschläge für das Parteiprogramm unterbreitet."

Dieser Antrag ist durch den heute Vormittags angenommenen Antrag der Parteivertretung erledigt.

Antrag 19 der Lokalorganisation Johannesthal bei Reichenberg:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, dafür sorgen zu wollen, daß im ganzen Reiche Volksversammlungen einberufen werden, die sich mit der Theuerung der Lebensmittel zu befassen haben."

Das geschieht ja schon jetzt und es ist gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, aber die Genossen mögen auch selbst die Initiative ergreifen.

Antrag 20 der Organisation Ischl:

„Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, seine ganze Kraft aufzuwenden, der zweijährigen Militärdienstzeit zum Durchbruch zu verhelfen und eine Entschädigung für die zur Waffenübung Eingerückten zu erreichen."

Antrag 21 der Genossen von Waidhofen a. d. Ybbs:

„Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, bei nächster Gelegenheit einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Miethzinssteuer für Arbeiterwohnungen einzubringen. Der ausfallende Ertrag könnte durch Erhöhung der Steuer auf Saisonwohnungen ersetzt werden."

Diese beiden Anträge 20 und 21 bitte ich dem Sozialdemokratischen Verbande zuzuweisen.

Antrag 22 der Bezirksorganisation Ischl:

„Zur leichten und schnellen Verständigung der einzelnen Organisationen sei ein einheitliches Stenographiesystem von parteiwegen anzuerkennen, und sind die Organisationen aufzufordern, eifrigst für die Erlernung desselben zu agitiren."

Dieser von der Bezirksorganisation Ischl gestellte Antrag charakterisirt sich von selbst, er ist unannehmbar und ich werde darüber kein Wort weiter verlieren.

Antrag 23 eines Meraner Genossen:

„Die Parteileitung wird vom Parteitag beauftragt, einen sachverständigen Genossen mit der Herausgabe eines für Arbeiter in leichtverständlicher Form abgefaßten „Volksadvokaten" zu betrauen, enthaltend sämmtliche für die Arbeiterschaft in Betracht kommende Gesetze nebst Formularen betreffs Eingaben an die Behörden."

Es wurde uns die Mittheilung gemacht, daß dieses Werk bereits begonnen ist, somit wäre der Antrag hinfällig.

Antrag 24 der Bezirksorganisation Saaz:

„Der Parteitag wolle behufs Revision des Parteiprogramms eine Kommission wählen, die dem nächsten Gesammtparteitage Bericht zu erstatten hat."

Laut Organisationsstatut ist das dem Gesammtparteitage vorbehalten, welchem der Antrag vorzulegen wäre.

Antrag 25 der Bezirksorganisation Graz:

„Der Parteitag wolle beschließen: Bei Ernennung für Stellen in Partei-Unternehmungen und in Organisationen oder bei Unternehmungen und Institutionen, auf deren Verwaltung die Parteigenossen Einfluß haben, soll darauf gesehen werden, daß die zu Ernennenden die entsprechende fachliche und moralische Qualifikation haben und sich als thätige und erprobte Anhänger der Partei erwiesen haben."

Ich glaube, Genossen, daß das bereits geschieht, aber wir können nicht anders, als diesen Antrag annehmen.

Ein Antrag der Czernowitzer Genossen sagt:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes auf eine längere Agitationstour in die Bukowina zu entsenden."

Ich habe schon zweimal hervorgehoben, daß in der That noch kein Referent aus Wien in der Bukowina gewesen ist, und ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Die Genossen Taub, Müller und Schatzmayer beantragen:

„Der Geschäftsbericht der Parteivertretung ist, insoferne er auf die finanzielle Gebahrung der Partei Bezug hat, drei Tage vor dem Stattfinden des Parteitages den Delegirten zur Kenntniß zu bringen."

So lange seitens unserer Vertrauensmänner der Parteibericht erst an den Parteitag selbst eingesendet wird, ist das wohl nicht möglich. Wenn aber die Genossen in Hinkunft immer den Anforderungen der Parteivertretung entsprechen, so sind wir gerne bereit, Ihnen den Bericht noch vor dem Zusammentreten des Parteitages zu übersenden. Ich habe aber gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Der Antrag Heinrich Beer (Wien) verlangt: „Der Parteitag beschließe, daß der nächste deutsche Parteitag in Salzburg stattzufinden habe." Ein Antrag Feix schlägt Teplitz, ein Antrag der Grazer Genossen Graz als den Ort des nächsten Parteitages vor.

Hierüber erbitte ich mir erst die Meinung der Genossen.

Gen. Wrecinsky hat folgenden Antrag überreicht:

„Der Parteitag beauftragt die Parteileitung — nachdem dieselbe erklärt hat, auf dem nächsten gemeinsamen Parteitage die Angelegenheit der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung stellen zu wollen — sich in dieser Zwischenzeit mit dem Verbande der Arbeiter-Konsumvereine und Produktivgenossenschaften Oesterreichs in's Einvernehmen zu setzen, damit derselbe der Parteileitung das ihm zur Verfügung stehende Material unterbreiten kann, um so dem nächsten Parteitage mit einem vollständigen Elaborate kommen zu können und eine definitive Klärung in dieser Frage herbeigeführt werden kann."

Ein Antrag des Gen. Josef Popp aus Steyr lautet:

„In Erwägung, daß unsere Bewegung zwar sehr in die Breite, aber bedeutend weniger in die Tiefe sich entwickelte, wird die Parteivertretung beauftragt, das Augenmerk auf die prinzipielle Erziehung der Genossen zu lenken und zu diesem Zwecke diesbezügliche Versammlungen einzuberufen. Ebenso soll die Parteipresse in diesem Sinne wirken."

Ferner liegt ein Antrag des Gen. Pick vor:

„Soll die Frage der Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften einer befriedigenden Lösung zugeführt werden, so ist es unabwendbar nothwendig, daß vor Allem eine nach Möglichkeit einheitliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der bei diesen Genossenschaften Angestellten vorgenommen wird. Es wird demnach die Parteivertretung aufgefordert, für den Fall, als diese Frage am nächsten Kongresse behandelt werden soll, ein statistisches Material beizubringen, aus welchem alle bei den Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften derzeit üblichen Arbeitsbedingungen zu entnehmen sind."

Ein zweiter Antrag des Gen. Wrecinski hat folgenden Wortlaut:

„Die Dauer der Verhandlungstage des Parteitages kann nicht definitiv im Vorhinein bestimmt werden, sondern richtet sich nach der Tagesordnung, das heißt die Delegirten sind verpflichtet, bis zur Erledigung sämmtlicher auf die Tagesordnung gestellten Punkte anwesend zu bleiben."

Endlich ein Antrag des Gen. Scherz:

„Die Parteileitung werde beauftragt, im Falle wichtiger politischer Ereignisse, zum Beispiel im Falle einer Reichsrathsauflösung zur Aufstellung der Kandidaten, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen."

Das sind die bisher eingelaufenen Anträge.

Gen. Wrecinsky (Wien): Nachdem gegenwärtig ein Verband der Arbeiterkonsumvereine und Produktivgenossenschaften gegründet ist, welcher bis jetzt 57 Vereine in sich schließt und zu welchem auf einer Konferenz in Teplitz weitere 26 Vereine prinzipiell ihren Beitritt erklärt haben, soll mein Antrag dazu führen, daß die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als solche auch Glieder unserer Organisation werden können. Er besagt nichts weiter, als daß der Verband das Material, das er sammelt, der Parteileitung zur Verfügung stellen will, damit sie und dann der nächste Parteitag besser in der Lage sei, über diese Angelegenheit zu urtheilen. Es können daher auch prinzipielle Gegner der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften für den Antrag stimmen, dessen Nichtannahme deprimirend auf jene Genossen wirken könnte, welche Mitglieder solcher Vereine sind.

Ferner empfehle ich Ihnen meinen zweiten Antrag zur Annahme, wonach in Punkt 4 des Organisationsstatutes ein Absatz eingeschaltet werden soll, daß die Dauer des Parteitages nicht im Vorhinein zu bestimmen sei. Die Genossen würden dann ihr Mandat für jene Zeit bekommen, die für die Erledigung aller Fragen nothwendig ist, und es würde dann vermieden werden, daß wichtige Angelegenheiten nur möglichst rasch erledigt werden müssen oder viele Genossen bei ihrer Berathung nicht mehr anwesend sind.

Gen. Bichl (Graz): Wenn Genosse Schuhmeier behauptet, daß das, was in dem Antrage 25 verlangt wird, ohnehin geschehe, so kann ich dem nicht voll und ganz beipflichten. Wir haben ja bei sehr vielen Institutionen und Konsumvereinen, Krankenkassen u. s. w. Einfluß, aber gar Viele, die angestellt werden, entdecken erst dann den Genossen in sich, wenn sie eben schon angestellt sind oder knapp vor ihrer Anstellung.

Unser Antrag sagt aber, daß die zu Ernennenden die entsprechende sachliche und moralische Qualifikation haben und sich als thätige und erprobte Anhänger der Partei bereits erwiesen haben sollen. Redner wünscht sodann eine möglichst rasche Fertigstellung des Parteitagsprotokolls und befürwortet den auch von Seite der Genossen aus Salzburg und Kärnten unterstützten Vorschlag, den nächsten Parteitag in Graz abzuhalten.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag des Genossen Mann aus Steyr eingelaufen:

„Das Protokoll des Parteitages soll in Druck gelegt und dafür ein niedriger Preis verlangt werden."

Gen. Behr (Saaz) begründet den Antrag der Bezirksorganisation Saaz auf Revision des Parteiprogrammes. Das Hainfelder Programm enthalte mehrere Wiederholungen, und die drei Resolutionen, die hier gefaßt wurden, bilden kein einheitliches Ganzes.

Gen. Ludwig (Troppau) befürwortet namens der Organisationen von Troppau und Jägerndorf die Gründung eines deutschen politischen Blattes in Schlesien.

Gen. Prähauser (Salzburg) kann aus lokalen Gründen nicht für die Abhaltung des Parteitages in Salzburg sein, worauf Genosse Beer (Wien) seinen Antrag zurückzieht.

Gen. Lehner (Czernowitz) begründet seinen Antrag, daß ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes auf eine längere Agitationstour in die Bukowina zu entsenden sei und sagt: Ich bin hergeschickt worden, nicht um zu sprechen, sondern um zu lernen, und ich kann sagen, ich habe sehr viel gelernt.

Das Schlußwort erhält

Referent Gen. Schuhmeier: Genosse Behr vergißt bei seiner Kritik des Parteiprogrammes, zu welcher Zeit und unter welchen Umständen die Prinzipienerklärung gemacht wurde. In Hainfeld wurde eben kein Programm, sondern nur eine Prinzipienerklärung beschlossen. Schon nach dem Titel kann sich Jeder vorstellen, was für Zustände damals bei uns in Oesterreich geherrscht haben. Es tobte damals ein großer und schwerer Kampf in der Partei, und wir sind stolz darauf, daß es gelungen ist, die Genossen auf Grund dieser Resolutionen zu einem Ganzen vereinigt zu haben.

Die Abstimmung.

Der Antrag Wrecinski: „Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, nachdem dieselbe erklärt hat, auf dem nächsten gemeinsamen Parteitag die Angelegenheit der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung stellen zu wollen u. s. w." und der Antrag Pick: „Soll die Frage der Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften u. s. w." wird angenommen.

Der Antrag Taub-Müller: „Der Geschäftsbericht der Parteivertretung ist, insoferne er auf die finanzielle Gebahrung der Partei Bezug hat, drei Tage vor dem Stattfinden des Parteitages den Delegirten zur Kenntniß zu bringen," wird abgelehnt.

Zum Antrag Scherz: „Die Parteileitung werde beauftragt, im Falle wichtiger politischer Ereignisse, zum Beispiel im Falle einer Reichsrathsauflösung zur Aufstellung der Kandidaten, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen," bemerkt

Referent Schuhmeier, daß der Antrag wohl gut gemeint sei, daß es aber zu einer Zeit, wo man das Geld für den Wahlfonds brauche, nicht angehe, Geld für einen Parteitag auszugeben. Uebrigens hätten hier auch die Wahlkreise mitzureden. Der Antrag Scherz wird hierauf abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Josef Popp (Siehe Seite 155) wird angenommen.

Der Antrag 18 ist durch die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer Kommission erledigt.

Der Antrag 19 wird angenommen.

Die Anträge 20 und 21 werden dem Verbande zugewiesen.

Der Antrag 22 wird abgelehnt.

Die Anträge 23 und 24 entfallen.

Der Antrag 25 wird angenommen.

Der Antrag Lehner (Czernowitz) wird angenommen.

Der Antrag Wrecinski, die Dauer der Verhandlungstage des Parteitages betreffend, wird abgelehnt.

Der Antrag Mann wird zurückgezogen.

Ueber Antrag der Grazer Genossen wird mit 22 gegen 18 Stimmen beschlossen, den nächsten deutschen Parteitag in Graz abzuhalten; es entfällt somit der Antrag Feix.

Vorsitzender Gen. Popp (den Vorsitz übernehmend): Parteigenossen! Die Tagesordnung des Parteitages ist somit erschöpft.

Schriftführer Winarsky verliest nun einige nachträglich eingelaufene Begrüßungstelegramme, darunter eines des italienischen Genossen Enrico Ferri, der „im Namen der noch nicht eingesperrten italienischen Sozialisten" dem Parteitage brüderlichen Gruß und die Versicherung übermittelt, daß das Vertrauen in die Verwirklichung unserer Ideale unerschütterlich sei. (Beifall.)

Vorsitzender Gen. Popp: Werthe Parteigenossen! Wir haben nun nach viertägiger anstrengender Arbeit unsere aufgestellte Tagesordnung erledigt und Beschlüsse gefaßt, welche wieder für die zukünftige Agitation und Organisation unserer Partei zur Richtschnur dienen sollen. Wenn wir auf diesem Parteitage, der ja der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist, in verhältnißmäßig kurzer Zeit eine umfangreiche Tagesordnung erledigt haben, und wenn sie hier angespannt arbeiten mußten, so ist dies lediglich aus dem Grunde geschehen, weil ja eine Uebersicht, wie sich die Geschäfte entwickeln werden und wie sich die Sache am Parteitage selbst werde erledigen lassen, von vornherein nicht vorhanden war. Dem wird natürlich auf dem nächsten Parteitage Rechnung getragen werden können.

Die Genossen werden nun wieder in ihre Kreise und Bezirke zurückkehren und dort, wie ich wohl annehmen kann, im Sinne der Beschlüsse arbeiten. Ich möchte Sie bitten, werthe Genossen, daß Sie, wenn Sie hinausgehen, wenn Sie Ihren Genossen, die Sie zum Parteitage delegirt haben, über diesen berichten, nicht etwa berichten mit einer gewissen Erbitterung im Herzen, weil nicht alles das, was dem Einzelnen vielleicht passend schien, hier angenommen wurde, und nicht jeder Einzelne seinen Wunsch erfüllt sieht. Parteigenossen, wir haben uns hier am Parteitage gegenseitig ausgesprochen, wir haben hier am Parteitage einen sachlichen Kampf geführt, es darf ein persönlicher Stachel nicht zurückbleiben. Vergessen wir keinen Moment, Genossen, daß die schwerste Arbeit, unsere Organisation zu vervollständigen und die Agitation im Sinne der gefaßten Beschlüsse zu leiten gegen unsere Gegner, gegen unsere Widersacher, gegen unsere Unterdrücker in geistiger und materieller Beziehung erst kommt. (Lebhafter Beifall.) Ich hebe dies ausdrücklich hervor, Genossen, weil ich meine, daß vielleicht einige Genossen durch manches spitze Wort sich verwundet fühlen könnten.

Genossen, es steht uns ja eine harte Arbeit bevor, wir gehen einer Zeit entgegen, von der wir nicht wissen, wie sie sein wird, es liegt etwas Unbestimmtes

vor uns. Es ist heute unter „Allgemeine Parteiangelegenheiten" ein Antrag gestellt worden, dessen Verfasser ja an die Eventualität baldiger Neuwahlen denkt. Es ist möglich, daß der Reichsrath aufgelöst wird, es ist möglich, daß die Regierung anerkennt, daß sie mit diesem Parlamente nicht weiter regieren kann, es ist möglich, daß irgendwelche Ereignisse eintreten, die wir nicht voraussehen können, von denen wir auch nicht wissen können, welche Folgen sie haben werden, von denen wir auch nicht wissen können, was wir dann thun müssen. Es ist daher nothwendig, daß wir unter uns einig und vorbereitet sind, daß wir die Agitation so einleiten, daß wir uns von den Ereignissen nicht überraschen lassen. Umsomehr ist es unsere Pflicht, unser Augenmerk unausgesetzt nur darauf zu richten, daß die Organisation und Agitation vorwärts schreitet und da gibt es eine Fülle von Arbeit, da gibt es einen Kampf mit den Gegnern, und dieser Kampf hat uns bisher noch immer freudig gestimmt, und in diesen Kampf müssen wir ziehen als ein einig Volk von Brüdern, als Kämpfer, die nicht vielleicht, weil irgend eine Differenz vorhanden war, mit Unlust in den Kampf gehen. (Lebhafter Beifall.)

Nun, Genossen, habe ich, bevor wir nach Hause gehen, noch Eines gut zu machen: Ich habe eingangs des Parteitages unserer Todten gedacht, ich habe aber an eine Todte vergessen. Diese eine Todte war gewiß auch denjenigen Genossen, die sie nicht persönlich gekannt haben, eine liebe Genossin, sie war gewiß von jedem Genossen bewundert, wenn er auch nur das gekannt hat, was er von ihr gehört hat. Sie wissen, welches traurige Ende die Genossin Marx-Aveling genommen hat, die Tochter unseres Vorkämpfers Karl Marx. Ich bitte Sie, sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich.)

Und nun, Genossen, glaube ich nicht besser den Parteitag der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs schließen zu können als mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie. Sie lebe Hoch! Hoch! Hoch!

(Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Gen. Schuhmeier: Ich glaube, Genossen, wir haben die Verpflichtung, unseren Genossen im Präsidium, welche die Verhandlungen mit so viel Umsicht geleitet und viel dazu beigetragen haben, daß wir im Kampfe nicht allzu hart aneinander gerathen sind, unseren besten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.) Ich benütze die Gelegenheit, um namens des Parteitages Dank und Anerkennung auszusprechen allen Linzer Genossen für die Freundlichkeit und Aufmerksamkeit, die sie uns hier in Linz erwiesen haben. Es ist an und für sich bedeutungsvoll, daß wir hier überhaupt einen Parteitag abhalten konnten, und das ist ein Verdienst unserer Linzer Genossen, die sich so sehr für uns bemüht und uns das Dasein so schön gemacht haben. Darum Dank und Anerkennung den Linzer Genossen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Weigung: Ich kann nur versichern, daß die Linzer Genossen sehr erfreut waren, all die Mitkämpfer, welche in Oesterreich für die Partei thätig sind, hier in Linz versammelt zu sehen, und es ist ja selbstverständlich, daß wir eine Ehre darein gesetzt haben, Sie hier zu empfangen. Es ist aus vollem Herzen geschehen, und wenn etwas irgendwo gehappert haben sollte, so kommt das ja überall vor, nehmen Sie uns das nicht besonders übel. Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß die Linzer Genossen des Solidaritätsgefühls stets eingedenk sind.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.

Die Versammlung singt stehend das Lied der Arbeit.

(Schluß des Parteitages 11 Uhr 35 Minuten Nachts.)

Präsenzliste

des

Parteitages der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Abersbach Karl	Zwittau	Zwittau und Brüsau
Adler Victor, Dr.	Wien	Parteivertretung und „Arbeiter-Zeitung"
Aron Josef	Böhmisch-Kamnitz	Bezirks-Organisation Böhmisch-Kamnitz
Jusobsky Alois	Wien	Industriegruppe der Galanterie-arbeiter (Drechsler, Korbflechter ꝛc.)
Augmaier Max	Leoben	Leoben, St. Michael, Vordernberg, Eisenerz, Mautern
Barth Josef	Gablonz a. d. N.	Den IX. Wahlkreis Böhmen und Grünwald, Johannesberg, Kokan, Seidenschwanz, Riesenau, Neudorf, Wiesenthal, Hennersdorf, Pintschei, Poletschnei, Schlag, Radl
Beer Heinrich	Wien	1. Die Industriegruppe der Metall-arbeiter; 2. Redaktion des „Oester-reichischen Metallarbeiter"
Behr Anton	Saaz	Den III. und V. Wahlkreis, Böhmen: Saaz, Lipschkau, Drabsmischel, Teschnitz, Kounowa, Podersam, Puschwitz, Rüdig, Pomeisl, Dekan, Michelsdorf
Beutlmayr Marie	Linz	Lokalorganisation Linz
Bichl Rudolf	Graz	Lokalorganisation Graz
Bill Ignaz	Neutitschein	VI. Wahlkreis, Lokalorganisation Neutitschein und die sozialdemo-kratischen Arbeiter der deutschen Gemeinden des Bezirkes Neu-titschein
Blaschek Emanuel	Wien	IX. Bezirk, Wien
Bretschneider Franz	Wien	XVIII. Bezirk, Wien
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesparteivertretung Niederöster-reich

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Breuer Wenzel	Kratzau	Kratzau, Oberkratzau, Friedrichsheim, Machendorf, Karlswald, Christofsgrund, Engelsberg, Weißkirchen, Watzwalde, Wittig
Brod Jakob	Wien	Redaktion des „Holzarbeiter“
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Mährische Landesparteivertretung und Redaktion „Volksfreund“
Dangl Adolf	Wr.-Neustadt	Lichtenwörth, Eppendorf, Erlach, Felixdorf und Solenau
David Anton	Wien	XVI. Bezirk, Wien
Diwok Franz	Komotau	Komotau, Görkau, Transchkowitz, Heinrichsdorf, Bielenz, Horzenz, Oberdorf, Kallich, Eidlitz, Trupschitz, Priesen, Deutsch-Kralup
Dobiasch Josef	Aussig	Den VI. böhmischen Wahlkreis
Eldersch Mathias	Brünn	Parteivertretung
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung und das Parteiblatt „Il lavoratore“ in Triest
Eich Wilhelm	Villach	Wahlkreis Kärnten
Feix Reinhold	Tannwald	Den IX. Wahlkreis Böhmen und Albrechtsdorf, Antoniwald, Deffendorf, Brand, Georgenthal, Morchenstern, Tannwald, Schumberg, Wustung, Tiefenbach, Prichowitz, Polaun, Wurzeldorf, Marienberg
Filzer Johann	Kitzbühel	Kreisorganisation Unter-Innthal
Fischer Heinrich	Schwechat	Schwechat, Fischamend, Schwadorf, Himberg
Glas Lotte	Wien	Das Frauen-Reichskomité für die organisirten Arbeiterinnen Oesterreichs
Gneißl Franz	Aussee	Aussee, Altaussee, Grundlsee, Mitterndorf
Grablovic Anton	Köflach	Köflach, Lankowitz
Grininger Georg	Traun	Traun
Gröbner Johann	Wien	Bezirksorganisation VIII, Wien
Große Andreas	Wien	IV. Bezirk, Wien
Grünwald Julius	Wien	Redaktion „Einigkeit“, Wien
Hannsch Ferdinand	Sternberg	Sternberger und Olmützer Bezirk mit sämmtlichen Localorganisationen
Hartinger Ignaz	Wr.-Neustadt	Wr.-Neustadt
Hawlicek Wenzel	Wien	II. Bezirk, Wien
Hecker August	Teichstadt	Bezirksorganisationen Rumburg und Schluckenau
Hoffmann Eduard	Wels	Wels
Höger Karl	Wien	Redaktion der „Neuen Volkstribüne“, Wien

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Hueber Anton	Wien	Gewerkschafts-Commission Oesterreichs
Jindra Anton	Gmunden	Gmunden, Böcklabruck, Scharnstein
Jodlbauer Josef	Klagenfurt	Klagenfurt, St. Veit a. d. Glan, Hüttenberg, Wolfsberg, Völkermarkt, Althofen, Friesach
Kiesewetter Wilhelm	Reichenberg	Abgeordneter des IX. böhm. Wahlkreis, V. Kurie
Kirillo Claudius	Wien	VI. Bezirk, Wien
Kleinwächter Leredin.	Karbitz	Karbitz, Schönfeld, Wiklitz, Hohenstein, Marienschein, Cruschine, Lochtschitz, Raudnig, Priesten, Sobochleben
Köhler Robert	Haindorf	Haindorf, Friedland, Raspenau, Wildenau, Dittersbach, Kristiansau, Maisbach, Liebwerda, Ebersdorf
Kottek Franz	Wien	XIV. Bezirk, Wien
Krainz Mathias	Reichenberg	Redaktion des „Freigeist", Reichenberg
Krapka Josef	Wien	Czechische Parteivertretung
Kuntscher Johann	Odrau	Wigstadtl, Odrau, Wagstadt, Groß-Glockersdorf
Lehner Wilhelm	Czernowitz	Czernowitz, Suczawa
Leitzinger Karl	Mauthausen	Mauthausen, Schwertberg, Perg
Lill Franz	Falkenau a. E.	IV. böhmischer Wahlkreis
Lindner Johann	Ried	Ried
Ludwig Friedrich	Troppau	Jägerndorf, Troppau, Olbersdorf
Mann Johann	Steyr	Mollu
Meizr Franz	Wien	XI Bezirk, Wien
Muchitsch Vincenz	Graz	Steiermark, Gruppe der Nahrungsmittelarbeiter
Müller August	Graz	Parteivertretung und Grazer Wahlkreis V. Kurie
Muraner Franz	Klosterneuburg	Klosterneuburg, Höflein a/Donau, Greifenstein
Neander Johann	Linz	Kreisvertretung Oberösterreich
Němec Anton	Prag	Parteiorgan „Právo Lidu"
Palka Karl	Wr.-Neustadt	IX. (Niederösterreich) Wahlkreis und Leobersdorf
Patzl Johann	Znaim	Znaim, Freiersdorf
Peer Ignaz	Goisern	Ischl, Ebensee, Goisern, Gosau, Hallstatt, Obertraun
Pelikan Emil	Wien	I. Wiener Wahlkreis
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteivertretung
Peterstilka Josef	Wien	Wahlkreis-Organisation V, Wien
Pichler Josef	Neuzeug	Neuzeug, Sierning, Sierninghofen

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Pick Karl	Wien	Gruppe: Handel
Ployer Franz	Hallein	Stadt und Land Salzburg
Polke Emil	Wien	XIII. und XV. Bezirk, Wien
Pommer Josef	Laa a. d. Thaya	Laa a. d. Thaya, Vallbach
Popp Josef	Steyr	Steyr (Bezirk)
Popp Julius	Wien	Parteivertretung
Popp Adelheid	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung“
Prachensky Josef	Innsbruck	Innsbruck
Prähauser Jakob	Salzburg	Stadt und Land Salzburg
Preißer Wilhelm	Neustadtl	Neustadtl, Heinersdorf, Bärnsdorf, Rückersdorf, Schönwald
Pšenička Josef	Oberleutensdorf	Oberleutensdorf, Brüx
Ratz Otto	Krumau	Budweis, Wallern, Hartmanitz, Ernstbrunn, Hublern, Krumau
Resel Hans	Graz	Abgeordneter des Grazer Wahlkreises, V. Kurie
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau
Rieger Eduard	Wien	Abgeordneter des VII. mährischen Wahlkreises, V. Kurie
Schäfer Anton	Wien	Parteivertretung, Gruppe: Glas- und keramische Branche Oesterreichs
Schatzmayr Johann	Judenburg	Unzmarkt, Fonsdorf, Murau, Oberzeiring, Pöls, Neumarkt
Scherz Felix	Stuppach	Schottwien, Breitenstein, Payerbach, Reichenau, Hirschwang, Putzmannsdorf, Gloggnitz
Schiller Karl	Reichenberg	Parteivertretung
Schleif Franz	Urfahr	Lokalorganisation Urfahr
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. Wahlkreis Niederösterreich, Lokalorganisation Floridsdorf
Schönwälder Anton	M.-Schönberg	VII. Wahlkreis Mährens, ausschließlich Zwittau, Brüsau, Römerstadt, Mährisch-Neustadt, Wiesenberg und Müglitz
Schrammel Anton	Neunkirchen	Abgeordneter des VI. böhmischen Wahlkreises, V. Kurie
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung und „Volkstribüne“
Schuster Jakob	Linz	Bäcker Oberösterreichs
Schweichhart Josef	Ansdorf	Bezirksorganisation Haida, Steinschönau
Siegl Johann	Linz	Lokalorganisation Linz
Smitka Johann	Wien	Gruppe der Bekleidungs-Industrie
Smerek August	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Smutny Bartholom.	Wien	XII. Bezirk, Wien
Seliger Josef	Teplitz	32 Lokalorganisationen des V. böhmischen Wahlkreises

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Spielmann Julius	Linz	Redaktion der „Wahrheit", Linz
Steiner Adolf	Gmunden	Gmunden, Vöcklabruck, Scharnstein, Steyrermühl
Steinbauer Hans	Waidhofen a. d. Y.	Waidhofen a. d. Ybbs, Hilm-Kematen, Ulmerfeld, Amstetten
Fußmann David	Wien	Buchdrucker Wiens und Redaktion des „Vorwärts"
Swatschina Rob. Rud.	Wien	XIX. Bezirk, Wien
Taub Salomon	Wien	Sozialdemokratische Eisenbahner
Tomschik Josef	Wien	Fachblatt der sozialdemokratischen Eisenbahner
Ulbrich Josef	Reichenberg	Franzensdorf, Karolinsfeld, Berzdorf, Karlswald, Johannesthal, Hanichen, Rosenthal 1. und 2. Theil, Röchlitz, Dörfl, Neurode, Langenbruck, Maffersdorf, Harzdorf, Ruppersdorf, Kathreinberg, Ratschendorf, Paulsdorf, Habendorf, Kohlstadt, Liebenau, Proschwitz Einsiedel, Reichenberg
Ulrich Viktor	Bielitz	II. Wahlkreis Schlesiens
Verkauf Leo, Dr.	Wien	Abgeordneter des IV. böhmischen Wahlkreises, V. Kurie
Vielhaber Michael	Lilienfeld	Lilienfeld, Traisen, Hohenberg, St. Egidi am Neuwald, Türnitz
Wagner Anton	Knittelfeld	Zeltweg, Obdach, Farrach, Knittelfeld
Weiguny Anton	Linz	Lokalorganisation Linz
Widlar Anton	Wien	X. Bezirk, Wien
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis, Bezirksorganisation III. Bezirk, Wien
Wittassek Johann	St. Pölten	St. Pölten
Wrecinski Julius	Wien	Stockerau
Wutschel Ludwig	Wien	Parteivertretung
Zeller Eduard	Teplitz	Abgeordneter des V. böhmischen Wahlkreises, V. Kurie
Zinburg Franz	Brünn	Brünner Wahlkreis
Zimmermann Franz	Wien	Preßkommission Wien
Zipfinger Alois	Wien	III. Wiener Wahlkreis, V. Bezirk, Wien
Zoppoth Thomas	Wien	Gmünd, Krems
Zoubek Franz	Wien	XVII. Bezirk, Wien
Zwanzger Johann	Voitsberg	Voitsberg und die organisirten Bauarbeiter von Voitsberg

Zusammenstellung der vom Parteitage gefaßten Beschlüsse.

I. Bericht der Parteivertretung.

Antrag Elderſch im Namen der Reichskontrole:

„Der Parteivertretung und dem Parteikaſſier iſt das Abſolutorium zu ertheilen."

II. Parlamentariſche Thätigkeit und Taktik.

Antrag Adler:

„Der Parteitag billigt die politiſche Haltung und die Taktik, die der Verband, die Parteivertretung und das Zentralorgan in der Berichtsperiode gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien eingehalten hat und geht über die Anträge 6a und 6c zur Tagesordnung über.

Der Antrag 5 wird der Fraktion, der Antrag 6b der Parteivertretung zur Erledigung zugewieſen."

Antrag Winarsky:

„Die ſozialdemokratiſchen Abgeordneten werden vom Parteitage beauftragt, in einer der nächſten Sitzungen des Abgeordnetenhauſes einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der den Mitgliedern der Perſonaleinkommenſteuer-Schätzungskommiſſion Diäten ſichert."

Antrag Vielhaber:

„Es iſt den Genoſſen jedes Ortes oder jeder Provinz überlaſſen, die ihnen gegenüberſtehenden Parteien deren Taktik und deren Angriffen gemäß zu bekämpfen."

Antrag Müller:

„Der heute tagende Parteitag ſpricht dem jeder Kultur und Ziviliſation hohnſprechenden Vorgehen der ungariſchen Regierung gegen die Sozialdemokratie ſeine Entrüſtung und Verachtung aus. Gleichzeitig ſpricht der Parteitag den ungariſchen Genoſſen in ihrem ſchweren Kampfe ſeine volle Sympathie aus und verſpricht, dieſelben nach Kräften zu unterſtützen."

III. Wahl der Parteivertretung.

Antrag Schuhmeier:

„Behufs Vornahme der Wahl der Parteivertretung wählt der Parteitag eine ſechsgliedrige Wahlkommiſſion, welche dem Parteitag Vorſchläge zu machen hat. In die Wahlkommiſſion wollen die Genoſſen von Wien und Niederöſterreich je 1, die Genoſſen von Böhmen 1, die Genoſſen von Mähren und Schleſien 1, die Genoſſen von Steiermark und Kärnten 1 und die Genoſſen von Oberöſterreich, Tirol und Salzburg 1 Genoſſen wählen."

IV. Chriſtlich-ſoziale Bewegung.

Reſolution Pernerſtorfer:

„In Erwägung, daß die chriſtlich-ſoziale Partei in Oeſterreich weder mit dem Chriſtenthum der Evangelien, noch mit dem Sozialismus auch nur das Allergeringſte zu thun hat, daß dieſe Partei vielmehr eine erbitterte Widerſacherin der Lehren des Evangeliums iſt, als ſolche tagtäglich die ſittlich-verwerflichſten Mittel im Agitationskampfe anwendet, daß ſie, während ſie den Maſſen vorzuſpiegeln verſucht, deren wirthſchaftliche Intereſſen zu vertreten, in Wahrheit eine Partei der Hausherren, des konfeſſionsloſen, internationalen, privatkapitaliſtiſchen Unternehmerthums jeder Sorte, die Verbündete der Auswucherer des Volkes auf jedem Gebiete iſt, die die von ihr geführten Schichten des Mittelſtandes für die Zwecke der Feudalen und Klerikalen mißbraucht, daß ſie dieſe ihre innere Natur, die ſie zu Lakaien des Junker- und Pfaffenthums prädeſtinirt, beſonders von dem Zeitpunkte an geoffenbart hat, ſeitdem ſie zur Herrſchaft in Niederöſterreich und Wien gekommen iſt, indem ſie von da an keine einzige ihrer volksfreundlichen Verſprechungen gehalten hat, vielmehr mit den wirthſchaftlichen und politiſchen Bedrückern des Volkes in der ſchamloſeſten Weiſe ſich vereinigt hat;

in Erwägung insbeſondere, daß die chriſtlich-ſoziale Partei nichts Anderes iſt, als die Vortruppe des reaktionärſten und volksfeindlichſten Klerikalismus, dem weder das materielle, noch das geiſtige Wohl des Volkes je am Herzen gelegen iſt, der vielmehr die Religion jederzeit als Mittel zu Zwecken der weltlichen Parteiherrſchaft in einer im Sinne des Chriſtenthums der Evangelien geradezu gotteslästerlichen Weiſe geſchändet hat.

in Erwägung, daß diese Partei eine Partei der exzessivsten persönlichen Korruption ist, daß deren Mitglieder ihre politische Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen und vor schmutzigen Geldgeschäften selbst dann nicht zurückschrecken, wenn sie mit Bordellen im Zusammenhange stehen (Lebhafter Beifall);

in Erwägung endlich, daß diese Partei das Gift der Lüge und Verleumdung systematisch und unablässig in den Körper des Volkes zu leiten sucht:

erklärt es der Parteitag für die Pflicht der Parteigenossen:

mit Entschiedenheit überall und jederzeit die christlich-soziale Partei in Oesterreich zu bekämpfen,

ihre innere Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in ihrem ganzen Gebahren, wie in dem, was sie ihr Programm nennt, was aber im letzten Grunde ihre positive Programmlosigkeit ist, aufzudecken,

ihre wahre Natur als immer gefällige und dienstbereite Dirne des volksaussaugenden Feudalismus und volksverdummenden Klerikalismus zu enthüllen,

das Volk über die Niedrigkeit der Gesinnung ihrer Führer und über die Niedertracht ihrer Agitationsweise unermüdlich aufzuklären, um so die Vorbedingungen zu schaffen, durch welche es ermöglicht wird, daß endlich die Völker Oesterreichs aus dem ein Vierteljahrtausend währenden Schlafe, in den sie feudaler Junkerhochmuth im Bunde mit Klerikalismus und bureaukratisch-unfähigen Regierungen eingelullt haben, aufzuwecken und zur Selbstbesinnung zu bringen."

IV. b. Die deutschnationale Bewegung.

Resolution Seliger:

„In Erwägung, daß die deutschnationalen Parteien, obgleich sie sich volklich oder völkisch nennen, in keiner Weise die Interessen des gesammten Volkes vertreten, daß sie vielmehr nichts anderes sind, als nur die Vertreter der deutschbürgerlichen Schichten, die sich ehemals in ihrer großen Mehrheit deutschliberal genannt haben, daß sie besonders in den Sudetenländern im Wesentlichen die Partei des großen und kleinen Unternehmerthums sind;

in Erwägung, daß sie als solche weder die geistigen, noch insbesondere die wirthschaftlichen Interessen des weitaus größten Theiles der deutschen Bevölkerung, ganz gewiß aber nicht die Interessen der arbeitenden Klasse dieses Volksstammes vertreten und vertreten können;

in Erwägung, daß der brutal-nationale Chauvinismus nur dieser Parteien allen Forderungen edler Kulturentwicklung, als auch den besten Traditionen deutschen Geisteslebens direkt widerspricht, und daß die Hervorkehrung nationaler Ueberhebung nur dazu führen kann, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Schichten des Volkes von ihren wirklichen Interessen abzulenken, beschließt der Parteitag:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen nur zum Schein vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien weder für die politische Gleichberechtigung, noch für soziale Gerechtigkeit eintreten,

daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurtheilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutschradikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen."

V. Vertrauliche Sitzung.

Parteizugehörigkeit:

1. „Der Parteitag erklärt, daß die Bezirkskonferenz berechtigt und kompetent ist, Ausschließungen aus der Partei vorzunehmen, die so lange zu Recht bestehen, als die Kreis-, respektive Landeskonferenz oder der Parteitag nicht anders beschließt."

2. „Der Parteitag erklärt, daß Herr Karl Schneeweiß nicht mehr Parteigenosse ist, und spricht sein Bedauern aus, daß die Vertrauensmänner in der Angelegenheit des Karl Schneeweiß so lange eine zuwartende Stellung eingenommen und nicht schon lange dessen Ausschließung aus der Partei betrieben haben."

VI. Parteiorganisation.

Antrag der Parteivertretung:

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die

direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben."

An die Stelle des letzten Absatzes des Punktes 3 im Organisationsstatut (Wahlkreisorganisation) wird nach dem Antrage der Parteivertretung folgender Passus gesetzt:

„Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich über den Stand der Bewegung in ihrem Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten."

Weiters wird die Streichung des letzten Satzes des Punktes 3 „Wahlkreisorganisation", und zwar die Streichung der Worte: „Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern" angenommen.

Antrag der Parteivertretung:

„Der Parteitag beschließe, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage der Agitation und Organisation in der landwirthschaftlichen Bevölkerung zu befassen und dem nächsten deutschen Parteitage Bericht zu erstatten hat."

Zusatzantrag Winarsky:

„Die Wahl der Kommissionsmitglieder zum Studium der Verhältnisse des ländlichen Proletariats wird der Parteivertretung zugewiesen, damit sie sich die geeigneten Kräfte zu diesem Zwecke suchen kann."

Antrag Glas:

„Die Vertreter der Kreis- und Bezirksorganisationen insbesondere der Provinz werden aufgefordert, den Beschlüssen der Frauenkonferenz Rechnung zu tragen und den auf demselben beschlossenen Organisationsentwurf ehebaldigst zu realisiren. Ebenso haben die politischen Organisationen die Gründung von Subkomités in den einzelnen Bezirken vorzunehmen."

Antrag **16** (Turnvereine).

Antrag Ulbrich und Antrag Barth (Turnvereine).

Antrag Behr:

„Im Interesse der Organisation der ländlichen Arbeiter möge die Parteileitung sich mit der Gewerkschaftskommission in's Einvernehmen setzen, um die Gründung und den Ausbau von Fachorganisationen beziehungsweise Gewerkschaftsvereinen zu betreiben, denen die entsprechende Unterstützung zuzuwenden ist."

Antrag Scherz:

„Der heute in Linz tagende Kongreß wolle beschließen, daß die Parteileitung die gewerkschaftlichen Organisationen in jeder Hinsicht ins Auge zu fassen und sie durch die Presse, Broschüren, sowie materielle Kräftigung zu unterstützen habe, da in Gegenden, wo noch die größte Zahl der Massen indifferent ist, diese durch die Gewerkschaften leichter zu gewinnen und dann der politischen Organisation zuzuführen sind."

Antrag Wagner:

„Der Parteitag fordert die Parteivertretung auf, dahin zu wirken, daß in der Presse und durch Herausgabe von Druckschriften den Referenten am Lande mehr Material als bisher zur Landagitation zur Verfügung gestellt wird."

Antrag Ulbrich:

„Die Parteileitung sei durch den Parteitag zu beauftragen, sich in allen Fragen, welche das Gesammtinteresse der Partei berühren, wie Aufbringung von außerordentlichen Geldmitteln, agitatorische Thätigkeit, in allgemeinen Parteifragen u. s. w., in erster Reihe mit den Kreisvertretungen in Verbindung zu setzen und nicht mit den einzelnen Lokalorganisationen."

VII. Arbeiterschutz und Heimarbeit.

Antrag Smitka. (Einberufung einer Konferenz betreffs Regelung der Heimarbeit.)

Antrag **12**, al. 1 und 2. (Abschaffung des Arbeitsbuches; Arreststrafen für Uebertretungen der Unternehmer.)

Antrag Müller:

„In Erwägung, daß sich anläßlich der Auflösung einiger Werke der Alpinen Montangesellschaft ergeben hat, daß Arbeiter, welche zwanzig und mehr Jahre in die

Bruderlade oder Versorgungskasse eingezahlt haben, in Folge der Passivität der Kassen bei ihrer Entlassung zum großen Theile kleine und in keinem Verhältnisse zu ihren eingezahlten Beträgen stehende Summen, zum Beispiel in Prävali, Gußwerk ꝛc., erhalten haben; in weiterer Erwägung, daß es offene Thatsache ist, daß noch in einigen Werken, wie Donawitz, Zeltweg, Eibiswald, die Kassen passiv sind, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion, um die Arbeiter vor weiterer Schädigung zu bewahren, eine strenge Untersuchung über die Aktivität oder Passivität dieser Kassen zu verlangen."

Resolution Petersilka:

„In Anbetracht des Umstandes, daß vornehmlich die christlich-sozialen Unternehmer gegen die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handel das Argument in's Treffen führen, daß die Arbeiter den Sonntag als Kauftag nicht missen können oder wollen, beschließt der Parteitag:

Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für das Handels- und Speditionsgewerbe, ebenso wie für alle Bureaux, wird seitens der Arbeiterschaft nicht nur gebilligt, sondern im Interesse aller Angestellten als unumgänglich nothwendig betrachtet.

Der sozialdemokratische Verband im Parlamente wird aufgefordert, die Realisirung dieser Forderung mit Entschiedenheit zu fördern."

VIII. Parteipresse.

Antrag Bichl (Anerkennung der „Neuen Botschaft").

Antrag Bretschneider (Anerkennung der „Neuen Volkstribüne").

Antrag Dobiasch (Anerkennung der „Neuen Freiheit" und des „Neuen Volksrecht").

Antrag Popp:

„Zur Kontrole der Geschäftsgebahrung der in Wien erscheinenden Parteiblätter ist eine Kontrolkommission zu wählen. Die Zusammensetzung der Kommission ist in Wien der Lokalorganisation überlassen."

Antrag Zipfinger:

„Alle Anstellungen und Gehaltsbemessungen entscheidet die Parteivertretung nach vorher erzieltem Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation. Ausnahmen sind nur bei aushilfsweise zu Beschäftigenden gestattet, wenn die Aushilfe nicht länger als sechs Wochen dauert."

Antrag Dr. Czech:

„Gründungen von politischen Blättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung."

Antrag Schweichhart:

„Damit die „Arbeiter-Zeitung" ihre Aufgabe, als Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, ein getreues Bild der gesammten Bewegung zu geben, erfüllen kann, beschließt der Parteitag: Die Bezirksorganisationen werden beauftragt, für jeden Bezirk einen Korrespondenten der „Arbeiter-Zeitung" zu wählen, der die Aufgabe hat, in kurzer, gedrängter Form die wichtigsten politischen und wirthschaftlichen Ereignisse seines Bezirkes zu besprechen."

Antrag Seliger:

„Die Parteivertretung möge dahin wirken, daß die Gesammtexekutive den ihr vom vorjährigen Parteitage zugewiesenen Antrag auf Errichtung eines Parteipreßbureaus ehestens zur Durchführung bringt."

Antrag der Genossen Innsbrucks:

„Da es im politischen Kampfe nothwendig ist, mit den Fehlern der gegnerischen Parteien so viel wie möglich bekannt zu sein, umsomehr jetzt, als durch die Badeni'schen Sprachenverordnungen die deutschen bürgerlichen Parteien nochmals in die Lage versetzt wurden, sich mit dem Nimbus der Volksfreundlichkeit zu umgeben, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung habe ein politisches Sündenregister der bürgerlichen Parteien in Broschürenform zu verfassen, in welches deren wichtigste, zum Nachtheile der österreichischen Völker seit dem Inslebentreten des Parlamentarismus begangenen Sünden in populärer Form, chronologisch geordnet, aufzunehmen sind."

Antrag der Genossen Innsbrucks:

„In Erwägung, daß es für die österreichische Arbeiterschaft, insbesondere aber für die in der Agitation stehenden Genossen besonders in der Provinz, nicht immer möglich ist, sich über die Anfänge und die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung genügend zu unterrichten, die Kenntniß derselben aber nicht allein erzieherischen Werth besitzt, sondern auch für den politischen Kampf nothwendig und wichtig ist, beauftragt der Parteitag die zukünftige Parteivertretung, eine Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung zu billigem Preise herauszugeben."

Antrag Breuer:

„Die Parteivertretung wird beauftragt, darauf Bedacht zu nehmen, daß bei Herstellung von Broschüren der Partei und solcher, auf deren Herausgabe die Partei Einfluß hat, das gleiche Format verwendet werde, damit sie sich leichter einbinden lassen, sowie, daß auf die Illustrationen und die künstlerische Ausstattung der Parteifestschriften mehr Sorgfalt verwendet werde."

Antrag Smitka:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die Kleingewerbetreibenden sollen sich, insoweit sie sich über ihr eigenes Klasseninteresse erheben und als Parteigenossen mit allen daraus entstehenden Konsequenzen bekennen, den bestehenden politischen und gewerblichen Arbeiterorganisationen anschließen, ebenso die bestehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter als Organe der Gesammtpartei abonniren."

Antrag Ellenbogen-Schuhmeier:

„Die Parteigenossen allerorts sind verpflichtet, von allen Drucksorten, die aus was immer für Anlässen zur Agitation 2c. herausgegeben werden, als da sind: Parteiblätter, Flugschriften, Broschüren u. s. w., mindestens ein Exemplar für das Parteiarchiv an das Parteisekretariat abzusenden."

IX. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

Antrag **19** (Volksversammlungen wegen der Lebensmittelthenerung).

Antrag **25** (Anstellungen in Parteiunternehmungen).

Antrag Lehner:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, ein Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes auf eine längere Agitationstour in die Bukowina zu entsenden."

Antrag der Grazer Genossen (Abhaltung des nächsten deutschen Parteitages in Graz).

Antrag Wrecinsky:

„Der Parteitag beauftragt die Parteileitung — nachdem dieselbe erklärt hat, auf dem nächsten gemeinsamen Parteitage die Angelegenheit der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften als selbstständigen Punkt auf die Tagesordnung stellen zu wollen — sich in dieser Zwischenzeit mit dem Verbande der Arbeiter-Konsumvereine und Produktivgenossenschaften Oesterreichs in's Einvernehmen zu setzen, damit derselbe der Parteileitung das ihm zur Verfügung stehende Material unterbreiten kann, um so dem nächsten Parteitage mit einem vollständigen Elaborate kommen zu können und eine definitive Klärung in dieser Frage herbeigeführt werden kann."

Antrag Pick:

„Soll die Frage der Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften einer befriedigenden Lösung zugeführt werden, so ist es unabwendbar nothwendig, daß vor Allem eine nach Möglichkeit einheitliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der bei diesen Genossenschaften Angestellten vorgenommen wird. Es wird demnach die Parteivertretung aufgefordert, für den Fall, als diese Frage am nächsten Kongresse behandelt werden soll, ein statistisches Material beizubringen, aus welchem alle bei den Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften derzeit üblichen Arbeitsbedingungen zu entnehmen sind."

Antrag Josef Popp:

„In Erwägung, daß unsere Bewegung zwar sehr in die Breite, aber bedeutend weniger in die Tiefe sich entwickelte, wird die Parteivertretung beauftragt, das Augenmerk auf die prinzipielle Erziehung der Genossen zu lenken und zu diesem Zwecke diesbezügliche Versammlungen einzuberufen. Ebenso soll die Parteipresse in diesem Sinne wirken."

Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)
Wien, VI. Gumpendorferstraße 8.

In unserem Verlage erscheint:

Geschichte
der
Wiener Revolution 1848.
Von
Dr. Maximilian Bach.

Eine zusammenfassende Darstellung der Geschichte des großen Jahres 1848 in Oesterreich war ein schon seit Langem von Vielen empfundenes Bedürfniß. Nun, zur fünfzigjährigen Feier des glorreichen März, erscheint diese Geschichte der Wiener Revolution. Es ist kein bloßer Zufall, daß die bürgerliche Geschichtsschreibung in Oesterreich des Jahres 1848 kaum gedenkt, so daß die bürgerliche Revolution von 1848 erst in einem Socialdemokraten ihren Geschichtsschreiber findet. Auch das ist in gewissem Sinne nur ein Ausdruck dafür, daß das Proletariat die alten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit hellerer Begeisterung und reineren Händen vom Bürgerthume übernommen hat. An das Proletariat in erster Linie wendet sich auch diese Geschichte des Jahres 1848 in Oesterreich, welcher die weiteste Verbreitung in Arbeiterkreisen zu wünschen ist.

Das Werk wird in 30 Heften vollständig vorliegen. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 12 Kreuzern = 20 Pfennig. Der Text ist mit zahlreichen Porträts und historischen Bildern geschmückt. Alle Buchhandlungen und Colporteure nehmen Bestellungen an. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Arbeiterinnen-Zeitung

Socialdemokratisches Organ für Frauen und Mädchen

Redaction: Adelheid Popp.

Erscheint jeden 1. und 3. Freitag im Monat.
Preis per Nummer 4 kr.

Im Abonnement für **Wien** und **Oesterreich-Ungarn**: Ganzjährig fl. 1.04, halbjährig 52 kr., vierteljährlich 26 kr.

Redaction: Wien, XVII. Dornerplatz 13. Administration: Wien, IX. Ferstelgasse 6.

Administration: Wien, IX. Ferstelgasse Nr. 6.

Arbeiter-Zeitung

Redaction: Wien, IX. Schwarzspanierstraße Nr. 15

Centralorgan der österreichischen Socialdemokratie.

Erscheint täglich um 6 Uhr Morgens. **Montag um 2 Uhr Nachmittag**

Einzelpreis: Wien und Provinz 5 kr.

Abonnementspreis für Wien:		**Für die Provinz und Ungarn:**	
Zum Abholen in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen, monatlich . .	fl. 1.20	Monatlich	fl. 1.50
Mit Zustellung in's Haus, monatlich	„ 1.30	Vierteljährig	„ 4.50
Vierteljährig	„ 3.90	Ganzjährig	„ 18.—

Volkstribüne

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Erscheint am 1., 10. und 20. im Monat.

Preis per Nummer 4 kr.

Im Abonnement: Ganzjährig fl. 1.80, halbjährig 90 kr., vierteljährlich 45 kr.

Redaction und Administration: Wien, VII/3, Schottenfeldgasse 78.

Neue Glühlichter

Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt.

Redaction u. Administration: **Wien, VI., Gumpendorferstraße 8.**

Erscheint vierzehntägig, reich illustrirt, in buntem Farbendruck.

Preis: Vierteljährig **40 kr.** — **Einzelne Nummern 6 kr.**

Wiederverkäufer und Colporteure erhalten hohen Rabatt.

Erste Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand)

Wien, VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 8.

Central-Lager socialpolitischer Schriften. — Kataloge gra

Wird den Genossen und Vereinen zur Deckung des gesammten Bücherbeda empfohlen. Alle wo immer angezeigten Bücher, Broschüren, Zeitschriften, L rungswerke 2c. werden ohne jeden Preisaufschlag geliefert.

Bestellungen aus der Provinz finden prompte Erledigung durch die B

Druck von L. Bergmann & Comp., Wien.

HX
256
S6
1898

Sozialdemokratische Arbeit
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY